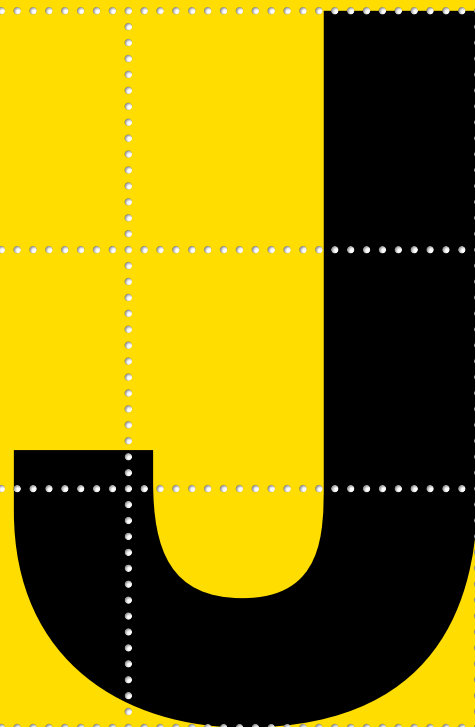




03

KONZERN- GESCHÄFTS- BERICHT

137

JAHRES- ABSCHLUSS DER ÖSTERREICHISCHEN POST AG

197

ERKLÄRUNG GEMÄSS § 82 ABS. 4 Z 3 BÖRSEG

KONZERN- GESCHÄFTS- BERICHT

04

KONZERN-
LAGEBERICHT

39

KONZERN-
ABSCHLUSS

114

BESTÄTIGUNGS-
VERMERK

119

BERICHT DES
AUFSICHTSRATS

123

CORPORATE
GOVERNANCE
BERICHT

KONZERN- LAGEBERICHT

1 — Grundlagen des Konzerns

1.1 — GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND ORGANISATIONS-STRUKTUR

Mit einem Jahresumsatz von 2,0 Mrd EUR und rund 21.700 Mitarbeitern ist der Österreichische Post-Konzern – im Folgenden Österreichische Post, Konzern bzw. Post genannt – der führende Logistik- und Postdienstleister des Landes. Das Kerngeschäft umfasst die Beförderung von Briefen, Werbesendungen, Printmedien und Paketen sowie diverse Logistikdienstleistungen. Den Kunden des Unternehmens stehen in Österreich 3.500 Service-Points – davon 450 Postfilialen, 1.300 Post Partner, 100 OMV-Tankstellen sowie 1.600 Hermes-Paket-Shops – zur Verfügung. Per Ende 2016 bot die Post ihren Kunden zudem 334 SB-Zonen, die mit modernen Frankierautomaten, Packstationen, Versandboxen und größtenteils bereits mit Abholstationen ausgestattet sind. Die Österreichische Post ist darüber hinaus durch Tochterunternehmen auch in elf weiteren europäischen Ländern, vor allem im Bereich Paket & Logistik sowie in der Zustellung unadressierter Sendungen, tätig, wo sie bereits mit über 1.400 Shops auf den Märkten präsent ist.

Die Österreichische Post bündelt ihre Geschäftsaktivitäten in den beiden Divisionen Brief, Werbepost & Filialen sowie Paket & Logistik. Zusätzlich obliegen der Division Corporate vor allem Dienstleistungen im Bereich der Konzernverwaltung, das Innovationsmanagement und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Diese drei Divisionen stellen die drei operativen Segmente der Österreichischen Post gemäß den Regeln des IFRS 8 dar.

Das Leistungsspektrum der Division Brief, Werbepost & Filialen umfasst die Annahme, Sortierung und Zustellung von Briefen, Postkarten, adressierten, teil- und unadressierten Werbesendungen und Zeitungen sowie Paketen im Zuge der Verbundzustellung. Darüber hinaus werden Post- und Telekomprodukte sowie Finanzdienstleistungen in Kooperation mit den Partnern BAWAG P.S.K. und A1 Telekom Austria AG angeboten. Die Österreichische Post bietet ihren Kunden auch diverse Online-Services an. Ergänzt wird das Angebot durch neue Dienstleistungen für Geschäfts- und Werbepost, darunter Adress- und Datenmanagement, Poststellenmanagement, intelligentes Scanning und Response-Management. Pro Jahr stellt die Post in Österreich 790 Mio Briefe, 590 Mio adressierte Werbesendungen, 3,3 Mrd unadressierte Werbesendungen, 370 Mio Printmedien und 290 Mio Regionalmedien zu.

Die Division Paket & Logistik bietet ihre Leistungen in acht europäischen Ländern an. In den internationalen Märkten erfolgt dies durchwegs über eigene Tochtergesellschaften. Kerngeschäft ist die Beförderung von Paketen sowie von „Express Mail Service“(EMS) Sendungen für Privat- und Geschäftskunden. Im Heimmarkt stellte die Österreichische Post im Jahr 2016 rund 81 Mio Pakete und EMS-Sendungen zu. Damit ist sie führender Dienstleister für die Auslieferung von Versandhandels- und Privatkundenpaketen sowie von B2B-Sendungen mit einer flächendeckenden Zustellung in höchster Qualität. Das Portfolio umfasst neben der Expresszustellung auch vielfältige Mehrwertdienstleistungen. So bietet das Unternehmen maßgeschneiderte Fulfillment-Lösungen wie Lagerung, Kommissionierung, Retouren-Management, Geld- und Werttransporte, Webshop-Logistik sowie Webshop-Infrastruktur an.

ÖSTERREICHISCHE POST AG

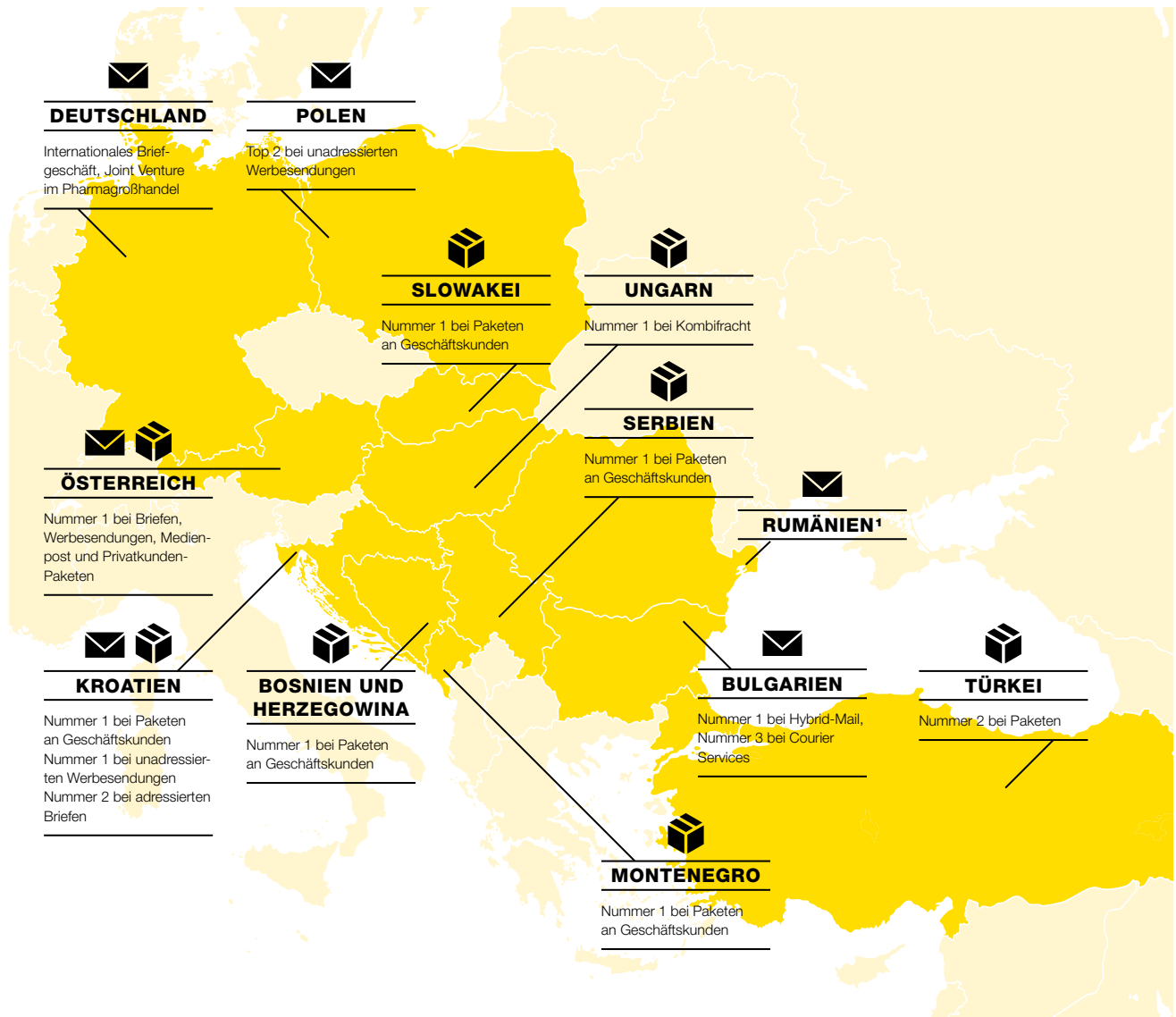
CORPORATE		BRIEF, WERBEPOST & FILIALEN	PAKET & LOGISTIK
Vorstandsvorsitz	Vorstand Finanzen	Vorstand	Vorstand
DI Dr. Georg Pölzl	DI Walter Oblin	DI Walter Hitziger	DI Peter Umundum
Funktionen			
– Strategie & Konzernentwicklung – Unternehmenskommunikation – Personalmanagement – Investor Relations, Konzernrevision & Compliance – Endkundeninitiativen & -service – Online & E-Commerce – Innovationsmanagement	– Konzern-Rechnungswesen – Konzern-Controlling – Finanzen Brief, Werbepost & Filialen – Finanzen Paket & Logistik – Konzern-Treasury – Konzern-IT – Konzern-Einkauf & Fuhrpark – Recht – Konzern-Immobilien	– Annahme, Sortierung und Zustellung von Briefen, Werbe- und Medienpost in Österreich/CEE/SEE – Geomarketing – Daten & Adressmanagement – KUVERT – Dokumentenmanagement – Post-Geschäftsstellen (Postfilialen und Post Partner) – Online Services	– Annahme, Sortierung und Zustellung von Paketen in Österreich/CEE/SEE – Logistische Zusatzleistungen – Logistik Services Paket & Logistik – Fulfillment-Lösungen – Webshop – Ordermanagement – Werttransporte – Online Services

1.2 — ABSATZMÄRKTE UND MARKTPPOSITION

Die Österreichische Post ist mit ihren Konzernunternehmen in zwölf Ländern im Bereich Brief- und Werbepost sowie Paket & Logistik aktiv. Rund 86 % des Umsatzes wurden 2016 am Heimatmarkt Österreich erwirtschaftet. Hier nimmt die Österreichische Post sowohl in der Zustellung von Briefen, Werbesendungen und Zeitungen als auch von Paketen eine führende Marktstellung ein. Im umkämpften Paketmarkt konnte die Österreichische Post trotz steigenden Wettbewerbs und Preisdrucks das Paketvolumen weiter steigern. Das Unternehmen hält am Paketvolumen im Bereich Privatkunden einen Marktanteil von rund 57 %. Im Bereich Business-Pakete (B2B) konnte der Marktanteil am Paketvolumen in den letzten Jahren sukzessive auf nunmehr 32 % im Jahr 2016 gesteigert werden (Kreutzer Fischer & Partner, Branchenradar 2017).

Auch international verfügen die Konzernunternehmen der Österreichischen Post über eine gute Marktposition. So ist die Österreichische Post Marktführer bei der Zustellung unadressierter Werbesendungen in Kroatien. Bei Paketen an Geschäftskunden ist der Konzern die Nummer 1 in der Slowakei, in Kroatien, Serbien, Montenegro sowie in Bosnien und Herzegowina. Die 2013 erworbene Beteiligung Aras Kargo a. s., Türkei, an der die Österreichische Post 25 % der Anteile hält, stellt die Nummer 2 auf dem türkischen Paketmarkt (unternehmensinterne Markteinschätzungen).

Die folgende Abbildung gibt einen Überblick über die Marktpositionen in den wichtigsten Regionen per 31. Dezember 2016:



¹ Die Vermögenswerte und Schulden der Tochtergesellschaft PostMaster s.r.l., Rumänien, werden mit Stichtag 31. Dezember 2016 zur Veräußerung gehalten.
Österreichische Post AG | Jahresfinanzbericht 2016

2 — Umfeld und Rahmenbedingungen

2.1 — WIRTSCHAFTLICHES UMFELD

Der Internationale Währungsfonds (IWF) errechnet für das Jahr 2016 ein Wachstum der Weltwirtschaft von 3,1 %, im Vergleich zu 3,2 % im Vorjahr. Für 2017 und 2018 wird mit einem Anstieg des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,4 % und 3,6 % gerechnet (IWF, Jänner 2017).

In Europa wird angesichts der sich verlangsamenen Wirtschaftsleistung der wichtigsten Handelspartner und der nachlassenden Wirkung bisheriger Wachstumsimpulse ein weiterhin verhaltenes Wirtschaftswachstum erwartet. Nach einem Zuwachs von 2,0 % im Jahr 2015 errechnet der IWF für den Euroraum ein Wachstum von 1,7 % im Jahr 2016. Für die Jahre 2017 und 2018 geht der IWF von jeweils 1,6 % aus (IWF, Jänner 2017).

Die Wirtschaft in Österreich wuchs laut dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) im Jahr 2016 um 1,5 %, nach 1,0 % im Vorjahr. Die starke Konsumnachfrage sowie die Ausweitung der Investitionen stützten das Wachstum, während der Außenbeitrag das Ergebnis minderte. Die Industriekonjunktur beschleunigte sich zuletzt deutlich. Gemäß WIFO wird erwartet, dass sich der bereits 2016 einsetzende konjunkturelle Aufwind auch 2017 fortsetzen wird. Für das Bruttoinlandsprodukt 2017 wird daher ebenfalls mit einem Wachstum von 1,5 % gerechnet (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung WIFO, Dezember 2016).

Den Wirtschaftsdaten zufolge stehen die Zeichen in Südost- und Osteuropa weiterhin auf Wachstum. Der IWF errechnet für den CEE-Raum im Jahr 2017 ein Wirtschaftswachstum von 3,1 %. Für die Türkei (+3,0 %), Montenegro (+3,6 %) und Polen (+3,4 %) werden Wachstumsraten von 3 % oder darüber erwartet (IWF, Oktober 2016).

2.2 — BRANCHENUMFELD

Neben dem konjunkturellen Umfeld wird die Geschäftsentwicklung der Österreichischen Post vor allem von folgenden internationalen Trends beeinflusst, die Risiken, aber auch Chancen mit sich bringen.

Im Briefbereich hält die elektronische Substitution des klassischen Briefs weiterhin an. Dieser globale Trend betrifft alle Postgesellschaften und ist im Kern wenig beeinflussbar. Insbesondere Kunden aus dem öffentlichen Sektor, aber auch jene aus dem Banken- und Versicherungsbereich versuchen, ihr Sendungsvolumen zu reduzieren, sodass die Österreichische Post weiterhin mit kontinuierlichen Rückgängen von ca. 5 % pro Jahr rechnet. Das Geschäft mit Werbesendungen hingegen hängt stark von der Intensität der Werbeaktivitäten von Unternehmen ab. Der Markt für adressierte und unadressierte Werbesendungen zeigt dabei eine differenzierte Volumenentwicklung. Während einige Kundensegmente etwa durch zunehmende Aktivitäten von Online-Händlern unter Druck stehen, verzeichnen andere Segmente Zuwächse. Aktuelle Studien zeigen, dass neben Online-Werbung in Zukunft auch Multi-Channel-Kommunikation und Dialogmarketing tendenziell an Bedeutung gewinnen dürften.

Die Paketmengen im privaten Bereich steigen dank der ständig zunehmenden Bedeutung des Online Shopping weiter stark an. Gleichzeitig nimmt hier jedoch auch die Wettbewerbsintensität zu. Im B2B-Bereich ist die Anzahl der Pakete leicht gestiegen (Kreutzer Fischer & Partner, Branchenradar 2017). Die Entwicklung des internationalen Paket- und Frachtgeschäfts ist wiederum wesentlich von der Konjunkturentwicklung, den internationalen Handelsströmen und der damit verbundenen Preisentwicklung abhängig. Wettbewerbsintensität und Preisdruck sind in diesem Bereich weiterhin hoch. Die Handelsströme werden immer internationaler und mit ihnen die nachgefragten Logistikdienstleistungen. Internationale Sendungen sind daher ein weiterer wichtiger Faktor für das Wachstum des europäischen Kurier-, Express- und Paketmarkts (KEP). Die Konzernunternehmen der

Österreichischen Post in CEE/SEE profitieren zudem vom tendenziell dynamischeren Wirtschaftswachstum in dieser Region und ebenso vom Aufholbedarf im E-Commerce.

Ein weiterer wichtiger Markttrend besteht in der steigenden Bedeutung des Klimaschutzes und der dadurch steigenden Nachfrage nach ressourcenschonenden Gütertransporten. Die Österreichische Post entspricht diesen Anforderungen durch das Angebot der CO₂-neutralen Zustellung im Heimmarkt Österreich, mit dem sie für sich und ihre Kunden eine Belastung der globalen Klimabilanz durch ihre Unternehmenstätigkeit vermeidet.

2.3 — RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der Österreichischen Post basieren primär auf dem Österreichischen Postmarktgesetz, das seit 1. Jänner 2011 in Kraft ist.

– Die Österreichische Post ist seit der vollständigen Marktöffnung Österreichs Universaldienstleister und garantiert damit die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Postdienstleistungen in ganz Österreich. Die Regulierungsbehörde hat – wie gesetzlich vorgesehen – im Jahr 2016 untersucht, ob auch andere Postdienst-Anbieter in der Lage sind, die in der gesetzlichen Universaldienstverpflichtung definierten Leistungen zu erbringen. Dies ist nicht der Fall.

– Der Universaldienst beschränkt sich primär auf Postsendungen, die auf Basis der allgemeinen (nicht individuell ausverhandelten) Geschäftsbedingungen an den gesetzlich definierten Zugangspunkten abgegeben werden, also z.B. Post-Geschäftsstellen oder Briefkästen. Damit soll die Grundversorgung der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft mit Postdienstleistungen gesichert werden. Postdienste für Sendungen, die von Großkunden in Verteilzentren eingeliefert werden, zählen – mit Ausnahme von Zeitungen – nicht zum Universaldienst.

– Mit dem 27. November 2015 trat eine Änderung des Postmarktgesetzes in Kraft, die es der Post ermöglicht, neben den Briefsendungen (mit strengen Laufzeitvorgaben) auch sogenannte Non-Priority-Briefsendungen im Universaldienst anzubieten, deren Laufzeiten regelmäßig bis zu vier Tage betragen dürfen. Die Österreichische Post hat diesbezüglich jedoch noch kein Universaldienstprodukt im Angebot.

– Die Regulierungsbehörde (Post-Control-Kommission) hat mit dem 25. Juli 2016 eine Neuerung der Produktstruktur genehmigt, die mit dem 1. Jänner 2017 umgesetzt wird. Diese beinhaltet Adaptierungen bei Brief- und Paketprodukten, insbesondere die Einführung des neuen Produkts „Päckchen“ für leichtgewichtige Sendungen.

3 — Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

3.1 — ÄNDERUNGEN IM KONSOLIDIERUNGSKREIS

Die wesentliche Konsolidierungskreisänderung betrifft den Verkauf der Anteile an den operativ tätigen trans-o-flex Gesellschaften mit Stichtag 8. April 2016. Die neuen Eigentümer sind zu gleichen Teilen die Amberger Familien GbR (Alleingesellschafter der LOXXESS AG) und die Schoeller Holding.

Eine vollständige Darstellung aller Änderungen im Konsolidierungskreis erfolgt im Konzernanhang in Kapitel 4.2.

Die Geschäftstätigkeit in der Division Corporate besteht in der Erbringung von Dienstleistungen, wie sie typischerweise für Zwecke der Verwaltung eines Konzerns erbracht werden. Diese Dienstleistungen umfassen die Verwaltung der Konzernimmobilien, die Erbringung von IT-Support, Finanzierungs- und Verwaltungstätigkeiten sowie die Administration des Post-Arbeitsmarkts. Die Division Corporate beinhaltet darüber hinaus die Bereiche Innovationsmanagement und Entwicklung neuer Geschäftsmodelle.

In der regionalen Betrachtung des Konzernumsatzes der Österreichischen Post wurden im Geschäftsjahr 2016 insgesamt 85,9 % in Österreich erwirtschaftet, 8,7 % in Deutschland und 5,5 % in Südost-/Osteuropa.

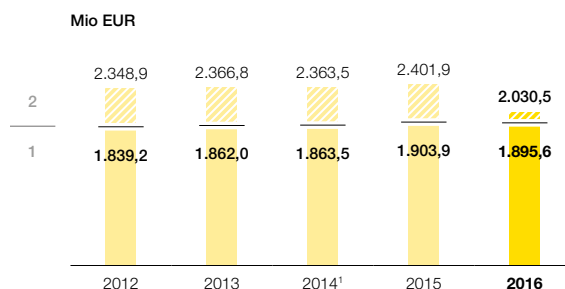
3.2 — ERTRAGSLAGE

UMSATZENTWICKLUNG

Der Konzernumsatz der Österreichischen Post hat sich im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 371,5 Mio EUR auf 2.030,5 Mio EUR reduziert. Dieser Rückgang ist vor allem auf den Verkauf des Tochterunternehmens trans-o-flex im April 2016 zurückzuführen. Diese Gesellschaft trug im Jahr 2016 134,8 Mio EUR zum Umsatz bei, 2015 waren es noch 498,1 Mio EUR. Bereinigt in beiden Jahren um die abgegebene trans-o-flex blieb der Umsatz im Jahresvergleich mit 1.895,6 Mio EUR somit stabil. Das Paketgeschäft – bereinigt um die trans-o-flex – erzielte im Jahr 2016 einen Umsatzzuwachs von 3,9 %, während sich die Umsatzerlöse in der Division Brief, Werbepost & Filialen um 1,6 % verringerten.

Der Umsatz des Konzerns entfällt zu 72,8 % auf die Division Brief, Werbepost & Filialen und zu 27,2 % auf die Division Paket & Logistik. Der Umsatzanteil der Division Corporate lag unter 0,1 %.

UMSATZENTWICKLUNG



1 – Umsatzerlöse ohne trans-o-flex
2 – trans-o-flex

¹ Die Darstellung der Umsatzerlöse der Division Paket & Logistik wurde angepasst. Exportdienstleistungen werden nach der Nettomethode erfasst (vormals Ausweis in Umsatzerlösen und Aufwand für bezogene Leistungen).

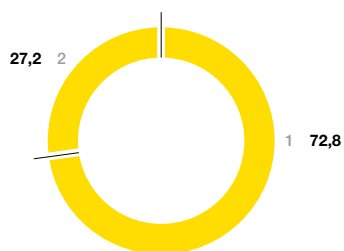
UMSATZENTWICKLUNG KONZERN

Mio EUR	2014 ¹	2015	2016	Veränderung 2015/2016	
				%	Mio EUR
Umsatz	2.363,5	2.401,9	2.030,5	-15,5	-371,5
Umsatz ohne trans-o-flex	1.863,5	1.903,9	1.895,6	-0,4	-8,2
Kalenderwerktage in Österreich	250	251	250	-	-

¹ Die Darstellung der Umsatzerlöse der Division Paket & Logistik wurde angepasst. Exportdienstleistungen werden nach der Nettomethode erfasst (vormals Ausweis in Umsatzerlösen und Aufwand für bezogene Leistungen).

UMSATZ NACH DIVISIONEN 2016

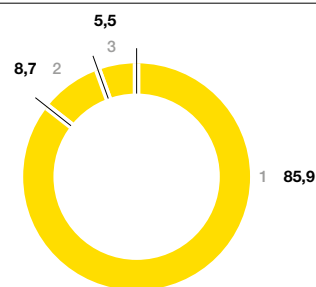
in %



1 – Brief, Werbepost & Filialen
2 – Paket & Logistik

UMSATZ NACH REGIONEN 2016

in %



1 – Österreich
2 – Deutschland
3 – Südost-/Osteuropa

UMSATZENTWICKLUNG DIVISION BRIEF, WERBEPOST & FILIALEN

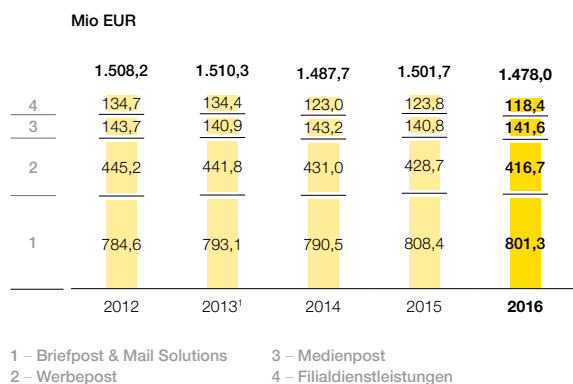
Mio EUR	2014	2015	2016	Veränderung 2015/2016	
				%	Mio EUR
Umsatzerlöse mit Dritten (extern)	1.487,7	1.501,7	1.478,0	-1,6	-23,7
Briefpost & Mail Solutions	790,5	808,4	801,3	-0,9	-7,1
Werbepost	431,0	428,7	416,7	-2,8	-12,0
Medienpost	143,2	140,8	141,6	0,6	0,8
Filialdienstleistungen	123,0	123,8	118,4	-4,4	-5,4
Umsatzerlöse mit anderen Segmenten (konzernintern)	79,4	84,1	87,9	4,4	3,7
Umsatzerlöse gesamt	1.567,1	1.585,8	1.565,8	-1,3	-20,0

Der Umsatz der Division Brief, Werbepost & Filialen von 1.478,0 Mio EUR stammt zu 54,2 % aus dem Bereich Briefpost & Mail Solutions, zu 28,2 % aus Werbepost und zu 9,6 % aus Medienpost, also der Zustellung von Zeitungen und Magazinen. Zudem wurden 8,0 % des Umsatzes mit Filialdienstleistungen erwirtschaftet. Der Divisionsumsatz konnte trotz einer negativen Volumenentwicklung insbesondere bei den adressierten Briefmengen gut gehalten

werden. Der Rückgang von 1,6 % ist auf die anhaltende elektronische Substitution von Briefen, eine Veränderung des Verrechnungsmodells bei Mobilfunkprodukten sowie den Verkauf zweier Briefgesellschaften in CEE im Jahr 2015 (negativer Effekt 3,8 Mio EUR) zurückzuführen. Als gegenläufig positiver Effekt sind die um ca. 8 Mio EUR höheren Umsatzerlöse aus Wahlen zu nennen.

Im Bereich Briefpost & Mail Solutions lag der Umsatz im Jahr 2016 mit 801,3 Mio EUR um 0,9 % leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Der Basistrend der Substitution von Briefen durch elektronische Kommunikationsformen hält weiter an. Positiv zum Vorjahr wirkten sich hingegen die höheren Beiträge aus Wahlen sowie eine gestiegene Anzahl an internationalen E-Commerce-Sendungen aus.

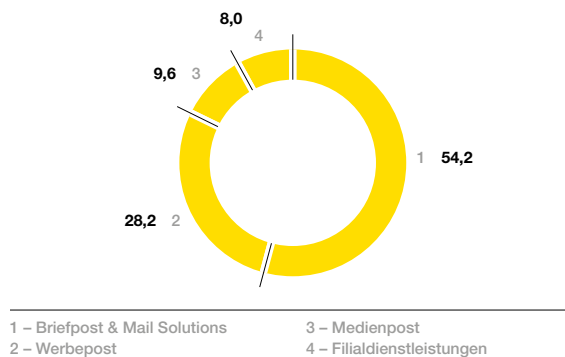
BRIEFUMSATZ NACH PRODUKTGRUPPEN



¹ Die Darstellung der Umsatzerlöse wurde angepasst, sodass segmentübergreifende Leistungsbeziehungen zwischen Tochtergesellschaften bzw. zwischen Tochtergesellschaften und der Österreichischen Post AG nicht mehr in den Umsatzerlösen mit Dritten (vormals Außenumsatz) gezeigt werden.

BRIEFUMSATZ NACH PRODUKTGRUPPEN 2016

in %



Der Bereich Werbepost verzeichnete in der Berichtsperiode einen Umsatzrückgang um 2,8 % auf 416,7 Mio EUR. Diese Entwicklung ist vor allem auf die differenzierten Werbeaktivitäten einzelner Kundengruppen zurückzuführen. Generell ist dieses Geschäftsfeld vom konjunkturellen Umfeld beeinflusst und daher größeren Schwankungen unterworfen. Umsatzmindernd wirkten sich mit insgesamt 3,0 Mio EUR der Verkauf und die Entkonsolidierung zweier Briefgesellschaften in Ungarn und in der Slowakei aus. Hingegen führten die gestiegenen internationalen Volumina im adressierten und unadressierten Bereich sowie die Wahlen zu einem positiven Umsatzeffekt.

Der Umsatz mit Medienpost zeigte im Jahr 2016 ein Plus von 0,6 % auf 141,6 Mio EUR. Dieser Anstieg basiert insbesondere auf diversen Einmalaussendungen.

Der Umsatz im Bereich Filialdienstleistungen lag in der Berichtsperiode mit 118,4 Mio EUR um 5,4 Mio EUR unter dem Vorjahreswert. Diese Differenz ist allerdings auf die Änderung des Verrechnungsmodells von Mobilfunkprodukten im Ausmaß von 8,6 Mio EUR zurückzuführen, dem auch ein Rückgang in der entsprechenden Aufwandsposition gegenübersteht. Bereinigt um diesen Effekt erhöhte sich der Umsatz vor allem aufgrund einer Absatzsteigerung im Mobilfunkbereich.

UMSATZENTWICKLUNG DIVISION PAKET & LOGISTIK

Mio EUR	2014 ¹	2015	2016	Veränderung 2015/2016	
				%	Mio EUR
Umsatzerlöse mit Dritten (extern)	875,0	900,2	552,5	-38,6	-347,7
Paket Premium	651,4	668,4	337,8	-49,5	-330,7
Paket Standard	188,2	195,4	184,9	-5,4	-10,5
Paket Sonstige Leistungen	35,3	36,4	29,8	-18,1	-6,6
Umsatzerlöse mit Dritten (extern) ohne trans-o-flex	375,0	402,1	417,6	3,9	15,5
Umsatzerlöse mit anderen Segmenten (konzernintern)	8,8	8,2	11,5	40,4	3,3
Umsatzerlöse gesamt	883,7	908,4	564,0	-37,9	-344,4

¹ Die Darstellung der Umsatzerlöse der Division Paket & Logistik wurde angepasst. Exportdienstleistungen werden nach der Nettomethode erfasst (vormals Ausweis in Umsatzerlösen und Aufwand für bezogene Leistungen).

Der Umsatz der Division Paket & Logistik reduzierte sich im Jahr 2016 aufgrund des bereits erwähnten Verkaufs des Tochterunternehmens trans-o-flex um 347,7 Mio EUR auf 552,5 Mio EUR. Bereinigt um die Umsatzerlöse der trans-o-flex wurde trotz intensiven Wettbewerbs ein Umsatzanstieg von 3,9% erzielt.

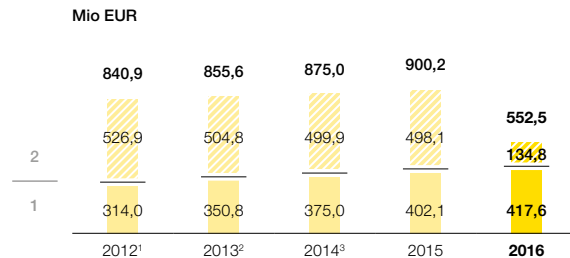
Der Großteil des Divisionsumsatzes entfiel auf den Premium-Bereich. Hierbei handelt es sich um eine Paketzustellung innerhalb von 24 Stunden. Dieser verzeichnete auf vergleichbarer Basis – ohne Berücksichtigung der trans-o-flex – einen Umsatzanstieg von 14,9%. Neben höheren Umsatzbeiträgen im Bereich der Business-Kunden in Österreich waren vor allem überdurchschnittliche Steigerungen bei Umsätzen höherwertiger Pakete im Bereich der Privatkunden zu verbuchen.

Die Umsätze des Bereichs Paket Standard – er umfasst vorrangig Sendungen an Privatkunden in Österreich – gaben aufgrund verstärkten Wettbewerbs sowie des Trends in Richtung Premium-Produkte um 5,4% auf 184,9 Mio EUR nach.

Im Bereich Paket sonstige Leistungen, der diverse Logistik-Zusatzdienstleistungen wie z. B. Fulfillment, Warehousing oder Werttransporte beinhaltet, wurden in der Berichtsperiode Umsätze in Höhe von 29,8 Mio EUR generiert. Der Rückgang von 18,1% ist vor allem auf den Verkauf des Tochterunternehmens trans-o-flex zurückzuführen.

Regional betrachtet wurden 61,9% der Umsätze in Österreich generiert, 23,9% der Umsätze in Deutschland und 14,3% entfielen auf die Tochtergesellschaften in Südost- und Osteuropa. Vor dem Hintergrund des intensivierten Wettbewerbs in Österreich entwickelte sich der Umsatz in dieser Region mit plus 1,3% gut. Auch das Geschäft in Südost-/Osteuropa zeigte ein Wachstum von 2,7%.

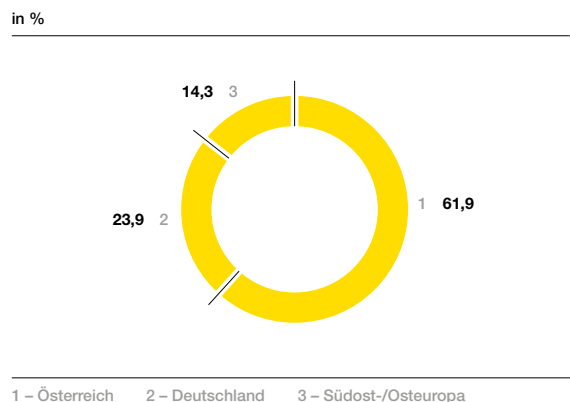
UMSATZ DIVISION PAKET & LOGISTIK



1 – Umsatzerlöse Paket & Logistik ohne trans-o-flex
2 – trans-o-flex

¹ Werte bereinigt um die im Jahr 2012 veräußerten Tochtergesellschaften Benelux
² Die Darstellung der Umsatzerlöse wurde angepasst, sodass segmentübergreifende Leistungsbeziehungen zwischen Tochtergesellschaften bzw. zwischen Tochtergesellschaften und der Österreichischen Post AG nicht mehr in den Umsatzerlösen mit Dritten (vormals Außenumsatz) gezeigt werden.
³ Die Darstellung der Umsatzerlöse der Division Paket & Logistik wurde angepasst. Exportdienstleistungen werden nach der Nettomethode erfasst (vormals Ausweis in Umsatzerlösen und Aufwand für bezogene Leistungen).

PAKETUMSATZ NACH REGIONEN 2016



3.2.2 ERGEBNISENTWICKLUNG

KONZERN-ERTRAGSLAGE

Mio EUR	2014 ¹	2015	2016	Veränderung 2015/2016	
				%	Mio EUR
Umsatzerlöse	2.363,5	2.401,9	2.030,5	-15,5	-371,5
Sonstige betriebliche Erträge	134,4	99,2	70,1	-29,3	-29,1
Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen	-737,5	-749,6	-495,2	33,9	254,4
Personalaufwand	-1.109,5	-1.106,0	-1.035,2	6,4	70,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-317,0	-344,0	-277,3	19,4	66,7
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	-0,1	1,1	-15,8	< -100	-17,0
EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen)	333,8	302,7	277,1	-8,5	-25,7
Planmäßige Abschreibungen	-84,9	-85,0	-72,6	-14,6	-12,4
Wertminderungen	-52,0	-128,7	-2,3	-98,2	-126,4
EBIT (Ergebnis vor Zinsen und Steuern)	196,9	89,0	202,3	> 100	113,2
Sonstiges Finanzergebnis	-2,8	2,0	-0,7	< -100	-2,7
EBT (Ergebnis vor Ertragsteuern)	194,0	91,0	201,5	> 100	110,5
Ertragsteuern	-47,2	-19,5	-48,8	< -100	-29,3
Periodenergebnis	146,8	71,6	152,7	> 100	81,2
Ergebnis je Aktie (EUR) ²	2,17	1,06	2,26	> 100	1,20

¹ Die Darstellung der Umsatzerlöse der Division Paket & Logistik wurde angepasst. Exportdienstleistungen werden nach der Nettomethode erfasst (vormals Ausweis in Umsatzerlösen und Aufwand für bezogene Leistungen).

² Unverwässertes Ergebnis je Aktie, bezogen auf 67.552.638 Stück Aktien

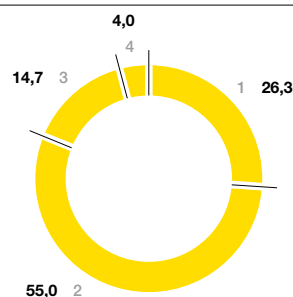
Die Aufwandsstruktur der Österreichischen Post ist von einem hohen Anteil an Personalkosten geprägt. So entfielen im Jahr 2016 55,0 % der gesamten betrieblichen Aufwendungen auf Personalaufwand. Die zweitgrößte Aufwandsposition stellten mit 26,3 % der Materialaufwand und der Aufwand für bezogene Leistungen dar, der zum Großteil extern vergebene Transportaufwendungen betrifft. Weiters entfielen 14,7 % auf sonstige betriebliche Aufwendungen und 4,0 % auf Abschreibungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge reduzierten sich im Berichtszeitraum auf 70,1 Mio EUR nach 99,2 Mio EUR im Vorjahr. In den sonstigen betrieblichen Erträgen waren im Jahr 2015 Rückforderungsansprüche aus in Vorperioden bezahlten Lohnnebenkosten enthalten. Diese beliefen sich saldiert, also abzüglich Aufwendungen für etwaige Ersatzleistungen, die in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen abgebildet sind, auf 23,0 Mio EUR.

Der Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen ging vor allem aufgrund des Verkaufs der trans-o-flex von 749,6 Mio EUR auf 495,2 Mio EUR zurück. Bei den bezogenen Leistungen kam es hingegen zu einem Anstieg, insbesondere bedingt durch das gestiegene Paketvolumen im Kerngeschäft.

AUFWANDSVERTEILUNG 2016

in %



1 – Materialaufwand/bezogene Leistungen
2 – Personalaufwand
3 – Sonstige betriebliche Aufwendungen
4 – Abschreibungen

Der Personalaufwand der Österreichischen Post verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr vor allem aufgrund des Verkaufs der trans-o-flex um 70,8 Mio EUR auf 1.035,2 Mio EUR. Auf vergleichbarer Basis, also ohne Berücksichtigung der trans-o-flex, ging der gesamte Personalaufwand vor allem aufgrund der konsequenten Fortführung der Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und

zur Verbesserung der Personalstruktur um 1,6 % oder 16,5 Mio EUR zurück. Darüber hinaus führten diverse Gesetzesänderungen in der Berichtsperiode zu einem positiven Effekt. In Summe beschäftigte der Österreichische Post-Konzern im Geschäftsjahr 2016 im Periodendurchschnitt 21.695 Mitarbeiter (Vollzeitkräfte), wobei im Geschäftsjahr 2015 noch 23.476 Mitarbeiter für die Österreichische Post tätig waren.

Neben dem laufenden operativen Personalaufwand inkludiert der Personalaufwand der Österreichischen Post auch diverse nicht-operative Personalaufwendungen wie Abfertigungen oder Rückstellungsveränderungen, die primär auf die spezifische Beschäftigungssituation beamteter Mitarbeiter in Österreich zurückzuführen sind. Diese Aufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr weitgehend stabil entwickelt. Während eine Anpassung der Rechnungszinssätze diverser Personalrückstellungen im Jahr 2016 zu einer Ergebnisbelastung von 14,1 Mio EUR führte, wirkten sich die geringeren Rückstellungsaufwendungen für Sozialpläne, Personalunterauslastung oder den freiwilligen Personalwechsel von Mitarbeitern in den Bundesdienst sowie für diverse Restrukturierungen in Summe positiv aus.

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 19,4 % auf 277,3 Mio EUR ist vor allem auf den Verkauf der Tochtergesellschaft trans-o-flex zurückzuführen. Im Jahr 2015 waren zudem Wertminderungen von Forderungen von deutschen Distributionsgesellschaften von 3,7 Mio EUR angefallen.

Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen betrug minus 15,8 Mio EUR nach plus 1,1 Mio EUR im Jahr 2015. Die Änderung des Ausweises der Anteile an Aras Kargo a.s. als finanziellen Vermögenswert (vorher Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen) führte zu einer Belastung in Höhe von 16,7 Mio EUR, zurückzuführen vor allem auf die nun in der Gewinn- und Verlustrechnung ergebniswirksam zu erfassende Währungsumrechnungsrücklage.

Das EBITDA des Österreichischen Post-Konzerns betrug 277,1 Mio EUR nach 302,7 Mio EUR im Jahr 2015, in dem jedoch Rückforderungsansprüche aus in Vorperioden bezahlten Lohnnebenkosten abzüglich etwaiger Ersatzleistungen von 23,0 Mio EUR inkludiert waren. Die EBITDA-Marge des Konzerns erhöhte sich von 12,6 % auf 13,6 %.

In Summe fielen in der Berichtsperiode 74,8 Mio EUR Abschreibungen an, während das Jahr 2015 mit 213,7 Mio EUR von Sondereffekten geprägt war. Im Vorjahr inkludierten die Abschreibungen des Konzerns sowohl Wertminderungen von Firmen- und Vermögenswerten beim deutschen Tochterunternehmen trans-o-flex in Höhe von 122,1 Mio EUR als auch eine Wertminderung im Ausmaß von 6,1 Mio EUR des Firmenwerts der rumänischen Tochtergesellschaft PostMaster s.r.l. Im Jahr 2016 ist eine Wertminderung im Zusammenhang mit der

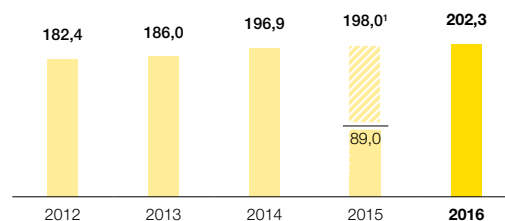
rumänischen Tochtergesellschaft PostMaster s.r.l. in der Höhe von 2,0 Mio EUR angefallen.

Das EBIT 2016 betrug 202,3 Mio EUR, nach einem ausgewiesenen Ergebnis von 89,0 Mio EUR im Jahr zuvor. Im Jahr 2015 waren wie bereits erwähnt Wertminderungen in Höhe von 131,9 Mio EUR vor allem im Zusammenhang mit der Tochtergesellschaft trans-o-flex sowie ein bereits erwähnter positiver Nettoeffekt von 23,0 Mio EUR enthalten. Bereinigt um diese Sondereffekte lag das operative Ergebnis 2015 somit bei 198,0 Mio EUR. Bereinigt um Sondereffekte im Jahr 2015 konnte ein Anstieg des operativen Ergebnisses von 2,2 % und eine Verbesserung der EBIT-Marge von 8,2 % auf 10,0 % erzielt werden.

Das Finanzergebnis des Konzerns verringerte sich von 2,0 Mio EUR im Vorjahr auf minus 0,7 Mio EUR im Jahr 2016. Die Veränderung ist im Wesentlichen auf eine vorzeitige Auflösung einer Cross-Border-Leasingtransaktion im März 2015 in Höhe von 3,3 Mio EUR zurückzuführen.

EBIT

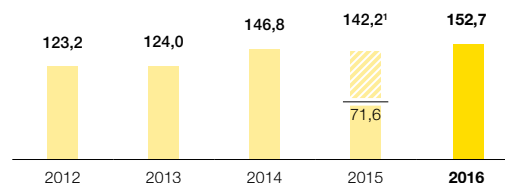
Mio EUR



¹ Bereinigt um Sondereffekte

PERIODENERGEBNIS

Mio EUR



¹ Bereinigt um Sondereffekte

Das Ergebnis vor Steuern lag im Jahr 2016 bei 201,5 Mio EUR nach 91,0 Mio EUR im Vorjahr. Das ausgewiesene Nettoergebnis im Jahr 2015 war wesentlich durch die beschriebenen Sondereffekte beeinträchtigt. Der Steueraufwand betrug 48,8 Mio EUR im Jahr 2016 im Vergleich zu 19,5 Mio EUR in 2015. Nach Abzug der Steuern ergibt sich damit ein Periodenergebnis (Ergebnis nach Steuern) von 152,7 Mio EUR, im Vergleich zu 71,6 Mio EUR

in der Vorjahresperiode. Dies entspricht einem unverwässerten Ergebnis pro Aktie von 2,26 EUR für das Geschäftsjahr 2016 im Vergleich zu 1,06 EUR im Vorjahr.

Bereinigt um die beschriebenen Sondereffekte belief sich das Periodenergebnis im Jahr 2015 auf 142,2 Mio EUR, das entspricht einem Ergebnis pro Aktie von 2,10 EUR.

EBITDA UND EBIT NACH DIVISIONEN

Mio EUR	2014	2015	2016	Veränderung 2015/2016		Marge
				%	Mio EUR	2016
EBITDA Gesamt	333,8	302,7	277,1	-8,5	-25,7	13,6 %
Brief, Werbepost & Filialen	311,0	322,9	319,7	-1,0	-3,3	20,4 %
Paket & Logistik	41,4	37,9	29,8	-21,2	-8,0	5,3 %
Corporate/Konsolidierung	-18,5	-58,1	-72,4	24,7	-14,3	-
EBIT Gesamt	196,9	89,0	202,3	> 100,0	113,2	10,0 %
Brief, Werbepost & Filialen	270,0	284,7	285,1	0,1	0,3	18,2 %
Paket & Logistik	-19,5	-105,4	18,5	> 100,0	123,9	3,3 %
Corporate/Konsolidierung	-53,6	-90,3	-101,3	12,2	-11,0	-

Nach Divisionen betrachtet, verzeichnete die Division Brief, Werbepost & Filialen trotz Umsatzrückgängen im Geschäftsjahr 2016 eine weitgehend stabile Ergebnisentwicklung, dies insbesondere dank hoher Kostendisziplin. Das EBITDA betrug 319,7 Mio EUR nach 322,9 Mio EUR in 2015. Das Divisions-EBIT blieb mit 285,1 Mio EUR im Vergleich zum Vorjahr stabil. Während im Vorjahr eine Wertminderung des Firmenwerts der Tochtergesellschaft in Rumänien in Höhe von 6,1 Mio EUR anfiel, kam es in der Berichtsperiode zu einer Wertminderung des Firmenwerts dieser Gesellschaft von 2,0 Mio EUR.

Die Division Paket & Logistik verzeichnete im Jahr 2016 ein EBITDA von 29,8 Mio EUR nach 37,9 Mio EUR im Geschäftsjahr 2015. Die Änderung des Ausweises der Anteile an Aras Kargo a. s. als finanziellen Vermögenswert (vorher Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen) führte zu einer Belastung in Höhe von 16,7 Mio EUR. Dies ist vor allem auf die nun in der Gewinn- und Verlustrechnung ergebniswirksam zu erfassende Währungsumrechnungsrücklage zurückzuführen. Das EBIT lag im Geschäftsjahr 2016 bei 18,5 Mio EUR nach minus 105,4 Mio EUR im Vorjahr. Im Jahr 2015 waren Wertminderungen im Zusammenhang mit der Tochtergesellschaft trans-o-flex in Höhe von 125,8 Mio EUR enthalten. Bereinigt um die beschriebenen Effekte verbesserte sich das operative Ergebnis in der Division Paket & Logistik vor allem aufgrund des Abgangs der ehemaligen Tochtergesellschaft trans-o-flex von 20,4 Mio EUR im Jahr 2015 auf 35,2 Mio EUR.

Die Division Corporate (inklusive Konsolidierung) enthält Aufwendungen zentraler Einheiten des Konzerns, die nicht weiterverrechnet werden, sowie zugeordnete Personalrückstellungen und Vorsorgen. Darüber hinaus Österreichische Post AG | Jahresfinanzbericht 2016

beinhaltet die Division die Bereiche Innovationsmanagement und Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Das EBIT der Division Corporate reduzierte sich von minus 90,4 Mio EUR auf minus 101,3 Mio EUR, da im Jahr 2015 ein positiver Nettoeffekt aus Rückforderungsansprüchen aus in Vorperioden bezahlter Lohnnebenkosten in Höhe von 23,0 Mio EUR enthalten war. Im Jahr 2016 ist ein positiver Effekt beim Personalaufwand im Zusammenhang mit diversen Gesetzesänderungen zu nennen.

3.3 — VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

Die Österreichische Post setzt auf eine konservative Bilanz- und Finanzierungsstruktur. Dies zeigt sich vor allem an der hohen Eigenkapitalquote, den geringen Finanzverbindlichkeiten und der soliden Veranlagung von Zahlungsmitteln mit möglichst geringem Risiko.

3.3.1 BILANZSTRUKTUR

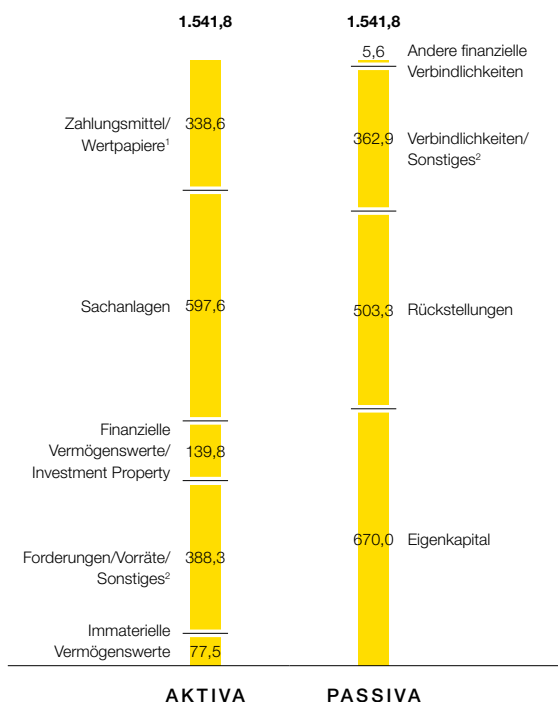
Die Bilanzsumme der Österreichischen Post lag per 31. Dezember 2016 bei 1.541,8 Mio EUR. Aktivseitig bilden Sachanlagen in Höhe von 597,6 Mio EUR die größte Bilanzposition, zudem gab es immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 21,2 Mio EUR. Die Geschäfts- oder Firmenwerte aus Unternehmenserwerben sind per 31. Dezember 2016 mit 56,3 Mio EUR ausgewiesen. Die Forderungen beliefen sich auf 291,2 Mio EUR. Aus der Bilanz ist ersichtlich, dass die Österreichische Post zum 31. Dezember 2016 über Finanzmittel (Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente) in Höhe von 277,8 Mio EUR und Wertpapiere im Wert von 60,9 Mio EUR verfügte. Die von der Österreichischen Post gehaltenen

Wertpapiere besitzen ein Investment-Grade-Rating bzw. eine vergleichbare Bonität, weshalb von einer kurzfristigen Liquidierbarkeit dieser Anteile ausgegangen werden kann. Damit lag der Finanzmittelbestand inklusive Wertpapiere per Jahresultimo bei 338,6 Mio EUR. Die Zahlung der Dividende von 1,95 EUR je Aktie – in Summe 131,7 Mio EUR – für das Geschäftsjahr 2015, ausgeschüttet im April 2016, ist dabei berücksichtigt.

Die Passivseite der Bilanz ist von einer hohen Eigenkapitalquote geprägt. Diese verbesserte sich von 39,8 % per 31. Dezember 2015 auf 43,5 % per 31. Dezember 2016. Das entspricht einem Eigenkapital in Höhe von 670,0 Mio EUR. Die langfristigen Schulden lagen mit Ende der Berichtsperiode bei 395,2 Mio EUR, die kurzfristigen Schulden bei 475,6 Mio EUR. Die in den Schulden enthaltenen Rückstellungen beliefen sich mit Ende Dezember 2016 auf insgesamt 503,3 Mio EUR. Davon entfielen 167,6 Mio EUR auf Rückstellungen für Unterauslastung.

BILANZSTRUKTUR NACH POSITIONEN

Mio EUR



¹ In der Bilanz sind Wertpapiere unter anderen finanziellen Vermögenswerten erfasst.

² Inkl. Vermögen/Schulden iZm Veräußerung

BILANZ PER 31. DEZEMBER

Mio EUR	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Struktur 31.12.2016
AKTIVA				
Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte, Geschäfts- oder Firmenwerte	769,9	654,9	675,1	43,8 %
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Property)	51,8	60,5	69,0	4,5 %
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	53,3	53,2	9,6	0,6 %
Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Sonstiges	464,2	409,3	385,9	25,0 %
Andere finanzielle Vermögenswerte	67,1	71,8	122,0	7,9 %
davon Wertpapiere	53,1	57,2	60,9	-
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	264,1	299,6	277,8	18,0 %
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	0,6	63,8	2,4	0,1 %
	1.671,0	1.613,0	1.541,8	100,0 %
PASSIVA				
Eigenkapital	702,7	641,7	670,0	43,5 %
Rückstellungen	540,5	516,6	503,3	32,6 %
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	17,7	12,6	5,6	0,4 %
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und Sonstiges	409,5	372,1	361,9	23,5 %
Schulden iZm zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	0,6	70,0	0,9	0,1 %
	1.671,0	1.613,0	1.541,8	100,0 %

Die Analyse der Bilanzstruktur nach Fristigkeiten zeigt, dass der überwiegende Teil der Bilanzsumme mit einem Anteil von 59,7% bzw. 921,0 Mio EUR auf langfristiges Vermögen entfällt. Innerhalb des langfristigen Vermögens nehmen die Positionen Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte und Geschäfts- oder Firmenwerte mit 675,1 Mio EUR eine bedeutende Stellung ein. Zu den größten Posten des kurzfristigen Vermögens gehören mit 276,6 Mio EUR die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen sowie mit 277,8 Mio EUR die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente. Inklusiv der Wertpapiere im Wert von 60,9 Mio EUR lagen die Finanzmittel inkl. Wertpapieren der Österreichischen Post per 31. Dezember 2016 damit bei 338,6 Mio EUR.

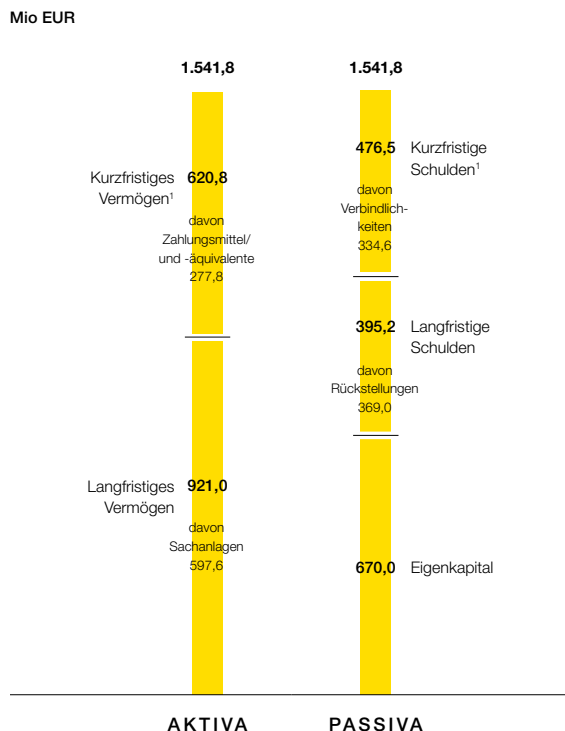
Passivseitig setzt sich die Bilanzsumme aus Eigenkapital (43,5%), langfristigen Schulden (25,6%) sowie kurzfristigen Schulden (30,9%) zusammen. Die langfristigen Schulden von insgesamt 395,2 Mio EUR beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen (in Summe 369,0 Mio EUR). Bei den kurzfristigen Schulden in Höhe von 476,5 Mio EUR (inkl. Schulden iZm Veräußerung) dominieren Verbindlichkeiten mit 334,6 Mio EUR (davon aus Lieferungen und Leistungen 187,5 Mio EUR).

3.3.2 CASHFLOW

Der Cashflow aus dem Ergebnis erreichte im Geschäftsjahr 2016 274,7 Mio EUR nach 265,0 Mio EUR im Geschäftsjahr 2015. Diese Differenz im Jahresvergleich geht vor allem auf die geringeren Steuerzahlungen zurück. Der Cashflow aus der Geschäftstätigkeit lag mit 223,6 Mio EUR um 7,4 Mio EUR über dem Vergleichswert des Vorjahres. Zurückzuführen ist dieser Anstieg vor allem einerseits auf den Abbau von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und andererseits auf den Rückgang der Rückstellungen sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit erreichte im Jahr 2016 einen Wert von minus 105,1 Mio EUR im Vergleich zu minus 49,0 Mio EUR im Vorjahr. Diese Abweichung resultierte vor allem aus dem positiven Effekt im Jahr 2015 durch den Verkauf der ehemaligen Unternehmenszentrale im ersten Wiener Gemeindebezirk, für

BILANZSTRUKTUR NACH FRISTIGKEITEN



¹ Vermögen/Schulden iZm Veräußerung sind in den kurzfristigen Vermögenswerten/Schulden enthalten

die der Restkaufpreis in Höhe von 60,0 Mio EUR beglichen worden war. Die Zahlung für den Erwerb von Sachanlagen (CAPEX) lag im Jahr 2016 mit 103,3 Mio EUR leicht unter dem Wert des Vorjahres (104,7 Mio EUR). In diesen Sachanlageninvestitionen sind auch Investitionen für den Bau der neuen Unternehmenszentrale in Höhe von 33,5 Mio EUR enthalten. Im Zusammenhang mit Akquisitionen und Devestitionen gab es im Jahr 2016 einen Cashflow-Effekt von minus 1,7 Mio EUR. Cashflow-mindernd wirkten sich zudem diverse Wertpapierbewegungen in Höhe von 3,1 Mio EUR aus, im Vergleich zu 4,4 Mio EUR im Vorjahr.

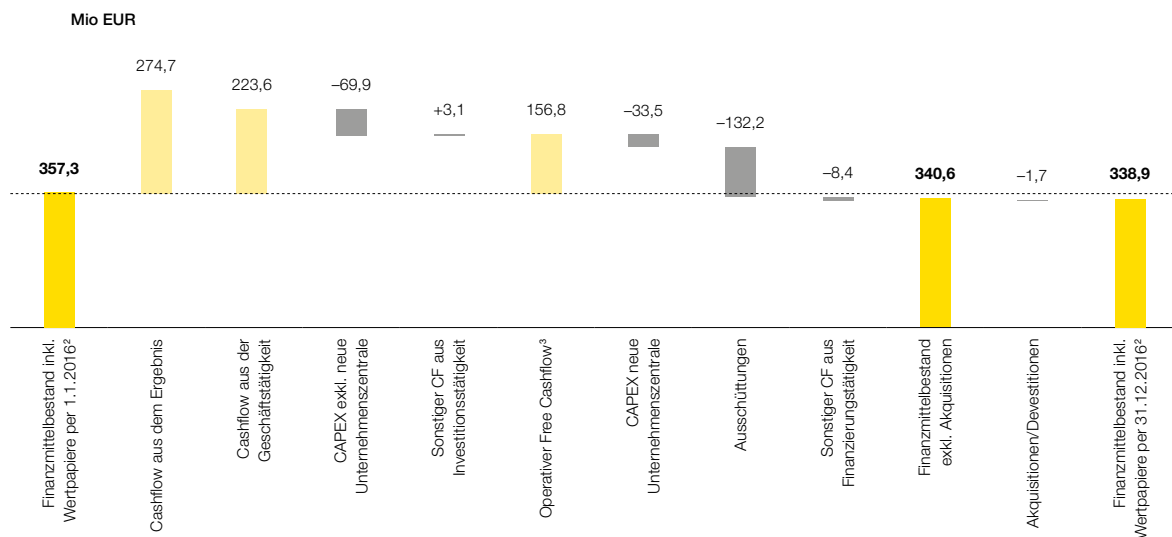
Der operative Free Cashflow vor Akquisitionen/ Wertpapieren (vor alter/neuer Unternehmenszentrale) erreichte 156,8 Mio EUR im Geschäftsjahr 2016 nach 160,5 Mio EUR im Vorjahr. Dies bildet eine gute Basis für die zukünftige Investitions- und Dividendenfähigkeit.

CASHFLOW

Mio EUR	2014	2015	2016
Cashflow aus dem Ergebnis	283,3	265,0	274,7
Cashflow aus Geschäftstätigkeit	232,2	216,2	223,6
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-69,4	-49,0	-105,1
davon CAPEX exkl. neue Unternehmenszentrale	-75,8	-71,9	-69,9
davon CAPEX neue Unternehmenszentrale	-6,7	-32,9	-33,5
davon Cashflow aus Akquisitionen/Devestitionen	-2,0	-6,8	-1,7
davon Erwerb/Verkauf von Wertpapieren	13,0	-4,4	-3,1
davon sonstiger Cashflow aus Investitionstätigkeit	2,1	67,0	3,1
Free Cashflow	162,8	167,2	118,5
Free Cashflow vor Akquisitionen/Wertpapieren	151,7	178,3	123,3
Operativer Free Cashflow vor Akquisitionen/Wertpapieren (vor alter/neuer Unternehmenszentrale)	158,5	160,5¹	156,8
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-138,8	-131,3	-140,6
davon Ausschüttungen	-129,7	-132,1	-132,2
Veränderung des Finanzmittelbestands	24,0	36,0	-22,1

¹ Exklusive Steuerzahlungen in der Höhe von 9,2 Mio EUR im Zusammenhang mit dem Verkauf der alten Unternehmenszentrale, die im Cashflow aus dem Ergebnis enthalten sind.

ENTWICKLUNG DES FINANZMITTEL- UND WERTPAPIERBESTANDS 2016¹



¹ Der Finanzmittelbestand inklusive Wertpapiere per 31.12.2016 enthält Zuschreibungen zu Wertpapieren in Höhe von 0,7 Mio EUR.

Diese Zuschreibungen wurden erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis erfasst und sind daher nicht im Cashflow enthalten.

² Enthält den Finanzmittelbestand der Veräußerungsgruppe (IFRS 5) per 01.01.2016 von 0,5 Mio EUR sowie von 0,2 Mio EUR per 31.12.2016.

³ Operativer Free Cashflow vor Akquisitionen/Wertpapieren (vor alter/neuer Unternehmenszentrale)

Die Analyse der Entwicklung des Finanzmittelbestands inklusive Wertpapiere im Jahr 2016 zeigt folgendes Bild: Per 1. Jänner 2016 lag der Finanzmittelbestand inkl. Wertpapiere der Österreichischen Post bei 357,3 Mio EUR. Im Jahr 2016 wurde ein Cashflow aus der Geschäftstätigkeit von 223,6 Mio EUR erwirtschaftet, der nach Abzug der im Lauf des Jahres getätigten CAPEX Österreichische Post AG | Jahresfinanzbericht 2016

exkl. neue Unternehmenszentrale in einem operativen Free Cashflow vor Akquisitionen/Wertpapieren (vor alter/neuer Unternehmenszentrale) von 156,8 Mio EUR resultierte. Damit wurden die Ausschüttungen des Jahres 2016 in Höhe von 132,2 Mio EUR deutlich abgedeckt. Es verblieb ein Finanzmittelbestand inklusive Wertpapiere per 31. Dezember 2016 in Höhe von 338,9 Mio EUR.

3.3.3 NETTOLIQUIDITÄT/NETTOFINANZVERSCHULDUNG

Mio EUR	31.12.2014 ¹	31.12.2015	31.12.2016
+ Andere finanzielle Verbindlichkeiten	17,7	12,6	5,6
+ Verbindlichkeiten verzinslich	3,4	0,0	0,0
+ Rückstellungen verzinslich	419,8	383,6	373,0
Verzinsliches Fremdkapital	440,7	396,2	378,5
- Andere finanzielle Vermögenswerte	-67,1	-71,8	-121,6
- Forderungen verzinslich langfristig	-9,9	-2,9	-3,4
- Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-264,1	-299,6	-277,8
Verzinsliche Aktiva	-341,1	-374,3	-402,8
- Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-0,6	-63,8	-2,4
+ Schulden iZm zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	0,6	70,0	0,9
Nettoliquidität (-)/Nettofinanzverschuldung (+)	99,7	28,1	-25,7
Verhältnis Nettofinanzverschuldung/EBITDA²	0,30	0,09	-
Gearing Ratio^{2,3}	14,2 %	4,4 %	-

¹ Die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden iZm zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten wurden aus dem Capital Employed in die Nettofinanzverschuldung umgegliedert.

² Da im Jahr 2016 eine Nettoliquidität ausgewiesen ist, wird auf die Darstellung der Kennzahlen Verhältnis Nettofinanzverschuldung/EBITDA sowie Gearing Ratio aufgrund der eingeschränkten Aussagekraft verzichtet.

³ Gearing Ratio = Nettofinanzverschuldung/Eigenkapital

Der Österreichische Post-Konzern wies per Ende 2016 einen Nettoliquidität in Höhe von 25,7 Mio EUR aus. Die Veränderung zum Vorjahr basiert einerseits auf einem Rückgang des verzinslichen Fremdkapitals und andererseits auf gestiegenen verzinslichen Aktiva. Dabei haben sich vor allem die anderen finanziellen Vermögenswerte aufgrund der Änderung des Ausweises der Anteile an Aras Kargo a. s. erhöht.

Auf Basis der vorhandenen Liquidität sowie des soliden operativen Cashflows kann die Österreichische Post die aktuellen Finanzierungsvorhaben selbst decken. Eine substantielle Fremdkapitalaufnahme ist derzeit nicht vorgesehen.

Im Rahmen der Dividendenpolitik beabsichtigt die Österreichische Post für die kommenden Jahre unter der Voraussetzung, dass sich die Geschäftsentwicklung weiterhin erfolgreich fortsetzt und keine außergewöhnlichen Umstände auftreten, eine Ausschüttungsquote von zumindest 75 % des auf die Aktionäre entfallenden Periodenergebnisses.

3.3.4 INVESTITIONEN UND AKQUISITIONEN

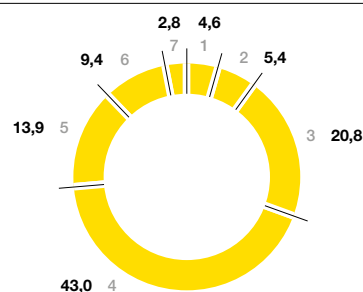
Die Investitionen des Österreichischen Post-Konzerns beliefen sich im Geschäftsjahr 2016 in Summe auf 106,0 Mio EUR und lagen damit um 7,4 Mio EUR unter dem Wert des Vorjahres. Davon entfielen 101,1 Mio EUR auf Investitionen in Sachanlagen und 4,9 Mio EUR auf Investitionen in immaterielle Vermögenswerte.

Schwerpunkte des Investitionsprogramms der Österreichischen Post bildeten in der Berichtsperiode geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau (43,0 %). Darin enthalten sind geleistete Anzahlungen für ein Grundstück für die Errichtung eines neuen Sortierzentrums nördlich von Wien sowie für Zustellfahrzeuge. Die Anlagen im Bau betreffen vor allem die neue Unternehmenszentrale, die im Herbst 2017 fertiggestellt wird.

Zudem entfielen 20,8 % der Investitionen auf Grundstücke, Gebäude und Investment Property sowie 13,9 % auf den Bereich Fuhrpark. 9,4 % wurde in Betriebs- und Geschäftsausstattung/Hardware investiert.

INVESTITIONEN NACH KATEGORIEN 2016

in %



- 1 – Immaterielle Vermögensgegenstände
- 2 – Technische Anlagen und Maschinen
- 3 – Grundstücke, Gebäude und Investment Property
- 4 – Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau
- 5 – Fuhrpark
- 6 – Geschäftsausstattung/Hardware
- 7 – Filialnetz

Außerdem wurden Investitionen in die Modernisierung der Sortieranlagen und der Fördertechnik (5,4 %), in Softwarelizenzen (4,6 %) sowie in die Modernisierung des Filialnetzes (2,8 %) getätigt.

Sowohl bei Neu- als auch bei Ersatzinvestitionen erfolgt eine detaillierte Rentabilitätsbetrachtung der jeweiligen Maßnahme. Ersatzinvestitionen werden dann getätigt, wenn entweder mit der neueren Technologie ein Produktivitätsfortschritt erzielt werden kann, der die laufenden Aufwendungen in Eigen- und Fremdpersonal oder den Zukauf von Transportleistungen reduziert, oder der optimale Austauschzeitpunkt dadurch gegeben ist, dass die Lebenszykluskosten (vor allem Instandhaltungskosten) die Kosten eines neu beschafften Anlageguts überschreiten.

Investitionen werden sowohl während diverser Planungsphasen als auch im Zuge der Beschaffungsphase durch ein Gremium genehmigt und freigegeben, das sich je nach Investitionsvolumen aus Bereichsverantwortlichen, einzelnen oder allen Vorständen bzw. dem Aufsichtsrat der Österreichischen Post AG zusammensetzt. Neben

laufenden Plan/Ist-Vergleichen findet zum Abschluss der Investitionsphase – insbesondere bei großen Projekten – eine Investitionsnachschaue statt.

Neben dem Return on Investment (ROI) als wesentlichem Entscheidungsparameter für Investitionen und Akquisitionen werden auch die Amortisationsdauer und der Barwert des Investments betrachtet – dies sowohl in der Planung als auch im Kennzahlen-Monitoring.

Für den Erwerb bzw. Verkauf von Tochtergesellschaften sowie von nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen erfolgte 2016 ein Zahlungsmittelabfluss von 1,5 Mio EUR nach einem Abfluss von 7,0 Mio EUR im Jahr 2015. Generell geht jeder Akquisition ein konzernweit einheitlicher Auswahlprozess voran. Die Entscheidungsgrundlage bildet eine Due-Diligence-Prüfung, auf die eine Bewertung mittels Discounted-Cashflow-Methode und gegebenenfalls eine Plausibilisierung der ermittelten Werte mittels Vergleichswertverfahren folgt.

3.4 — WERTORIENTIERTE KENNZAHLEN

3.4.1 CAPITAL EMPLOYED

Das Capital Employed des Österreichischen Post-Konzerns reduzierte sich von 577,0 Mio EUR auf 567,9 Mio EUR per Ende 2016. Diese Differenz ist vor allem auf die bereits erwähnte Änderung des Ausweises der Anteile an Aras Kargo a.s. als finanziellen Vermögenswert zurückzuführen. Gegenläufig wirkte sich die Erhöhung der Sachanlagen vor allem durch den Bau der neuen Unternehmenszentrale sowie den Ankauf eines Grundstücks für ein neues Sortierzentrum aus.

Ziel der Österreichischen Post ist es, das Capital Employed entsprechend den branchenspezifischen Gegebenheiten zu optimieren. Vor diesem Hintergrund werden Investitionen äußerst selektiv und gezielt getätigt,

um vor allem Produktivitätssteigerungen zu ermöglichen. Firmenwerte werden laufend auf ihre Werthaltigkeit geprüft und bei Anzeichen von Wertminderungen entsprechend wertberichtigt.

Die wesentlichen Schwerpunkte im Forderungsmanagement der Österreichischen Post liegen in der kontinuierlichen Prüfung der überfälligen Forderungen. Das Management wird regelmäßig über Außenstände informiert, um entsprechende Maßnahmen setzen zu können. Im Risikofall erfolgt unverzüglich die Umstellung auf Voraus- oder Barzahlung bzw. wird die Vorlage einer Bankgarantie gefordert.

Mio EUR	31.12.2014 ¹	31.12.2015	31.12.2016
+ Immaterielle Vermögenswerte und Geschäfts- oder Firmenwerte	172,1	83,0	77,5
+ Sachanlagen	597,7	571,9	597,6
+ Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	51,8	60,5	69,0
+ Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	53,3	53,2	9,6
+ Vorräte	16,7	15,9	18,1
+ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen sowie Ertragsteuererstattungsansprüche ²	368,9	297,6	288,5
– Unverzinsliches Fremdkapital	–526,9	–505,1	–492,3
Capital Employed	733,8	577,0	567,9

¹ Die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden iZm zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten wurden aus dem Capital Employed in die Nettofinanzmittelverschuldung umgegliedert.

² Abzüglich verzinsliche Forderungen

3.4.2 RATIOS

Die EBITDA-Marge der Österreichischen Post verbesserte sich von 12,6 % im Jahr 2015 auf 13,6 % im Jahr 2016. Die EBIT-Marge erhöhte sich aufgrund der bereits beschriebenen Sondereffekte im Jahr 2015 vor allem im Zusammenhang mit dem Abgang der deutschen Tochtergesellschaft trans-o-flex von 3,7 % auf 10,0 % in

2016. Aus diesem Grund stieg auch der Return on Equity von 12,5 % auf 30,0 %. Der Return on Capital Employed verbesserte sich von 13,6 % auf 35,3 %, was neben den Sondereffekten im Jahr 2015 auch auf einen Rückgang des Capital Employed zurückzuführen war.

in %	2014	2015	2016
EBITDA-Marge ¹	14,1	12,6	13,6
EBIT-Marge ²	8,3	3,7	10,0
ROE ³	25,8	12,5	30,0
ROCE ⁴	26,5	13,6	35,3

¹ EBITDA-Marge = EBITDA/Umsatz

² EBIT-Marge = EBIT/Umsatz

³ Return on Equity = Periodenergebnis/(Eigenkapital zum 1. Jänner abzüglich Dividendenausschüttung)

⁴ Return on Capital Employed = EBIT/durchschnittliches Capital Employed

4 — Mitarbeiter

Die durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter (umgerechnet in Vollzeitkräfte) des Österreichischen Post-Konzerns reduzierte sich im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr um 1.781 Mitarbeiter auf nunmehr 21.695. Diese Reduktion ist hauptsächlich auf den

Verkauf des deutschen Tochterunternehmens trans-o-flex zurückzuführen. Der weitaus größte Teil der Konzernmitarbeiter (in Vollzeitkräften) ist in der Österreichischen Post AG beschäftigt (17.448). Insgesamt 4.247 Mitarbeiter (in Vollzeitkräften) arbeiten in den Tochtergesellschaften.

MITARBEITER NACH DIVISIONEN

Periodendurchschnitt in Vollzeitkräften	2014	2015	2016	Anteil in %
Brief, Werbepost & Filialen	17.331	16.877	16.434	75,7
Paket & Logistik	4.611	4.754	3.318	15,3
Corporate	1.970	1.845	1.944	9,0
Gesamt	23.912	23.476	21.695	100,0

4.1 — ARBEITNEHMERSCHUTZ UND GESUNDHEITS- FÖRDERUNG

Als Dienstleistungsunternehmen stellen motivierte und gesunde Mitarbeiter für die Österreichische Post einen entscheidenden Erfolgsfaktor dar. Um die Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiter – auch bis in ein höheres Alter – zu erhalten, muss der Arbeitgeber ein sicheres und motivierendes Arbeitsumfeld schaffen. Für den Erhalt der Gesundheit sind beide Seiten – das Unternehmen und die Mitarbeiter – verantwortlich. Demnach arbeitet die Post an der Gestaltung der Arbeitsplätze und -prozesse nach den hohen Anforderungen des Arbeitnehmerschutzes und bietet ihren Mitarbeitern zusätzlich diverse Aktivitäten an, die diese in ihrer Gesundheitsvorsorge unterstützen.

Im Jahr 2016 lag der Schwerpunkt in der Weiterführung des Projekts „Gesundes Herz und Du“. Im Rahmen von Gesundheitsberatungen und Gesundheitstagen konnten die Mitarbeiter Interessantes über die eigene Gesundheit und den eigenen Körper sowie über Ernährung, Raucherentwöhnung und ähnliche Themen erfahren. Mit dem Programm „Fit im Büro“ wurde ein Programm zusammengestellt, mit dessen Übungen die Mitarbeiter mit geringem Zeitaufwand im Büro und zu Hause ihre Muskeln kräftigen und Haltungsschäden vorbeugen können.

4.2 — AUS- UND WEITERBILDUNG

Die zielgruppen- und kompetenzorientierte Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter bildet einen wichtigen Schwerpunkt im Personalmanagement der Österreichischen Post. Die hier umgesetzten Maßnahmen beinhalten Fachschulungen, Weiterbildungskurse, Coachings und Trainings in allen Fachbereichen des Unternehmens.

Wenn es darum geht, Mitarbeiterpotenziale zu erkennen und ihre Fähigkeiten durch individuelle Förderung auszubauen, sind im ersten Schritt die Führungskräfte gefordert. Daher setzt die Österreichische Post bereits seit dem Jahr 2012 einen Schwerpunkt auf die Ausbildung von Führungskräften im Rahmen der Führungsakademie des Unternehmens. Ihr Ziel besteht darin, leitende Mitarbeiter und Schlüsselkräfte mit einem maßgeschneiderten Programm bei der Umsetzung der Führungsleitlinien zu unterstützen.

4.3 — VIELFALT UND CHANCENGLEICHHEIT

Im Rahmen ihres Diversity-Managements sieht die Post die Vielfalt unter ihren Mitarbeitern explizit als förderwürdig an und nutzt diese konstruktiv. Das bezieht sich einerseits auf äußerlich wahrnehmbare Unterschiede wie Geschlecht, Ethnie, Alter oder Behinderung, andererseits aber auch auf subjektive Unterschiede wie Religion oder Lebensstil. Die Österreichische Post möchte die individuelle Verschiedenheit der Mitarbeiter nicht nur respektieren, sondern diese im Sinne einer positiven Wertschätzung besonders hervorheben. Die Ziele sind eine produktive Gesamtatmosphäre im Unternehmen zu schaffen, soziale Diskriminierungen von Minderheiten zu verhindern und die Bedingungen für Chancengleichheit zu verbessern. Denn die Österreichische Post legt in allen Unternehmensbereichen großen Wert auf Chancengleichheit am Arbeitsplatz und tritt daher jeder Form von Diskriminierung, Mobbing und sexueller Belästigung entschieden entgegen. Bereits 2013 hat die Österreichische Post die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet und trägt seither im Sinn dieser freiwilligen Selbstverpflichtung im Rahmen ihres Diversity-Managements zu mehr Toleranz, Fairness und Wertschätzung bei. Die Österreichische Post nimmt ihre Rolle als familienfreundlicher Arbeitgeber ernst und fördert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch eine Reihe von Maßnahmen und Angeboten. Dafür erhielt die Post im November 2013 das bis 2016 gültige Grundzertifikat „berufundfamilie“ des österreichischen Familienministeriums. Auch 2016 erhielt die Post erneut das Zertifikat, gültig bis 2019.

5 — Umwelt

Die Österreichische Post ist sich auch ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt bewusst und sucht daher laufend nach Optimierungspotenzialen, um ihren ökologischen Fußabdruck zu minimieren. Auch im Jahr 2016 hat die Österreichische Post im Rahmen ihrer Initiative CO₂ NEUTRAL ZUGESTELLT alle Briefe, Pakete und Werbesendungen in Österreich ausnahmslos CO₂-neutral zugestellt. Diese Initiative wird in einem Drei-Stufen-Programm umgesetzt: Oberste Priorität hat immer die Vermeidung von Emissionen in den eigenen Kernprozessen. Dies betrifft vor allem die Bereiche Fuhrpark und Gebäude und wird etwa durch optimierte Routenplanung, eine moderne Fahrzeugflotte sowie Schulungen der Fahrer bzw. durch Monitoring des Energieverbrauchs in Gebäuden und die Optimierung der Gebäudenutzflächen verwirklicht. In einem zweiten Schritt setzt die Österreichische Post auf alternative Energieformen. Auch 2016 wurde etwa der E-Fuhrpark bedeutend ausgebaut und umfasst bereits mehr als 1.300 E-Fahrzeuge. Das Projekt „Grünes Wien“ sieht vor,

dass alle Brief- und Werbesendungen an Privatkunden in Wien nur mehr mit E-Fahrzeugen oder zu Fuß zugestellt werden. Mittlerweile wurde dieses Projekt fast vollständig umgesetzt. Auch auf die anderen Bundeshauptstädte wurde dieses Projekt ausgerollt.

Darüber hinaus bezieht die Österreichische Post seit 2012 nur noch Strom aus erneuerbaren Energiequellen und betreibt auf dem Dach des Briefzentrums Wien und des Logistikzentrums Allhaming jeweils eine Photovoltaikanlage. Die Anlagen produzieren gemeinsam rund 1,4 Millionen Kilowattstunden Strom jährlich. Auf der dritten Ebene werden schließlich alle Emissionen, die derzeit noch nicht vermieden werden können, durch die Unterstützung anerkannter und zertifizierter nationaler und internationaler Klimaschutzprojekte mit hoher ökologischer und sozioökonomischer Wirkung kompensiert. Die gesamte Initiative wird regelmäßig von Sachverständigen des TÜV AUSTRIA geprüft.

UMWELTKENNZAHLEN

	2013	2014	2015	Veränderung 2014/2015	
				%	absolut
CO ₂ -Emissionen gesamt (in t)	71.899	70.672	68.558	-3,0	-2.114
Energieverbrauch gesamt (in Mio kWh)	151,4	142,2	133,7	-6,0	-8,5
Kilometerleistung Österreichische Post (in Mio km)	123	124	125	0,8	1,0
Treibstoffverbrauch Österreichische Post (in Mio l)	14,8	14,7	14,8	0,7	0,1

Die Tabelle zeigt, dass die CO₂-Emissionen im Vergleich zum Vorjahr um 3,0 % gesunken sind. Gleichzeitig erhöhte sich jedoch die Kilometerleistung von 124 auf 125 Mio km. Die CO₂-Emissionen konnten im Zeitraum von 2010 bis 2015 um rund 21 % reduziert werden. Das Reduktionsziel für den Zeitraum lag bei 20 %.

Die Österreichische Post erstellt Nachhaltigkeitsberichte nach den Regeln der Global Reporting Initiative (GRI). Der Nachhaltigkeitsbericht 2015 entsprach dem

Berichtsstandard GRI G4 (Kernoption) und wurde von der Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m. b. H. einer Prüfung mit begrenzter Sicherheit unterzogen. Die hier veröffentlichten Umweltkennzahlen 2015 – CO₂-Emissionen, Energieverbrauch, Kilometerleistung und Treibstoffverbrauch – waren auch Teil dieser Prüfung. Die Umweltkennzahlen des Geschäftsjahres 2016 werden im Nachhaltigkeitsbericht 2016 veröffentlicht, der Ende Juni 2017 erscheinen wird.

6 — Forschung und Entwicklung/ Innovationsmanagement

Ein wesentlicher Schlüssel zum nachhaltigen Erfolg in sich verändernden Märkten liegt in der Entwicklung und Markteinführung innovativer Produkte sowie der Erweiterung der bestehenden Produktpalette aus dem Kerngeschäft heraus. Die Österreichische Post ist ein Dienstleistungsunternehmen und ergänzt bzw. verbessert ihre Services daher ständig mit innerbetrieblichen F&E-Maßnahmen. Zusätzlich arbeitet die Österreichische Post laufend an der Optimierung ihrer Prozesse und Abläufe, wobei hierbei unternehmensintern oder gemeinsam mit Kooperationspartnern auch neue innovative Lösungen erforscht und entwickelt werden, die in vielen Fällen zu neuen Marktstandards für die gesamte Logistikbranche führen.

Im Bereich Produkte und Dienstleistungen wurden im Geschäftsjahr 2016 wieder eine Vielzahl innovativer und selbstentwickelter Lösungen umgesetzt. Während eine Reihe an Projekten im Produktmanagement der Divisionen Brief, Werbepost & Filialen und Paket & Logistik abgewickelt werden, bestehen für den stark wachsenden Online-Bereich eigene Kompetenzzentren, die sich prioritär mit der Entwicklung neuer Produkte und Lösungen beschäftigen. In den beiden Abteilungen Online- und E-Commerce-Innovationsmanagement sind rund 50 Mitarbeiter tätig, die sich primär auf den Bereich Forschung und Entwicklung konzentrieren.

So entwickelte die Österreichische Post ihre Lösungen in den Bereichen elektronische Post und mobile Services („Post-App“) auch 2016 konsequent weiter. Die Online Services der Post zeichnen sich dabei durch ein hohes Maß an Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit aus. Im Bereich Logistik-Services entwickelt die Österreichische Post zudem laufend maßgeschneiderte Kundenlösungen für Warehousing und Fulfillment sowie diverse „Value Added Services“. Diese Lösungen sorgen in Verbindung mit innovativen Online Services für mehr Effizienz, höhere Flexibilität und generell für eine kundenorientierte Optimierung von

Kommunikation und Distribution. Darüber hinaus übernahm die Österreichische Post im Jahr 2016 den steirischen IT-Dienstleister ACL advanced commerce labs GmbH (ACL). ACL ist führend im Bereich E-Commerce-Lösungen für große Markenhersteller in Österreich, Deutschland und der Schweiz. Mit der Beteiligung an ACL können E-Commerce-Angebote weiter ausgebaut und den Kunden künftig noch serviceorientiertere und einfachere One-Stop-Shop-Lösungen angeboten werden.

Eine Sonderstellung im Bereich F&E nimmt auch das Geschäftsfeld Mail-Solutions in der Division Brief mit 300 Mitarbeitern ein, die vor allem an innovativen Lösungen im Bereich Geschäftsprozessoutsourcing, elektronischer Zustellung, im Datenmanagement und in der digitalen Werbung arbeitet. Der Fokus liegt hier unter anderem auf dem dualen Versand und Empfang (digital/ physisch), einem intelligenten Inputmanagement, einem effizienten Poststellenmanagement, dem digitalen Dokumentenmanagement, der dualen Zustellung und dem Outputmanagement sowie auf wirkungsvollen CRM-Anwendungen (Geomarketing, Adressmanagement etc.). Im Jahr 2016 erwarb die Österreichische Post zudem 26 % der Anteile am Unternehmen sendhybrid ÖPBD GmbH (sendhybrid). Als Spezialist für den sicheren, elektronischen Dokumentenversand ermöglicht sendhybrid Empfängern orts- und zeitunabhängig nachweisliche Erreichbarkeit und einen Zugriff auf das digitale Postfach über Smartphone, Tablet und PC.

Neben ihren eigenen Entwicklungsaktivitäten kooperiert das Unternehmen seit langem mit namhaften österreichischen Universitäten, Fachhochschulen und anderen Forschungseinrichtungen. Ein wichtiger Partner ist dabei die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG). Ziel dieser Zusammenarbeit ist es, den Fokus auf Innovationen weiter zu verstärken und in der Entwicklung von Produkten und Services auf wissenschaftlich fundierte Ergebnisse zurückgreifen zu können.

Neben dem Produktbereich forscht und entwickelt die Österreichische Post – wie erwähnt – auch laufend im Bereich Prozesse und Abläufe. Auch aufgrund der hohen gesellschaftlichen Verantwortung der Post als österreichischer Leitbetrieb liegt einer der Schwerpunkte der gesetzten Initiativen auf den Bereichen Ressourcenschonung und Energieeffizienz. Die Abteilung CSR & Umweltmanagement berät und unterstützt dabei die operativen Bereiche bei Bedarf bei deren Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Eines der Leuchtturmprojekte im Bereich angewandte Forschung stellt die Modellregion E-Mobility Post dar. In Zusammenarbeit mit dem Klima- und Energiefonds der Bundesregierung und dem Ministerium für ein lebenswertes Österreich werden die Einsatzfähigkeit von E-Fahrzeugen in der Praxis und die optimale Nutzung der lokalen Ressourcen an erneuerbarer Energie erforscht. Die Österreichische Post hat bis Ende 2016 rund 14 Mio EUR in die CO₂-neutrale und schadstofffreie Zustellung investiert.

Des Weiteren wurden folgende Projekte im Geschäftsjahr 2016 begonnen bzw. weitergeführt: Gemeinsam mit

dem AIT Austrian Institut of Technology startete die Österreichische Post ein Projekt mit dem Namen PEAR zur Evaluierung der energieeffizienten Automation und Regelung von Gebäuden mit dem Hauptziel einer signifikant verkürzten Inbetriebnahme-Phase und einem durchgängig energieoptimierten Betrieb bei gleichbleibender Behaglichkeit. Ein weiteres Forschungsprojekt mit dem AIT hat E-Mobilität zum Thema (Projekt SEAMLESS). Die Österreichische Post, als Projekt- und Demopartner, leistet durch ihre Praxiserfahrungen einen Beitrag zur Erforschung unterschiedlicher Mobilitätswege und -möglichkeiten. Im Bereich der Logistik zielt das Projekt EAGLE auf die methodische Entwicklung eines Prototyps zur automatischen Güterentladung in Logistiknetzwerken ab. Unter realen Einsatzbedingungen sollen in Folge die Anforderungen an die Integration in bestehende Abläufe und die Nachhaltigkeit im Sinne der Bewältigung zukünftiger Warenströme berücksichtigt werden. Es handelt sich hierbei um eine exemplarische, nicht vollständige Darstellung ausgewählter Forschungsprojekte.

7 — Kunden

7.1 — ZUSTELLQUALITÄT

Die Österreichische Post hat es sich zum Ziel gesetzt, Anbieter hochqualitativer Dienstleistungen zu sein. In Österreich bestehen im Rahmen des Universaldienstes folgende strenge Auflagen für die Zustellgeschwindigkeit von Briefen und Paketen: Zustellung von 95 % aller Briefe am nächsten Werktag bzw. von 90 % aller Pakete innerhalb von zwei Werktagen. Mit einer Rate von 95,7 % für die am ersten Werktag nach Einlieferung zugestellten Briefe hat die Österreichische Post die gesetzliche Vorgabe auch 2016 wieder übererfüllt.

Bei der Paketzustellung an Privatkunden konnten mit rund 98 % Beförderung innerhalb von zwei Werktagen erfreulich hohe Werte erreicht werden. Auch bei den internationalen Sendungen (Inbound) bietet die Österreichische Post eine im europäischen Vergleich überdurchschnittliche Zustellqualität.

Im Bereich der Erstzustellquote von bescheinigten Briefen und Paketen konnten die guten Werte des Vorjahres im Briefbereich sowie im Paketbereich übertroffen werden. Die Erstzustellquote ist ein für die Kundenzufriedenheit sehr wichtiger Faktor. So konnten im Jahr 2016 91,7 % der Pakete beim ersten Versuch erfolgreich zugestellt werden, bei den bescheinigten Briefen lag der Wert bei 79,1 %.

ZUSTELLQUALITÄT

in %	2014	2015	2016
Laufzeitquote			
E+1 Laufzeitquote Brief	96,3	95,9	95,7
E+2 Laufzeitquote Paket Inland an Privatkunden	97,5	98,1	97,9
Zustellquote			
Erstzustellquote Brief (bescheinigt)	77,4	78,0	79,1
Erstzustellquote Paket (E+2)	88,7	91,0	91,7

E+1 – Zustellung am ersten Werktag nach Einlieferung (Aufgabe); E+2 – Zustellung am zweiten Werktag nach Einlieferung

7.2 — KUNDEN-ZUFRIEDENHEIT

Im Berichtsjahr wurde die Kundenzufriedenheit quartalsweise erhoben. Partner der Österreichischen Post in der Marktforschung ist hier das renommierte Institut für Empirische Sozialforschung IFES. Mittels repräsentativer Befragungen mit einer Sample-Größe von $n = 1.000$ pro Welle wird der „Customer Satisfaction Index“ (CSI) ermittelt, der sich aus Kundenzufriedenheit und Kundenbindung zusammensetzt. Der durchschnittliche CSI im Jahr 2016 lag mit einem Wert von 68 stabil im guten Bereich; über die vier Quartale gesehen schwankte er nur geringfügig zwischen 68 und 69. Sehr gute Bewertungen (d.h. Werte über 70) erhielten die Post-Geschäftsstellen, der Versand sowie die Zustellung. Jüngere Personen waren hierbei am zufriedensten; diese Personengruppe nimmt auch die Innovationen (wie z. B. SB-Zonen oder die Post-App) am stärksten in Anspruch.

Im Detail erhielten sowohl Brief- als auch Paketzustellung weiterhin sehr gute Werte, die Zusteller selbst lagen im ausgezeichneten Beurteilungsspektrum. Die SB-Zonen erfreuten sich generell wachsender Beliebtheit; bereits 30% der Bevölkerung gaben an, sie schon genutzt zu haben. Verbessert hat sich im Vergleich zum Vorjahr auch das Image der Österreichischen Post, im Besonderen die Wahrnehmung der sozialen Verantwortung für die Mitarbeiter und die Beurteilung der medialen Darstellung des Unternehmens.

Die Kundenzufriedenheitsmessung mittels CSI beurteilt Werte bis 50 Punkte als kritisch, Werte zwischen 51 und 60 Punkten als mäßig, ab 61 Punkten wird von einem guten Wert gesprochen. 71 Punkte und mehr sind sehr gut; ausgezeichnet bedeuten 81 Punkte bis zum Höchstwert von 100 Punkten.

7.3 — VERSORGUNGS-SICHERHEIT

Neben der Verpflichtung, täglich Postdienstleistungen für jeden Haushalt in ganz Österreich in höchster Qualität und zu einem einheitlichen Preis zu liefern, umfassen die Verpflichtungen des Universaldienstes auch ein flächendeckendes Standortnetz mit mindestens 1.650 Geschäftsstellen. Auch hier übertrifft die Österreichische Post – im Sinn der optimalen Versorgung ihrer Kunden – die Vorgaben: Insgesamt 1.792 Standorte umfasste das Geschäftsstellennetz mit Ende 2016 und zählt damit zu den größten Privatkundennetzen des Landes. Damit ist die Österreichische Post also wortwörtlich in der Nähe ihrer Kunden.

Da das Postgeschäft großen Veränderungen unterworfen ist, erfordern sich wandelnde neue Rahmenbedingungen laufend kundenorientierte Anpassungen von Seiten der Post, um die Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Postdienstleistungen auch langfristig gewährleisten zu können. Eine wesentliche Maßnahme stellt dabei der Umbau des Standortnetzes der Post dar, der auch im vergangenen Jahr konsequent vorangetrieben wurde. Zentrales Element dabei ist das sehr erfolgreiche Post Partner-Konzept. Insgesamt 1.338 Post Partner – Lebensmittelgeschäfte, Tankstellen, Trafiken, Gemeindeämter und viele andere mehr – sorgen hier für Stabilität und eine optimale regionale Erreichbarkeit der Post.

8 — Chancen und Risiken

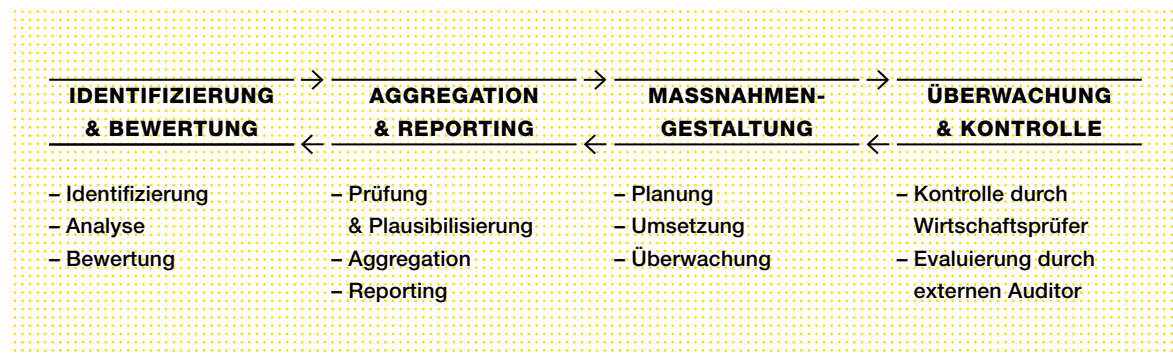
8.1 — RISIKOMANAGEMENT-SYSTEM

Die Österreichische Post betreibt ein umfangreiches Risikomanagement, in das alle Unternehmenseinheiten sowie die Konzerngesellschaften einbezogen sind. Das Ziel des Risikomanagements ist es, die Risiken frühzeitig zu erkennen und durch geeignete Maßnahmen so zu steuern, dass die Abweichung von den Unternehmenszielen

möglichst gering gehalten wird. Risiken werden nach einheitlichen Grundsätzen in ihrem Gesamtzusammenhang identifiziert, bewertet, überwacht und in einem unternehmensweiten Risikomanagementsystem dokumentiert. Der Konzernvorstand definiert die Risikostrategie und -politik des Unternehmens und legt die Rahmenbedingungen des Risikomanagementsystems fest.

Die wichtigsten Schritte des Risikomanagementprozesses:

RISIKOSTRATEGIE UND -POLITIK



1. IDENTIFIZIERUNG UND BEWERTUNG:

Risiken sind definiert als potenzielle Abweichung vom mittelfristig geplanten Unternehmensergebnis. Quartalsweise analysieren die Risikomanager der jeweiligen Unternehmensbereiche ihre Risikosituation. Für jedes identifizierte Risiko wird ein Verantwortlicher festgelegt, der die Bewertung, die Steuerung und die Überwachung durchführt. Bei der Bewertung werden die Risiken so weit wie möglich gemäß den Dimensionen Auswirkung und Eintrittswahrscheinlichkeit quantifiziert. Nicht quantifizierbare Risiken werden anhand definierter qualitativer Klassen bewertet. Zusätzlich prüft das zentrale Risikomanagement zyklisch die einzelnen Unternehmensbereiche in Form proaktiver Risiko-Assessments und Workshops hinsichtlich ihrer Risiken. Die Ergebnisse der Identifizierung und Bewertung werden in der IT-Anwendung des Risikomanagementsystems dokumentiert.

Österreichische Post AG | Jahresfinanzbericht 2016

2. AGGREGATION UND REPORTING:

Das zentrale Risikomanagement sammelt und überprüft die identifizierten und bewerteten Risiken. Die finanziellen Effekte möglicher Überschneidungen werden in der Aggregation berücksichtigt. Im Anschluss werden die Risiken in einem Risikogremium analysiert und plausibilisiert. Das Risikogremium setzt sich aus Vertretern des Controllings, der Rechtsabteilung, der Strategieabteilung und des Rechnungswesens sowie aus Vertretern der operativen Bereiche zusammen. Die Ergebnisse des Risikogremiums fließen in den quartalsweisen Bericht des zentralen Risikomanagements über die Risiken und deren Entwicklung an den Vorstand ein. Unerwartet auftretende Risiken werden dem Vorstand unmittelbar (ad hoc) berichtet. Zum Status des Risikomanagements werden der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss ebenfalls regelmäßig informiert.

3. MASSNAHMENGESTALTUNG: Die Risiko-steuerung erfolgt durch die Festlegung geeigneter Maßnahmen mit dem Ziel, die Risiken zu vermeiden, zu reduzieren oder auf Dritte zu übertragen. Die Unternehmensbereiche prüfen hierzu die in Frage kommenden Maßnahmen mittels Kosten-Nutzen-Analysen und implementieren diese anschließend. Die Maßnahmen werden im Zuge der quartalsweisen Analyse durch die Risikomanager überwacht und angepasst.

4. ÜBERWACHUNG UND KONTROLLE: In Anlehnung an den Österreichischen Corporate Governance Kodex wird die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems jährlich durch den Wirtschaftsprüfer bewertet. Des Weiteren wurde die Konzeption, Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems durch einen externen Auditor evaluiert.

8.2 — TOP-RISIKEN

8.2.1 E-SUBSTITUTION KLASSISCHER BRIEFSENDUNGEN

Klassische Briefsendungen werden zunehmend durch elektronische Medien ersetzt. Der Trend zur elektronischen Substitution von Briefen, insbesondere zur elektronischen Zustellung, wird auch weiterhin fortbestehen. Diese Entwicklung, die vom Gesetzgeber gefördert wird, kann zu nicht unerheblichen Volumenrückgängen und damit Ergebnisbeeinträchtigungen führen. Ein Rückgang des Umsatzes der Österreichischen Post im Bereich Briefpost von einem Prozentpunkt führt zu einem negativen Umsatzeffekt von rund 7 Mio EUR pro Jahr, der aufgrund der Fixkostenstruktur des Unternehmens kurz- bis mittelfristig großteils ergebnismindernd wirken würde. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass infolge von Änderungen der gesetzlichen Zustellvorschriften für behördliche Sendungen in Österreich ein Teil dieser Sendungen nicht mehr über den Österreichischen Post-Konzern zugestellt wird.

Dem Mengenrückgang infolge der Substitution von Briefsendungen durch elektronische Medien wird mit neuen Produkten und Dienstleistungen entgegengewirkt. Die Diversifikation auf mehrere Märkte trägt dazu bei, Risiken einzelner Branchen weit zu streuen bzw. gering zu halten.

8.2.2 STRUKTURVERÄNDERUNG BEI WERBEMENGEN

Bedingt durch die in den vergangenen Jahren anhaltende schwache Wirtschaftsentwicklung war ein zunehmender Trend der Marktkonzentration (Firmenzusammenschlüsse, Konkurse) im Bereich Handel festzustellen. In Folge dessen kann es auch zu einer Strukturveränderung bei Werbemitteln und -mengen, z. B. zu einer Reduktion der Flugblattwerbung, kommen. Dies kann zu einem spürbaren Rückgang im Geschäft mit Werbesendungen

und damit auch zu einer Beeinträchtigung des Ergebnisses führen.

8.2.3 BETEILIGUNGEN

Ein Bestandteil der Strategie des Österreichischen Post-Konzerns ist das Wachstum durch selektive Akquisitionen und Kooperationen. Dabei ist es wichtig, passende Akquisitionsziele zu finden und erworbene Unternehmen erfolgreich zu integrieren. Die Chancen und Risiken von Beteiligungen sind in hohem Maß von politischen, wirtschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen abhängig. Darüber hinaus können Marktpreisrisiken wie fluktuierende Fremdwährungskurse, so etwa bei Aras Kargo a.s. in Bezug auf die türkische Lira, Auswirkungen auf die Werthaltigkeit von Beteiligungen haben. Die Entwicklung der Beteiligungen bzw. allenfalls erforderliche Wertminderungen können das Ergebnis der Österreichischen Post beeinflussen.

8.2.4 PERSONALKOSTEN UND STRUKTUR DER DIENSTVERHÄLTNISSE

Das Geschäftsmodell der Österreichischen Post ist von einer hohen Personalkostentangente geprägt. Eine Planabweichung im Bereich Löhne und Gehälter von einem Prozentpunkt entspricht dabei durchschnittlich 8 Mio EUR pro Jahr.

Weiters steht ein großer Teil der Mitarbeiter des Österreichischen Post-Konzerns in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis und unterliegt den Bestimmungen des Beamtendienstrechts. Daraus ergeben sich Besonderheiten im Zusammenhang mit der dienstrechtlichen Verwendung. Bei einem Großteil der Belegschaft kann es durch die bestehenden rechtlichen Bedingungen im Fall von Mengenverlusten zu keiner Kapazitätsanpassung kommen, ebenso ist keine Anpassung des Gehaltsniveaus an eventuell ungünstigere Marktkonditionen möglich. Das Beamtendienstrecht führt damit insgesamt zu geringer Kostenflexibilität.

Der Österreichische Post-Konzern ist im Hinblick auf den liberalisierten Markt zunehmend mit den Grenzen der dienstrechtlichen Verwendungsmöglichkeiten für die ihm zugewiesenen Beamten konfrontiert. Die Lösung dieser Problematik nimmt im Dialog mit dem verantwortlichen Gesetzgeber eine bedeutende Rolle ein.

Aus den laufenden Änderungen des Beamtendienstrechts können sich für den Österreichischen Post-Konzern, soweit diese Regelungen nicht auf die spezielle Wettbewerbssituation des Österreichischen Post-Konzerns Rücksicht nehmen, zusätzliche Belastungen und unerwartete Mehrkosten ergeben, auf deren Entstehen der Konzern keinen Einfluss hat.

8.3 — ALLGEMEINE UND SONSTIGE RISIKEN

Die Österreichische Post unterliegt wie jedes Unternehmen einer Reihe von Risiken, die sich aus der Branche bzw. dem Marktumfeld ergeben. Diese Risiken werden mit Maßnahmen, die dem Stand der Technik entsprechen, auf wirtschaftliche Art und Weise minimiert, können aber nicht vollkommen ausgeschlossen werden.

8.3.1 OPERATIVE RISIKEN

Markt- und Wettbewerbsrisiken

Der Österreichische Post-Konzern erwirtschaftet den überwiegenden Teil seines Umsatzes in Österreich. Sollten sich die aktuellen Prognosen zum Wirtschaftswachstum verschlechtern, könnten Planungsprämissen verworfen werden müssen und damit die Planungssicherheit eingeschränkt werden.

Ferner erwirtschaftet das Unternehmen einen nicht unbedeutenden Anteil seines Umsatzes mit einer geringen Anzahl von Großkunden. Das wirtschaftlich erfolgreiche Weiterbestehen dieser Großkunden ist somit wesentlich für die stabile Entwicklung des Österreichischen Post-Konzerns. Großkunden sind zudem vertraglich nicht verpflichtet, ihre Postsendungen vom Österreichischen Post-Konzern befördern zu lassen, und könnten sich entscheiden, mittelfristig zumindest einen Teil ihrer Postsendungen Wettbewerbern der Österreichischen Post zur Zustellung zu übergeben.

Das Paketgeschäft – hier nimmt die Österreichische Post eine führende Stellung im österreichischen Markt ein – ist zum einen von der wirtschaftlichen Entwicklung seiner Kunden und zum anderen von Wettbewerbsverschärfungen durch das Auftreten weiterer Anbieter abhängig, sodass Umsatzeinbußen nicht ausgeschlossen werden können. Das Unternehmen ist deshalb bestrebt, Kunden durch attraktive Leistungsangebote an sich zu binden.

Im Filialnetz ist die Österreichische Post zum Teil von strategischen Partnern im Telekom- und Finanzbereich abhängig. Ein Kooperationsvertrag mit A1 Telekom Austria läuft bis Ende 2017, jener mit der BAWAG P.S.K. wurde im Jahr 2015 verlängert und ist bis 2020 gültig. Der Vertrag mit der BAWAG P.S.K. besteht aus folgenden drei Komponenten: Transaktionsvergütung, Kostenübernahme der zur Verfügung gestellten Finanzberater und Systemvergütung für gemeinsam geführte Standorte. Sowohl im Telekom- als auch im Finanzbereich bestehen Risiken, die auf die Partnerschaften einwirken können und nicht im ausschließlichen Einflussbereich der Österreichischen Post liegen. Diese Risiken können auch zu Ergebnisbeeinträchtigungen auf Seiten der Post führen. Die Österreichische Post ist bestrebt, operative Risiken laufend mit ihren Partnern abzustimmen und diesen gemeinsam – soweit möglich – entgegenzuwirken. Auch das Österreichische Post AG | Jahresfinanzbericht 2016

Auslaufen von Kooperationsvereinbarungen bringt Risiken mit sich, da neue Kooperationsoptionen evaluiert und eventuell Strukturanpassungen mit damit verbundenen Restrukturierungsmaßnahmen vorgenommen werden müssen.

Der internationale Brief- und Paketmarkt ist durch zunehmende Wettbewerbsintensität gekennzeichnet. Vor allem im Briefmarkt kann dies zu Preisrückgängen führen, die durch Mengenwachstum nicht ausgeglichen werden können. Um hier mögliche Umsatzeinbußen zu kompensieren, werden in diesem Bereich verstärkt Effizienzsteigerungsprojekte durchgeführt.

Alle erwähnten Markt- und Wettbewerbsrisiken können zu nicht unerheblichen Volumenrückgängen und damit Ergebnisbeeinträchtigungen führen.

Beschaffungsrisiken

Die Beschaffungsrisiken der Österreichischen Post beschränken sich im Wesentlichen auf Schwankungen des Treibstoffpreises. Eine Erhöhung der Treibstoffpreise kann geringe negative Auswirkungen auf das Ergebnis haben.

Technische Risiken

Der Österreichische Post-Konzern ist in hohem Maß auf die Verwendung von komplexen technischen Systemen angewiesen und setzt bei der Erbringung seiner Dienstleistungen maßgeblich auf den Einsatz von Datenverarbeitungssystemen, modernen Kommunikationsmedien und anderen technischen Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund hat der Österreichische Post-Konzern in den vergangenen Jahren umfangreiche Investitionen vorgenommen, um sein Verteil- und Zustellnetz zu modernisieren. Die Leistungserbringung des Unternehmens hängt dabei von der Funktionsfähigkeit weniger wichtiger Standorte ab. Sollten technische Systeme vorübergehend oder dauerhaft ausfallen, sollte es zu unberechtigten Datenzugriffen und Datenmanipulationen kommen oder sollten längerfristige kollektive Arbeitsniederlegungen stattfinden, könnte dies zu Störungen des Geschäftsablaufs und zum Verlust von Reputation und Kunden führen sowie zusätzliche Kosten verursachen.

Zur systematischen Bewältigung versicherbarer Risiken betreibt der Österreichische Post-Konzern ein internes Versicherungsmanagement. Dessen Hauptaufgaben bestehen in der laufenden Bewertung der am Markt erhältlichen Versicherungslösungen, dem Portfoliomanagement hinsichtlich der abgeschlossenen Versicherungsverträge sowie der Optimierung der Prozesse in der Schadenabwicklung. Zur Reduzierung von technischen und operativen Risiken wurden Sicherheitsmaßnahmen und Regeln festgelegt, die verschiedene Eventualitäten abdecken und einen reibungslosen Ablauf sicherstellen sollen.

Im Betrieb von Rechenzentren verfolgt der Österreichische Post-Konzern eine Outsourcing-Strategie. Durch entsprechende Vertragsgestaltung und gezieltes

Servicelevel-Management wird die Verfügbarkeit aller ausgliederten Tätigkeiten abgesichert. Die Vertragspartner sind verpflichtet, einschlägige gültige Zertifizierungen vorzuweisen.

8.3.2 FINANZRISIKEN

Finanzielle Risiken des Österreichischen Post-Konzerns umfassen das Liquiditätsrisiko, das Kredit-/Kontrahenten- und das Zinsänderungsrisiko. Das Währungsrisiko kann das Ergebnis beeinträchtigen. Die Österreichische Post wickelt jedoch nahezu alle Geschäftstätigkeiten in Euro ab, was das Risiko aus Wechselkurschwankungen insgesamt begrenzt. Weiters wird laufend geprüft, ob Absicherungsinstrumente für Währungen vorteilhaft für die Österreichische Post sind.

Eine detaillierte Darstellung der finanziellen Risiken findet sich im Anhang zum Konzernabschluss des Österreichischen Post-Konzerns.

Der Konzern hat im Zuge seiner Expansion umfangreiche Firmenwerte und nicht abnutzbare Markenrechte bilanziert. Diese müssen gemäß IAS 36 mindestens einmal jährlich einem Werthaltigkeitstest (Impairment Test) unterzogen werden. Falls dabei Wertminderungen festgestellt werden, sind diese Firmenwerte und nicht abnutzbaren Markenrechte abzuschreiben.

8.3.3 EXTERNE RISIKEN

Regulatorische und rechtliche Risiken

Mit Inkrafttreten des Postmarktgesetzes am 1. Jänner 2011 erfolgte die vollständige Öffnung des österreichischen Postmarktes. Daraus ergeben sich Risiken einer Marktanteilsveränderung. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Zeit nach der vollständigen Liberalisierung wurden mit dem Postmarktgesetz ebenfalls neu geregelt. Das Postmarktgesetz sieht in vielen Bereichen keine Gleichbehandlung zwischen der Österreichischen Post und ihren Mitbewerbern vor, sondern eine Mehrbelastung der Österreichischen Post:

Die Österreichische Post ist im Rahmen des Universaldienstes verpflichtet, in ganz Österreich ein Mindestangebot von Postdienstleistungen in vergleichbarer Qualität anzubieten und ein flächendeckendes Netz von mindestens 1.650 Post-Geschäftsstellen sicherzustellen. Mit eigenem Personal betriebene Post-Geschäftsstellen dürfen nur nach Durchführung eines behördlichen Verfahrens geschlossen werden, sodass nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Österreichische Post – zumindest vorübergehend – zur Führung unrentabler Standorte verpflichtet ist.

Die Österreichische Post geht derzeit nicht davon aus, dass sie verpflichtet wird, ihren Mitbewerbern Zugang zu Teilleistungen einzuräumen. In einem solchen Fall könnten diese jedoch in besonders lukrativen Marktsegmenten Postdienstleistungen selbst erbringen und in weniger lukrativen Marktsegmenten zu regulierten Preisen auf Österreichische Post AG | Jahresfinanzbericht 2016

Teilleistungen der Österreichischen Post zurückgreifen. Dies könnte zu erheblichen Ergebnisbeeinträchtigungen führen.

In der Öffentlichkeitsarbeit des Österreichischen Post-Konzerns sowie im Dialog mit allen Stakeholdern nimmt die Thematik der Gleichbehandlung der Österreichischen Post mit anderen Marktteilnehmern einen hohen Stellenwert ein. Das Unternehmen sieht es als seine Aufgabe, auf die ungenügende Abgeltung des Universaldienstes und die Problematik der asymmetrischen Marköffnung hinzuweisen.

Die Österreichische Post unterliegt in der Gestaltung ihrer Geschäftsbedingungen (einschließlich ihrer Entgelte) im Universaldienst der Kontrolle durch die Regulierungsbehörde. Die Gesellschaft kann deshalb im Bereich des Universaldienstes nur eingeschränkt durch Preisanpassungen auf Marktveränderungen reagieren. Unterschiedliche Definitionen der Grenzen des Universaldienstes seitens der Regulierungsbehörde und des Unternehmens können sich in der Gestaltung des Produktportfolios und der Preisfestsetzung niederschlagen.

Die kartellrechtliche Zulässigkeit von Vereinbarungen und Geschäftspraktiken des Österreichischen Post-Konzerns war in der Vergangenheit bereits Gegenstand kartellrechtlicher Untersuchungen und Verfahren. Sonstige rechtliche Risiken ergeben sich auch aus nicht vorhersehbaren Gerichtsverfahren mit Mitbewerbern, Kunden und Lieferanten.

Zur bestmöglichen Vermeidung von Ergebnisbeeinträchtigungen durch regulatorische und rechtliche Risiken ist der Österreichische Post-Konzern bestrebt, in seinen Kernprozessen eine Erweiterung der Wertschöpfung und des Produktportfolios zu erzielen, um seinen Kunden noch bessere Leistungen anzubieten und eine Qualitätsoptimierung zu erreichen. Darüber hinaus beabsichtigt der Österreichische Post-Konzern, vermehrt Umsätze im nicht regulierten Bereich zu erwirtschaften.

Nach dem Poststrukturgesetz 1996 sind Änderungen des Beamtendienstrechts, die für Bundesbeamte eingeführt werden, grundsätzlich auch auf die der Gesellschaft zugewiesenen Beamten anwendbar. Im Ergebnis können Änderungen des Beamtendienstrechts daher unmittelbar die Kostenstruktur der Gesellschaft verändern. Weiters können Risiken aufgrund unterschiedlicher Interpretationen des Poststrukturgesetzes grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden. Betreffend die Thematik der Festlegung des korrekten Vorrückungstichtags bei Beamten wurde die vorgesehene Besoldungsreform im Jahr 2015 umgesetzt. Damit ergibt sich für die Österreichische Post, dass zum Abschlussstichtag 31. Dezember 2016 auch weiterhin kein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen aus dieser Thematik wahrscheinlich ist.

Zur Bereinigung der unterschiedlichen Rechtsauffassungen zwischen Bund und Österreichischer Post betreffend die Berechnung der vom Unternehmen

laufend an den Bund zu bezahlenden Pensionsbeiträge für aktive Beamte, den Pflegegeldbeitrag sowie die Pensionsverrechnung wurde im Jahr 2015 ein Vergleich abgeschlossen. Nachforderungen gegenüber der Post, die über die bestehende Vorsorge hinausgehen, sind aus diesen Themen daher nicht mehr zu erwarten. Die Aufgabe der Pensionsverrechnung samt den damit beschäftigten Beamten wurde mit Stichtag 1. Jänner 2017 per gesetzliche Anordnung an die BVA (Bundespensionsamt) übertragen.

Umweltrisiken

Mit dem Fortschreiten der klimatischen Veränderungen könnte es zu einer Zunahme von Naturkatastrophen kommen. Wetterbedingte Phänomene wie starker Regen, Hagel, Erdbeben, Hochwasser u.ä. könnten häufiger auftreten. Konsequenzen und Folgeerscheinungen sind vor allem Sach- und Personenschäden. Es könnte zusätzlicher Instandsetzungs- und Instandhaltungsbedarf entstehen. Zudem ist die Österreichische Post gesetzlich verpflichtet, die flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen sicherzustellen. Falls diese durch Naturkatastrophen über einen Zeitraum nicht gewährleistet werden kann, könnten zusätzliche finanzielle Verpflichtungen entstehen.

Für eine detaillierte Aufstellung sei dazu auf den Nachhaltigkeitsbericht 2015 nach GRI G4 verwiesen.

8.4 — GESAMTAUSSAGE ZUR RISIKOSITUATION DES KONZERNS

Die vorstehend beschriebenen Risiken des Unternehmens werden stetig beobachtet und bei Bedarf adaptiert. Aus heutiger Sicht ist der Bestand des Unternehmens dadurch jedoch nicht gefährdet.

8.5 — WESENTLICHE CHANCEN

Da die Veränderungen, denen das Unternehmen ausgesetzt ist, auch zu positiven Zielabweichungen führen können, wird im Risikomanagementsystem ein weiterer Fokus auf die Erfassung und Steuerung der Chancen gelegt. Das Ziel ist es hier, Chancen aufzuzeigen und durch geeignete Maßnahmen das entsprechende Potenzial zu verwirklichen. Die Identifizierung, Bewertung, Steuerung und das Reporting erfolgen gemäß dem oben dargestellten Prozess.

Im Detail erfolgt die Erfassung einerseits im Rahmen der Mittelfristplanung durch den Bereichsplaner

(Bottom-up), zusätzlich werden die Chancen (Top-down) durch den Bereich Strategie & Konzernentwicklung verifiziert und ergänzt. Die Österreichische Post führt daher eine kontinuierliche Chancenevaluierung durch, um alle Potenziale wahrnehmen zu können. Im Jahr 2016 wurde zur Chancenerkennung ein neues strategisches Programm „Post2020“ gestartet. Dieses beinhaltet mehrere Teilprojekte mit dem Ziel, Potenziale im Detail zu eruieren. Diese Projekte sollen unter Beachtung der vier strategischen Eckpfeiler nochmals wichtige Chancen für die Österreichische Post aufzeigen.

In der ersten strategischen Stoßrichtung – Verteidigung der Marktführerschaft im Kerngeschäft – wird die Erweiterung und Adaptierung des Produktportfolios im Segment Brief, Werbepost & Filialen sowie Paket & Logistik gemäß den Anforderungen der Kunden als Chance betrachtet. So wird das Leistungsangebot laufend durch diverse Zusatzleistungen im physischen und elektronischen Bereich erweitert. Chancen ergeben sich vor allem durch den wachsenden Online-Handel. Hier punktet die Post durch neue schnelle und schlanke Lösungen für Online-Bestellungen und deckt alle Geschwindigkeitsanforderungen inkl. Same-Day ab. Eine kontinuierliche E-Substitution wird in der Planung der Österreichischen Post bereits berücksichtigt, womit ein im Vergleich zu den ursprünglichen Annahmen langsames Voranschreiten des Rückgangs als Chance zu bewerten ist.

Im zweiten strategischen Feld – Wachstum in definierten Märkten – ergeben sich einerseits Chancen in den internationalen Beteiligungen in Wachstumsmärkten in Zentral- und Osteuropa, aber auch durch die Erhöhung der Wertschöpfungstiefe am Heimatmarkt in Österreich. Wettbewerbsvorteile ergeben sich hierbei durch die vorhandene Infrastruktur und das umfangreiche Logistik-Know-how. Chancen für zukünftiges Wachstum liegen beispielsweise im Online-Bereich oder der Forcierung internationaler Sendungsvolumen.

In der dritten Stoßrichtung – Effizienzsteigerung und Flexibilisierung der Kostenstruktur – können durch Projekte wie „Operational Excellence“ und weitere Einkaufsinitiativen Impulse gesetzt und als Chance erkannt werden. Neue Teamstrukturen in der Verteilung können ebenso zu einer weiteren Effizienzsteigerung führen, wie der Einsatz modernster Sortiertechnologien in der Brief- und Paketlogistik.

Für den vierten strategischen Eckpfeiler – Kundenorientierung und Innovation – ergeben sich beispielsweise Potenziale durch den Ausbau des Online- und Selbstbedienungsangebots sowie durch neue Geschäftsmodelle im Bereich E-Commerce.

9 — Weitere rechtliche Angaben

9.1 — INTERNES KONTROLLSYSTEM UND RISIKOMANAGEMENT IM HINBLICK AUF DEN RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS

Der Österreichische Post-Konzern ist – als international tätiges Logistik- und Dienstleistungsunternehmen – im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit operativen Risiken ausgesetzt, mit denen sich das Unternehmen bewusst auseinandersetzt. Durch die Konzentration auf das Kerngeschäft sowie die jahrzehntelange Erfahrung in diesem Geschäft ist es dem Österreichischen Post-Konzern möglich, diese Risiken frühzeitig zu identifizieren und zu bewerten sowie geeignete Vorsorgemaßnahmen zur Sicherung rasch zu setzen.

9.1.1 KONTROLLUMFELD

Im Bereich Konzernrechnungslegung setzt sich die Aufbauorganisation aus den lokal in den Konzernunternehmen für das Rechnungswesen verantwortlichen Abteilungen sowie dem zentralen Konzernrechnungswesen der Österreichischen Post AG zusammen.

Die Tochterunternehmen erstellen auf Gesellschaftsebene zeitgerecht vollständige und richtige IFRS-Einzelabschlüsse gemäß den konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften. Die IFRS-Einzelabschlüsse sind die Ausgangsbasis für die Weiterverarbeitung im Zuge der Konzern-Konsolidierung. Die Erstellung des Konzernabschlusses obliegt der Konzern-Konsolidierung, dessen Aufgaben- und Verantwortungsbereiche im Wesentlichen die Betreuung der Meldedatenübernahme der Tochterunternehmen, die Durchführung der Konsolidierungs- und Eliminierungsmaßnahmen sowie die analytische Aufbereitung der Konzernabschlussdaten und die entsprechende Erstellung von Finanzberichten umfassen.

Die Ablauforganisation für die Erstellung des Konzernabschlusses folgt einem strikten Terminplan. Die Termine werden jeweils für ein gesamtes Geschäftsjahr erstellt und veröffentlicht. Zusätzlich erhalten die Tochterunternehmen quartalsweise in Form von Konzerninformationsschreiben

detaillierte Informationen und Konzernvorgaben zu ausgewählten Themen bezüglich der Erstellung von Quartalsabschlüssen. Entsprechend dem Fertigstellungs-/Veröffentlichungstermin des Monats-/Quartalsabschlusses bestehen sowohl in den lokalen Organisationseinheiten als auch im Konzernrechnungswesen detaillierte Terminpläne und Arbeitskalender zur Abschlusserstellung und Berichterstellung.

9.1.2 RISIKOBEURTEILUNG

Zur Vermeidung von wesentlichen Fehldarstellungen bei der Abbildung von Transaktionen wurden mehrstufig aufgebaute Qualitätssicherungsmaßnahmen mit der Zielsetzung implementiert, dass die IFRS-Einzelabschlüsse für die Zwecke der Konsolidierung richtig erfasst sind. Diese Maßnahmen umfassen einerseits automatisierte Kontrollen (Validierungen) in SAP SEM-BCS und andererseits manuelle Kontrollen der Mitarbeiter der Tochtergesellschaften sowie der Mitarbeiter der Konzern-Konsolidierung.

Ausgehend von den Abschlüssen der Tochterunternehmen führt die Konzern-Konsolidierung in mehreren Stufen umfangreiche Plausibilitäts- und Datenqualitätschecks durch. Sie sollen sicherstellen, dass die Daten, welche die Transaktionen der Tochterunternehmen abbilden, für die Zwecke der Konsolidierung bzw. die Erstellung des Konzernabschlusses richtig erfasst sind.

Erst nach Durchführung der Qualitätskontrollen auf allen Stufen erfolgt die Freigabe des Konzernabschlusses.

9.1.3 KONTROLLMASSNAHMEN

Der Konzernabschluss der Österreichischen Post wird auf Grundlage von SAP SEM-BCS monatlich in Form einer Simultankonsolidierung erstellt. Die Erfassung der Anhangangaben sowie die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt ebenfalls über SAP SEM-BCS.

Die konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Konzernhandbuch zusammengefasst. IFRS-Neuerungen werden von der Konzern-Bilanzierung laufend überwacht und quartalsweise als IFRS-Updates in Konzerninformationsschreiben veröffentlicht. Einmal jährlich erfolgt die Einarbeitung der Updates in das Konzernhandbuch, dessen aktualisierte Jahresversion daraufhin veröffentlicht wird.

Zusätzlich zum Konzernhandbuch bestehen Richtlinien und Fachkonzepte zu ausgewählten Konzernprozessen, insbesondere zu Konsolidierungskreisänderungen und Akquisitionen. Im Bereich der Stammdaten (z.B. SAP SEM-Positionen, SAP-Konzernkontenplan, Kundendaten) sind zentrale Anlage-/Änderungsprozesse definiert worden.

Die Konsolidierungsprozesse sind im Konsolidierungshandbuch beschrieben. Das Konsolidierungshandbuch vermittelt einen zusammenfassenden Überblick zum Ablauf der Erstellung des Konzernabschlusses mittels SAP SEM-BCS, zu den Qualitätssicherungsmaßnahmen und zur Berichterstattung im Konzern-Rechnungswesen. Aufbauend auf den betriebswirtschaftlichen Konsolidierungsregeln werden die Konsolidierungsmethoden im Österreichischen Post-Konzern dokumentiert und spezifiziert.

Die IFRS-Einzelabschlüsse werden überwiegend mittels SAP R/3 erstellt. Die IFRS-Überleitung erfolgt im Zuge der parallelen (dualen) SAP-Rechnungslegung. Die Übernahme der Meldedaten in SAP SEM-BCS erfolgt durch automatisierten Upload.

9.1.4 INFORMATION UND KOMMUNIKATION

Zu Zwecken der Überwachung und Kontrolle wird der Konzernabschluss durch eine EBIT-Überleitung überprüft. Dabei wird eine Überleitung der Einzelabschlüsse auf den Konzernabschluss unter Berücksichtigung der im Konzern durchgeführten Buchungen und Eliminierungen vorgenommen.

Zur Wahrnehmung der Überwachungs- und Kontrollfunktionen werden wesentlichen Führungsebenen vorläufige Konzernabschlussdaten zur Verfügung gestellt.

Im Zuge der Erstellung des Konzernabschlusses werden folgende Berichte erstellt:

- Aufsichtsratsbericht
- Monatsbericht inklusive Strategie-Cockpit
- Zwischenberichte
- Beteiligungsbericht
- Datenanalyse und Auswertung

Adressaten des vierteljährlich erstellten Aufsichtsratsberichts sind in erster Linie der Vorstand und der Aufsichtsrat der Österreichischen Post AG.

Neben dem Aufsichtsratsbericht und dem gesetzlich vorgeschriebenen Jahresfinanzbericht/Geschäftsbericht sowie dem Zwischenbericht nach IAS 34 werden unterjährig weitere interne Berichte, die weiterführende Erläuterungen zu ausgewählten Positionen, Ergebnisüberleitungen und Kennzahlen enthalten, erstellt.

Der Monatsbericht fasst die wesentlichen Finanz- und Leistungskennzahlen des Unternehmens zusammen. Ausgehend von den vier strategischen Handlungsfeldern und den damit verbundenen Messgrößen werden Kennzahlen vor allem zu Absatz- und Personaldaten Österreichische Post AG | Jahresfinanzbericht 2016

bereitgestellt. Die weitere interne Berichtsstruktur orientiert sich am Monatsbericht und leitet sich aus ihm ab.

Ein weiterer wesentlicher Punkt in der internen Berichterstattung des Österreichischen Post-Konzerns ist die Datenanalyse und Auswertung. Diese beinhaltet vor allem die Berechnung des Konzern-Cashflows sowie die dazugehörigen detaillierten Erläuterungen und die Berechnung von ergebnis- und wertorientierten Kennzahlen sowie von Liquiditätskennzahlen.

Vom Controlling wird monatlich ein Beteiligungsbericht erstellt, der Informationen über die Entwicklung der Tochterunternehmen enthält.

Die Berichterstattung an die Aktionäre der Österreichischen Post AG erfolgt durch Investor Relations in Übereinstimmung mit dem Österreichischen Corporate Governance Kodex sowohl über die Investor-Relations-Website (www.post.at/ir) als auch über direkte Gespräche mit den Investoren. Die veröffentlichten Informationen werden allen Investoren zeitgleich zur Verfügung gestellt. Zusätzlich zu den Pflichtpublikationen (Jahresfinanzbericht/Geschäftsbericht, Zwischenbericht über das erste Quartal, Halbjahresfinanzbericht und Zwischenbericht für die ersten drei Quartale jedes Jahres) stehen den Investoren auf der Investor-Relations-Website zahlreiche weitere Informationen, unter anderem Investoren-Präsentationen, Informationen rund um die Aktie, Ad-hoc-Mitteilungen oder der Finanzkalender, zur Verfügung.

9.1.5 ÜBERWACHUNG

Kernpunkt des operativen Risikomanagements ist die Identifizierung, Evaluierung und Beherrschung von wesentlichen Risiken aus dem Kerngeschäft. Dieser Prozess wird von Schlüsselpersonen in den Divisionen getragen. Der Österreichische Post-Konzern gliedert sich in die auf dem Markt tätigen Divisionen Brief, Werbepost & Filialen sowie Paket & Logistik und in die Division Corporate, die zusätzlich vor allem Dienstleistungen im Bereich der Konzernverwaltung erbringt.

Die Tochterunternehmen des Österreichischen Post-Konzerns werden dabei im Wesentlichen je nach Tätigkeitsschwerpunkt den einzelnen Divisionen zugeordnet. Die in den jeweiligen Einheiten bestehenden wesentlichen Geschäftsrisiken werden identifiziert und laufend beobachtet. Auf dieser Basis werden angemessene Risikomaßnahmen, wie z.B. Backups oder Notfallpläne, festgelegt.

Für den gesamten Österreichischen Post-Konzern besteht ein einheitliches Risikomanagement, das alle Organisationseinheiten und wesentlichen Tochterunternehmen sowie ein internes Kontrollsystem für alle wesentlichen Prozesse einschließt. Dieses richtet sich grundsätzlich nach dem COSO-Standard „Enterprise Risk Management – Integrated Framework“.

Weitere zentrale Instrumente der Risikoüberwachung und -kontrolle sind die konzernweiten Richtlinien über den

Umgang mit wesentlichen Risiken, der Planungs- und der Controlling-Prozess sowie die laufende Berichterstattung. Die Richtlinien umfassen beispielsweise die Festsetzung und Kontrolle von Limit-Kategorien und Handlungsabläufen zur Begrenzung finanzieller Risiken sowie die strikte Vorgabe des Vier-Augen-Prinzips.

Diese Richtlinien sind Teil des internen Kontrollsystems und stellen unter anderem die ordnungsgemäße interne und externe Finanzberichterstattung sicher. Der Planungs- und Berichtsprozess dient als Frühwarnsystem und als Basis für die Beurteilung der Wirksamkeit der eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen. Dabei folgen auf den Bericht an den Gesamtvorstand zu Spitzenkennzahlen monatliche Performance Reviews in den auf dem Markt tätigen Einheiten, die gemäß dem integrierten Planungs- und Berichtswesen stufenweise fortgesetzt werden. Wesentliches Merkmal des Planungs- und Berichtswesens ist neben der vertikalen Integration die Konvergenz zwischen internem und externem Berichtswesen. Zudem werden Chancen und Risiken bereits in der Planungsphase berücksichtigt, um Planungsziele zu plausibilisieren.

Das interne Kontrollsystem, als Teil des Risikomanagementsystems, ist risikoorientiert aufgebaut und in die Betriebsabläufe integriert. Dies bedeutet, dass Maßnahmen arbeitsbegleitend erfolgen oder dem Arbeitsvollzug unmittelbar vor- oder nachgelagert sind. Das interne Kontrollsystem basiert auf genauen Informationen über die Prozesse für die Rechnungslegung und Finanzberichterstattung und schließt auch deren vorgelagerte Unternehmensprozesse mit ein. Änderungen der Organisation bzw. der Geschäftsprozesse haben unmittelbare Auswirkungen auf das interne Kontrollsystem, das jeweils unmittelbar an die aktuellen Gegebenheiten angepasst wird. Für die Durchführung der Kontrollen ist die jeweilige Unternehmenseinheit verantwortlich. Die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems wird regelmäßig von der Konzernrevision überprüft.

9.2 — INFORMATIONEN GEMÄSS § 243a UGB

Das Grundkapital der Österreichischen Post AG beträgt 337.763.190 EUR und ist geteilt in 67.552.638 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien mit einem Nominalwert von jeweils 5 EUR. Es liegen keine Stimmrechtsbeschränkungen oder Syndikatsvereinbarungen vor, die der Gesellschaft bekannt sind.

Die Republik Österreich hält über die Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH (kurz ÖBIB, früher: Österreichische Industrieholding AG, ÖIAG) 52,85 % der Anteile an der Österreichischen Post AG (auf Basis der in Umlauf befindlichen 67.552.638 Stück Aktien). Der Gesellschaft sind keine anderen Aktionäre bekannt, die mehr als 10 % der Anteile halten.

Soweit der Gesellschaft bekannt ist, gibt es keine Inhaber von Aktien mit besonderen Kontrollrechten. Mitarbeiter, die auch Aktionäre der Österreichische Post AG sind, üben ihre Stimmrechte individuell aus. Es existieren keine sich nicht unmittelbar aus dem Aktiengesetz – bzw. hinsichtlich der ÖBIB auch aus dem Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft und der Post und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft (ÖIAG-Gesetz 2000) und das Bundesgesetz über Maßnahmen zur Sicherung der Stabilität des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilitätsgesetz-FinStaG) geändert wurden (ÖBIB-Gesetz 2015) – ergebenden Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.

GENEHMIGTES KAPITAL: Gemäß § 5a der Satzung der Österreichische Post AG wurde der Vorstand gemäß § 169 AktG ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis 14. April 2020 um bis zu weitere 33.776.320 EUR durch Ausgabe von bis zu 6.755.264 Stück neue, auf Inhaber lautende Stammaktien (Stückaktien) gegen Bar- und/oder Sacheinlagen, in bestimmten Fällen auch unter Ausschluss des Bezugsrechtes der Aktionäre, zu erhöhen. Die Satzungsänderung wurde am 11. Juni 2015 in das Firmenbuch eingetragen.

BEDINGTES KAPITAL: Gemäß § 5b der Satzung der Österreichische Post AG wurde das Grundkapital gemäß § 159 AktG um bis zu 16.888.160 EUR durch Ausgabe von bis zu 3.377.632 Stückaktien erhöht. Die Kapitalerhöhung darf nur zum Zweck der Gewährung von Umtausch- und Bezugsrechten an Gläubiger von Finanzinstrumenten im Sinne von § 174 AktG sowie zum Zweck der Einräumung von Aktienoptionen an Arbeitnehmer und leitende Angestellte der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens durchgeführt werden. Der Vorstand ist ermächtigt mit Zustimmung des Aufsichtsrats die

weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Die Satzungsänderung wurde am 11. Juni 2015 in das Firmenbuch eingetragen.

AKTIENRÜCKERWERB: Die 9. ordentliche Hauptversammlung vom 15. April 2015 hat den Vorstand gemäß § 65 Abs 1 Z 4 und 8 sowie Abs 1a und 1b AktG ermächtigt, auf den Inhaber oder auf Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft im Ausmaß von bis zu 10% des Grundkapitals der Gesellschaft während einer Geltungsdauer von 30 Monaten ab dem 15. April 2015 sowohl über die Börse als auch außerbörslich und zwar auch nur von einzelnen Aktionären oder einem einzigen Aktionär, insbesondere der ÖBIB, zu einem niedrigsten Gegenwert von EUR 20 (Euro zwanzig) je Aktie und einem höchsten Gegenwert von EUR 60 (Euro sechzig) je Aktie zu erwerben.

Der Handel mit eigenen Aktien ist als Zweck des Erwerbs ausgeschlossen. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 228 Absatz 3 UGB) oder für Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden. Der Erwerb durch den Vorstand kann insbesondere vorgenommen werden, wenn die Aktien Arbeitnehmern, leitenden Angestellten und Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft oder eines mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmens im Rahmen eines Mitarbeiterbeteiligungsprogramms oder eines Aktienoptionsprogramms und/oder zur Ausgabe an eine Mitarbeiterbeteiligung-Privatstiftung angeboten werden sollen.

Den Erwerb über die Börse kann der Vorstand der Österreichische Post Aktiengesellschaft beschließen, doch muss der Aufsichtsrat im Nachhinein von diesem Beschluss in Kenntnis gesetzt werden. Der außerbörsliche Erwerb unterliegt der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats. Im Falle des außerbörslichen Erwerbs kann dieser auch unter Ausschluss des quotenmäßigen Veräußerungsrechts durchgeführt werden (umgekehrter Bezugsrechtsausschluss).

Der Vorstand wurde für die Dauer von fünf Jahren ab Beschlussfassung gemäß § 65 Abs 1b AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats und ohne neuerliche Beschlussfassung der Hauptversammlung für die Veräußerung beziehungsweise Verwendung eigener Aktien eine andere Art der Veräußerung als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot, unter sinngemäßer Anwendung der Regelungen über den Bezugsrechtsausschluss der Aktionäre, insbesondere wenn die Aktien Arbeitnehmern, leitenden Angestellten und Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft oder eines mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmens im Rahmen eines Mitarbeiterbeteiligungsprogramms oder eines Aktienoptionsprogramms und/oder zur Ausgabe an eine Mitarbeiterbeteiligung-Privatstiftung angeboten werden sollen, zu beschließen und die Veräußerungsbedingungen

festzusetzen. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 228 Abs 3 UGB) oder für Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden.

Der Vorstand wurde ferner ermächtigt mit Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlichenfalls das Grundkapital durch Einziehung dieser eigenen Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss gem § 65 Abs 1 Z 8 letzter Satz iVm § 122 AktG herabzusetzen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt Änderungen der Satzung, die sich durch die Einziehung von Aktien ergeben, zu beschließen.

GEWINNSCHULDVERSCHREIBUNGEN: Weiters wurde der Vorstand ermächtigt mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis 14. April 2020 Finanzinstrumente im Sinne des § 174 AktG – insbesondere Wandelschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und Genussrechte, mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu 250.000.000 EUR, die auch das Umtausch- und/oder Bezugsrecht auf den Erwerb von insgesamt bis zu 3.377.632 Aktien der Gesellschaft einräumen können und/oder auch so ausgestaltet sind, dass ihr Ausweis als Eigenkapital erfolgen kann – auch in mehreren Tranchen und in unterschiedlicher Kombination auszugeben, und zwar auch mittelbar im Wege der Garantie für die Emission von Finanzinstrumenten durch ein verbundenes Unternehmen der Gesellschaft mit Umtausch- und/oder Bezugsrechten auf Aktien der Gesellschaft.

Für die Bedienung der Umtausch- und/oder Bezugsrechte kann der Vorstand das bedingte Kapital oder eigene Aktien oder eine Kombination aus bedingtem Kapital und eigenen Aktien verwenden.

Ausgabebetrag und Ausgabebedingungen der Finanzinstrumente sind vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates festzusetzen, wobei der Ausgabebetrag nach Maßgabe anerkannter finanzmathematischer Methoden sowie des Kurses der Aktien der Gesellschaft in einem anerkannten Preisfindungsverfahren zu ermitteln ist.

Der Vorstand ist berechtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Finanzinstrumente im Sinne des § 174 AktG mit Zustimmung des Aufsichtsrates auszuschließen.

Es gibt keine bedeutsamen Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft infolge eines Übernahmeangebots wirksam werden, sich wesentlich ändern oder enden.

Es gibt keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

10 — **Ausblick** **2017**

Der Brief- und Paketmarkt war in den letzten Jahren von zwei stetigen Trends geprägt, die auch weiterhin anhalten. Die Volumina adressierter Briefsendungen stehen national und international unter Druck, während Paketmengen, vor allem an Privatkunden – gestützt durch steigende Online-Bestellungen – zunehmen.

Die Volumenprognosen der Österreichischen Post gehen davon aus, dass die Basistrends der Mengenentwicklung anhalten. Im klassischen adressierten Briefgeschäft rechnet das Unternehmen mit Volumenrückgängen in der Größenordnung von etwa 5 % p.a. Das Werbegeschäft dürfte auch weiterhin von einer differenzierten Entwicklung bei einzelnen Kunden- und Produktgruppen gekennzeichnet sein. Demgegenüber ist zu erwarten, dass Bestellungen via Internet das Sendungsvolumen der Österreichischen Post im Paketbereich weiter steigen lassen, wobei am Paketmarkt intensiver Wettbewerb herrscht. Mit einem verbesserten Leistungsangebot wird es 2017 möglich sein, auf spezifische Zustellwünsche der Kunden noch individueller einzugehen. Denn die Österreichische Post bietet ein breites Spektrum an Brief- und Werbeprodukten mit diversen Zusatzleistungen im physischen und elektronischen Bereich an. Im Paketbereich deckt sie unterschiedliche Geschwindigkeitserfordernisse inklusive Same-Day ab, wobei die Services zusätzlich laufend verbessert werden, um den Paketempfang und -versand für den Kunden noch einfacher und komfortabler zu gestalten. Mit der Einführung eines völlig neuen Produkts, dem „Päckchen“, geht die Österreichische Post speziell auf die Kundenbedürfnisse des stark wachsenden E-Commerce-Marktes ein und schafft eine schlanke und schnelle Lösung für kleine Verpackungsgrößen im Online-Handel.

Auf Basis der beschriebenen Mengentrends sowie der konsequenten Umsetzung der eingeschlagenen Maßnahmen im Bereich Kundenorientierung und Innovation strebt die Österreichische Post für 2017 an, den Konzernumsatz stabil zu halten (Umsatz ohne trans-o-flex 2016: 1,9 Mrd EUR). Um das Unternehmen weiterhin

langfristig erfolgreich zu positionieren, liegt der Schwerpunkt auf der Stärkung der Qualitätsführerschaft in den Kernmärkten, wobei gleichzeitig Chancen in wachsenden Märkten – wie transnationale Sendungsvolumen oder Online-Lösungen – ergriffen werden. Wichtige Themen sind dabei auch die Weiterentwicklung der Infrastruktur im Bereich Logistik und Geschäftsstellen. Dabei gilt es die den Kundenbedürfnissen entsprechenden Post- und Finanzdienstleistungen der Zukunft zu definieren, um so ein nachhaltig zukunftsfähiges Filialnetz zu gestalten.

Auch hinsichtlich Effizienz und Kostenstruktur wird die Österreichische Post den eingeschlagenen Weg fortsetzen. Investitionen sind vorgesehen, um sowohl den operativen Betrieb noch effizienter zu gestalten als auch die Prozess- und Personalkosten zu optimieren. Gleichzeitig werden Serviceverbesserungen und Kapazitätserweiterungen in den wachsenden Geschäftsbereichen vorangetrieben. In diesem Sinn sind 2017 operative Sachanlageninvestitionen (CAPEX) in Höhe von 70–80 Mio EUR in Sortiertechnik, Logistik und Kundenlösungen geplant. Darüber hinaus verläuft der Bau der neuen Unternehmenszentrale im 3. Wiener Gemeindebezirk gemäß Zeitplan und wird im Herbst 2017 fertiggestellt. Auf Basis der bestehenden Volumen- und Umsatzprognosen und der Weiterführung der effizienten Leistungserbringung peilt die Österreichische Post ein stabiles operatives EBIT auf dem Niveau des Jahres 2016 an (EBIT 2016: 202,3 Mio EUR).

Für das Geschäftsjahr 2016 wird der Vorstand der Österreichischen Post der Hauptversammlung am 20. April 2017 die Ausschüttung einer Dividende von 2,00 EUR je Aktie vorschlagen. Damit setzt das Unternehmen auf der Grundlage seiner soliden Bilanzstruktur und der erwirtschafteten Cashflows seine attraktive und berechenbare Dividendenpolitik weiter fort: Die Österreichische Post verfolgt weiterhin das Ziel, zumindest 75 % des Nettoergebnisses an die Aktionäre auszuschütten.

Wien, am 24. Februar 2017

Der Vorstand



Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl
Vorstandsvorsitzender
Generaldirektor



Dipl.-Ing. Walter Oblin
Vorstandsmitglied
Finanzen



Dipl.-Ing. Walter Hitziger
Vorstandsmitglied
Brief, Werbepost & Filialen



Dipl.-Ing. Peter Umundum
Vorstandsmitglied
Paket & Logistik

KONZERN- ABSCHLUSS

Konzern-Gewinn- und Verlust- rechnung

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2016

Mio EUR	Anhang	2015	2016
Umsatzerlöse	(8.1)	2.401,9	2.030,5
Sonstige betriebliche Erträge	(8.2)	99,2	70,1
Gesamte betriebliche Erträge		2.501,1	2.100,6
Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen	(8.3)	-749,6	-495,2
Personalaufwand	(8.4)	-1.106,0	-1.035,2
Abschreibungen	(8.5)	-213,7	-74,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(8.6)	-344,0	-277,3
Gesamte betriebliche Aufwendungen		-2.413,2	-1.882,5
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit		87,9	218,1
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	(9.5)	1,1	-15,8
Finanzerträge		7,1	4,0
Finanzaufwendungen		-5,1	-4,7
Sonstiges Finanzergebnis	(8.7)	2,0	-0,7
Finanzergebnis		3,1	-16,6
Ergebnis vor Ertragsteuern		91,0	201,5
Ertragsteuern	(9.15)	-19,5	-48,8
Periodenergebnis		71,6	152,7
Zuzurechnen an:			
Aktionäre des Mutterunternehmens		71,4	152,7
Nicht beherrschende Anteile		0,1	0,0
ERGEBNIS JE AKTIE (in EUR)			
Unverwässertes Ergebnis je Aktie	(8.8)	1,06	2,26
Verwässertes Ergebnis je Aktie	(8.8)	1,06	2,26

Gesamtergebnisrechnung

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2016

Mio EUR	Anhang	2015	2016
Periodenergebnis		71,6	152,7
Posten, die nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden können:			
Währungsumrechnungsdifferenzen – ausländische Geschäftsbetriebe	(9.11)	0,6	0,2
Zeitwertänderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	(9.11)	0,9	5,4
Steuereffekt auf Zeitwertänderungen	(9.15)	-0,2	-1,4
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen – Anteil am sonstigen Ergebnis	(9.5)	-5,0	10,6
Summe der Posten, die umgegliedert werden können		-3,8	14,9
Posten, die nicht nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:			
Neubewertung von leistungsorientierten Verpflichtungen	(9.11)	6,1	-9,5
Steuereffekt auf Neubewertung	(9.15)	-1,5	2,4
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen – Anteil am sonstigen Ergebnis	(9.5)	-0,6	-0,3
Summe der Posten, die nicht umgegliedert werden		3,9	-7,4
Sonstiges Ergebnis		0,2	7,5
Gesamtperiodenergebnis		71,7	160,3
Zuzurechnen an:			
Aktionäre des Mutterunternehmens		71,6	160,3
Nicht beherrschende Anteile		0,1	0,0

Konzernbilanz

ZUM
31. DEZEMBER 2016

Mio EUR	Anhang	31.12.2015	31.12.2016
AKTIVA			
Langfristiges Vermögen			
Geschäfts- oder Firmenwerte	(9.1)	58,2	56,3
Immaterielle Vermögenswerte	(9.2)	24,8	21,2
Sachanlagen	(9.3)	571,9	597,6
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(9.4)	60,5	69,0
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	(9.5)	53,2	9,6
Andere finanzielle Vermögenswerte	(9.6)	36,8	76,3
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	(9.8)	11,4	14,6
Latente Steueransprüche	(9.15)	92,9	76,4
		909,6	921,0
Kurzfristiges Vermögen			
Andere finanzielle Vermögenswerte	(9.6)	35,0	45,7
Vorräte	(9.7)	15,9	18,1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	(9.8)	288,8	276,6
Ertragsteuererstattungsansprüche		0,3	0,3
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	(9.9)	299,6	277,8
		639,6	618,4
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	(9.10)	63,8	2,4
		1.613,0	1.541,8
PASSIVA			
Eigenkapital	(9.11)		
Grundkapital		337,8	337,8
Kapitalrücklagen		91,0	91,0
Gewinnrücklagen		238,2	257,6
Andere Rücklagen		-25,5	-16,4
Eigenkapital der Aktionäre des Mutterunternehmens		641,5	670,0
Nicht beherrschende Anteile		0,2	0,1
		641,7	670,0
Langfristige Schulden			
Rückstellungen	(9.12)	355,9	369,0
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	(9.13)	4,5	3,7
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	(9.14)	23,7	21,6
Latente Steuerverbindlichkeiten	(9.15)	0,9	0,9
		384,9	395,2
Kurzfristige Schulden			
Rückstellungen	(9.12)	160,7	134,3
Ertragsteuerverbindlichkeiten		14,4	4,8
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	(9.13)	8,1	1,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	(9.14)	333,2	334,6
		516,3	475,6
Schulden iZm zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	(9.10)	70,0	0,9
		1.613,0	1.541,8

Konzern-Cashflow-Statement

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2016

Mio EUR	Anhang	2015	2016
Geschäftstätigkeit			
Ergebnis vor Ertragsteuern		91,0	201,5
Abschreibungen	(8.5)	213,7	74,8
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	(9.5)	-1,1	15,8
Rückstellungen unbar		26,7	46,1
Gezahlte Steuern		-52,3	-40,9
Sonstige zahlungsunwirksame Vorgänge	(11.1)	-12,9	-22,7
Cashflow aus dem Ergebnis		265,0	274,7
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen		-26,3	11,0
Vorräte		0,2	1,5
Rückstellungen		-36,0	-57,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten		13,2	-6,7
Cashflow aus Geschäftstätigkeit		216,2	223,6
Investitionstätigkeit			
Erwerb von immateriellen Vermögenswerten		-5,4	-5,2
Erwerb von Sachanlagen/als Finanzinvestition gehaltene Immobilien		-104,7	-103,3
Einzahlungen aus Anlagenverkäufen		69,2	5,4
Erwerb von Tochterunternehmen	(11.1)	-3,0	-0,5
Verkauf von Tochterunternehmen	(4.2)	1,3	2,3
Erwerb von nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	(9.5)	-5,0	-3,2
Verkauf von nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen		0,0	0,1
Erwerb von Wertpapieren		-10,4	-6,0
Erwerb von sonstigen Finanzinstrumenten		0,0	-0,4
Einzahlungen aus dem Verkauf von Wertpapieren		6,0	2,9
Gewährte Darlehen	(11.1)	-0,4	-2,5
Erhaltene Ausschüttungen von nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	(9.5)	0,7	0,8
Erhaltene Zinsen		2,8	4,6
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-49,0	-105,1
Free Cashflow		167,2	118,5
Finanzierungstätigkeit			
Veränderung von anderen finanziellen Verbindlichkeiten	(11.1)	2,1	-7,7
Ausschüttungen		-132,1	-132,2
Gezahlte Zinsen		-1,0	-0,5
Erwerb von nicht beherrschenden Anteilen		-0,3	-0,2
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-131,3	-140,6
Veränderung des Finanzmittelbestandes		36,0	-22,1
Finanzmittelbestand am 1. Jänner		264,2	300,1
Finanzmittelbestand am 31. Dezember		300,1	278,0

Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals

IM GESCHÄFTSJAHR 2015

Mio EUR	Grundkapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Andere Rücklagen			Eigenkapital der Aktionäre des Mutterunternehmens	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital
				Neubewertungsrücklage	Marktbeurteilungsrücklage	Währungsumrechnungsrücklage			
Stand am 1. Jänner 2015	337,8	130,5	260,3	-17,3	-0,5	-8,8	702,0	0,7	702,7
Sukzessiver Erwerb eines Tochterunternehmens	0,0	0,0	-0,4	0,0	0,0	0,0	-0,4	0,0	-0,4
Verkauf einer nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlage	0,0	0,0	-0,9	0,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Veränderung von Rücklagen	0,0	-39,5	39,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausschüttung	0,0	0,0	-131,7	0,0	0,0	0,0	-131,7	-0,6	-132,3
Periodenergebnis	0,0	0,0	71,4	0,0	0,0	0,0	71,4	0,1	71,6
Währungsumrechnungsdifferenzen – ausländische Geschäftsbetriebe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1
Währungsumrechnungsdifferenzen – Umgliederung in den Gewinn und Verlust	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5	0,5	0,0	0,5
Zeitwertänderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,7	0,0	0,7	0,0	0,7
Zeitwertänderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten – Umgliederung in den Gewinn und Verlust	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,2	0,0	0,2
Neubewertung von leistungsorientierten Verpflichtungen	0,0	0,0	0,0	6,1	0,0	0,0	6,1	0,0	6,1
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen – Anteil am sonstigen Ergebnis	0,0	0,0	0,0	-0,6	0,0	-5,5	-6,2	0,0	-6,2
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen – Umgliederung in den Gewinn und Verlust	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5	0,5	0,0	0,5
Steuereffekt	0,0	0,0	0,0	-1,5	-0,2	0,0	-1,7	0,0	-1,7
Sonstiges Ergebnis	0,0	0,0	0,0	3,9	0,7	-4,4	0,2	0,0	0,2
Gesamtperiodenergebnis	0,0	0,0	71,4	3,9	0,7	-4,4	71,6	0,1	71,7
Stand am 31. Dezember 2015	337,8	91,0	238,2	-12,5	0,2	-13,2	641,5	0,2	641,7

Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals

IM GESCHÄFTSJAHR 2016

Mio EUR	Grundkapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Andere Rücklagen			Eigenkapital der Aktionäre des Mutterunternehmens	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital
				Neubewertungsrücklage	Marktbeurteilungsrücklage	Währungsumrechnungsrücklage			
Stand am 1. Jänner 2016	337,8	91,0	238,2	-12,5	0,2	-13,2	641,5	0,2	641,7
Sukzessiver Erwerb eines Tochterunternehmens	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,1	0,0
Verkauf von Tochterunternehmen	0,0	0,0	-0,4	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Abgang einer nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlage	0,0	0,0	-1,2	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausschüttung	0,0	0,0	-131,7	0,0	0,0	0,0	-131,7	-0,2	-132,0
Periodenergebnis	0,0	0,0	152,7	0,0	0,0	0,0	152,7	0,0	152,7
Währungsumrechnungsdifferenzen – ausländische Geschäftsbetriebe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,2	0,0	0,2
Zeitwertänderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	0,0	0,0	0,0	0,0	5,4	0,0	5,4	0,0	5,4
Neubewertung von leistungsorientierten Verpflichtungen	0,0	0,0	0,0	-9,4	0,0	0,0	-9,4	0,0	-9,5
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen – Anteil am sonstigen Ergebnis	0,0	0,0	0,0	-0,3	0,0	-7,0	-7,2	0,0	-7,2
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen – Umgliederung in den Gewinn und Verlust	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	17,6	17,6	0,0	17,6
Steuereffekt	0,0	0,0	0,0	2,4	-1,4	0,0	1,0	0,0	1,0
Sonstiges Ergebnis	0,0	0,0	0,0	-7,4	4,0	10,9	7,5	0,0	7,5
Gesamtperiodenergebnis	0,0	0,0	152,7	-7,4	4,0	10,9	160,3	0,0	160,3
Stand am 31. Dezember 2016	337,8	91,0	257,6	-18,3	4,2	-2,3	670,0	0,1	670,0

Konzernanhang für das Geschäfts- jahr 2016

1 — INFORMATIONEN ZUM UNTERNEHMEN

Die Österreichische Post AG und ihre Tochtergesellschaften sind Logistik- und Dienstleistungsunternehmen im Brief- und Paketbereich. Zu den Geschäftsbereichen des Österreichischen Post-Konzerns zählen die Erbringung von Leistungen des Brief- und Paketdienstes, Speziallogistik wie Expresszustellung und Wertlogistik sowie der Vertrieb von Telekomprodukten und Finanzdienstleistungen in Kooperation mit den Partnern BAWAG P.S.K. und A1 Telekom Austria AG. Zudem umfasst das Dienstleistungsangebot Fulfillment-Dienstleistungen, Daten- und Outputmanagement sowie Dokumentenerfassung, -digitalisierung und -veredelung.

Der Sitz der Österreichischen Post AG befindet sich in Wien, Österreich. Die Anschrift lautet Österreichische Post AG, Haidingergasse 1, 1030 Wien. Die Gesellschaft ist in das Firmenbuch beim Handelsgericht Wien zu FN 180219d eingetragen.

2 — GRUNDLAGEN DER RECHNUNGSLEGUNG

Die Erstellung des Konzernabschlusses der Österreichischen Post AG für das Geschäftsjahr 2016 erfolgte in Übereinstimmung mit den zum 31. Dezember 2016 vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union verpflichtend anzuwenden sind und den zusätzlichen Anforderungen des § 245a UGB.

Der Konzernabschluss der Österreichischen Post AG besteht aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der Gesamtergebnisrechnung, der Konzernbilanz, dem Konzern-Cashflow-Statement, der Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals und dem Konzernanhang. Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt. Alle Beträge sind, sofern nichts anderes angeführt ist, in Millionen Euro (Mio EUR) angegeben. Bei der Summierung gerundeter Beträge und Prozentangaben können durch die Verwendung automatisierter Rechenhilfen Rundungsdifferenzen auftreten.

3 — **ÄNDERUNGEN IN DEN BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN**

3.1 — **NEUERUNGEN IN DEN INTERNATIONAL FINANCIAL REPORTING STANDARDS**

3.1.1 VERPFLICHTEND ANGEWANDTE NEUE UND GEÄNDERTE STANDARDS

Im Geschäftsjahr 2016 wurden folgende neue und geänderte Standards erstmals verpflichtend zur Anwendung gebracht:

Verpflichtend angewandte neue Standards		Inkrafttreten EU ¹
keine		
Verpflichtend angewandte geänderte Standards		Inkrafttreten EU ¹
IAS 19	Leistungsorientierte Pläne: Arbeitnehmerbeiträge	01.02.2015
Diverse	Verbesserungen an den IFRS, Zyklus 2010–2012	01.02.2015
IAS 16, 41	Fruchtragende Gewächse	01.01.2016
IAS 16, 38	Klarstellung akzeptabler Abschreibungsmethoden	01.01.2016
IFRS 11	Erwerb von Anteilen an gemeinschaftlichen Tätigkeiten	01.01.2016
Diverse	Verbesserungen an den IFRS, Zyklus 2012–2014	01.01.2016
IAS 1	Disclosure Initiative	01.01.2016
IAS 27	Equity-Methode in Einzelabschlüssen	01.01.2016
IFRS 10, 12, IAS 28	Investment Entities: Anwendung der Ausnahme von der Konsolidierungspflicht	01.01.2016

¹ Anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem angegebenen Datum beginnen

3.1.2 VERÖFFENTLICHTE, ABER NOCH NICHT ANGEWANDTE STANDARDS

Folgende Standards sind durch die Europäische Union anerkannt worden bzw. befinden sich im Anerkennungsprozess. Eine verpflichtende Anwendung ist jedoch erst für die Zukunft vorgesehen.

Noch nicht angewandte neue Standards		Endorsement EU	Inkrafttreten EU ¹
IFRS 9	Finanzinstrumente	22.11.2016	01.01.2018
IFRS 15	Umsatzerlöse aus Kundenverträgen	22.09.2016	01.01.2018
IFRS 16	Leasingverhältnisse	geplant Q4 2017	geplant 01.01.2019
IFRS 14	Preisregulierte Absatzgeschäfte	Die Europäische Kommission hat entschieden, diesen Standard nicht zu übernehmen.	
Noch nicht angewandte geänderte Standards		Endorsement EU	Inkrafttreten EU ¹
IAS 12	Ansatz von aktiven latenten Steuern bei nicht realisierten Verlusten	geplant Q2 2017	geplant 01.01.2017
IAS 7	Disclosure Initiative	geplant Q2 2017	geplant 01.01.2017
IFRS 10, IAS 28	Veräußerung oder Einlage von Vermögenswerten an/in ein assoziiertes Unternehmen oder ein Gemeinschaftsunternehmen	verschoben	verschoben
IFRS 15	Klarstellungen zu IFRS 15 Umsatzerlöse aus Kundenverträgen	geplant Q1 2017	geplant 01.01.2018
IFRS 2	Klassifizierung und Bewertung von anteilsbasierten Vergütungen	geplant Q3 2017	geplant 01.01.2018
IFRS 4	Anwendung von IFRS 9 Finanzinstrumente gemeinsam mit IFRS 4 Versicherungsverträge	geplant Q3 2017	geplant 01.01.2018
Diverse	Verbesserungen an den IFRS, Zyklus 2014–2016	geplant Q3 2017	geplant 01.01.2018/ 01.01.2017
IFRIC 22	Transaktionen in fremder Währung und im Voraus gezahlte Gegenleistungen	geplant Q3 2017	geplant 01.01.2018
IAS 40	Übertragungen von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	geplant Q3 2017	geplant 01.01.2018

¹ Anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem angegebenen Datum beginnen

IFRS 9 FINANZINSTRUMENTE IFRS 9 – Finanzinstrumente enthält Vorschriften für den Ansatz, die Bewertung und die Ausbuchung von Finanzinstrumenten sowie für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften und ersetzt in diesen Bereichen den bisher relevanten Standard IAS 39 – Finanzinstrumente. IFRS 9 ist erstmals in der ersten Berichtsperiode eines am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnenden Geschäftsjahres anzuwenden, wobei eine frühzeitige Anwendung zulässig ist. Die Österreichische Post beabsichtigt zum gegenwärtigen Zeitpunkt IFRS 9 erstmalig zum 1. Jänner 2018 anzuwenden.

Der Österreichische Post-Konzern hat eine vorläufige Beurteilung der möglichen Auswirkungen der Anwendung des IFRS 9, basierend auf seinen zum 31. Dezember 2016 gehaltenen Finanzinstrumenten, durchgeführt:

Neu gefasst wurden insbesondere die Regelungen zur Einstufung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten, wobei im neuen Standard die Einstufung und Bewertung von Finanzinstrumenten nun vom Geschäftsmodell und den vertraglichen Zahlungsströmen abhängig ist. Abhängig von der Art des finanziellen Vermögenswerts, des Geschäftsmodells und den vertraglichen Zahlungsströmen ergibt sich die Folgebewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten, erfolgswirksam zum Zeitwert (FVTPL) oder erfolgsneutral zum Zeitwert (FVOCI). Auf Grundlage seiner vorläufigen Beurteilung ist der Österreichische Post-Konzern nicht der Meinung, dass die neuen Einstufungsanforderungen, sofern sie zum 31. Dezember 2016 angewendet werden, wesentliche Auswirkungen auf die Bilanzierung seiner Finanzinstrumente hätten. Zum 31. Dezember 2016 hält der Österreichische Post-Konzern Anteile an Unternehmen mit einem Buchwert von rd. 61,1 Mio EUR, die als zur Veräußerung verfügbar eingestuft werden. Wenn diese Anteile bei der erstmaligen Anwendung des IFRS 9 weiterhin aus dem gleichen Grund gehalten werden, können sie als FVOCI

oder als FVTPL eingestuft werden. Der Österreichische Post-Konzern hat diesbezüglich bisher keine Entscheidung getroffen. Im ersteren Fall werden alle Veränderungen des beizulegenden Zeitwertes im sonstigen Ergebnis dargestellt, keine Wertminderungsaufwendungen im Gewinn oder Verlust erfasst und beim Abgang keine Gewinne oder Verluste in den Gewinn oder Verlust umgegliedert. Im letzteren Fall werden alle Veränderungen des beizulegenden Zeitwertes im Gewinn oder Verlust erfasst, sobald sie entstehen, wodurch die Volatilität des Konzerngewinns erhöht wird. Im Bereich der finanziellen Schulden wird es zu keinen Änderungen in der Einstufung kommen.

Neugeregelt wurde auch die Bilanzierung von Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte, die nunmehr bereits die Erfassung erwarteter Verluste (Expected Loss Modell) vorsieht. Dies erfordert erhebliche Ermessensentscheidungen bezüglich der Frage, inwieweit die erwarteten Kreditausfälle durch Veränderungen bei den wirtschaftlichen Faktoren beeinflusst werden. Diese Einschätzung wird auf Grundlage gewichteter Wahrscheinlichkeiten bestimmt. Die vorläufige Beurteilung durch den Österreichischen Post-Konzern hat ergeben, dass die Anwendung der Wertminderungsvorschriften des IFRS 9 zum 31. Dezember 2016, im Vergleich zu den nach IAS 39 erfassten Wertminderungen, wahrscheinlich zu einem Anstieg der Wertberichtigungen zu diesem Zeitpunkt geführt hätte. Dies ist insbesondere auf den hohen Bestand an Veranlagungen an Termingeldern und Investment-Grade Wertpapieren zurückzuführen, für welche bislang keine Wertminderungen erfasst wurden. Im Bereich der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind aufgrund des insgesamt geringen Ausfallrisikos keine wesentlichen Veränderungen zu erwarten. Der Österreichische Post-Konzern hat jedoch die von ihm nach IFRS 9 anzuwendenden Wertminderungsmethoden noch nicht endgültig festgelegt.

IFRS 9 erfordert umfangreiche neue Angaben, insbesondere zur Bilanzierung zum Kreditrisiko und zu erwarteten Kreditausfällen. Die dafür notwendigen Systeme zur Erfassung der notwendigen Daten werden derzeit evaluiert um eine zeitgerechte Einführung sicherzustellen.

Änderungen der Rechnungslegungsmethoden aufgrund der Anwendung des IFRS 9 sind grundsätzlich rückwirkend anzuwenden, wobei der Standard in einigen Fällen Abweichungen zulässt. So beabsichtigt der Österreichische Post-Konzern von der Ausnahme Gebrauch zu machen, Vergleichsinformationen für vorhergehende Perioden hinsichtlich der Änderungen der Einstufung und Bewertung (einschließlich der Wertminderung) nicht anzupassen. Differenzen zwischen den Buchwerten der finanziellen Vermögenswerte und den finanziellen Schulden aufgrund der Anwendung des IFRS 9 werden grundsätzlich in der Gewinnrücklage zum 1. Jänner 2018 erfasst.

IFRS 15 UMSATZERLÖSE AUS VERTRÄGEN MIT KUNDEN Zielsetzung des IFRS 15 – Umsatzerlöse aus Kundenverträgen ist es, eine Vielzahl der bisher in diversen Standards und Interpretationen enthaltenen Regelungen zusammenzuführen. Im Kernprinzip verlangt IFRS 15 Erlöse in der Höhe zu erfassen, in der für die übernommenen Leistungsverpflichtungen – also die Übertragung von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen – Gegenleistungen erwartet werden. Dieses Kernprinzip wird mit einem fünfstufigen Rahmenmodell umgesetzt. Das Modell legt fest, dass der Übergang der Kontrolle (Control Approach) den Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Umsatzrealisierung bestimmt und damit das bisherige Risk and Reward Modell (Übertragung von Risiken und Chancen) ablöst. Zusätzlich wird das Ausmaß der geforderten Anhangangaben erweitert.

Der Österreichische Post-Konzern hat eine erste Beurteilung der möglichen Auswirkungen der Anwendung des IFRS 15 auf seinen Konzernabschluss durchgeführt. Im Fokus standen dabei die bestehenden Kundenverträge im Rahmen der wesentlichen Geschäftstätigkeit der Österreichischen Post, mithin der Annahme, Sortierung und Zustellung von Brief- und Paketsendungen. Die bestehenden Verträge bzw. die zu erbringenden Dienstleistungen zeichnen sich dabei insgesamt durch einen sehr hohen Grad an Uniformität aus. Zusätzlich sind die Durchlaufzeiten der Leistungserbringung sehr kurz (so hat aufgrund gesetzlicher Vorgaben z. B. die Zustellung von 95 % aller Briefsendungen im Inland innerhalb eines Werktages zu erfolgen). Wesentliche Bilanzierungssachverhalte aus IFRS 15 ergeben sich (wie schon bisher nach IAS 18) aus der Abschätzung des Ausmaßes, in dem die Gegenleistung bereits vereinnahmt wurde, die Leistungserbringung jedoch noch aussteht (z. B. Verkauf von Briefmarken), sowie der Abschätzung variabler Gegenleistungen (z. B. Rabatte und Bonifikationen). In beiden Fällen werden sich gegenüber der bisherigen Vorgehensweise und damit in Hinsicht auf Zeitpunkt und Höhe der Realisation von Umsatzerlösen voraussichtlich keine wesentlichen Änderungen ergeben.

Im Bereich der weiteren Geschäftsfelder (wie z. B. Vertrieb von Post- und Telekomprodukten sowie Finanzdienstleistungen in Kooperation mit Partnern oder Erbringung zusätzlicher Dienstleistungen entlang der Wertschöpfungskette rund um die Themen Brief und Paket) wurden im Zuge eines ersten Screenings einzelne Sachverhalte identifiziert, bei denen es nach IFRS 15 zu Änderungen kommen könnte, wobei Art und Ausmaß noch nicht feststehen. Nachdem die mit diesen Verträgen verbundenen Umsatzerlöse jedoch insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind, sind keine wesentlichen Auswirkungen auf die Ertragslage zu erwarten.

Der Österreichische Post-Konzern führt derzeit eine weiterführende Beurteilung über die Auswirkungen der Anwendung des IFRS 15 durch und geht davon aus, dass vor Anwendung des IFRS 15 zusätzliche quantitative Informationen gegeben werden.

Die Österreichische Post kann für die erstmalige Anwendung des neuen Standards entweder einen vollständig retrospektiven Ansatz oder einen modifizierten retrospektiven Ansatz wählen. Die Österreichische Post beabsichtigt zum gegenwärtigen Zeitpunkt, IFRS 15 mit 1. Jänner 2018 anzuwenden. Die Auswahl des Übergangsansatzes ist noch nicht erfolgt.

IFRS 16 LEASINGVERHÄLTNISSE Der neue IFRS 16 – Leasingverhältnisse ersetzt die bisherigen Vorschriften des IAS 17 und der zugehörigen Interpretationen, wobei insbesondere die bilanzielle Abbildung von Leasingverträgen beim Leasingnehmer neu geregelt wurde. Der Leasingnehmer erfasst nunmehr für jedes Leasingverhältnis eine Verbindlichkeit für die zukünftig zu leistenden Leasingzahlungen. Gleichzeitig wird ein Nutzungsrecht (Right-of-Use Asset) in Höhe des Barwerts der künftigen Leasingzahlungen aktiviert und in weiterer Folge linear abgeschrieben. Die bisherige Unterscheidung zwischen Operating und Finance Lease entfällt somit. Für Leasinggeber sind die Regelungen des neuen Standards dagegen ähnlich der bisherigen Vorschriften des IAS 17. IFRS 16 enthält darüber hinaus weitere Regelungen zu Sale- and Leaseback-Transaktionen sowie zu den erforderlichen Anhangangaben.

Die Österreichische Post hat mit einer ersten Beurteilung der möglichen Auswirkungen auf ihren Konzernabschluss begonnen. Den wichtigsten Anwendungsfall stellen Immobilienleasingverträge für Logistikstandorte, Filialen und Verwaltungsgebäude als Leasingnehmer dar. Die wesentlichsten Auswirkungen resultieren aus der Erfassung der Nutzungsrechte und der Leasingverbindlichkeiten für diese Leasingverhältnisse. Des Weiteren wird sich auch die Art der Aufwendungen ändern, die mit diesen Leasingverhältnissen verbunden sind, da mit IFRS 16 die linearen Aufwendungen für Operating-Leasingverhältnisse im Sinne des IAS 17 durch einen Abschreibungsaufwand für Nutzungsrechte und Zinsaufwendungen für Schulden aus den Leasingverhältnissen ersetzt werden. Für die bestehenden Finanzierungs-Leasingverhältnisse im Sinne des IAS 17 werden keine wesentlichen Effekte erwartet. Aus den bestehenden Leasingverhältnissen, bei denen die Österreichische Post als Leasinggeber auftritt, werden ebenfalls keine wesentlichen Änderungen erwartet.

Die Effekte, die sich aufgrund der Anwendung des IFRS 16 auf die berichteten Vermögenswerte und Schulden des Österreichischen Post-Konzerns ergeben, wurden noch nicht beziffert. Zu den am Stichtag bestehenden Operating-Leasingverhältnissen verweisen wir auf Punkt 11.2 Sonstige Verpflichtungen. Der Österreichische Post-Konzern geht davon aus, dass die gewählte Übergangsmethode und die quantitativen Auswirkungen noch vor der erstmaligen Anwendung angegeben werden.

Der Österreichische Post-Konzern kann für die erstmalige Anwendung des neuen Standards entweder einen vollständig retrospektiven Ansatz oder einen modifizierten retrospektiven Ansatz wählen. Der gewählte Ansatz wird stetig auf alle Leasingverhältnisse, die den Österreichischen Post-Konzern als Leasingnehmer betreffen, angewendet. Der Österreichische Post-Konzern beabsichtigt zum gegenwärtigen Zeitpunkt, IFRS 16 mit 1. Jänner 2018 anzuwenden. Die Auswahl des Übergangsansatzes ist noch nicht erfolgt.

SONSTIGE Die anderen geänderten Standards haben voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Österreichischen Post AG.

4 — KONSOLIDIERUNGSKREIS

4.1 — KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE

In den Konzernabschluss werden alle Unternehmen, die unter der Beherrschung der Österreichischen Post AG stehen (Tochterunternehmen), im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen. Die Einbeziehung beginnt mit dem Zeitpunkt des Erlangens der Beherrschung und endet mit deren Wegfall. Die erstmalige Einbeziehung in den Konzernabschluss erfolgt im Erwerbsfall unter Verwendung der Erwerbsmethode nach IFRS 3. Nach der Erwerbsmethode entsprechen die Anschaffungskosten des Erwerbs dem beizulegenden Zeitwert der übertragenen Gegenleistung (z. B. Zahlungsmittel, sonstige Vermögenswerte, bedingte Gegenleistungen, Eigenkapitalinstrumente), die den Zeitwerten der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden gegenübergestellt werden. Positive Unterschiedsbeträge aus der Gegenüberstellung werden als Geschäfts- oder Firmenwert erfasst, negative Unterschiedsbeträge werden sofort ergebniswirksam erfasst. Anschaffungsnebenkosten werden nicht angesetzt, sondern ergebniswirksam erfasst.

Gemeinschaftsunternehmen nach IFRS 11 sowie Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird (assoziierte Unternehmen), werden nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen. Bei der Equity-Methode werden die Anteile zunächst mit den Anschaffungskosten angesetzt und in der Folge um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen der Unternehmen erhöht bzw. vermindert. Negative Eigenkapitalveränderungen werden über die fortgeschriebenen Anschaffungskosten hinaus erfasst und gegen langfristige sonstige Anteile (z. B. Darlehen) gestellt, sofern diese nach ihrem wirtschaftlichen Gehalt Teil der Nettoinvestition in das assoziierte Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen sind.

Alle konzerninternen Vermögenswerte, Schulden und Eigenkapital sowie Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit Geschäftsvorfällen zwischen Konzernunternehmen werden im Rahmen der Konsolidierung eliminiert.

4.2 — ÄNDERUNGEN IM KONSOLIDIERUNGSKREIS

In den Konzernabschluss sind neben der Österreichischen Post AG 24 inländische (31.12.2015: 29) und 13 ausländische (31.12.2015: 28) Tochterunternehmen einbezogen. Weiters werden fünf inländische (31.12.2015: drei) und ein ausländisches (31.12.2015: drei) Unternehmen nach der Equity-Methode bilanziert.

Im Jahr 2016 haben folgende Änderungen im Konsolidierungskreis sowie Unternehmenszusammenschlüsse im Österreichischen Post-Konzern stattgefunden:

Name der Gesellschaft	Anteil am Kapital		Transaktionszeitpunkt	Erläuterung
	von	auf		
BRIEF, WERBEPOST & FILIALEN				
Aktionsfinder GmbH, Salzburg	80,0 %	100,0 %	02.05.2016	Akquisition
Post 108 Beteiligungs GmbH, Wien	0,0 %	100,0 %	17.08.2016	Gründung
Post 101 Beteiligungs GmbH (Österreichische Post AG) ¹ , Wien	100,0 %	0,0 %	31.08.2016	Verschmelzung
Post 103 Beteiligungs GmbH (Österreichische Post AG) ¹ , Wien	100,0 %	0,0 %	31.08.2016	Verschmelzung
Post 105 Beteiligungs GmbH (Österreichische Post AG) ¹ , Wien	100,0 %	0,0 %	31.08.2016	Verschmelzung
sendhybrid ÖPBD GmbH, Graz	0,0 %	26,0 %	14.10.2016	Akquisition

PAKET & LOGISTIK

Veräußerungsgruppe trans-o-flex				
trans-o-flex Schnell-Lieferdienst GmbH, Weinheim	100,0 %	0,0 %	08.04.2016	Verkauf
trans-o-flex Logistik Service GmbH, Weinheim	100,0 %	0,0 %	08.04.2016	Verkauf
trans-o-flex IT-Service GmbH, Weinheim	100,0 %	0,0 %	08.04.2016	Verkauf
ThermoMed Verwaltungs GmbH, Weinheim	100,0 %	0,0 %	08.04.2016	Verkauf
trans-o-flex ThermoMed GmbH & Co KG, Weinheim	100,0 %	0,0 %	08.04.2016	Verkauf
trans-o-flex ThermoMed Austria GmbH, Wiener Neudorf	100,0 %	0,0 %	08.04.2016	Verkauf
trans-o-flex Netzwerk Group GmbH, Weinheim	100,0 %	0,0 %	08.04.2016	Verkauf
trans-o-flex Netzwerk zwei GmbH, Weinheim	100,0 %	0,0 %	08.04.2016	Verkauf
trans-o-flex Netzwerk drei GmbH, Weinheim	100,0 %	0,0 %	08.04.2016	Verkauf
trans-o-flex Netzwerk GmbH, Bergkirchen	100,0 %	0,0 %	08.04.2016	Verkauf
trans-o-flex Fuhrpark GmbH, Weinheim	100,0 %	0,0 %	08.04.2016	Verkauf
EURODIS GmbH, Weinheim	39,8 %	20,8 %	06.05.2016	Verkauf
trans-o-flex Sonstige				
trans-o-flex Logistics Group GmbH, Weinheim	100,0 %	100,0 %	31.05.2016	Entkonsolidierung
LogIn Service d.o.o., Ilidza	100,0 %	100,0 %	31.05.2016	Entkonsolidierung
Distributions GmbH – 31, Köln	100,0 %	100,0 %	31.05.2016	Entkonsolidierung
Distributions GmbH Dortmund, Dortmund	100,0 %	100,0 %	31.05.2016	Entkonsolidierung
Distributions GmbH Duisburg, Duisburg	100,0 %	100,0 %	31.05.2016	Entkonsolidierung
ACL advanced commerce labs GmbH, Graz	0,0 %	30,0 %	05.07.2016	Akquisition
Post 207 Beteiligungs GmbH, Wien	0,0 %	100,0 %	12.08.2016	Gründung
Post 201 Beteiligungs GmbH (Österreichische Post AG) ¹ , Wien	100,0 %	0,0 %	31.08.2016	Verschmelzung
Post 203 Beteiligungs GmbH (Österreichische Post AG) ¹ , Wien	100,0 %	0,0 %	31.08.2016	Verschmelzung
Post 205 Beteiligungs GmbH (Österreichische Post AG) ¹ , Wien	100,0 %	0,0 %	31.08.2016	Verschmelzung
Post 204 Beteiligungs GmbH (Post 206 Beteiligungs GmbH) ¹ , Wien	100,0 %	0,0 %	07.10.2016	Verschmelzung
Aras Kargo a.s., Istanbul	25,0 %	25,0 %	31.12.2016	Methodenwechsel

¹ Die erstgenannten Konzernunternehmen wurden auf die in Klammern angeführten Konzernunternehmen verschmolzen und sind somit nicht mehr im Konsolidierungskreis vorhanden.

Brief, Werbepost & Filialen

AKTIONSFINDER GMBH Mit Stichtag 2. Mai 2016 wurden die restlichen Anteile an der Aktionsfinder GmbH für eine Gegenleistung in bar von 0,2 Mio EUR erworben, womit 100 % der Anteile gehalten werden. Der Saldo der identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden betrug zum 2. Mai 2016 –0,3 Mio EUR. Entsprechend erfasst der Österreichische Post-Konzern eine Verringerung der nicht beherrschenden Anteile von –0,1 Mio EUR und eine Reduktion der Gewinnrücklagen von –0,2 Mio EUR. Gegengleich wurde die noch bestehende Verbindlichkeit aus der Put-Option in Höhe von 0,2 Mio EUR gegen die Gewinnrücklage aufgelöst.

SENDHYBRID ÖPBD GMBH Mit Stichtag 14. Oktober 2016 hat die Österreichische Post 26 % der Anteile an der sendhybrid ÖPBD GmbH erworben. Die Gesellschaft wurde als assoziiertes Unternehmen im Sinne des IAS 28 eingestuft und wird unter Anwendung der Equity-Methode bilanziert. Die sendhybrid ÖPBD GmbH ist ein Beratungs- und Kommunikationsunternehmen mit den Schwerpunkten Prozess- und Marktberatung beim Dokumentenempfang und -versand. Mit dem Erwerb sichert sich die Österreichische Post Zugang zu zukunftsweisenden Technologien im Bereich der e-Zustellung. Die Anschaffungskosten waren unwesentlich, wobei sich die Österreichische Post verpflichtet hat, der Gesellschaft zusätzliche Finanzierungen von bis zu 1,5 Mio EUR zur Verfügung zu stellen. Weiters besteht die vertragliche Möglichkeit ab 2019 bzw. 2022 die Anteile auf bis zu 100 % aufzustocken.

Paket & Logistik

VERÄUSSERUNGSGRUPPE TRANS-O-FLEX Zum 31. Dezember 2015 waren die Vermögenswerte und Schulden der operativ tätigen trans-o-flex Gesellschaften trans-o-flex Schnell-Lieferdienst GmbH und trans-o-flex Netzwerk Group GmbH, inklusive deren jeweiliger Tochtergesellschaften, als Veräußerungsgruppe im Sinn des IFRS 5 eingestuft und entsprechend in der Bilanz gesondert ausgewiesen. Aus der Neueinschätzung des beizulegenden Zeitwertes der Vermögenswerte und Schulden der Veräußerungsgruppe per 31. März 2016 ergab sich ein Gewinn von 6,8 Mio EUR, der unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst wurde. Mit Stichtag 8. April 2016 wurden 100 % der Anteile an den beiden Gesellschaften verkauft und die Beherrschung über alle damit umfassten Tochterunternehmen beendet. Aus dem Verlust der Beherrschung ergab sich ein Gewinn von 1,7 Mio EUR der unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst wurde. Darin enthalten waren auch die operativen Ergebnisse bis zum Zeitpunkt des Verlustes der Beherrschung sowie noch zu bildende Vorsorgen.

Die Vermögenswerte der Veräußerungsgruppe zum 31. Dezember 2015 sowie die abgehenden Vermögenswerte und Schulden aus dem Verlust der Beherrschung stellen sich zum 8. April 2016 jeweils wie folgt dar:

Mio EUR	31.12.2015	08.04.2016
Langfristiges Vermögen		
Immaterielles Anlagevermögen	0,2	0,4
Sachanlagen	4,4	12,0
Andere finanzielle Vermögenswerte	0,4	0,4
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	0,0	0,2
Aktive latente Steuern	1,2	1,1
Kurzfristiges Vermögen		
Vorräte	0,2	0,2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	57,0	53,1
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	0,5	0,5
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	63,8	67,9
Langfristige Schulden		
Rückstellungen	3,7	3,7
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	0,5	0,5
Kurzfristige Schulden		
Rückstellungen	9,2	9,5
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	7,6	7,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	49,0	50,1
Schulden iZm zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	70,0	70,7

EURODIS GMBH Mit Stichtag 6. Mai 2016 wurden 19 % der Anteile an der nach der Equity-Methode bilanzierten EURODIS GmbH, Weinheim, Deutschland verkauft. Unter der Dachmarke EURODIS bieten internationale Partnerunternehmen grenzüberschreitende Paket-Logistikleistungen im B2B- und B2C-Bereich an. Der Verkauf steht in Zusammenhang mit dem Verkauf der trans-o-flex, die selbst ein Partnerunternehmen des EURODIS Netzwerkes ist.

Mit Verkauf von 19 % der Anteile verbleiben nur noch 3,7 % stimmrechtsfähige Anteile im Post-Konzern, womit der bis dahin bestehende maßgebliche Einfluss beendet wurde. Aus der Beendigung der Anwendung der Equity-Methode ergab sich ein Verlust von 0,1 Mio EUR. Die Buchwerte der verbleibenden Anteile sind wertmäßig von untergeordneter Bedeutung.

SONSTIGE TRANS-O-FLEX GESELLSCHAFTEN Die im Österreichischen Post-Konzern verbleibenden trans-o-flex Gesellschaften LogIn Service d.o.o., Ilidza, Distributions GmbH – 31, Köln, Distributions GmbH Dortmund, Dortmund, Distributions GmbH Duisburg, Duisburg und trans-o-flex Logistics Group GmbH, Weinheim, haben ihre operative Geschäftstätigkeit vollständig eingestellt und sind zur Liquidation vorgesehen. Mangels Wesentlichkeit wurden diese Gesellschaften per 31. Mai 2016 aus dem Konsolidierungskreis genommen und entsprechend entkonsolidiert. Der Effekt aus der Entkonsolidierung war bei allen Gesellschaften unwesentlich.

ACL ADVANCED COMMERCE LABS GMBH Mit Stichtag 5. Juli 2016 hat die Österreichische Post 30 % der Anteile an der ACL advanced commerce labs GmbH erworben. Die Gesellschaft wurde als assoziiertes Unternehmen im Sinne des IAS 28 eingestuft und wird unter Anwendung der Equity-Methode bilanziert. Die ACL advanced commerce labs GmbH begleitet Handelshäuser und Markenhersteller bei der Integration von Online- und stationärem Handel. Neben der Beteiligung wurde eine Kooperationsvereinbarung mit der Österreichischen Post abgeschlossen. Ziel ist die Erstellung und Vermarktung von professionellen E-Commerce-Lösungen aus einer Hand. Die Anschaffungskosten betragen 2,1 Mio EUR.

ARAS KARGO A. S. Seit dem Erwerb von 25 % der Anteile im Geschäftsjahr 2013 wird die Gesellschaft als Gemeinschaftsunternehmen unter Anwendung der Equity-Methode in den Konzernabschluss der Österreichischen Post einbezogen. Im Zuge des Erwerbs wurde der Österreichischen Post zusätzlich das einseitig ausübbares Recht eingeräumt, im Zeitraum vom 1. April bis zum 30. Juni 2016 weitere 50 % der Anteile von der Familie Aras zu erwerben (Call-Option). Die Österreichische Post hat die Call-Option mit 18. Mai 2016 ausgeübt. Mit dem derzeitigen Mehrheitseigentümer gibt es allerdings Auffassungsunterschiede hinsichtlich der Umsetzung des Optionsvertrages sowie der Bewertung der Anteile. Bis zum Bilanzstichtag konnte diesbezüglich keine Einigung erzielt werden. Zur Wahrung der Rechtsposition wurde daher – wie vertraglich vorgesehen – im Dezember 2016 ein Schiedsgerichtsverfahren in Genf eingeleitet. Parallel dazu hatte sich die faktisch gelebte Corporate Governance und somit die Möglichkeiten der Einflussnahme der Österreichischen Post auf Aras Kargo a.s. laufend dahingehend verändert, dass mit Ende Dezember 2016 die Voraussetzungen zur Einstufung der Aras Kargo a.s. als Gemeinschaftsunternehmen bzw. als assoziiertes Unternehmen nicht mehr vorlagen. Die Bilanzierung nach der Equity-Methode wurde daher mit 31. Dezember 2016 beendet und der Anteil an der Aras Kargo a.s. als finanzieller Vermögenswert gemäß IAS 39 zum beizulegenden Zeitwert unter den Anderen finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Aus dem Methodenwechsel resultierte ein Verlust in Höhe von 16,7 Mio EUR.

5 — WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Berichtswährung des Österreichischen Post-Konzerns ist der Euro. Die in ausländischer Währung erstellten Jahresabschlüsse der Konzernunternehmen werden gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währung in Euro umgerechnet. Die funktionale Währung bestimmt sich nach dem primären wirtschaftlichen Umfeld, in dem die Unternehmen hauptsächlich Zahlungsmittel erwirtschaften und verwenden. Die funktionale Währung für Konzerngesellschaften in Österreich und aus Ländern der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist der Euro. Für die übrigen Unternehmen ist die funktionale Währung die jeweilige lokale Währung.

FREMDWÄHRUNGSTRANSAKTIONEN IN DER FUNKTIONALEN WÄHRUNG Die Konzerngesellschaften erfassen in ihren Abschlüssen Geschäftsfälle in der funktionalen Währung mit dem Kurs zum Transaktionszeitpunkt. Die Folgebewertung monetärer Posten erfolgt mit dem am Bilanzstichtag gültigen Devisenreferenzkurs der Europäischen Zentralbank. Kursgewinne und -verluste werden ergebniswirksam erfasst.

UMRECHNUNG EINES AUSLÄNDISCHEN GESCHÄFTSBETRIEBES Für die Umrechnung der Abschlüsse von Tochterunternehmen sowie von nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen, deren funktionale Währung nicht der Euro ist, wird die modifizierte Stichtagskursmethode angewendet. Alle Bilanzposten mit Ausnahme des Eigenkapitals werden mit dem

zum Bilanzstichtag gültigen Devisenreferenzkurs der Europäischen Zentralbank umgerechnet, die Eigenkapitalposten mit dem historischem Anschaffungs- oder Entstehungskurs. Aufwendungen und Erträge werden mit den durchschnittlichen Devisenreferenzkursen des Geschäftsjahres umgerechnet. Die hieraus entstehenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden ergebnisneutral direkt im Eigenkapital erfasst.

Im Rahmen der Erstellung des Konzern-Cashflow-Statements wird der Cashflow von Tochterunternehmen, deren funktionale Währung nicht der Euro ist, vereinfachend direkt in Euro ermittelt. Mögliche Währungsdifferenzen auf den Finanzmittelbestand werden als unwesentlich eingestuft.

Die der Währungsumrechnung zugrunde gelegten Wechselkurse haben sich im Verhältnis zum Euro wie folgt verändert:

1 EUR	Devisenreferenzkurs am Bilanzstichtag		Jahresdurchschnittskurs	
	31.12.2015	31.12.2016	2015	2016
Bosnische konvertible Mark	1,9558	1,9558	1,9558	1,9558
Bulgarischer Lew	1,9558	1,9558	1,9558	1,9558
Kroatische Kuna	7,6380	7,5597	7,6137	7,5333
Polnischer Zloty	4,2639	4,4103	4,1841	4,3829
Rumänischer Leu	4,5240	4,5390	4,4454	4,4904
Serbischer Dinar	121,6261	123,4723	120,7599	123,1534
Türkische Lira	3,1765	3,7072	3,0255	3,3433
Ungarischer Forint	315,9800	309,8300	309,9956	311,4379

6 — BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Den Jahresabschlüssen der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen liegen einheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zugrunde. Die Aufstellung des Konzernabschlusses erfolgt nach dem Grundsatz historischer Anschaffungs- und Herstellungskosten, mit der Ausnahme einzelner Posten, die mit ihrem beizulegenden Zeitwert auszuweisen sind. Der Bilanzstichtag aller Tochterunternehmen ist der 31. Dezember 2016.

6.1 — ERTRAGSREALISIERUNG

Die Erfassung von Erträgen erfolgt, wenn die Leistung erbracht wurde, die maßgeblichen Chancen und Risiken auf den Käufer übergegangen sind, die Höhe der Erträge zuverlässig ermittelbar ist und der wirtschaftliche Nutzen dem Konzern wahrscheinlich zufließen wird. Im Falle von erhaltenen Vorauszahlungen für noch nicht erbrachte Leistungen (insbesondere Wertzeichen und Freistempelerlöse) werden Abgrenzungen gebildet. Umsatzerlöse werden um allfällige Erlösschmälerungen gekürzt und ohne Umsatzsteuer sowie nach Eliminierung konzerninterner Transaktionen ausgewiesen.

Erträge aus der primären Geschäftstätigkeit der Divisionen Brief, Werbepost und Filialen und Paket & Logistik werden unter den Umsatzerlösen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Erträge aus den Nebentätigkeiten, wie insbesondere Erträge aus der Immobilienbewirtschaftung und Verwertungen der Division Corporate, werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

6.2 — ERTRAGSTEUERN

ANGABEN ZU STEUERGRUPPEN Im Österreichischen Post-Konzern gibt es zwei Steuergruppen gemäß § 9 Körperschaftsteuergesetz. Dies führt zu einer gemeinsamen Veranlagung der tatsächlichen Ertragsteuern und zu einer Saldierung von latenten Steueransprüchen und latenten Steuerschulden innerhalb der Steuergruppen gemäß IAS 12.74.

ERMITTLUNG DER LATENTEN STEUERN Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt nach der Balance-Sheet-Liability-Methode für alle temporären Differenzen zwischen dem Buchwert laut IFRS-Konzernabschluss und den korrespondierenden steuerlichen Werten. Aktive latente Steuern werden angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass der enthaltene Steuervorteil realisierbar ist. Der Ansatz von aktiven latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge erfolgt in dem Umfang, in dem es wahrscheinlich ist, dass in absehbarer Zeit steuerpflichtiges Einkommen zur Verfügung stehen wird. Keine Berücksichtigung von latenten Steuern erfolgt bei Unterschiedsbeträgen aus steuerlich nicht absetzbaren Geschäfts- oder Firmenwerten und bei temporären Unterschieden im Zusammenhang mit Beteiligungen, da die Ansatzkriterien des IAS 12 nicht erfüllt waren.

Die latenten Steuern werden auf Basis der Steuersätze ermittelt, die in den einzelnen Ländern zum Bilanzstichtag gelten oder die für den Zeitpunkt bereits beschlossen sind, in dem die latenten Steueransprüche und -schulden realisiert werden. Für österreichische Konzernunternehmen wurde zur Ermittlung der Steuerabgrenzungen ein Körperschaftsteuersatz von 25 % angewendet.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die für ausländische Gesellschaften bei der Berechnung der latenten Ertragsteuern angewendeten Steuersätze:

Land	Steuersatz
Bosnien und Herzegowina	10 %
Bulgarien	10 %
Deutschland	32 %
Kroatien	18 %
Montenegro	9 %
Polen	19 %
Rumänien	16 %
Serbien	15 %
Slowakei	21 %
Ungarn	9 %

Die anzuwendenden künftig gültigen Steuersätze für die Berechnung der latenten Steuern haben sich gegenüber dem Vorjahr in Kroatien (31.12.2016 18 %, 31.12.2015 20 %) in der Slowakei (31.12.2016 21 %, 31.12.2015 22 %) sowie in Ungarn (31.12.2016 9 %, 31.12.2015 10 %) geändert. Aufgrund Unwesentlichkeit wird sowohl auf den betragsmäßigen Ausweis im Kapitel „Ertragsteuern“ als auch auf die gesonderte Darstellung in der Steuerüberleitungsrechnung verzichtet.

6.3 — ERGEBNIS JE AKTIE

Das Ergebnis je Aktie wird ermittelt, indem der auf die Aktionäre der Österreichischen Post AG entfallende Anteil am Periodenergebnis durch den gewichteten Durchschnitt der sich im Geschäftsjahr im Umlauf befindlichen Aktien dividiert wird. Während einer Periode neu ausgegebene oder zurückgekaufte Aktien werden zeitanteilig für den Zeitraum, in dem sie sich im Umlauf befinden, berücksichtigt. Für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie wird die durchschnittliche Aktienanzahl sowie der auf die Aktionäre der Österreichischen Post AG entfallende Anteil am Periodenergebnis um verwässernde Effekte bereinigt.

Eine Verwässerung des Ergebnisses je Aktie kann sich derzeit potenziell aufgrund des aktienbasierten Vergütungsprogramms der Österreichischen Post AG ergeben. Nachdem die teilnehmenden Vorstände für die Auszahlung in bar optiert haben und auch für die teilnehmenden Führungskräfte der Ausgleich in bar festgelegt wurde, ergeben sich aus den derzeit laufenden Programmen keine Verwässerungseffekte.

6.4 — GESCHÄFTS- ODER FIRMIENWERTE UND ALLOKATION AUF ZAHLUNGSMITTELGENERIERENDE EINHEITEN (ZGE)

Geschäfts- oder Firmenwerte werden zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Wertminderungen bewertet. Geschäfts- oder Firmenwerte aus dem Erwerb eines ausländischen Geschäftsbetriebs werden in dessen funktionaler Währung geführt und zum Stichtagskurs umgerechnet. Wertminderungen werden nach den unter Punkt 6.9 Wertminderung IAS 36 beschriebenen Grundsätzen vorgenommen. Wertaufholungen sind unzulässig. Geschäfts- oder Firmenwerte sind jeweils zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (ZGE) zugeordnet. ZGE werden durch die Zusammenfassung von Vermögenswerten auf der niedrigsten Ebene gebildet, auf der unabhängig von anderen Vermögenswerten Cashflows erzielt werden. Die niedrigste Ebene entspricht im Österreichischen Post-Konzern im Regelfall einzelnen operativen Gesellschaften bzw. Gruppen von operativen Gesellschaften. In der Österreichischen Post AG selbst erfolgt die Zuordnung auf der Ebene von Geschäftsfeldern.

6.5 — IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt und entsprechend ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer oder Vertragsdauer von drei bis zehn Jahren linear abgeschrieben. Bei Markenrechten wird grundsätzlich von einer unbegrenzten Nutzungsdauer ausgegangen, da ein Ende der wirtschaftlichen Nutzung nicht abzusehen ist. Immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern jährlich einem Wertminderungstest unterzogen.

Der Ansatz von selbst geschaffenen immateriellen Vermögenswerten erfolgt sofern die allgemeinen Ansatzkriterien sowie die besonderen Anwendungsleitlinien des IAS 38 erfüllt sind. Dazu wird der Erstellungsprozess in eine Forschungs- und eine Entwicklungsphase unterteilt. Der erstmalige Ansatz erfolgt in Höhe der direkt zurechenbaren Herstellungskosten ab dem Zeitpunkt, zu dem der selbst geschaffene immaterielle Vermögenswert die Ansatzkriterien des IAS 38 erfüllt. Im Österreichischen Post-Konzern betrifft dies in erster Linie selbstgeschaffene Software.

Liegen Anhaltspunkte für eine Wertminderung vor, werden immaterielle Vermögenswerte gemäß den in Punkt 6.9 Wertminderung IAS 36 angeführten Grundsätzen auf Werthaltigkeit geprüft.

6.6 — SACHANLAGEN

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungssätze richten sich nach der erwarteten wirtschaftlichen Nutzungsdauer.

Die planmäßigen Abschreibungen werden linear unter Zugrundelegung folgender konzern-einheitlicher Nutzungsdauern berechnet:

Nutzungsdauer	Jahre
Gebäude	10–50
Technische Anlagen und Maschinen	5–10
Fuhrpark	2–8
IT- und technische Ausstattung	3–5
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5–20

Liegen Anhaltspunkte für eine Wertminderung vor, werden Sachanlagen gemäß den in Punkt 6.9 Wertminderung IAS 36 angeführten Grundsätzen auf Werthaltigkeit geprüft. Liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass eine erfasste Wertminderung nicht mehr vorliegt, wird der erzielbare Betrag erneut geschätzt und gegebenenfalls eine Zuschreibung, unter Beachtung der fortgeschriebenen Anschaffungskosten ohne Wertminderung, vorgenommen.

6.7 — BESTIMMUNG DES BEIZULEGENDEN ZEITWERTS NACH IFRS 13

Die Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten erfolgt in der Österreichischen Post AG nach den Grundsätzen des IFRS 13. Nach diesem Standard wird der beizulegende Zeitwert als der Preis definiert, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen den Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt würde. In diesem Zusammenhang werden unter anderem die folgenden Punkte festgelegt: die Vermögenswerte bzw. Schulden, die Gegenstand der Bewertung sind; die Bewertungsprämisse für nicht-finanzielle Vermögenswerten (Annahme der höchsten und besten Verwendung); der für den Vermögenswert oder die Schuld vorrangige (oder vorteilhafteste) Markt; die sachgerechte Bewertungstechnik (abhängig von den zur Verfügung stehenden Daten); sowie die Stufe in der Bemessungshierarchie, der diese Daten (Inputfaktoren) zugewiesen wurden. Abhängig vom Vermögenswert und von den zur Verfügung stehenden Inputdaten kommen in der Österreichischen Post AG sowohl marktbasierte als auch kostenbasierte und einkommensbasierte Ansätze zur Anwendung. Dabei wird der Verwendung beobachtbarer Inputfaktoren höchste Priorität eingeräumt.

6.8 — ALS FINANZINVESTITION GEHALTENE IMMOBILIEN (INVESTMENT PROPERTY)

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien umfassen jene Immobilien, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck von Wertsteigerungen gehalten werden und gesondert veräußert werden könnten. Bei einem betrieblich genutzten Anteil erfolgt eine dem prozentuellen Ausmaß der Nutzung entsprechende Zuordnung. Der Ansatz und die Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien erfolgen nach der Anschaffungskostenmethode. Die planmäßigen Abschreibungen werden linear unter Zugrundelegung einer Nutzungsdauer von 20 bis 50 Jahren vorgenommen.

Immobilien, die mit dem Ziel des späteren Verkaufes entwickelt werden, werden ab Beginn der Entwicklung (Zeitpunkt der Baubewilligung) in das Vorratsvermögen umgegliedert.

Die Ermittlung der im Anhang angegebenen beizulegenden Zeitwerte der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wurde von Experten der Österreichischen Post AG sowie von externen Sachverständigen nach den Vorgaben des IFRS 13 vorgenommen. Die Bewertung erfolgt vorrangig auf Basis von einkommensbasierten Ansätzen (insbesondere Barwerttechniken). Im Regelfall wird das Ertragswertverfahren und bei komplexeren Objekten das Discounted-Cashflow-Verfahren angewendet. Dabei handelt es sich um Stufe-3-Bewertungen im Sinn von IFRS 13 (Fair-Value-Hierarchie). Die verwendeten Inputfaktoren umfassen insbesondere objektbezogene Planungsdaten, Zinsstrukturkurven und Markttrenditen. Für unbebaute und in Entwicklung befindliche Grundstücke werden auch marktbasierte Ansätze (insbesondere Vergleichswertverfahren) herangezogen. Dabei handelt es sich um Stufe-2-Bewertungen im Sinn von IFRS 13. Die verwendeten Inputfaktoren umfassen insbesondere Preisinformationen aus Vergleichstransaktionen in aktiven Märkten.

6.9 — WERTMINDERUNG IAS 36

Zu jedem Bilanzstichtag wird geprüft, ob Anhaltspunkte für eine Wertminderung der Buchwerte von immateriellen Vermögenswerten, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien vorliegen. Liegen derartige Anhaltspunkte vor, wird ein Werthaltigkeitstest durchgeführt. Bei immateriellen Vermögenswerten mit unbestimmter Nutzungsdauer sowie bei Geschäfts- oder Firmenwerten wird zusätzlich unabhängig davon, ob derartige Hinweise vorliegen, einmal jährlich ein Wertminderungstest durchgeführt.

Bei Geschäfts- oder Firmenwerten sowie einzelnen Vermögenswerten, für die der erzielbare Betrag nicht gesondert ermittelt werden kann, erfolgt der Wertminderungstest auf Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (ZGE). Geschäfts- oder Firmenwerte, die ursprünglich unter Verwendung der sogenannten Partial Goodwill Methode ermittelt wurden, werden für Zwecke des Wertminderungstests unter Anwendung der aktuellen Beteiligungsquote auf 100 % hochgerechnet.

Im Rahmen der Werthaltigkeitstests wird der erzielbare Betrag des einzelnen Vermögenswerts oder der ZGE ermittelt und mit dem jeweiligen Buchwert verglichen. Der erzielbare Betrag entspricht dem höheren Betrag aus beizulegendem Zeitwert abzüglich Verkaufskosten und Nutzungswert. Werden die erzielbaren Beträge unter Verwendung kapitalwertorientierter Verfahren ermittelt, werden als Abzinsungssatz die gewichteten durchschnittlichen Kapitalkosten (Weighted Average Cost of Capital) unter Anwendung des Capital Asset Pricing Model (CAPM) verwendet. Zur Abbildung von Länder-, Währungs- und Preisrisiken werden entsprechende Zuschläge im Abzinsungssatz berücksichtigt. Sofern die Mittelzuflüsse in Fremdwährung erfolgen, wird der erzielbare Betrag in Fremdwährung ermittelt und anschließend mit dem Stichtagskurs in Euro umgerechnet.

Ist der Buchwert höher als der erzielbare Betrag, erfolgt eine Wertminderung. Bei Wegfall der Gründe für eine Wertminderung erfolgt, ausgenommen bei Geschäfts- oder Firmenwerten, eine Wertaufholung. Der infolge der Zuschreibung erhöhte Buchwert darf dabei die fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht überschreiten. Die Wertminderungen und Wertaufholungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Abschreibungen bzw. sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

6.10 — WERTMINDERUNG VON NACH DER EQUITY-METHODE BILANZIERTEN FINANZANLAGEN

Zu jedem Bilanzstichtag wird geprüft, ob Anhaltspunkte für eine Wertminderung für Nettoinvestitionen in assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen im Sinn des IAS 39 vorliegen. Liegen derartige Anhaltspunkte vor, wird ein Werthaltigkeitstest durchgeführt. Liegt der Buchwert der Nettoinvestition über dem erzielbaren Betrag, wird eine Wertminderung erfasst. Steigt der erzielbare Betrag in Folge wieder an, erfolgt eine Wertaufholung bis maximal in Höhe der ursprünglichen Wertminderung. Der auf den Buchwert der Anteile entfallende Teil der Wertminderung wird im Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen ausgewiesen. Der Ausweis von Wertminderungen von Buchwerten anderer Elemente der Nettoinvestition ist abhängig von der Art dieser Elemente.

6.11 — FINANZIERUNGSLEASING

Gehen bei geleasten Vermögenswerten alle mit dem Eigentum verbundenen wesentlichen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand auf den Österreichischen Post-Konzern über (Finanzierungsleasing gemäß IAS 17), so werden diese zum beizulegenden Zeitwert des Vermögenswerts oder zum niedrigeren Barwert der künftigen Mindestleasingzahlungen im langfristigen Vermögen aktiviert. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen über die wirtschaftliche Nutzungsdauer oder, wenn kürzer, über die Laufzeit des Leasingvertrags. Die aus den Leasingverträgen resultierenden Zahlungsverpflichtungen sind unter den Finanzverbindlichkeiten passiviert.

6.12 — FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERBINDLICHKEITEN

Im Österreichischen Post-Konzern werden finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in folgende Klassen gemäß IFRS 7 eingeteilt: Wertpapiere, Andere Anteile, Derivative Finanzinstrumente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen, Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, Andere finanzielle Verbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten. Diese finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden den IAS 39-Kategorien „Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“, „Zur Veräußerung verfügbar“, „Kredite und Forderungen“ sowie „Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet“ zugeordnet.

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Kategorie „Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Realisierte sowie unrealisierte Bewertungsgewinne und -verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Dieser Kategorie sind im Österreichischen Post-Konzern derivative finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie bedingte Kaufpreisverbindlichkeiten nach IFRS 3 zugeordnet.

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ werden zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Unrealisierte Gewinne und Verluste werden bis zur Realisierung unter Berücksichtigung latenter Steuern gesondert im sonstigen Ergebnis ausgewiesen. Zu jedem Bilanzstichtag werden die Buchwerte der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte daraufhin untersucht, ob objektive Anzeichen für eine Wertminderung vorliegen. Wertminderungen werden ergebniswirksam erfasst. Ein Wegfall des Wertminderungsgrundes wird bei Eigenkapitalinstrumenten im sonstigen Ergebnis und bei Fremdkapitalinstrumenten in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Dieser Kategorie sind im Österreichischen Post-Konzern insbesondere Wertpapiere und Andere Anteile zugeordnet.

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Kredite und Forderungen“ werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Dabei erfolgt die Bewertung bei Zugang mit dem beizulegenden Zeitwert. Ein allenfalls bestehender Unterschied zwischen diesem Wert und dem Tilgungsbetrag (z. B. bei unverzinslichen oder vom Marktniveau abweichenden Zinsen) wird nach der Effektivzinsmethode periodengerecht abgegrenzt und im Finanzergebnis ausgewiesen. Liegen Anzeichen für eine Wertminderung vor, wird eine ergebniswirksame Wertberichtigung bis auf den Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows vorgenommen. Im Österreichischen Post-Konzern wird der Anteil der uneinbringlichen Forderungen unter Berücksichtigung der Kunden- und Marktstruktur auf Basis einer Fälligkeitsanalyse ermittelt. Zudem werden Wertminderungen dann erfasst, wenn aufgrund objektiver Hinweise nicht mit der Einbringlichkeit der Forderung zu rechnen ist. Objektive Hinweise umfassen im Wesentlichen Überfälligkeiten, direkte Rückmeldungen aus dem Vertrieb sowie Informationen von Kreditschutzverbänden. Wertberichtigungen werden grundsätzlich über ein Wertberichtigungskonto gebucht. Bei Wegfall der Gründe für die Wertberichtigung erfolgt eine Wertaufholung bis zu den Anschaffungskosten.

Finanzielle Verbindlichkeiten der Kategorie „Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet“ werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Die Verbindlichkeiten werden bei Zugang in Höhe des tatsächlich zugeflossenen Betrags abzüglich Transaktionskosten und zu-/abzüglich eines Agios/Disagios erfasst. Bei Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten wird der

Unterschied zwischen dem erhaltenen Betrag und dem Rückzahlungsbetrag über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und im Finanzergebnis erfasst.

6.13 — DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Derivative Finanzinstrumente sind der IAS 39 Kategorie „Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ zugeordnet und werden bei Zugang sowie in den Folgeperioden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Zum Zeitpunkt des Zuganges wird im Regelfall der Kaufpreis als bestmögliche Annäherung an den Fair Value als Anschaffungskosten angesetzt. Unrealisierte Bewertungsgewinne und -verluste aus derivativen Finanzinstrumenten werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Vereinzelte werden im Österreichischen Post-Konzern zur Begrenzung und Steuerung von Zins-, Währungs- und Preisrisiken derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Im Geschäftsjahr 2016 wurden keine derartigen Geschäfte abgeschlossen. Weiters wurden im Zusammenhang mit dem Erwerb von Unternehmensanteilen zukünftig ausübbar Rechte auf den Erwerb von weiteren Anteilen erworben (Call-Optionen) bzw. Verpflichtungen zum Erwerb eingegangen (Put-Optionen), die nach IAS 39 als derivative Finanzinstrumente einzustufen sind. Zum 31. Dezember 2016 bestehen derartige Rechte im Zusammenhang mit der am 18. Mai 2016 ausgeübten Call Option Aras Kargo a. s. sowie dem Erwerb der sendhybrid ÖPBD GmbH.

Derivative Finanzinstrumente, deren Ausgleich unmittelbar in bar erfolgt, werden unter den Posten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Derivative Finanzinstrumente im Zusammenhang mit dem Erwerb von Unternehmensanteilen werden unter den Anderen finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

6.14 — VORRÄTE

Die Bewertung der Vorräte erfolgt mit dem niedrigeren Betrag aus Anschaffungskosten- oder Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert am Bilanzstichtag. Wertminderungen aufgrund von Veralterung oder mangelnder Gängigkeit werden bei Ermittlung des Nettoveräußerungswerts berücksichtigt. Die Bestandswertermittlung bei den Hilfs- und Betriebsstoffen sowie den Handelswaren wird nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren durchgeführt.

Bei den unfertigen Bauten handelt es sich um Wohnungen, die im Rahmen des Immobilienprojektes Neutorgasse 7, 1010 Wien, mit dem Ziel des Verkaufs hergestellt werden.

6.15 — ZUR VERÄÜSSERUNG GEHALTENE VERMÖGENSWERTE

Langfristige Vermögenswerte werden als zur Veräußerung gehalten klassifiziert, wenn der zugehörige Buchwert überwiegend durch ein Veräußerungsgeschäft und nicht durch fortgesetzte Nutzung realisiert wird. Diese Bedingung wird nur dann als erfüllt angesehen, wenn die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist und der langfristige Vermögenswert in seiner jetzigen Beschaffenheit für einen sofortigen Verkauf verfügbar ist. Eine Veräußerung ist dann höchstwahrscheinlich, wenn die zuständige Managementebene einen Plan für den Verkauf des Vermögenswerts beschlossen hat und mit der Suche nach einem Käufer und der Durchführung des Plans aktiv begonnen wurde und zudem davon ausgegangen werden kann, dass der Veräußerungsvorgang innerhalb eines Jahres nach einer solchen Klassifizierung abgeschlossen wird.

Langfristige Vermögenswerte, die als zur Veräußerung gehalten klassifiziert sind, werden mit dem niedrigeren Betrag aus ihrem Buchwert und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet.

Zum Stichtag 31. Dezember 2016 wurde die PostMaster s.r.l. als zur Veräußerung gehalten nach IFRS 5 eingestuft. Siehe dazu Punkt 9.10 Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Schulden.

6.16 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR ABFERTIGUNGEN, PENSIONEN UND JUBILÄUMSGELDER

RÜCKSTELLUNGEN FÜR ABFERTIGUNGEN Die Abfertigungsverpflichtungen des Österreichischen Post-Konzerns umfassen sowohl beitragsorientierte als auch leistungsorientierte Versorgungssysteme.

Rückstellungen für leistungsorientierte Verpflichtungen werden für gesetzliche Ansprüche von Angestellten gebildet. Beamte haben grundsätzlich keinen Anspruch auf Abfertigungszahlungen. Abfertigungsansprüche im Österreichischen Post-Konzern haben im Wesentlichen nur Mitarbeiter österreichischer Konzerngesellschaften bei Erreichen des Pensionsantrittsalters sowie bei der Beendigung des Dienstverhältnisses durch den Dienstgeber. Die Höhe der Ansprüche ist von der Anzahl der Dienstjahre und dem bei Abfertigungsanfall maßgeblichen Bezug abhängig. Die Berechnung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method).

Beitragsorientierte Verpflichtungen bestehen für Angestellte in österreichischen Konzerngesellschaften, deren Dienstverhältnis erst nach dem 31. Dezember 2002 begonnen hat. Diese Abfertigungsverpflichtungen werden durch die laufende Entrichtung entsprechender Beiträge an eine Mitarbeitervorsorgekasse abgegolten. Darüber hinaus besteht für den Österreichischen Post-Konzern keine weitere Verpflichtung, sodass der Ansatz einer Rückstellung nicht erforderlich ist.

RÜCKSTELLUNGEN FÜR PENSIONEN Die Versorgungsverpflichtungen des Österreichischen Post-Konzerns umfassen ausschließlich beitragsorientierte Versorgungssysteme. Nach dem Verkauf der trans-o-flex Gruppe im Geschäftsjahr 2016 liegen im Österreichischen Post-Konzern per 31. Dezember 2016 keine Ansprüche aus leistungsorientierten Verpflichtungen vor.

Beitragsorientierte Verpflichtungen bestehen gegenüber Mitgliedern des Vorstands. Die Verpflichtungen werden durch die laufende Entrichtung entsprechender Beiträge an eine Pensionskasse erfüllt.

Gegenüber Beamten und Angestellten bestehen keine Pensionszusagen. Pensionsleistungen für Beamte und Angestellte werden grundsätzlich durch die Republik Österreich erbracht. Aufgrund gesetzlicher Bestimmungen ist der Österreichische Post-Konzern verpflichtet, Pensionsdeckungsbeiträge an die Republik Österreich zu entrichten. Die Beiträge für Beamte betragen (einschließlich der von den Beamten selbst zu tragenden Beiträge) seit dem 1. Oktober 2005 je nach Alter und Beitragsgrundlage bis maximal 28,3 % der Vergütungen an aktive Beamte und werden im Personalaufwand ausgewiesen. Für Angestellte ergeben sich die Beiträge aus den aktuellen Bestimmungen des ASVG.

RÜCKSTELLUNGEN FÜR JUBILÄUMSGELDER Im Österreichischen Post-Konzern bestehen zum Teil Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern, bei Erreichen einer bestimmten Dienstzugehörigkeit Jubiläumsgelder auszuzahlen.

Die Verpflichtungen bestehen insbesondere gegenüber Mitarbeitern der Österreichischen Post AG: Angestellte, die vor dem 1. August 2009 eingetreten sind, und Beamte erhalten im Fall einer 25-jährigen Dienstzugehörigkeit ein Jubiläumsgeld in Höhe von zwei Monatsgehältern und im Fall einer 40-jährigen Dienstzugehörigkeit in Höhe von vier Monatsgehältern. Beamte, die zum Zeitpunkt des gesetzlichen Pensionsantritts mindestens 35 Dienstjahre aufweisen, wird ebenfalls ein Jubiläumsgeld von vier Monatsgehältern ausgezahlt. Angestellte, die nach dem 1. August 2009 eingetreten sind, unterliegen dem Kollektivvertrag für Bedienstete der Österreichischen Post AG gemäß § 19 Abs. 3 Poststrukturgesetz (PTSG). Angestellte, die dem Ersten Teil dieses Kollektivvertrages unterliegen (Mitarbeiter im kaufmännischen, höheren nicht kaufmännischen und administrativen Bereich), gebührt im Fall einer 20-jährigen Dienstzugehörigkeit ein Jubiläumsgeld in Höhe von einem Monatsgehalt, bei 25-jähriger Dienstzugehörigkeit in Höhe von eineinhalb Monatsgehältern, bei 35-jähriger Dienstzugehörigkeit in Höhe von zweieinhalb Monatsgehältern und bei 40-jähriger Dienstzugehörigkeit in Höhe von dreieinhalb Monatsgehältern. Angestellte, die dem Zweiten Teil dieses Kollektivvertrages (Mitarbeiter im Zustell-, Sortier- und Lenkdienst sowie sonstige Supportfunktionen) unterliegen, haben keinen Anspruch auf Jubiläumsgeldzahlungen.

Jubiläumsgeldrückstellungen werden analog zu den Rückstellungen für Abfertigungen und Pensionen nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) ermittelt.

VERSICHERUNGSMATHEMATISCHE PARAMETER Im Zuge der regelmäßigen Überprüfung und zur Gewährleistung der bestmöglichen Schätzung der versicherungsmathematischen

Parameter für die Abfertigungs-, Pensions- und Jubiläumsgeldrückstellungen hat der Österreichische Post-Konzern für die Berechnung dieser Rückstellungen unternehmensspezifische Parameter zugrunde gelegt, die nach einheitlichen Konzernvorgaben ermittelt wurden.

Folgende Parameter sind in die Berechnung der Abfertigungs-, Pensions- und Jubiläumsgeldrückstellungen eingeflossen:

	Abfertigungen		Pensionen		Jubiläumsgelder	
	2015	2016	2015	2016	2015	2016
Rechnungszinssatz	2,50 %	1,75 %	2,00 %	–	2,25 %	1,50 %
Gehaltssteigerung/Rentendynamik	3,00 %	3,00 %	1,75 %	–	3,00 %	3,00 %
Fluktuationsabschlag (gestaffelt)	0,33 %– 1,72 %	0,26 %– 1,89 %	0,00 %	–	6,86 %– 27,10 %	6,86 %– 30,34 %
Pensionsantrittsalter					2015	2016
Weibliche Angestellte					60–65	60–65
Männliche Angestellte					65	65
Beamte					65	65

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der definierten Leistungsverpflichtung (Duration) beträgt für Abfertigungen 15 Jahre (2015: 15 Jahre), für Jubiläumsgelder 13 Jahre (2015: 13 Jahre) und für Pensionen im Jahr 2015 12 Jahre.

Zur Ermittlung des für die Abzinsung anzuwendenden Zinssatzes wird von einem Index für erstrangige, festverzinsliche Industrielanien (Mercer Pension Discount Yield Curve) ausgegangen und daraus der relevante Zinssatz gemäß der Fristigkeit (Duration) der einzelnen Verpflichtungen abgeleitet.

Die zur Anwendung kommenden Gehaltssteigerungen erfolgen aus der Ableitung von zukünftig erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen. Diese basieren auf der Durchschnittsbetrachtung der vergangenen Jahre sowie auf den zukünftig erwarteten Gehaltssteigerungen. Die Ermittlung erfolgte für jede Rückstellung individuell unter Beachtung der gesetzlichen und kollektivvertraglichen Vorgaben, wie z. B. die Biennalsprünge bei Beamten.

Der Fluktuationsabschlag wurde basierend auf der Durchschnittsbetrachtung der vergangenen Jahre bestimmt.

Die Auswirkungen von geänderten versicherungsmathematischen Parametern führen zu versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten, die für Abfertigungs- und Pensionsrückstellungen im sonstigen Ergebnis und für Jubiläumsgeldrückstellungen im Personalaufwand ausgewiesen werden. Die Effekte aus den Änderungen des Zinssatzes sowie der zukünftigen Gehaltssteigerungen sind in den versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten aus der Veränderung finanzieller Annahmen enthalten. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus der Veränderung demographischer Annahmen enthalten die Auswirkungen aus der Anpassung der Fluktuationsabschläge. Die Überleitung der Barwerte der einzelnen Verpflichtungen ist unter Punkt 9.12.1 Rückstellungen für Abfertigungen, Pensionen und Jubiläumsgelder dargestellt.

Der Zinsaufwand aus den Abfertigungs-, Pensions- und Jubiläumsgeldrückstellungen wird im Finanzergebnis gezeigt. Alle übrigen Veränderungen werden im Personalaufwand erfasst.

6.17 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNTERAUSLASTUNG

Rückstellungen für Unterauslastung werden für künftige Personalaufwendungen von unkündbaren Mitarbeitern (vor allem beamtete Mitarbeiter) gebildet, die im Rahmen des laufenden post-internen Organisationsprozesses zur Anpassung an die sich ändernden Marktbedingungen ihren Arbeitsplatz verlieren und im Unternehmen nicht mehr oder nur mehr in einem untergeordneten Ausmaß zur Leistungserbringung eingesetzt werden können. Bei diesen Dienstverhältnissen

handelt es sich um belastende Verträge im Sinn des IAS 37, bei denen die unvermeidbaren Kosten zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen höher sind als der erwartete wirtschaftliche Nutzen. Die Berechnung des Rückstellungsbetrags erfolgt als Barwert der bis zur Pensionierung der jeweiligen Mitarbeiter anfallenden Aufwendungen unter Ansatz eines durchschnittlichen Unterauslastungsgrades sowie unter Berücksichtigung eines Fluktuationsabschlags. Sofern unkündbare Mitarbeiter mangels Einsatzmöglichkeit im Unternehmen zu nicht kostendeckenden Konditionen an externe Unternehmen verleast werden, erfolgt die Ermittlung der Rückstellung unter Ansatz der prozentuellen Kostenunterdeckung. Sämtliche Parameter werden laufend evaluiert und an sich ändernde Verhältnisse angepasst.

Für beamtete Mitarbeiter, die sich in einem Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit befinden, werden für noch zu erbringende Leistungen Vorsorgen gebildet. Die Ermittlung der Rückstellung erfolgt als Barwert der noch zu erbringenden Leistungen für den Zeitraum der erwarteten durchschnittlichen Verfahrensdauern.

Die Rückstellung für Unterauslastung enthält weiters Vorsorgen für Mitarbeiter, die sich im Programm zum möglichen Ressortwechsel in verschiedene Bundesministerien befinden. Im Oktober 2013 wurde eine entsprechende Rahmenvereinbarung mit dem Bund zum möglichen Ressortwechsel von Post-Mitarbeitern in verschiedene Bundesministerien abgeschlossen. Dabei werden Ansprüche für Mitarbeiter, die einem Wechsel bereits zugestimmt haben, für einen bestimmten festgelegten Zeitraum übernommen und entsprechend rückgestellt.

Der Barwert der einzelnen Rückstellungen wird unter Ansatz eines Abzinsungssatzes, der erwarteten Gehaltssteigerung sowie eines Fluktuationsabschlages ermittelt. Die Berechnung dieser Parameter erfolgt entsprechend der unter Punkt 6.16 Rückstellungen für Abfertigungen, Pensionen und Jubiläumsgelder beschriebenen Vorgangsweise. Der Zinsaufwand wird im Personalaufwand erfasst.

Folgende Parameter wurden bei der Berechnung der Rückstellungen zugrunde gelegt:

Unterauslastung	2015	2016
Rechnungszinssatz	1,25 %–2,00 %	1,00 %–1,25 %
Gehaltssteigerung	2,75 %–3,50 %	2,75 %–3,25 %
Fluktuationsabschlag	31,70 %	31,40 %
Unterauslastungsgrad	85,60 %	85,70 %

Die Änderung der Parameter führte zu einem negativen Bewertungseffekt von 9,0 Mio EUR, der in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Personalaufwendungen erfasst wurde.

6.18 — SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

Unter den sonstigen Rückstellungen werden gemäß IAS 37 rechtliche oder faktische Verpflichtungen gegenüber Dritten ausgewiesen, die auf zurückliegenden Ereignissen beruhen, bei denen es wahrscheinlich ist, dass sie zu einem Abfluss von Ressourcen führen werden, und bei denen eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Die Rückstellungen werden mit jenen Werten angesetzt, die zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses nach bester Schätzung ermittelt werden können. Ist eine vernünftige Schätzung des Betrags nicht möglich, unterbleibt die Bildung einer Rückstellung. Unterscheidet sich der auf Basis eines marktüblichen Zinssatzes ermittelte Barwert der Rückstellung wesentlich vom geschätzten Zahlungsbetrag, wird der Barwert der Verpflichtung angesetzt.

Rückstellungen für belastende Verträge werden berücksichtigt, wenn die unvermeidbaren Kosten zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung höher sind als der erwartete wirtschaftliche Nutzen.

Restrukturierungsrückstellungen werden gemäß IAS 37 angesetzt, wenn ein ausreichend detaillierter, formaler Plan vorliegt und mit den Restrukturierungsmaßnahmen bereits begonnen oder der Plan bereits vor dem Bilanzstichtag kommuniziert wurde.

6.19 — AKTIENBASIERTE VERGÜTUNGSPROGRAMME

Im Jahr 2009 hat der Aufsichtsrat der Österreichischen Post AG die Einführung eines aktienbasierten Vergütungsprogramms genehmigt. In den Geschäftsjahren 2010 bis 2016 wurden jeweils entsprechende Vergütungsprogramme für Vorstandsmitglieder und Führungskräfte realisiert (Long-Term-Incentive-Programme). Bei diesen Programmen handelt es sich um ein aktienbasiertes und performanceorientiertes Entlohnungsmodell, dessen Tranchen sich über eine dreijährige Laufzeit (Performancezeitraum) erstrecken und das ein einmaliges Eigeninvestment als grundsätzliche Teilnahmebedingung vorsieht. Der Performancezeitraum erstreckt sich jeweils vom 1. Jänner des Jahres der Auflage der jeweiligen Tranche bis zum 31. Dezember des drittfolgenden Jahres.

Von den Vorstandsmitgliedern nehmen zum 31. Dezember 2016 die Herren Dipl.-Ing. Dr. Georg Pözl, Dipl.-Ing. Walter Hitziger, Dipl.-Ing. Peter Umundum und Dipl.-Ing. Walter Oblin an den Vergütungsprogrammen fünf bis sieben teil.

Die für das Eigeninvestment nötige Anzahl an Aktien der Österreichischen Post AG bei Programmbeginn ergibt sich für die Mitglieder des Vorstands als definierter Prozentsatz des Bruttofixgehalts, dividiert durch den Referenzkurs des vierten Quartals des jeweiligen Vorjahres. Das Eigeninvestment der Führungskräfte orientiert sich an der gewählten Investmentkategorie gemäß Teilnahmebedingungen. Die für die bestehenden aktienbasierten Vergütungsprogramme nötigen Eigeninvestments betragen zum 31. Dezember 2016 für die Mitglieder des Vorstands insgesamt 35.158 Aktien, für die teilnehmenden Führungskräfte 183.521 Aktien. Das Eigeninvestment ist jeweils bis zum Ende des nächstfolgenden Jahres nach Ablauf des Performancezeitraums ununterbrochen zu halten.

Die Entlohnung erfolgt auf Basis von sogenannten Bonusaktien als rechnerische Größe und hängt vom Ausmaß der Zielerreichung der definierten Performance-Indikatoren (Earnings per Share, Free Cashflow und Total Shareholder Return) ab. Die Zielgrößen für die Performance-Indikatoren werden jeweils zu Beginn der einzelnen Tranchen festgelegt, wobei die einzelnen Teilziele gleich gewichtet sind. Die Zielerreichung wird über einen dreijährigen Performancezeitraum ermittelt. Die Gesamtbonifikation richtet sich nach der Gesamtzielerreichung aus obigen Parametern sowie der Kursentwicklung der Aktie der Österreichischen Post AG. Die Gesamtbonifikation der Mitglieder des Vorstands sowie der teilnehmenden Führungskräfte ist begrenzt. Vorstände haben eine Obergrenze von 225 % jener Bonifikation, die bei 100 % Gesamtzielerreichung vorgesehen ist. Führungskräfte haben je nach Tranche eine Obergrenze zwischen 100 % und 130 % bei maximaler Zielerreichung, jedoch maximal in Höhe ihres individuellen Jahresbruttofixgehalts.

Die aktuell erwartete Anzahl der Bonusaktien (rechnerische Größe) verteilt sich zu den jeweiligen Stichtagen auf die einzelnen Tranchen wie folgt:

Anzahl Bonusaktien je Tranche	31.12.2015	31.12.2016
Tranche 4	371.419	0
Tranche 5	229.001	207.620
Tranche 6	113.674	106.817
Tranche 7	0	158.602
	714.094	473.039

Die Auszahlung der Bonusaktien kann grundsätzlich entweder in Form von Aktien der Österreichischen Post AG oder in bar erfolgen. Nachdem der Vorstand für sich einheitlich die Ausschüttung der Bonifikation in bar gewählt hat und für die Führungskräfte die Auszahlung der Bonifikation in bar beschlossen wurde, besteht gegenwärtig keine Verpflichtung zum Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten. Die Bilanzierung erfolgt entsprechend als anteilsbasierte Vergütungen mit Barausgleich.

Die erworbenen Dienstleistungen und die entstandene Schuld werden, aliquot zum Ausmaß der bisherigen Leistungserbringung, mit dem beizulegenden Zeitwert der Schuld erfasst. Bis zur Begleichung der Schuld ist der beizulegende Zeitwert zu jedem Berichtsstichtag und am Erfüllungstag neu zu bestimmen. Alle Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden ergebniswirksam unter den Personalaufwendungen erfasst. Der beizulegende Zeitwert der Schuld wurde mittels eines Modells ermittelt, in dem die Performance Indikatoren und der Umfang der bisher von den Mitarbeitern erbrachten Leistungen berücksichtigt werden. Im Sinn des IFRS 13 handelt es sich hierbei um einen einkommensbasierten Ansatz (Barwerttechnik), bei dem die erwartete Zielerreichung (Basis Unternehmensplanung), die Mitarbeiterfluktuation und eine Abschätzung des zukünftigen Aktienkurses Verwendung finden. Im Sinn der Fair-Value-Hierarchie sind die verwendeten Daten als Stufe-3-Inputfaktoren einzustufen.

Der beizulegende Zeitwert der Schuld wird unter den Rückstellungen ausgewiesen und verteilt sich zu den jeweiligen Stichtagen auf die einzelnen Tranchen wie folgt:

Mio EUR	31.12.2015	31.12.2016
Buchwert der Rückstellung		
Tranche 4	12,0	0,0
Tranche 5	6,8	9,6
Tranche 6	1,3	2,6
Tranche 7	0,0	1,8
	20,2	14,0

Der in der jeweiligen Berichtsperiode erfasste Gesamtaufwand für anteilsbasierte Vergütungen verteilt sich auf die einzelnen Tranchen wie folgt:

Mio EUR	2015	2016
Gesamtaufwand		
Tranche 3	0,4	0,0
Tranche 4	4,2	-0,1
Tranche 5	3,5	2,8
Tranche 6	1,3	1,2
Tranche 7	0,0	1,8
	9,5	5,7

Im Geschäftsjahr 2016 erfolgte für die Tranche 4 eine Auszahlung in Höhe von 11,9 Mio EUR zur Gänze in bar.

7 — **ERMESSENSBEURTEILUNGEN UND ZUKUNFTSBEZOGENE ANNAHMEN**

Die Erstellung des Konzernabschlusses in Übereinstimmung mit den IFRS erfordert bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Ermessensbeurteilungen sowie die Festlegung von Annahmen über zukünftige Entwicklungen durch die Unternehmensleitung, die den Ansatz und den Wert der Vermögenswerte und Schulden, die Angabe von sonstigen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag und den Ausweis von Erträgen und Aufwendungen des Geschäftsjahres wesentlich beeinflussen. Insbesondere bei folgenden Annahmen und Schätzungen besteht ein Risiko, dass es in zukünftigen Geschäftsjahren zu einer Anpassung von Vermögenswerten und Schulden kommen kann:

7.1 — **RÜCKSTELLUNGEN FÜR ABFERTIGUNGEN UND JUBILÄUMSGELDER**

Der Bewertung der bestehenden Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellungen liegen Annahmen zum Rechnungszinssatz, zum Pensionsantrittsalter, zur Lebenserwartung, zu Fluktuationsraten und zu künftigen Gehaltserhöhungen zugrunde.

Eine Änderung des Rechnungszinssatzes um +/-1 Prozentpunkt, eine Änderung der Gehaltssteigerung um +/-1 Prozentpunkt sowie eine Änderung des Fluktuationsabschlages um +/-1 Prozentpunkt hätte bei Gleichbleiben aller übrigen Parameter folgende Auswirkungen auf die Höhe der in der Tabelle angeführten Rückstellungen:

Mio EUR	Rechnungszinssatz		Gehaltssteigerung		Fluktuationsabschlag	
	-1 %-Punkt	+1 %-Punkt	-1 %-Punkt	+1 %-Punkt	-1 %-Punkt	+1 %-Punkt
Abfertigungen	14,9	-12,4	-12,2	14,4	0,3	-1,0
Jubiläumsgelder	7,5	-6,7	-6,7	7,4	0,8	-0,9

7.2 — **RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNTERAUSLASTUNG**

Zur Bewertung der Rückstellungen für Unterauslastung werden Annahmen zum Unterauslastungsgrad, zum Rechnungszinssatz, zu Gehaltssteigerungen und zum Fluktuationsabschlag der unkündbaren Mitarbeiter getroffen.

Eine Änderung des durchschnittlichen Unterauslastungsgrades und Fluktuationsabschlages um jeweils +/-10 Prozentpunkte bzw. eine Änderung des Rechnungszinssatzes oder der Gehaltssteigerungen um jeweils +/-1 Prozentpunkt hätte bei Gleichbleiben aller anderen Parameter folgende Auswirkungen auf die Höhe der Rückstellungen:

Mio EUR	Unterauslastungsgrad		Fluktuationsabschlag		Rechnungszinssatz		Gehaltssteigerungen	
	-10 %-Punkte	+10 %-Punkte	-10 %-Punkte	+10 %-Punkte	-1 %-Punkt	+1 %-Punkt	-1 %-Punkt	+1 %-Punkt
Unterauslastung	-18,9	19,0	20,7	-20,7	11,0	-10,0	-9,8	-10,7

7.3 — ANRECHNUNG VON VORDIENSTZEITEN FÜR BEAMTETE MITARBEITER

Mit Entscheidung vom 11. November 2014 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) nach Vorlage durch den österreichischen Verwaltungsgerichtshof (VwGH) festgestellt, dass die im Jahr 2010 gesetzlich festgelegte Methodik zur Beseitigung der Altersdiskriminierungen im Gehaltssystem der Bundesbediensteten dem Unionsrecht widerspricht. Nachdem die Thematik der Anrechnung von Vordienstzeiten nicht nur die der Österreichischen Post AG zugeteilten Beamten, sondern alle Beamten des Bundes betraf, hat der österreichische Nationalrat reagiert und bereits mit 21. Jänner 2015 eine umfassende Reform des Besoldungssystems des Bundes vorgenommen. Mit dieser Reform wurde der Hauptkritikpunkt des EuGH aufgegriffen und umfassend beseitigt. Diese Besoldungsreform wurde selbstverständlich auch für die bei der Österreichischen Post AG beschäftigten Beamten umgesetzt.

Ende 2016 hat der Gesetzgeber – aufgrund einer Erledigung des Bundesverwaltungsgerichtes im Jahr 2016 – im Besoldungsrechtsanpassungsgesetz (BGBl. I Nr. 104/2016) noch einmal eindeutig und unmissverständlich klargestellt, dass das neue Besoldungsschema auch rückwirkend anzuwenden ist. Für den Fall, dass es zu einer Neueinstufung eines Beamten in Zeiträume vor der Überleitung in das neue Besoldungsschema kommt, wurde eine eindeutige Neuregelung der Anrechnungszeiten auf das Besoldungsdienstalter festgeschrieben, sodass kein Spielraum mehr für weitere Verfahren betreffend „Vorrückungstichtag“ gegeben ist.

Demnach ist eine Notwendigkeit für eine bilanzielle Vorsorge aus dem Thema „Vorrückungstichtag“ nicht mehr gegeben, sodass die seit 2014 bestehende Rückstellung zum 31. Dezember 2016 aufgelöst wurde.

7.4 — RÜCKFORDERUNG VON BEITRÄGEN AUS DER GEHALTSABRECHNUNG DER BEAMTEN

Die Österreichische Post AG bzw. ihre Rechtsvorgängerin haben im Zeitraum vom 1. Mai 1996 bis zum 31. Mai 2008 für die ihnen zugewiesenen Beamten Beiträge aus der Gehaltsabrechnung abgeführt. Aufgrund eines VwGH-Erkenntnisses des Jahres 2015 bestand dafür jedoch keine gesetzliche Verpflichtung.

Daraus resultierend wurden der Österreichischen Post AG im Jahr 2015 Beiträge für die Jahre 1997 bis 2001 in Höhe von 28,2 Mio EUR vom Bundesfinanzgericht gutgeschrieben, die in den sonstigen Forderungen ausgewiesen werden. Im Gegenzug bestehen für die Österreichische Post AG Verpflichtungen für etwaige Ersatzleistungen, die sich auf Basis einer bestmöglichen Schätzung auf 5,2 Mio EUR belaufen werden und in den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen werden.

Darüber hinaus bestehen aus diesem Sachverhalt Rückforderungsansprüche aus offenen Rechtsmittelverfahren, deren Ausgang unsicher ist. Demgemäß handelt es sich um eine Eventualforderung gemäß IAS 37. Da weiterführende Angaben die Durchsetzung der Ansprüche der Österreichischen Post AG ernsthaft beeinträchtigen würden, wird die Schutzklausel gemäß IAS 37.92 in Anspruch genommen und von der vollständigen Angabe der Informationen gemäß IAS 37.84–89 Abstand genommen. Dieser Eventualforderung steht eine Eventualverbindlichkeit für Verpflichtungen aus etwaigen Ersatzleistungen gegenüber.

7.5 — VERMÖGENSWERTE UND SCHULDEN IM ZUSAMMENHANG MIT UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSEN

Im Rahmen von Unternehmenserwerben sind Schätzungen im Zusammenhang mit der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der identifizierbaren Vermögenswerte und übernommenen Schulden sowie möglicher bedingter Kaufpreisverbindlichkeiten erforderlich.

Für die erstmalige Bilanzierung von identifizierbaren Vermögenswerten und übernommenen Schulden werden alle verfügbaren Informationen über die Umstände zum Erwerbszeitpunkt herangezogen. Sofern die Informationen noch nicht vollständig vorliegen, werden vorläufige Beträge

angegeben. Zusätzliche Informationen über Fakten und Umstände, die zum Erwerbszeitpunkt bestanden haben und innerhalb des Bewertungszeitraums (maximal ein Jahr) bekannt werden, führen zu einer rückwirkenden Berichtigung der vorläufig angesetzten Beträge. Änderungen aufgrund von Ereignissen nach dem Erwerbszeitpunkt führen nicht zu einer Berichtigung innerhalb des Bewertungszeitraums.

Immaterielle Vermögenswerte werden je nach Art des Vermögenswerts und der Verfügbarkeit der Informationen anhand einer geeigneten Bewertungsmethode ermittelt. Für Kundenbeziehungen und Markenrechte erfolgt dies im Regelfall auf Basis von ertragswertorientierten Verfahren (Income Approach). Beizulegende Zeitwerte von Grundstücken und Gebäuden werden in der Regel durch externe Experten oder Experten im Konzern ermittelt. Diese Bewertungen sind neben den Annahmen über die künftige Entwicklung der geschätzten Cashflows auch wesentlich von den verwendeten Abzinsungssätzen beeinflusst.

Analog zu den erworbenen Vermögenswerten und übernommenen Schulden werden auch für die erstmalige Bilanzierung bedingter Kaufpreisverbindlichkeiten alle verfügbaren Informationen über die Umstände zum Erwerbszeitpunkt herangezogen. Zusätzliche Informationen über Fakten und Umstände, die zum Erwerbszeitpunkt bestanden haben und innerhalb des Bewertungszeitraums bekannt werden, führen ebenfalls zu einer rückwirkenden Berichtigung der vorläufig angesetzten Beträge. Änderungen aufgrund von Ereignissen nach dem Erwerbszeitpunkt (wie die Erreichung eines angestrebten Ergebnisziels) werden nicht als Berichtigung innerhalb des Bewertungszeitraums behandelt, sondern führen zu einer ergebniswirksamen Anpassung der Kaufpreisverbindlichkeit.

7.6 — WERTMINDERUNGEN VON IMMATERIELLEN VERMÖGENSWERTEN, GESCHÄFTS- ODER FIRMENWERTEN UND SACHANLAGEN

Die Beurteilung der Werthaltigkeit von immateriellen Vermögenswerten, Geschäfts- oder Firmenwerten und Sachanlagen basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen. Die verwendeten Annahmen, die den Wertminderungstests von Firmenwerten zugrunde gelegt wurden, sowie die sich daraus ergebenden Sensitivitäten werden im Kapitel „Erläuterungen zur Bilanz“ unter Punkt 9.1 Geschäfts- oder Firmenwerte erläutert.

7.7 — FINANZINSTRUMENTE

Zur Beurteilung der Werthaltigkeit von Eigenkapitalinstrumenten, für die kein aktiver Markt vorhanden ist, werden alternative Bewertungsmethoden herangezogen (Ertragswertverfahren bzw. Multiple Verfahren), die mit Schätzunsicherheiten behaftet sind. So beruhen die in der Bewertung angesetzten Parameter teilweise auf zukunftsbezogenen Annahmen bzw. die Auswahl der geeigneten Peer Group erfordert Annahmen über deren Vergleichbarkeit. Sofern eine verlässliche Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts nicht möglich ist, erfolgt ein Ansatz zu fortgeführten Anschaffungskosten. Das Vorgehen wird im Kapitel 10 „Finanzinstrumente und damit verbundene Risiken“ erläutert.

7.8 — ERTRAGSTEUERN

Ansatz und Folgebewertung der tatsächlichen wie der latenten Steuern unterliegen Unsicherheiten aufgrund komplexer steuerlicher Vorschriften in unterschiedlichen nationalen Jurisdiktionen, die zudem laufenden Änderungen unterworfen sind. Das Management geht davon aus, eine vernünftige Einschätzung der steuerlichen Unsicherheiten getroffen zu haben. Aufgrund der bestehenden steuerlichen Unsicherheiten besteht jedoch das Risiko, dass Abweichungen zwischen den tatsächlichen Ergebnissen und den getroffenen Annahmen zu Auswirkungen auf die angesetzten Steuerverbindlichkeiten und latenten Steuern führen.

Latente Steueransprüche für bestehende steuerliche Verlustvorträge werden im Ausmaß der erwarteten tatsächlichen Nutzbarkeit angesetzt. Dem Ansatz liegen Planungsrechnungen des Managements über die Höhe des zu versteuernden Ergebnisses und der tatsächlichen Verwertungsmöglichkeit zugrunde, die Ermessensentscheidungen erfordern.

8 — ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

8.1 — SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

ALLGEMEINE INFORMATIONEN Die Identifizierung berichtspflichtiger Segmente im Österreichischen Post-Konzern erfolgt auf der Grundlage der Unterschiede zwischen Produkten und Dienstleistungen. Es wurden die berichtspflichtigen Segmente „Brief, Werbepost & Filialen“, „Paket & Logistik“ und „Corporate“ bestimmt, die der divisionalen Organisationsstruktur des Österreichischen Post-Konzerns entsprechen.

BRIEF, WERBEPOST & FILIALEN Das Kerngeschäft der Division Brief, Werbepost & Filialen besteht in der Annahme, der Sortierung und der direkten und hybriden Zustellung von Briefen, Werbesendungen und Printmedien. Die dazu benötigte Infrastruktur besteht aus Verteilzentren, Zustellbasen, Fahrzeugen sowie eigenbetriebenen Filialen und Postpartnern.

Das Leistungsangebot umfasst drei Arten von Sendungen: Briefpost, Werbepost und Medienpost. Als Briefpost gelten herkömmliche, adressierte Briefe. Die Werbepost betrifft die Zustellung von adressierten und unadressierten Werbesendungen. Die Medienpost beinhaltet die adressierte und unadressierte Zustellung von Printmedien wie z. B. Zeitungen, Zeitschriften und Regionalmedien.

Das Leistungsangebot wird durch Adress- und Datenmanagement, Poststellenmanagement, Dokumenten-Scanning und Response Management ergänzt. Weiters wird im Filialnetz ein breites Sortiment an Handelswaren und Produkten im Bereich der Philatelie, Finanzdienstleistungen in Kooperation mit der BAWAG P.S.K. und Telekomprodukte mit dem Partner A1 Telekom Austria AG angeboten.

PAKET & LOGISTIK Das Kerngeschäft der Division Paket & Logistik besteht in der Annahme, Sortierung und Zustellung von Paketen und Expresssendungen. Die Beförderung von Paketen erfolgt über ein engmaschiges Distributionsnetz. Die dazu benötigte Infrastruktur besteht aus Zustellbasen, Verteil- und Lagerzentren sowie einem Fuhrpark. Das Leistungsangebot wird durch Speziallogistik wie Expresszustellung, Wertlogistik (Transport und Handling von Bargeld) sowie Kontraktlogistik- und Fulfillment-Dienstleistungen, Webshop-Logistik und Webshop-Infrastruktur ergänzt.

CORPORATE Das Kerngeschäft der Division Corporate besteht in der Erbringung von Dienstleistungen, wie sie typischerweise für Zwecke der Verwaltung eines Konzerns erbracht werden. Diese Dienstleistungen umfassen die Verwaltung der Konzernimmobilien, die Erbringung von IT-Support und Verwaltungstätigkeiten sowie die Administration des Post-Arbeitsmarktes. Darüber hinaus beinhaltet die Division Corporate das Innovationsmanagement und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle.

KONSOLIDIERUNG In der Spalte Konsolidierung wird die Eliminierung der Beziehungen zwischen den Segmenten vorgenommen. Weiters dient die Konsolidierung der Überleitung von Segmentgrößen auf Konzerngrößen.

Informationen über den Gewinn oder Verlust

GESCHÄFTSJAHR 2015

Mio EUR	Brief, Werbepost & Filialen	Paket & Logistik	Corporate	Konsoli- dierung	Konzern
Umsatzerlöse mit Dritten	1.501,7	900,2	0,1	0,0	2.401,9
Umsatzerlöse mit anderen Segmenten	84,1	8,2	183,7	-276,1	0,0
Umsatzerlöse gesamt	1.585,8	908,4	183,8	-276,1	2.401,9
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	-0,5	3,9	-2,3	0,0	1,1
EBITDA	322,9	37,9	-58,1	0,0	302,7
Abschreibungen	38,2	143,3	32,3	-0,1	213,7
davon Wertminderungen erfolgswirksam	6,1	122,2	0,4	0,0	128,7
EBIT	284,7	-105,4	-90,4	0,1	89,0
Sonstiges Finanzergebnis					2,0
Ergebnis vor Ertragsteuern					91,0
Segmentinvestitionen	40,0	26,0	47,3	0,0	113,4

GESCHÄFTSJAHR 2016

Mio EUR	Brief, Werbepost & Filialen	Paket & Logistik	Corporate	Konsoli- dierung	Konzern
Umsatzerlöse mit Dritten	1.478,0	552,5	0,0	0,0	2.030,5
Umsatzerlöse mit anderen Segmenten	87,9	11,5	186,8	-286,2	0,0
Umsatzerlöse gesamt	1.565,8	564,0	186,9	-286,2	2.030,5
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	0,0	-14,6	-1,3	0,0	-15,8
EBITDA	319,7	29,8	-72,4	0,0	277,1
Abschreibungen	34,6	11,4	28,9	0,0	74,8
davon Wertminderungen erfolgswirksam	2,2	0,1	0,0	0,0	2,3
EBIT	285,1	18,5	-101,3	0,0	202,3
Sonstiges Finanzergebnis					-0,7
Ergebnis vor Ertragsteuern					201,5
Segmentinvestitionen	23,2	12,9	69,9	0,0	106,0

Intersegmentäre Transaktionen erfolgen zu marktorientierten Verrechnungspreisen.

In den Umsatzerlösen mit Dritten werden Umsätze ausgewiesen, die mit Unternehmen außerhalb des Konzerns getätigt werden. In den Umsatzerlösen mit anderen Segmenten werden Leistungsbeziehungen zwischen Tochtergesellschaften, die segmentübergreifenden Leistungsbeziehungen zwischen Tochtergesellschaften und der Österreichischen Post AG sowie die Verrechnung der Leistungsbeziehungen innerhalb der Österreichischen Post AG gezeigt. Die Abschreibungen (planmäßige Abschreibungen und Wertminderungen) resultieren aus den dem jeweiligen Segment zugeordneten Vermögenswerten. Die Segmentinvestitionen beinhalten Investitionen in immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen sowie in als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

Informationen über geografische Gebiete

GESCHÄFTSJAHR 2015

Mio EUR	Österreich	Deutschland	Andere Länder	Konzern
Umsatzerlöse mit Dritten	1.760,9	526,1	114,9	2.401,9
Langfristige Vermögenswerte, ausgenommen Finanzinstrumente und latente Steueransprüche	680,5	0,1	45,7	726,3

GESCHÄFTSJAHR 2016

Mio EUR	Österreich	Deutschland	Andere Länder	Konzern
Umsatzerlöse mit Dritten	1.743,3	176,0	111,1	2.030,5
Langfristige Vermögenswerte, ausgenommen Finanzinstrumente und latente Steueransprüche	711,9	0,2	45,1	757,2

Die Umsatzerlöse werden nach dem Standort der leistungserbringenden Gesellschaft gezeigt.

8.2 — SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Mio EUR	2015	2016
Mieten und Pachten	27,6	25,0
Neueinschätzung des beizulegenden Zeitwertes Veräußerungsgruppe trans-o-flex	0,0	6,8
Weiterverrechnete Aufwendungen	12,4	4,8
Abgang von Sachanlagen	3,2	4,5
Wertaufholung Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	0,0	3,7
Personalbereitstellung und -verwaltung	3,0	2,9
Abgeltungen von Schadensfällen	2,2	2,8
Aktivierete Eigenleistungen	1,4	2,3
Erträge aus der Entkonsolidierung	0,4	1,7
Bestandsveränderungen	0,0	1,2
Palettenerträge	1,3	0,0
Rückforderung von Beiträgen	28,2	0,0
Andere	19,6	14,4
	99,2	70,1

Die sonstigen betrieblichen Erträge aus Mieten und Pachten betreffen zum Teil oder zur Gänze vermietete Vermögenswerte (Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien). Deren Buchwert beträgt zum 31. Dezember 2016 37,0 Mio EUR (31.12.2015: 40,4 Mio EUR). Bei den zugrunde liegenden Mietverhältnissen handelt es sich überwiegend um kündbare Operating-Leasingverhältnisse mit Indexierung der Mieten. Die im Geschäftsjahr 2016 erwirtschafteten Mieterträge aus unkündbaren bzw. befristeten Mietverhältnissen wurden im Wesentlichen von der Österreichischen Post AG erzielt.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen betragen zum Bilanzstichtag wie folgt:

Mio EUR	31.12.2015	31.12.2016
Bis zu einem Jahr	3,7	5,0
Länger als ein und bis zu fünf Jahre	6,4	10,3
Länger als fünf Jahre	11,1	16,7
	21,3	32,0

Die Wertaufholung von Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in Höhe von 3,7 Mio EUR betreffen Gebäude im Segment Corporate, bei denen die in Vorjahren erfasste Wertminderung nicht mehr vorliegt.

Die Neueinschätzung des beizulegenden Zeitwertes der Vermögenswerte und Schulden der Veräußerungsgruppe trans-o-flex per Q1 2016 führte zu einer Zuschreibung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten in Höhe von 6,8 Mio EUR.

Der Posten Rückforderungen von Beiträgen im Geschäftsjahr 2015 betraf gutgeschriebene Rückforderungsansprüche aus in Vorperioden bezahlten Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung der Beamten (siehe dazu Punkt 7.4 Rückforderung von Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung der Beamten).

8.3 — MATERIALAUFWAND UND AUFWAND FÜR BEZOGENE LEISTUNGEN

Mio EUR	2015	2016
Material		
Treib- und Brennstoffe	25,3	18,2
Handelswaren	23,2	15,2
Betriebsmittel, Bekleidung, Wertzeichen	22,5	19,4
Andere	3,2	3,5
	74,2	56,2
Bezogene Leistungen		
Internationale Postbetreiber	71,5	74,7
Verteiler unadressiert	25,8	22,7
Verteiler adressiert	15,0	14,0
Energie	16,8	12,8
Transporte	492,9	253,2
Andere	53,4	61,5
	675,4	439,0
	749,6	495,2

8.4 — PERSONALAUFWAND

Mio EUR	2015	2016
Löhne und Gehälter	827,9	771,9
Abfertigungen	42,7	43,0
Altersversorgung	0,2	0,2
Gesetzlich vorgeschriebene Abgaben und Beiträge	224,6	205,9
Andere Personalaufwendungen	10,5	14,1
	1.106,0	1.035,2

Die Aufwendungen für Abfertigungen gliedern sich wie folgt:

Mio EUR	2015	2016
Vorstände	0,4	0,1
Leitende Angestellte	0,2	0,2
Andere Arbeitnehmer	42,2	42,8
	42,7	43,0

Im Geschäftsjahr 2016 wurden aufwandswirksame Beiträge an die Mitarbeitervorsorgekasse (MVK) betreffend beitragsorientierte Abfertigungsverpflichtungen in Höhe von 3,1 Mio EUR (2015: 3,1 Mio EUR) erfasst.

Die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer betrug im Geschäftsjahr:

	2015	2016
Arbeiter	3.655	3.104
Angestellte	13.607	12.670
Beamte	8.179	7.770
Lehrlinge	98	81
Anzahl nach Köpfen	25.539	23.625
Entsprechende Vollzeitkraftäquivalente	23.476	21.695

8.5 — ABSCHREIBUNGEN

Mio EUR	2015	2016
Wertminderungen Geschäfts- oder Firmenwerte	55,8	2,0
Abschreibungen immaterielle Vermögenswerte		
Planmäßige Abschreibungen	10,5	7,4
Wertminderungen	31,1	0,1
	41,6	7,6
Abschreibungen Sachanlagen		
Planmäßige Abschreibungen	71,8	62,8
Wertminderungen	41,8	0,1
	113,5	62,9
Abschreibungen als Finanzinvestition gehaltene Immobilien		
Planmäßige Abschreibungen	2,7	2,3
	2,7	2,3
	213,7	74,8

Zur Erläuterung der Wertminderung von Geschäfts- oder Firmenwerten verweisen wir auf das Kapitel „Erläuterung zur Bilanz“, Punkt 9.1 Geschäfts- oder Firmenwerte.

Die Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen in 2015 sind im Wesentlichen auf die Einstufung der ZGE trans-o-flex als zur Veräußerung gehalten und die damit einhergehende Bewertung zurückzuführen.

8.6 — SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

Mio EUR	2015	2016
Leasing, Miet- und Pachtzinsen	80,0	58,1
Instandhaltung	53,1	50,7
IT-Dienstleistungen	39,4	37,6
Reise- und Fahraufwendungen	25,9	24,7
Kommunikation und Werbung	19,7	16,1
Fremdpersonal und Leasingkräfte	21,2	14,5
Entsorgung und Reinigung	14,3	12,0
Beratung	15,3	11,8
Sonstige Steuern (nicht vom Einkommen und Ertrag)	8,1	8,3
Versicherungen	8,5	6,9
Schadensfälle	9,5	5,1
Folgebewertung von Forderungen	10,5	4,4
Telefon	3,8	3,5
Aus- und Fortbildung	3,3	3,2
Weiterverrechnete Aufwendungen	11,0	2,6
Verlust Abgang Sachanlagen	0,7	1,3
Andere	19,8	16,4
	344,0	277,3

In den anderen sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren im Geschäftsjahr 2015 Aufwendungen für etwaige Ersatzleistungen in Höhe von 5,2 Mio EUR enthalten (siehe dazu Punkt 7.4 Rückforderung von Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung der Beamten).

8.7 — SONSTIGES FINANZERGEBNIS

Mio EUR	Anhang	2015	2016
Finanzerträge			
Zinserträge		6,1	1,4
Wertpapiererträge		1,0	2,5
		7,1	4,0
Finanzaufwendungen			
Zinsaufwendungen für andere finanzielle Verbindlichkeiten		-1,0	-0,5
Zinsaufwendungen für Rückstellungen	(9.12.1)	-3,8	-4,1
Verluste aus dem Abgang von Wertpapieren und sonstigen Anteilen		-0,3	-0,1
		-5,1	-4,7
		2,0	-0,7

Der Rückgang der Finanzerträge im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf das im Geschäftsjahr 2015 beendete Cross Border Lease zurückzuführen. Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten verbliebener Restbetrag aus der am 10. März 2015 beendeten Cross-Border-Leasing-Transaktion in Höhe von 3,3 Mio EUR ergebniswirksam unter den Zinserträgen vereinnahmt.

8.8 — ERGEBNIS JE AKTIE

		2015	2016
Aktionären des Mutterunternehmens zurechenbares Periodenergebnis	(Mio EUR)	71,4	152,7
Bereinigtes Periodenergebnis zur Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	(Mio EUR)	71,4	152,7
Gewichtete durchschnittliche Anzahl von für die Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie verwendeten Stammaktien	(Stück)	67.552.638	67.552.638
Gewichtete durchschnittliche Anzahl von für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie verwendeten Stammaktien	(Stück)	67.552.638	67.552.638
Unverwässertes Ergebnis je Aktie	(EUR)	1,06	2,26
Verwässertes Ergebnis je Aktie	(EUR)	1,06	2,26

9 — ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

9.1 — GESCHÄFTS- ODER FIRMENWERTE

Mio EUR	2015	2016
Anschaffungskosten		
Stand am 1. Jänner	235,0	83,1
Zugang aus Unternehmenserwerben	3,2	0,0
Abgänge	-4,6	0,0
Währungsumrechnungsdifferenzen	0,1	-0,3
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten	-150,6	0,0
Stand am 31. Dezember	83,1	82,8
Wertminderungen		
Stand am 1. Jänner	122,8	24,9
Zugänge	55,8	2,0
Abgänge	-3,2	0,0
Währungsumrechnungsdifferenzen	0,1	-0,4
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten	-150,6	0,0
Stand am 31. Dezember	24,9	26,5
Buchwert am 1. Jänner	112,2	58,2
Buchwert am 31. Dezember	58,2	56,3

Die Umgliederung als zur Veräußerung gehalten im Jahr 2015 betraf die trans-o-flex Gruppe, die im zweiten Quartal 2016 veräußert wurde (siehe dazu im Einzelnen unter Punkt 4.2 Änderungen im Konsolidierungskreis).

Die folgende Tabelle zeigt die Geschäfts- oder Firmenwerte nach Segmenten und ZGE:

Mio EUR	31.12.2015	31.12.2016
Brief, Werbepost & Filialen		
feibra Gruppe	30,9	30,9
Sonstige < 5 Mio EUR ¹	14,6	12,7
	45,6	43,6
Paket & Logistik		
Slovak Parcel Service s.r.o. & IN TIME s.r.o.	5,2	5,2
Sonstige < 5 Mio EUR ¹	7,5	7,5
	12,7	12,7
	58,2	56,3

¹ Firmenwerte von unter 5 Mio EUR werden in Relation zum gesamten Buchwert der Firmenwerte als unwesentlich eingestuft.

Für die Ableitung des Kapitalkostensatzes wird für alle im gleichen Segment tätigen ZGE jeweils eine Gruppe von Vergleichsunternehmen (Peer Group) herangezogen. Im Anschluss werden die Abzinsungssätze vor Steuern auf Basis eines iterativen Prozesses ermittelt.

Die Cashflow-Prognosen im Detailplanungszeitraum basieren auf der vom Management genehmigten Geschäftsjahresplanung für das Jahr 2017 und der Mittelfristplanung für einen Zeitraum von weiteren drei Jahren (2018–2020). Den Cashflow-Prognosen liegen sowohl die unternehmens-internen Erfahrungen aus der Vergangenheit als auch die unternehmensextern erhobenen volks-wirtschaftlichen bzw., soweit verfügbar, branchenbezogenen Rahmendaten zu Grunde. Der Wertbeitrag ab dem Jahr 2021 wird durch den Ansatz einer ewigen Rente berücksichtigt. Als Ober-grenze für die in der ewigen Rente angesetzte Wachstumsrate werden die langfristigen Wachstums- und Inflationserwartungen der Länder bzw. Branchen, in denen die jeweiligen ZGE ihre Cashflows erzielen, berücksichtigt. Im Regelfall wird eine Wachstumsrate von 1,0 % (2015: 1,0 %) angesetzt, wobei notwendige Thesaurierungen berücksichtigt werden. Die wesentlichen Bewertungsannahmen, die der Ermittlung des erzielbaren Betrags zugrunde lagen, waren Annahmen des Managements über die erwartete kurz- und langfristige Umsatzentwicklung, der verwendete Abzinsungssatz und die langfristig erwartete Wachstumsrate.

Die folgende Tabelle zeigt die für die einzelnen wesentlichen ZGE angesetzten Abzinsungssätze:

	2015	2016
	WACC vor Steuern	WACC vor Steuern
Brief, Werbepost & Filialen		
feibra Gruppe	8,6 %	8,9 %
PostMaster s.r.l.	11,5 %	–
Sonstige < 5 Mio EUR	8,8 %–12,3 %	8,6 %–12,4 %
Paket & Logistik		
Slovak Parcel Service s.r.o. & IN TIME s.r.o.	10,5 %	10,4 %
Sonstige < 5 Mio EUR	11,0 %–19,4 %	9,6 %–18,5 %

Die folgende Tabelle zeigt die Zugänge zu den Wertminderungen der Geschäfts- oder Firmen-werte nach Segmenten und ZGE:

Mio EUR	2015	2016
ZUGANG WERTMINDERUNGEN GESCHÄFTS- ODER FIRMENWERTE		
Brief, Werbepost & Filialen		
PostMaster s.r.l.	6,1	2,0
	6,1	2,0
Paket & Logistik		
trans-o-flex	49,8	0,0
	49,8	0,0
	55,8	2,0

Der noch bestehende Firmenwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit (ZGE) PostMaster s.r.l., Bukarest, (Segment Brief, Werbepost & Filialen) mit einem Buchwert von 2,0 Mio EUR wurde im ersten Halbjahr 2016 vollständig wertgemindert. Anlass war das sich weiter verschlechternde wirtschaftliche Umfeld in der adressierten und nicht-adressierten Zustellung im rumänischen Briefmarkt. Die Wertminderung wurde unter den Abschreibungen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die wesentlichen Bewertungsannahmen, die der Ermittlung des erzielbaren Betrags zugrunde lagen, waren Prognosen des Managements über die erwartete Mengenentwicklung, der verwendete Abzinsungssatz und die langfristig erwartete Wachstumsrate.

Zusätzlich zum Werthaltigkeitstest wurden für alle wesentlichen ZGE Sensitivitätsanalysen bezüglich der wesentlichen Bewertungsannahmen durchgeführt. Dabei wurde in der ersten Sensitivitätsanalyse die Umsatzerwartung um einen Prozentpunkt reduziert und in der zweiten Sensitivitätsanalyse der Abzinsungssatz um einen Prozentpunkt angehoben. Aus der Veränderung dieser Parameter würden sich ceteris paribus bei den wesentlichen ZGE für 2016 keine zusätzlichen Wertminderungen ergeben:

Mio EUR	Umsatzerwartung -1 %-Punkt		WACC +1 %-Punkt	
	2015	2016	2015	2016
PostMaster s.r.l.	0,6	0,0	0,5	0,0

9.2 — IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

GESCHÄFTSJAHR 2015

Mio EUR	Anhang	Kunden- beziehungen	Markenrechte	Sonstige immaterielle Vermögens- werte	Gesamt
Anschaffungskosten					
Stand am 1. Jänner 2015		79,9	29,2	70,8	180,0
Zugang aus Unternehmenserwerben		1,1	0,0	0,3	1,4
Abgang aus Entkonsolidierung		-1,7	0,0	0,0	-1,7
Zugänge		0,0	0,0	5,6	5,6
Abgänge		-1,1	0,0	-3,4	-4,5
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten	(9.10)	-53,0	-25,0	-8,7	-86,7
Stand am 31. Dezember 2015		25,2	4,2	64,6	94,0
Abschreibungen/Wertminderungen					
Stand am 1. Jänner 2015		65,0	3,8	51,2	120,1
Abgang aus Entkonsolidierung		-1,7	0,0	0,0	-1,7
Zugänge	(8.5)	8,6	25,0	8,0	41,6
Abgänge		-1,1	0,0	-3,0	-4,1
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten	(9.10)	-53,0	-25,0	-8,5	-86,5
Stand am 31. Dezember 2015		17,7	3,9	47,8	69,3
Buchwert am 1. Jänner 2015		15,0	25,4	19,6	59,9
Buchwert am 31. Dezember 2015		7,5	0,4	16,9	24,8

GESCHÄFTSJAHR 2016

Mio EUR	Anhang	Kunden- beziehungen	Markenrechte	Sonstige immaterielle Vermögens- werte	Gesamt
Anschaffungskosten					
Stand am 1. Jänner 2016		25,2	4,2	64,6	94,0
Zugänge		0,0	0,0	4,9	4,9
Abgänge		-0,4	-0,2	-1,7	-2,2
Umbuchungen		0,0	0,0	-0,1	-0,1
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten	(9.10)	-1,7	0,0	-0,1	-1,8
Währungsumrechnungsdifferenzen		-0,2	0,0	0,0	-0,2
Stand am 31. Dezember 2016		22,9	4,0	67,6	94,5
Abschreibungen/Wertminderungen					
Stand am 1. Jänner 2016		17,7	3,9	47,8	69,3
Zugänge	(8.5)	2,4	0,0	5,1	7,6
Abgänge		-0,4	-0,2	-1,1	-1,7
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten	(9.10)	-1,6	0,0	-0,1	-1,7
Währungsumrechnungsdifferenzen		-0,1	0,0	0,0	-0,1
Stand am 31. Dezember 2016		18,0	3,7	51,7	73,3
Buchwert am 1. Jänner 2016		7,5	0,4	16,9	24,8
Buchwert am 31. Dezember 2016		4,9	0,4	15,9	21,2

Im laufenden Geschäftsjahr wurden wie im Vorjahr keine Fremdkapitalkosten aktiviert.

Die Umgliederung als zur Veräußerung gehaltene Kundenbeziehungen und sonstiger immaterieller Vermögenswerte betreffen die PostMaster s.r.l., Rumänien. Siehe dazu im Einzelnen Punkt 9.10 Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Schulden.

In den immateriellen Vermögenswerten sind Markenrechte mit unbegrenzter Nutzungsdauer mit einem Buchwert in Höhe von 0,4 Mio EUR (31.12.2015: 0,4 Mio EUR) enthalten. Die Markenrechte sind dem Segment Paket & Logistik zugeordnet.

9.3 — SACHANLAGEN

GESCHÄFTSJAHR 2015

Mio EUR	Anhang	Grundstücke und Bauten	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten						
Stand am 1. Jänner 2015		690,8	161,1	342,4	11,6	1.205,9
Zugang aus Unternehmenserwerben		1,4	0,1	0,1	0,0	1,6
Zugänge		5,3	5,8	52,0	31,6	94,8
Abgänge		-6,1	-14,9	-30,5	0,0	-51,5
Umbuchungen		0,4	2,2	1,4	-3,9	0,0
Umgliederung Investment Property	(9.4)	-9,3	0,0	0,0	0,0	-9,3
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten	(9.10)	-31,2	-13,1	-47,2	-0,6	-92,1
Stand am 31. Dezember 2015		651,2	141,4	318,1	38,7	1.149,4

Mio EUR	Anhang	Grundstücke und Bauten	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	Gesamt
Abschreibungen/Wertminderungen						
Stand am 1. Jänner 2015		327,1	89,8	191,3	0,0	608,2
Zugänge	(8.5)	42,4	14,9	55,6	0,5	113,5
Abgänge		-5,9	-14,9	-29,3	0,0	-50,0
Umgliederungen Investment Property	(9.4)	-6,4	0,0	0,0	0,0	-6,4
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten	(9.10)	-28,9	-12,8	-45,5	-0,5	-87,7
Stand am 31. Dezember 2015		328,4	77,1	172,1	0,0	577,6
Buchwert am 1. Jänner 2015		363,7	71,3	151,2	11,6	597,7
Buchwert am 31. Dezember 2015		322,8	64,3	146,1	38,7	571,9

GESCHÄFTSJAHR 2016

Mio EUR	Anhang	Grundstücke und Bauten	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten						
Stand am 1. Jänner 2016		651,2	141,4	318,1	38,7	1.149,4
Zugang aus Unternehmenserwerben		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zugänge		9,3	5,7	27,8	45,6	88,4
Abgänge		-3,0	-1,3	-28,0	0,0	-32,2
Umbuchungen		1,0	1,8	5,8	-8,5	0,1
Umgliederung Investment Property	(9.4)	-0,3	0,0	0,0	0,0	-0,3
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten	(9.10)	-0,1	0,0	-0,9	0,0	-1,0
Währungsumrechnungsdifferenzen		0,1	0,0	0,0	0,0	0,2
Stand am 31. Dezember 2016		658,2	147,6	322,9	75,8	1.204,5
Abschreibungen/Wertminderungen						
Stand am 1. Jänner 2016		328,4	77,1	172,1	0,0	577,6
Zugänge	(8.5)	18,6	10,6	33,7	0,0	62,9
Wertaufholungen		-2,7	0,0	0,0	0,0	-2,7
Abgänge		-2,5	-1,3	-26,0	0,0	-29,8
Umgliederungen Investment Property	(9.4)	-0,3	0,0	0,0	0,0	-0,3
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten	(9.10)	-0,1	0,0	-0,7	0,0	-0,8
Stand am 31. Dezember 2016		341,4	86,4	179,1	0,0	606,9
Buchwert am 1. Jänner 2016		322,8	64,3	146,1	38,7	571,9
Buchwert am 31. Dezember 2016		316,8	61,2	143,8	75,8	597,6

Im laufenden Geschäftsjahr wurden wie im Vorjahr keine Fremdkapitalkosten aktiviert.

Von den Zugängen der geleisteten Anzahlungen und Anlagen in Bau in Höhe von 45,6 Mio EUR (2015: 31,6 Mio EUR) entfallen 18,3 Mio EUR (2015: 21,9 Mio EUR) auf Anlagen in Bau für die neue Unternehmenszentrale der Österreichischen Post AG.

Zum 31. Dezember 2016 gab es keine Sachanlagen, die als Sicherheit verpfändet wurden (31.12.2015: 1,3 Mio EUR).

Finanzierungsleasing

Nettobuchwerte und Nutzungsdauern der geleasten Vermögenswerte

Mio EUR	Nutzungsdauer	Buchwert 31.12.2015	Buchwert 31.12.2016
Grundstücke und Bauten	30	6,3	6,1
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2–8	0,8	0,5

In der folgenden Tabelle wird die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen zum Bilanzstichtag auf deren Barwert übergeleitet:

Mio EUR	2015	2016
Mindestleasingzahlungen		
Bis zu einem Jahr	0,6	0,5
Länger als ein und bis zu fünf Jahre	1,9	1,6
Länger als fünf Jahre	2,7	2,4
	5,2	4,5
Abzüglich:		
Zukünftige Finanzierungskosten	–0,5	–0,3
Barwert der Leasingverpflichtungen		
Bis zu einem Jahr	0,5	0,5
Länger als ein und bis zu fünf Jahre	1,7	1,5
Länger als fünf Jahre	2,5	2,3
	4,7	4,2

Der Ausweis der korrespondierenden Verbindlichkeit erfolgt unter den Anderen finanziellen Verbindlichkeiten. Siehe dazu unter 9.13 Andere finanzielle Verbindlichkeiten.

Die Kriterien für die Klassifizierung als Finanzierungsleasing waren im Wesentlichen der Barwert- und der Laufzeittest. Darüber hinaus wurden Ankaufsoptionen zu vorteilhaften Bedingungen am Ende der Laufzeit sowie Verlängerungs- und Preisanpassungsklauseln berücksichtigt.

Für einen Teil der Mietverträge ist die Mietzahlung an den 6-Monats-EURIBOR gebunden. Im Geschäftsjahr 2016 gab es wie im Vorjahr keine damit zusammenhängenden bedingten Mietzahlungen.

9.4 — ALS FINANZINVESTITION GEHALTENE IMMOBILIEN (INVESTMENT PROPERTY)

Mio EUR	Anhang	2015	2016
Anschaffungs-/Herstellungskosten			
Stand am 1. Jänner		222,8	233,6
Zugänge		13,0	12,8
Abgänge		-11,4	-5,8
Umgliederung aus Sachanlagen		9,3	0,3
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten		0,0	-0,4
Stand am 31. Dezember		233,6	240,5
Abschreibungen/Wertminderungen			
Stand am 1. Jänner		170,9	173,1
Zugänge	(8.5)	2,7	2,3
Wertaufholungen		0,0	-1,0
Abgänge		-7,0	-3,0
Umgliederung aus Sachanlagen		6,4	0,3
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten		0,0	-0,3
Stand am 31. Dezember		173,1	171,4
Buchwert am 1. Jänner		51,8	60,5
Buchwert am 31. Dezember		60,5	69,0
Mio EUR			
		31.12.2015	31.12.2016
Beizulegender Zeitwert		220,5	223,1
Mieteinnahmen		15,5	13,3
Betriebliche Aufwendungen für vermietete Immobilien		4,7	5,4
Betriebliche Aufwendungen für nicht vermietete Immobilien		1,5	1,1

Die Zugänge bei den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien im Geschäftsjahr 2016 sind im Wesentlichen auf den Neubau der Unternehmenszentrale in Wien Landstraße zurückzuführen.

Die Mieteinnahmen und die betrieblichen Aufwendungen für vermietete sowie nicht vermietete Immobilien enthalten nur Erträge und Aufwendungen gegenüber Dritten. Konzerninterne Aufwendungen und Erträge sind in obiger Tabelle nicht dargestellt.

Im laufenden Geschäftsjahr wurden wie im Vorjahr keine Fremdkapitalkosten aktiviert.

9.5 — GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN UND ASSOZIIERTE UNTERNEHMEN

9.5.1 NACH DER EQUITY-METHODE BILANZIERTE FINANZANLAGEN

ZUSAMMENSETZUNG DER BUCHWERTE

Mio EUR	Anteile %	2015	Anteile %	2016
Assoziierte Unternehmen				
ADELHEID GmbH, Berlin	45,4	4,0	50,1	5,4
D2D – direct to document GmbH, Wien	30,0	1,4	30,0	1,4
EURODIS GmbH, Weinheim	39,8	0,1	– ¹	0,0
media.at GmbH, Wien	20,5	0,3	20,5	0,6
ACL advanced commerce labs GmbH, Graz	0,0	0,0	30,0	2,3
sendhybrid ÖPBD GmbH, Graz	0,0	0,0	26,0	0,0
		5,8		9,6
Gemeinschaftsunternehmen				
Aras Kargo a. s., Istanbul	25,0	47,4	– ¹	0,0
OMNITEC GmbH, Wien	50,0	0,0	50,0	0,0
		47,4		0,0
Nettobuchwert zum 31. Dezember		53,2		9,6

¹ Beendigung der Bilanzierung nach der Equity-Methode im Geschäftsjahr 2016, siehe dazu unter Punkt 4.2 Änderungen im Konsolidierungskreis

Bei der OMNITEC Informationstechnologie-Systemservice GmbH wurde mit den restlichen Anteilseignern auf Basis der Gesellschaftervereinbarung gemeinschaftliche Führung vereinbart. Da die Gesellschaft als ein eigenständiges Vehikel aufgebaut ist, handelt es sich um ein Gemeinschaftsunternehmen gemäß IFRS 11.

Obwohl die Anteile an der ADELHEID GmbH, Berlin 50,1 % betragen, liegt keine Beherrschung im Sinne des IFRS 10 vor. Die notwendigen Stimmrechtsmehrheiten in den zur Beherrschung relevanten Gremien liegen auf Basis der bestehenden Corporate Governance bei 66,6 %.

Sämtliche Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen werden nach der Equity-Methode gemäß IAS 28 in den Konzernabschluss der Österreichischen Post AG einbezogen.

Der Bilanzstichtag des assoziierten Unternehmens media.at GmbH, Wien, ist der 30. Juni und weicht somit vom Bilanzstichtag der Österreichischen Post AG ab. Eine Änderung des Abschlussstichtags ist nicht möglich. Die Gesellschaft hat einen Zwischenabschluss zum 31. Dezember erstellt.

ÜBERLEITUNG DER BUCHWERTE

Mio EUR	2015	2016
Nettobuchwert zum 1. Jänner	53,3	53,2
Zugang aus Unternehmenserwerben	0,0	2,2
Zugang aus Kapitalerhöhungen	5,1	3,7
Abgang aus Anteilsverkauf	0,0	-0,2
Abgang aus Methodenwechsel	0,0	-42,2
Anteiliges Jahresergebnis laufend	1,7	0,9
Ausschüttungen	-0,7	-0,8
Währungsumrechnungsdifferenzen	-5,5	-7,0
Neubewertung von leistungsorientierten Verpflichtungen	-0,6	-0,3
Nettobuchwert zum 31. Dezember	53,2	9,6

Der Zugang aus Kapitalerhöhungen in Höhe von 3,7 Mio EUR betrifft die ADELHEID GmbH (2015: 5,1 Mio EUR). Die Veränderung aus Währungsumrechnung in Höhe von -7,0 Mio EUR (2015: -5,5 Mio EUR) resultiert aus dem Anteil an der türkischen Gesellschaft Aras Kargo a. s.

Der aggregierte Buchwert der Anteile an einzeln für sich genommen unwesentlichen assoziierten Unternehmen beträgt 9,6 Mio EUR (31.12.2015: 5,8 Mio EUR). Der aggregierte Buchwert der Anteile an einzeln für sich genommen unwesentlichen Gemeinschaftsunternehmen beträgt 0,0 Mio EUR (31.12.2015: 0,0 Mio EUR).

ARAS KARGO A. S. Bei Aras Kargo a. s. wurde mit 31. Dezember 2016 die Bilanzierung nach der Equity-Methode beendet. Der Abgang wird in der obigen Überleitung der Buchwerte als Abgang aus Methodenwechsel dargestellt. Für weitere Ausführungen wird auf Punkt 4.2 Änderungen im Konsolidierungskreis verwiesen.

ADELHEID GMBH Zum 31. Dezember 2016 besteht eine offene Verbindlichkeit zur Zahlung eines Agios in Höhe von 2,5 Mio EUR (31.12.2015: 0,4 Mio EUR) aus im Geschäftsjahr 2016 durchgeführten Kapitalerhöhungen.

Die Adelheid GmbH ist 100 % Gesellschafter der AEP GmbH, Alzenau, Deutschland, die unter der Geschäftsbezeichnung „AEP direkt“ Apotheken in Deutschland mit Pharmaprodukten beliefert.

9.5.2 ERGEBNIS AUS NACH DER EQUITY-METHODE BILANZIERTEN FINANZANLAGEN

Die nachstehende Tabelle gliedert in aggregierter Form den Anteil am Ergebnis und sonstigen Ergebnis von einzeln betrachtet unwesentlichen assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen auf. Die Tabelle zeigt auch die Überleitung zur Summe des Ergebnisses aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen.

ERGEBNIS AUS NACH DER EQUITY-METHODE BILANZIERTEN FINANZANLAGEN

Mio EUR	2015	2016
Unwesentliche assoziierte Unternehmen		
Anteil am Periodenergebnis	-2,2	-1,1
Verlust aus dem Abgang von nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	0,0	0,0
	-2,2	-1,1
Unwesentliche Gemeinschaftsunternehmen		
Verlust aus dem Abgang von nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	-0,5	0,0
Anteil am sonstigen Ergebnis	0,5	0,0
	0,0	0,0
Wesentliche Gemeinschaftsunternehmen		
Anteil am Periodenergebnis	3,9	2,0
Verlust aus dem Abgang von nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	0,0	-16,7
Anteil am sonstigen Ergebnis	-6,2	10,3
	-2,2	-4,4
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	1,1	-15,8
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen – Anteil am sonstigen Ergebnis	-5,6	10,3

Bei den wesentlichen Gemeinschaftsunternehmen handelt es sich ausschließlich um die Aras Kargo a. s.

9.6 — ANDERE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

Mio EUR	31.12.2015			31.12.2016		
	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt
Wertpapiere	33,3	23,9	57,2	45,7	15,2	60,9
Andere Anteile	0,0	12,9	12,9	0,0	61,1	61,1
Derivative finanzielle Vermögenswerte	1,7	0,0	1,7	0,0	0,0	0,0
Gesamt	35,0	36,8	71,8	45,7	76,3	122,0

WERTPAPIERE Der in den Wertpapieren enthaltene Buchwert enthält im Wesentlichen Investmentfonds und Anleihen. Die vom Österreichischen Post-Konzern gehaltenen Wertpapiere besitzen ein Investment-Grade-Rating bzw. eine vergleichbare erstklassige Bonität. Investmentfonds werden nur bei international anerkannten Kapitalanlagegesellschaften gehalten.

ANDERE ANTEILE Nach Beendigung der Bilanzierung des 25 %-Anteils an der Aras Kargo a. s. nach der Equity-Methode wird der Anteil als finanzieller Vermögenswert nach IAS 39 erfasst. Der Zugang per Ende Dezember 2016 erfolgt zum beizulegenden Zeitwert.

DERIVATIVE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE Im Geschäftsjahr 2013 hat die Österreichische Post 25 % der Anteile an der Aras Kargo a. s. erworben. Zusätzlich wurde der Österreichischen Post das einseitig ausübbares Recht eingeräumt, im Zeitraum vom 1. April bis zum 30. Juni 2016 weitere 50 % der Anteile von der Familie Aras zu erwerben (Call-Option). Die Option wird zum 31. Dezember 2016 mit Null angesetzt. Siehe dazu Punkt 4.2. Änderungen Konsolidierungskreis.

Angaben zur Ermittlung der Marktwerte erfolgen in Kapitel „Sonstige Angaben“ unter Punkt 10.1 Finanzinstrumente.

9.7 — VORRÄTE

Mio EUR	31.12.2015	31.12.2016
Hilfs- und Betriebsstoffe	11,2	10,4
abzüglich Wertminderungen	-5,1	-4,5
Unfertige Erzeugnisse Bauten	0,0	3,9
Handelswaren	12,4	10,4
abzüglich Wertminderungen	-2,5	-2,1
	15,9	18,1

Bei den Unfertigen Erzeugnissen Bauten handelt es sich um die Entwicklung der Immobilie Neutorgasse 7, 1010 Wien, die von der Österreichischen Post als Bauträger betrieben wird. Teil dieser Immobilienentwicklung ist die Errichtung von Wohnungen, die in den nächsten Jahren verkauft werden sollen. Mit Erlangung der Baubewilligung im vierten Quartal 2016 wurde der auf die Wohnungen entfallende Anteil von den als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien in das Vorratsvermögen umgegliedert.

9.8 — FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN UND SONSTIGE FORDERUNGEN

Mio EUR	31.12.2015			31.12.2016		
	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	211,8	0,0	211,8	200,4	0,0	200,4
Forderungen gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	1,5	0,4	2,0	1,4	1,4	2,8
Andere sonstige Forderungen	75,5	11,0	86,4	74,8	13,2	88,0
	288,8	11,4	300,2	276,6	14,6	291,2

In den Forderungen gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen sind im Wesentlichen nachrangige Gesellschafterdarlehen inklusive aufgelaufener Zinsen in Höhe von 1,5 Mio EUR gegenüber der AEP GmbH (31.12.2015: EUR 1,4 Mio EUR) sowie ein Gesellschafterdarlehen gegenüber der sendhybrid ÖPBD GmbH in Höhe von 1,0 Mio EUR enthalten.

In den anderen sonstigen Forderungen sind zum 31. Dezember 2016 unverändert zum Vorjahr Rückforderungsansprüche aus in Vorperioden bezahlten Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung der Beamten in Höhe von 28,2 Mio EUR enthalten. Weiterführende Informationen sind unter Punkt 7.4 Rückforderung von Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung der Beamten enthalten.

Zur Darstellung der Wertberichtigungen der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Forderungen verweisen wir auf Punkt 10.1 Finanzinstrumente.

9.9 — ZAHLUNGSMITTEL UND ZAHLUNGSMITTELÄQUIVALENTE

Mio EUR	31.12.2015	31.12.2016
Guthaben bei Kreditinstituten	36,2	97,6
Kurzfristige Veranlagungen (Termingelder)	260,1	175,9
Kassenbestand	3,2	4,3
	299,6	277,8

Der Finanzmittelbestand, wie er im Konzern-Cashflow-Statement dargestellt wird, kann auf den Posten Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente in der Konzernbilanz wie folgt übergeleitet werden:

Mio EUR	31.12.2015	31.12.2016
Finanzmittelbestand	300,1	278,0
In den zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten enthaltene Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-0,5	-0,2
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	299,6	277,8

9.10 — ZUR VERÄUSSERUNG GEHALTENE VERMÖGENSWERTE UND SCHULDEN

POSTMASTER S.R.L. Im dritten Quartal 2016 hat die Österreichische Post einen Plan zur Veräußerung des rumänischen Tochterunternehmens PostMaster s.r.l., Bukarest, (Segment Brief, Werbepost & Filialen) beschlossen und einen entsprechenden Verkaufsprozess gestartet. Ein Vertrag zur Veräußerung sämtlicher Anteile an der Gesellschaft wurde bereits abgeschlossen und der Erwerb liegt derzeit zur Prüfung bei den rumänischen Behörden. Der Abschluss der Transaktion wird für 2017 erwartet, weshalb die Gesellschaft als Veräußerungsgruppe im Sinn des IFRS 5 eingestuft und entsprechend gesondert in der Bilanz ausgewiesen wird. Im Zuge der initialen Umgliederung der Vermögenswerte als zur Veräußerung gehalten waren Wertminderungen in Höhe von insgesamt 0,1 Mio EUR zu erfassen.

Die Vermögenswerte und Schulden der Veräußerungsgruppe stellen sich zum 31. Dezember 2016 wie folgt dar:

Mio EUR	31.12.2016
Langfristiges Vermögen	
Immaterielle Vermögenswerte	0,2
Sachanlagen	0,2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	0,1
Kurzfristiges Vermögen	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	1,6
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	0,2
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	2,4
Kurzfristige Schulden	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	0,9
Schulden iZm zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	0,9

TRANS-O-FLEX Die im Vorjahr als Zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden der trans-o-flex (Segment Paket & Logistik) wurden im Geschäftsjahr 2016 veräußert. Siehe dazu unter Punkt 4.2 Änderungen im Konsolidierungskreis.

9.11 — EIGENKAPITAL

EIGENKAPITALBESTANDTEILE Das Grundkapital der Österreichischen Post AG beträgt 337,8 Mio EUR. Das Grundkapital ist in 67.552.638 Stück auf Inhaber lautende stimm- und gewinnberechtigte Aktien mit einem Nennwert in Höhe von 5,00 EUR geteilt.

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 15. April 2015 wurde der Vorstand der Österreichischen Post AG zur Schaffung eines neuen Genehmigten Kapitals ermächtigt und die Satzung der Österreichischen Post AG wurde entsprechend angepasst. Mit Zustimmung des Aufsichtsrates kann das Grundkapital somit während einer Geltungsdauer von fünf Jahren bis 14. April 2020 im Ausmaß von bis zu EUR 33.776.320,00 durch Ausgabe von bis zu 6.755.264 Stück neuen auf Inhaber lautenden Stückaktien erhöht werden. Weiters wurde in der Hauptversammlung die bedingte Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft um bis zu EUR 16.888.160,00 zur Ausgabe von bis zu 3.377.632 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien an (i) Gläubiger von Finanzinstrumenten sowie (ii) zum Zweck der Einräumung von Aktienoptionen an Arbeitnehmer und leitende Angestellte der Österreichischen Post AG oder eines verbundenen Unternehmens beschlossen.

Der Vorstand wurde weiters ermächtigt, ab 15. April 2015 während einer Geltungsdauer von 30 Monaten eigene Aktien im Ausmaß von bis zu 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben.

Die Anzahl der im Umlauf befindlichen dividendenberechtigten Aktien hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Stück
Stand am 1. Jänner 2016	67.552.638
Stand am 31. Dezember 2016	67.552.638
Gewichteter Durchschnitt der Aktien im Geschäftsjahr 2016	67.552.638

Hauptaktionärin der Österreichischen Post AG auf Basis der im Umlauf befindlichen Aktien ist mit einem Anteil von 52,85 % die Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH, Wien.

Die Kapitalrücklagen resultieren aus Einzahlungen und Einlagen durch die Aktionäre. Die in der Entwicklung des Eigenkapitals des Konzerns dargestellten Kapitalrücklagen entsprechen jenen des Einzelabschlusses der Österreichischen Post AG.

Die Gewinnrücklagen des Konzerns umfassen die gesetzlichen und freien Rücklagen der Österreichischen Post AG sowie die um Gewinnausschüttungen verminderten erwirtschafteten Ergebnisse des Konzerns. Außerdem sind darin im Eigenkapital zu erfassende Beträge aus Änderungen an der Beteiligungsquote an Tochterunternehmen, die nicht zu einem Verlust der Beherrschung führen, sowie die Umgliederung von Rücklagen aus der Neubewertung von leistungsorientierten Verpflichtungen von entkonsolidierten Unternehmen enthalten.

Die anderen Rücklagen beinhalten Rücklagen aus der Neubewertung von leistungsorientierten Verpflichtungen, aus der Marktbewertung von Finanzinstrumenten sowie Währungsumrechnungsrücklagen: Die Rücklage aus der Neubewertung von leistungsorientierten Verpflichtungen stammt aus Anpassungen und Änderungen von versicherungsmathematischen Annahmen, deren Effekte im sonstigen Ergebnis erfasst werden. Die Marktbewertung von Finanzinstrumenten umfasst Zeitwertänderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten. Gewinne und Verluste aus Änderungen des Marktwerts werden ergebnisneutral und nach Steuern in der Rücklage erfasst. Die Währungsumrechnungsrücklagen enthalten alle Kursdifferenzen, die aus der Umrechnung der in ausländischer Währung aufgestellten Jahresabschlüsse von Tochterunternehmen und von nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen entstanden sind.

Die nicht beherrschenden Anteile beziehen sich auf die M&BM Express OOD.

Das Periodenergebnis des Geschäftsjahres 2016 beträgt 152,7 Mio EUR (2015: 71,6 Mio EUR). Das den Aktionären des Mutterunternehmens zurechenbare Periodenergebnis beträgt 152,7 Mio EUR (2015: 71,4 Mio EUR). Die Basis für die Gewinnverteilung ist entsprechend dem österreichischen Aktiengesetz der Jahresabschluss der Österreichischen Post AG zum 31. Dezember 2016. Der darin ausgewiesene ausschüttungsfähige Bilanzgewinn beträgt 236,8 Mio EUR (2015: 131,8 Mio EUR).

Für das Geschäftsjahr 2016 ist gemäß Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands eine Ausschüttung von insgesamt 135,1 Mio EUR (Basisdividende von 2,00 EUR je Aktie) (2015: 131,7 Mio EUR, Basisdividende von 1,95 EUR je Aktie) vorgesehen.

KAPITALMANAGEMENT Das Kapitalmanagement des Konzerns zielt auf eine für die Einhaltung der Wachstums- und Akquisitionsziele sowie für die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswerts angemessene Kapitalstruktur ab.

Im Rahmen seiner Dividendenpolitik beabsichtigt der Österreichische Post-Konzern für die kommenden Jahre, unter der Voraussetzung, dass sich die Geschäftsentwicklung weiterhin erfolgreich fortsetzt und keine außergewöhnlichen Umstände auftreten, eine Ausschüttungsquote von zumindest 75 % des den Aktionären des Mutterunternehmens zurechenbaren Periodenergebnisses.

Bei einer Bilanzsumme von 1.541,8 Mio EUR zum 31. Dezember 2016 (31.12.2015: 1.613,0 Mio EUR) beträgt die Eigenkapitalquote zum 31. Dezember 2016 43,5 % (31.12.2015: 39,8 %).

9.12 — RÜCKSTELLUNGEN

Mio EUR	31.12.2015			31.12.2016		
	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt
Rückstellungen für Abfertigungen	2,2	94,4	96,5	2,5	101,0	103,6
Rückstellungen für Jubiläumsgelder	5,0	84,9	90,0	6,4	86,0	92,4
Andere Rückstellungen für Mitarbeiter	106,8	175,2	282,0	95,6	163,3	259,0
Sonstige Rückstellungen	46,6	1,4	48,1	29,8	18,6	48,4
	160,7	355,9	516,6	134,3	369,0	503,3

9.12.1 RÜCKSTELLUNGEN FÜR ABFERTIGUNGEN, PENSIONEN UND JUBILÄUMSGELDER

GESCHÄFTSJAHR 2015

Mio EUR	Abfertigungen	Pensionen	Jubiläumsgelder	Gesamt
Barwert der Verpflichtung am 1. Jänner 2015	104,6	2,7	91,7	199,1
Zugang aus Unternehmenserwerben	0,1	0,0	0,0	0,1
Dienstzeitaufwand	5,7	0,0	4,8	10,4
Zinsaufwand	2,0	0,1	1,7	3,8
Versicherungsmathematische Gewinne (–) und Verluste (+) aus der Veränderung demographischer Annahmen	0,1	0,0	–0,2	–0,1
Versicherungsmathematische Gewinne (–) und Verluste (+) aus der Veränderung finanzieller Annahmen	–6,5	0,0	2,5	–4,1
Erfahrungsbedingte Berichtigungen	0,4	0,0	–4,4	–4,0
Tatsächliche Zahlungen	–9,9	–0,1	–4,7	–14,6
Abgang aufgrund Änderung von Betriebsvereinbarungen	0,0	0,0	–1,5	–1,5
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten	0,0	–2,6	0,0	–2,6
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember 2015	96,5	0,0	90,0	186,5

GESCHÄFTSJAHR 2016

Mio EUR	Abfertigungen	Pensionen	Jubiläumsgelder	Gesamt
Barwert der Verpflichtung am 1. Jänner 2016	96,5	0,0	90,0	186,5
Dienstzeitaufwand	5,0	0,0	4,9	9,9
Zinsaufwand	2,2	0,0	1,9	4,1
Versicherungsmathematische Gewinne (–) und Verluste (+) aus der Veränderung demographischer Annahmen	0,0	0,0	–0,1	0,0
Versicherungsmathematische Gewinne (–) und Verluste (+) aus der Veränderung finanzieller Annahmen	9,4	0,0	4,6	14,0
Erfahrungsbedingte Berichtigungen	0,0	0,0	–4,4	–4,4
Tatsächliche Zahlungen	–9,6	0,0	–4,5	–14,1
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember 2016	103,6	0,0	92,4	196,0

Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste sind aus den unter Punkt 6.16 beschriebenen Parameteranpassungen von Rechnungszinssatz, Gehaltssteigerung und Fluktuationsabschlag entstanden. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste für Abfertigungen und Pensionen werden im sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung enthaltene Aufwand für Abfertigungen, Pensionen und Jubiläumsgelder wird bis auf den Zinsaufwand, der im Finanzergebnis dargestellt wird, im Personalaufwand ausgewiesen.

9.12.2 ANDERE RÜCKSTELLUNGEN FÜR MITARBEITER

GESCHÄFTSJAHR 2015

Mio EUR	Unterauslastung	Sonstige personalbezogene Rückstellungen	Gesamt
Stand am 1. Jänner 2015	194,3	107,6	301,9
Umgliederung	-7,8	0,0	-7,8
Neubildung	27,7	66,3	94,0
Verwendung	-23,2	-62,3	-85,5
Auflösung	-10,7	-7,7	-18,4
Aufzinsung	2,8	0,2	3,0
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten	0,0	-5,1	-5,1
Stand am 31. Dezember 2015	183,2	98,8	282,0

GESCHÄFTSJAHR 2016

Mio EUR	Unterauslastung	Sonstige personalbezogene Rückstellungen	Gesamt
Stand am 1. Jänner 2016	183,2	98,9	282,0
Umgliederung	-6,2	0,0	-6,2
Neubildung	25,5	69,5	95,0
Verwendung	-22,7	-65,2	-87,9
Auflösung	-13,8	-11,9	-25,7
Aufzinsung	1,7	0,0	1,7
Stand am 31. Dezember 2016	167,6	91,4	259,0

RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNTERAUSLASTUNG Zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Rückstellung für Unterauslastung verweisen wir auf Punkt 6.17 Rückstellungen für Unterauslastung.

In den Vorjahren wurde in der Entwicklung der Rückstellung für Unterauslastung Neubildung und Auflösung gesondert dargestellt. Diese Werte ergaben sich aus einer Betrachtung auf Mitarbeiterenebene. Nunmehr erfolgt für jene Teile der Rückstellung, die unter Verwendung eines durchschnittlichen Unterauslastungsgrades bzw. durchschnittlichen Fluktuationsabschlages ermittelt werden, eine saldierte Betrachtung von Neubildung und Auflösung. Diese Darstellung der Entwicklung entspricht der Systematik der Berechnung der Rückstellung.

Insgesamt ergab sich im Geschäftsjahr 2016 eine Auflösung in Höhe von 13,8 Mio EUR, die im Wesentlichen auf einen Rückgang der im Post-Arbeitsmarkt befindlichen Mitarbeiter zurückzuführen ist. Darin enthalten ist auch eine Neubildung der Rückstellung aufgrund des gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Rechnungszinssatzes in Höhe von 9,0 Mio EUR. Die Verwendung betrifft die laufenden Zahlungen an die rückgestellten Mitarbeiter und lag auf dem Niveau des Vorjahres. Die Neubildung in Höhe von 25,5 Mio EUR ergab sich insbesondere aus vermehrten Anträgen von Beamten auf ein Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit sowie auf Aufnahmen in das Programm zum möglichen Ressortwechsel. Die Umgliederung in Höhe von 6,2 Mio EUR (2015: 7,8 Mio EUR) betrifft ebenfalls die Rückstellung für Ressortwechsel. Nach der endgültigen Übernahme von Mitarbeitern durch ein Bundesministerium sind die gebildeten Vorsorgen in die Verbindlichkeiten umzugliedern.

SONSTIGE PERSONALBEZOGENE RÜCKSTELLUNGEN Die sonstigen personalbezogenen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Vorsorgen für Erfolgsbeteiligungen und Leistungsprämien, Vorsorgen für Leistungen an Mitarbeiter, die das Unternehmen verlassen (Überbrückungsmodell gemäß Sozialplan, Programme mit freiwilligen Abfertigungsangeboten) sowie Rückstellungen für Restrukturierungen.

Die Neubildung in Höhe von 69,5 Mio EUR (2015: 66,3 Mio EUR) betrifft überwiegend die Dotierung für Erfolgsbeteiligungen und Leistungsprämien (2016: 44,1 Mio EUR; 2015: 48,8 Mio EUR) sowie Programme mit freiwilligen Abfertigungsangeboten (2016: 19,7 Mio EUR; 2015: 12,2 Mio EUR). Weiters waren Rückstellungen für Restrukturierungen in Höhe von insgesamt 2,5 Mio EUR (2015: 2,5 Mio EUR) für geplante Personalanpassungen neu zu bilden. Davon entfielen auf das Segment Brief, Werbepost & Filialen 2,5 Mio EUR (2015: 1,6 Mio EUR) und auf das Segment Paket & Logistik 0,0 Mio EUR (2015: 0,9 Mio EUR). 0,6 Mio EUR der Rückstellungen für Restrukturierungen im Segment Brief, Werbepost & Filialen wurden aufgelöst (2015: 1,4 Mio EUR Segment Paket und Logistik).

Die Verwendung in Höhe von 65,2 Mio EUR betrifft Auszahlungen von Erfolgsbeteiligungen und Leistungsprämien (2016: 43,2 Mio EUR; 2015: 46,5 Mio EUR) und Auszahlungen aus Programmen mit freiwilligen Abfertigungsangeboten (2016: 9,3 Mio EUR; 2015: 0,0 Mio EUR) sowie das sich im Auslaufen befindliche Überbrückungsmodell gemäß Sozialplan (2016: 8,8 Mio EUR; 2015: 12,2 Mio EUR).

Die Auflösung betrifft mit 5,3 Mio EUR die in Vorjahren gebildete Rückstellung aus dem Thema Vorrückungstichtag. Siehe dazu unter Punkt 7.3 Anrechnung von Vordienstzeiten für beamtete Mitarbeiter.

9.12.3 SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

GESCHÄFTSJAHR 2015

Mio EUR

Stand am 1. Jänner 2015			39,5
Umgliederung			0,9
Neubildung			18,3
Verwendung			-3,2
Auflösung			-2,2
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten			-5,2
Stand am 31. Dezember 2015			48,1

GESCHÄFTSJAHR 2016

Mio EUR

Stand am 1. Jänner 2016			48,1
Veränderung Konsolidierungskreis			-0,1
Neubildung			11,2
Verwendung			-8,9
Auflösung			-2,0
Stand am 31. Dezember 2016			48,4

Die sonstigen Rückstellungen enthalten eine Vorsorge für ungewisse Verbindlichkeiten aus Abgaben und Beiträgen in Höhe von 22,7 Mio EUR (2015: 27,9 Mio EUR) sowie Aufwendungen für etwaige Ersatzleistungen (2016: 5,2 Mio EUR; 2015: 5,2 Mio EUR). Weiterführende Informationen dazu sind unter Punkt 7.4 Rückforderung von Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung der Beamten enthalten.

Weiters enthalten die sonstigen Rückstellungen Vorsorgen für Prozesskosten, Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwand sowie für Schadensfälle.

9.13 — ANDERE FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN

Mio EUR	31.12.2015			31.12.2016		
	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7,6	0,3	7,9	1,4	0,0	1,4
Verbindlichkeiten Finanzierungsleasing	0,5	4,2	4,7	0,5	3,7	4,2
	8,1	4,5	12,6	1,8	3,7	5,6

9.14 — VERBINDLICHKEITEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN UND SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN

Mio EUR	31.12.2015			31.12.2016		
	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	177,3	0,1	177,4	187,5	0,1	187,6
Verbindlichkeiten gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	1,3	0,0	1,3	3,1	0,0	3,1
Andere sonstige Verbindlichkeiten	154,5	23,6	178,1	144,1	21,5	165,6
	333,2	23,7	356,8	334,6	21,6	356,3

Die anderen sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 165,6 Mio EUR enthalten neben Verbindlichkeiten gegenüber Steuerbehörden und Sozialversicherungsträgern in Höhe von 54,3 Mio EUR (31.12.2015: 63,1 Mio EUR) auch Verbindlichkeiten für nicht konsumierte Urlaube in Höhe von 32,4 Mio EUR (31.12.2015: 33,6 Mio EUR) und erhaltene Vorauszahlungen für noch nicht erbrachte Leistungen in Höhe von 19,4 Mio EUR (31.12.2015: 20,4 Mio EUR).

9.15 — ERTRAGSTEUERN

Mio EUR	2015	2016
Laufender Steueraufwand	53,3	40,9
Steuerbeträgen/-nachzahlungen für Vorjahre	1,2	-9,7
Latenter Steueraufwand/-ertrag	-35,0	17,6
	19,5	48,8

Im Geschäftsjahr verwertbare Verlustvorträge, für die gemäß den Regelungen des IAS 12.34ff im Vorjahr keine latenten Steuerforderungen angesetzt werden konnten, führten in 2016 zu keiner Reduktion des laufenden Steueraufwandes (2015: 1,6 Mio EUR).

STEUERÜBERLEITUNGSRECHNUNG Die Konzernsteuerquote ist als das Verhältnis von erfasstem Ertragsteueraufwand zum Ergebnis vor Ertragsteuern definiert und beträgt im Geschäftsjahr 2016 24,2 % (2015: 21,4 %).

Die Überleitung der rechnerischen Ertragsteuern zum erfassten Ertragsteueraufwand stellt sich wie folgt dar:

Mio EUR	2015	2016
Ergebnis vor Ertragsteuern	91,0	201,5
Rechnerische Ertragsteuer	22,8	50,4
Steuerminderung aufgrund von		
Teilwertabschreibung Tochtergesellschaften	-38,8	-1,1
Anpassung an ausländische Steuersätze	-4,4	-0,4
Konsolidierungskreisänderungen	0,0	-1,4
Nicht steuerwirksam übernommene Gewinne (nach der Equity-Methode)	-0,3	-0,2
Veräußerung Anlagevermögen	-0,1	0,0
Übrige steuermindernde Posten	-2,9	-3,9
	-46,5	-7,1
Steuerermehrung aufgrund von		
Wertminderung auf Geschäfts- oder Firmenwert	15,2	0,3
Zuschreibung Tochtergesellschaften	1,2	0,1
Übrige steuermehrende Posten	7,0	2,0
	23,4	2,4
Ertragsteueraufwand der Periode	-0,3	45,7
Anpassung tatsächlicher Ertragsteuern aus Vorjahren	1,2	-9,7
Anpassung latenter Steueraufwand/-ertrag aus Vorjahren	0,0	4,9
Veränderung nicht gebildeter aktiver latenter Steuern	18,5	7,9
Erfasster Ertragsteueraufwand	19,5	48,8

Die Anpassung der Ertragsteuern aus Vorjahren ist im Wesentlichen auf die Neueinschätzung zur steuerlichen Abzugsfähigkeit von Sozialplanzahlungen im Sinne des Abgabenänderungsgesetzes 2014 zurückzuführen.

Angaben zu latenten Steueransprüchen und latenten Steuerschulden

Temporäre Unterschiede zwischen den Wertansätzen im Konzernabschluss und dem jeweiligen steuerlichen Wertansatz wirken sich wie folgt auf die in der Bilanz ausgewiesenen latenten Steuern aus:

Mio EUR	31.12.2015	31.12.2016
Aktive latente Steuern auf temporäre Differenzen		
Geschäfts- oder Firmenwerte	1,0	0,7
Kundenbeziehungen	0,3	0,5
Markenrechte	0,2	0,2
Sachanlagen	1,0	0,1
Finanzanlagen (steuerliche Teilwertabschreibungen)	66,6	51,8
Forderungen	0,5	0,3
Rückstellungen	27,1	26,0
Verbindlichkeiten	0,9	1,1
	97,6	80,7
Passive latente Steuern auf temporäre Differenzen		
Geschäfts- oder Firmenwerte	-0,2	-0,2
Kundenbeziehungen	-0,7	-0,5
Markenrechte	-0,1	-0,1
Andere immaterielle Vermögenswerte	0,0	-0,3
Sachanlagen	-7,3	-2,7
Andere Finanzanlagen	-0,1	-1,5
Vorräte	-0,1	-0,5
Verbindlichkeiten	-0,2	0,0
	-8,6	-5,8
Latente Steuern auf Verlustvorträge	4,0	0,5
abzüglich: Umgliederung als zur Veräußerung gehalten	-1,2	0,0
Latente Steuern – Netto	92,0	75,5

Der Ausweis der Latenten Steuern – Netto erfolgt in der Konzernbilanz wie folgt:

Mio EUR	31.12.2015	31.12.2016
Erfassung in der Konzernbilanz		
Latente Steueransprüche	92,9	76,4
Latente Steuerverbindlichkeiten	-0,9	-0,9
Latente Steuern – Netto	92,0	75,5

Die Entwicklung der latenten Steuern und die Aufteilung der Veränderungen in ergebniswirksame und ergebnisneutrale Komponenten werden in folgender Tabelle dargestellt:

Mio EUR	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern
Stand am 1. Jänner 2015	68,6	8,3
Ergebniswirksame Veränderungen	27,1	-7,9
Ergebnisneutrale Veränderungen		
Zur Veräußerung gehaltene Wertpapiere	-0,2	0,0
Neubewertung von leistungsorientierten Verpflichtungen	-1,5	0,0
Zugang aus Unternehmenserwerben	0,0	0,5
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten	-1,2	0,0
	-2,8	0,5
Stand am 31. Dezember 2015	92,9	0,9
Stand am 1. Jänner 2016	92,9	0,9
Ergebniswirksame Veränderungen	-17,5	0,0
Ergebnisneutrale Veränderungen		
Zur Veräußerung gehaltene Wertpapiere	-1,4	0,0
Neubewertung von leistungsorientierten Verpflichtungen	2,4	0,0
	1,0	0,0
Stand am 31. Dezember 2016	76,4	0,9

Folgende temporäre Differenzen wurden nicht erfasst, da es nicht wahrscheinlich ist, dass künftig ein zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird. Die zeitliche Verteilung der Vortragsfähigkeit stellt sich wie folgt dar:

Mio EUR	31.12.2015	31.12.2016
Nicht erfasste temporäre Differenzen		
Aus: Verlustvorträgen	254,1	27,1
davon Restlaufzeit < 2 Jahre	0,0	0,0
davon Restlaufzeit 3–4 Jahre	0,0	0,0
davon Restlaufzeit 5–6 Jahre	0,0	0,0
davon Restlaufzeit > 6 Jahre	0,0	0,6
davon Restlaufzeit unbegrenzt	254,1	26,4
Aus: Sonstigen temporären Differenzen	40,0	0,0
	294,1	27,1

Die signifikante Reduktion der nicht verwertbaren Verlustvorträge im Geschäftsjahr 2016 steht in Zusammenhang mit dem Abgang der Veräußerungsgruppe trans-o-flex.

Temporäre Differenzen in Höhe von 36,3 Mio EUR (31.12.2015: 51,0 Mio EUR), die im Zusammenhang mit Anteilen an Tochterunternehmen (Outside-Basis-Differences) stehen, wurden nicht angesetzt, da sich diese temporären Differenzen in absehbarer Zeit wahrscheinlich nicht umkehren werden.

10 — FINANZINSTRUMENTE UND DAMIT VERBUNDENE RISIKEN

10.1 — FINANZINSTRUMENTE

10.1.1 FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERBINDLICHKEITEN

Die folgenden Tabellen zeigen die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nach den Bewertungskategorien des IAS 39 sowie die Einstufung nach der Fair-Value-Hierarchie:

31. DEZEMBER 2015

Mio EUR	Stufe	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert	Zur Veräußerung verfügbar	Kredite und Forderungen	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Gesamt
Finanzielle Vermögenswerte						
Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert						
Wertpapiere	1	0,0	57,2	0,0	0,0	57,2
Andere Anteile	3	0,0	12,9	0,0	0,0	12,9
Derivative finanzielle Vermögenswerte	3	1,7	0,0	0,0	0,0	1,7
		1,7	70,1	0,0	0,0	71,8
Folgebewertung nicht zum beizulegenden Zeitwert						
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	–	0,0	0,0	211,8	0,0	211,8
Forderungen gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	–	0,0	0,0	2,0	0,0	2,0
Sonstige Forderungen ¹	–	0,0	0,0	15,6	0,0	15,6
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	–	0,0	0,0	299,6	0,0	299,6
		0,0	0,0	528,9	0,0	528,9
Finanzielle Verbindlichkeiten						
Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert						
Bedingte Restkaufpreisverbindlichkeiten	3	2,3	0,0	0,0	0,0	2,3
		2,3	0,0	0,0	0,0	2,3
Folgebewertung nicht zum beizulegenden Zeitwert						
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	–	0,0	0,0	0,0	12,6	12,6
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	–	0,0	0,0	0,0	177,4	177,4
Verbindlichkeiten gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	–	0,0	0,0	0,0	1,3	1,3
Andere Verbindlichkeiten ²	–	0,0	0,0	0,0	44,5	44,5
		0,0	0,0	0,0	235,9	235,9

¹ Exklusive geleisteter Vorauszahlungen und Forderungen gegenüber Steuerbehörden und Sozialversicherungsträgern

² Exklusive erhaltener Vorauszahlungen und Verbindlichkeiten gegenüber Steuerbehörden und Sozialversicherungsträgern sowie nicht konsumierter Urlaube

31. DEZEMBER 2016

Mio EUR	Stufe	Erfolgs- wirksam zum beizulegenden Zeitwert	Zur Veräußerung verfügbar	Kredite und Forderungen	Zu fort- geführten Anschaffungs- kosten bewertet	Gesamt
Finanzielle Vermögenswerte						
Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert						
Wertpapiere	1	0,0	60,9	0,0	0,0	60,9
Andere Anteile	3	0,0	61,1	0,0	0,0	61,1
		0,0	122,0	0,0	0,0	122,0
Folgebewertung nicht zum beizulegenden Zeitwert						
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	–	0,0	0,0	200,4	0,0	200,4
Forderungen gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	–	0,0	0,0	2,8	0,0	2,8
Sonstige Forderungen ¹	–	0,0	0,0	13,5	0,0	13,5
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	–	0,0	0,0	277,8	0,0	277,8
		0,0	0,0	494,4	0,0	494,4
Finanzielle Verbindlichkeiten						
Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert						
Bedingte Restkaufpreisverbindlichkeiten	3	2,1	0,0	0,0	0,0	2,1
		2,1	0,0	0,0	0,0	2,1
Folgebewertung nicht zum beizulegenden Zeitwert						
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	–	0,0	0,0	0,0	5,6	5,6
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	–	0,0	0,0	0,0	187,6	187,6
Verbindlichkeiten gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	–	0,0	0,0	0,0	3,1	3,1
Andere Verbindlichkeiten ²	–	0,0	0,0	0,0	54,3	54,3
		0,0	0,0	0,0	250,6	250,6

¹ Exklusive geleisteter Vorauszahlungen und Forderungen gegenüber Steuerbehörden und Sozialversicherungsträgern

² Exklusive erhaltener Vorauszahlungen und Verbindlichkeiten gegenüber Steuerbehörden und Sozialversicherungsträgern sowie nicht konsumierter Urlaube

Die folgende Tabelle zeigt die Gegenüberstellung von Buchwert und beizulegendem Zeitwert der anderen finanziellen Verbindlichkeiten:

Mio EUR	31.12.2015		31.12.2016	
	Buchwert	Marktwert	Buchwert	Marktwert
Andere finanzielle Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7,9	7,6	1,4	1,4
Verbindlichkeiten Finanzierungsleasing	4,7	4,7	4,2	4,2
	12,6	12,3	5,6	5,6

Bei allen anderen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wird aufgrund der überwiegenden Kurzfristigkeit dieser Posten unterstellt, dass die Buchwerte den beizulegenden Zeitwerten entsprechen.

10.1.2 ANGABEN ZUR ERMITTLUNG DER BEIZULEGENDEN ZEITWERTE

Die folgende Tabelle zeigt die bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte verwendeten Bewertungsverfahren und Inputfaktoren:

Stufe	Finanzinstrumente	Bewertungsverfahren	Inputfaktoren
FOLGEBEWERTUNG ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT			
1	Wertpapiere	Marktwertorientiert	Nominalwerte, Börsenpreis
3	Andere Anteile	Marktwertorientiert bzw. kapitalwertorientiert	Multiples vergleichbarer Unternehmen; Planungsrechnungen und darauf basierte wahrscheinlichkeitsgewichtete Szenarien; risikogewichtete Abzinsungssätze (WACC)
3	Derivative finanzielle Vermögenswerte	Kapitalwertorientiert	Planungsrechnungen und darauf basierende wahrscheinlichkeitsgewichtete Szenarien; risikogewichtete Abzinsungssätze (WACC)
3	Bedingte Restkaufpreisverbindlichkeiten	Kapitalwertorientiert	Planungsrechnungen und darauf basierende wahrscheinlichkeitsgewichtete Szenarien; Abzinsungssätze
FOLGEBEWERTUNG NICHT ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT			
3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	–	Buchwerte als realistische Schätzung des beizulegenden Zeitwerts
3	Andere finanzielle Verbindlichkeiten	Kapitalwertorientiert	Mit den Finanzinstrumenten verbundene Zahlungen, Marktzinssätze vergleichbarer Finanzierungen
3	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	–	Buchwerte als realistische Schätzung des beizulegenden Zeitwerts

Wesentliche Sensitivitäten in der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Stufe-3-Finanzinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert angesetzt sind, können sich aus der Veränderung der zugrunde liegenden Marktdaten vergleichbarer Unternehmen sowie der in der Kapitalwertermittlung angesetzten Inputfaktoren (insbesondere Diskontierungssätze und Planungsdaten) ergeben.

Während der Berichtsperiode wurden keine Transfers zwischen den Stufen 1, 2 und 3 vorgenommen.

Die folgenden Tabellen zeigen die Überleitung der Stufe-3-Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten für die Geschäftsjahre 2015 und 2016:

FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

Mio EUR	2015	2016
Anfangsbestand 1. Jänner	13,9	14,6
Gesamte Gewinne und Verluste		
Erfolgswirksam in der Position sonstige Aufwendungen erfasst	0,0	-1,7
Erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis erfasst	0,7	4,7
Zugänge	0,0	43,5
Endbestand 31. Dezember	14,6	61,1

Der im Geschäftsjahr 2016 erfasste Verlust betrifft den derivativen Vermögenswert Call-Option Aras Kargo a. s., der zum 31. Dezember 2016 mit Null angesetzt wurde (siehe dazu Punkt 9.6 Andere finanzielle Vermögenswerte). Der im sonstigen Ergebnis erfasste Gewinn betrifft die Folgebewertung der indirekt an der BAWAG P.S.K. gehaltenen Anteile. Die Zugänge im Geschäftsjahr 2016 resultieren im Wesentlichen aus dem Zugang des Anteils an der Aras Kargo a. s. als finanzieller Vermögenswert (siehe dazu Punkt 4.2. Änderungen im Konsolidierungskreis).

FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN

Mio EUR	2015	2016
Anfangsbestand 1. Jänner	0,2	2,3
Gesamte Gewinne und Verluste		
Erfolgswirksam in der Position sonstige Erträge erfasst	-0,1	-0,1
Zugänge aus Unternehmenserwerben	2,3	0,6
Abgang durch Tilgung	0,0	-0,5
Umgliederung in die Gewinnrücklage	0,0	-0,2
Endbestand 31. Dezember	2,3	2,1

Die Zugänge im Geschäftsjahr 2016 stammen aus der im Zusammenhang mit dem Erwerb des 30 %-Anteils am assoziierten Unternehmen ACL advanced commerce labs GmbH erfassten Verbindlichkeit. Die Zahlungen betreffen die Kaufpreiszahlung 2016 für die im Geschäftsjahr 2015 erworbenen Anteile an der EMD GmbH. Die Umgliederung in die Gewinnrücklage resultiert aus dem Erwerb der restlichen Anteile an der Aktionsfinder GmbH (siehe dazu Punkt 4.2 Änderungen im Konsolidierungskreis).

10.1.3 SALDIERTE FINANZINSTRUMENTE

Aufrechnungen im Sinn des IFRS 7 finden im Österreichischen Post-Konzern im Wesentlichen nur mit internationalen Postbetreibern statt, wobei die aufrechenbaren und entsprechend saldiert ausgewiesenen Beträge unwesentlich sind.

10.1.4 ANGABEN ZUR GESAMTERGEBNISRECHNUNG

Die folgende Tabelle zeigt die in der Gesamtergebnisrechnung enthaltenen Nettogewinne und -verluste aus Finanzinstrumenten für die Geschäftsjahre 2015 und 2016:

Mio EUR	2015			2016		
	Gewinn- und Verlustrechnung	Sonstiges Ergebnis	Gesamt	Gewinn- und Verlustrechnung	Sonstiges Ergebnis	Gesamt
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert						
Ergebnis aus dem Abgang	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1
Ergebnis aus der Folgebewertung	0,0	0,0	0,0	-1,7	0,0	-1,7
	0,0	0,0	0,0	-1,6	0,0	-1,6
Zur Veräußerung verfügbar						
Ergebnis aus dem Abgang	-0,3	0,2	-0,1	0,0	0,0	0,0
Ergebnis aus der Folgebewertung	0,0	0,7	0,7	0,0	5,4	5,4
	-0,3	0,9	0,6	0,0	5,4	5,4
Kredite und Forderungen						
Ergebnis aus der Folgebewertung	-10,5	0,0	-10,5	-4,4	0,0	-4,4
	-10,7	0,9	-9,9	-6,0	5,4	-0,6

Im Geschäftsjahr 2016 wurden 0,0 Mio EUR (2015: 0,2 Mio EUR) aus dem sonstigen Ergebnis in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Die nach der Effektivzinssatzmethode berechneten Zinserträge und -aufwendungen für finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, mit Ausnahme der erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumente, stellen sich wie folgt dar:

Mio EUR	2015	2016
Zinserträge		
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	2,0	1,2
Andere finanzielle Vermögenswerte	0,3	0,1
	2,3	1,3
Zinsaufwendungen		
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	-1,0	-0,5
	-1,0	-0,5

10.2 — MIT DEN FINANZINSTRUMENTEN VERBUNDENE RISIKEN UND RISIKOMANAGEMENT

10.2.1 DARSTELLUNG DER RISIKOARTEN

Aus den im Österreichischen Post-Konzern eingesetzten Finanzinstrumenten ergeben sich folgende Risiken:

- Ausfallrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Marktrisiken

AUSFALLRISIKEN Die in der Aufstellung der finanziellen Vermögenswerte dargestellten Beträge stellen gleichzeitig das maximale Bonitäts- und Ausfallrisiko dar. Soweit bei den finanziellen Vermögenswerten Ausfallrisiken erkennbar sind, werden diese Risiken durch Wertberichtigungen erfasst.

Das Risiko bei Forderungen kann insgesamt als gering eingeschätzt werden, da die Mehrzahl der Kunden einem Bankeinzugsverfahren zugestimmt hat bzw. in risikobehafteten Fällen Bankgarantien hinterlegt oder Vorauszahlungen geleistet werden. Ferner besteht ein Großteil der offenen Forderungen gegenüber Vertragspartnern bester Bonität.

Zur Begrenzung des Ausfallrisikos bei Wertpapieren werden nur Papiere von Emittenten mit einem Investment-Grade-Rating oder vergleichbarer Bonität angekauft bzw. gehalten. Anteile an Investmentfonds werden nur bei international anerkannten Kapitalanlagegesellschaften gehalten. Besonderes Augenmerk gilt auch der Liquidität und der Abwicklungssicherheit der abgeschlossenen Finanzprodukte. Für Geldmarkttransaktionen bestehen festgelegte Handelslimits.

Die Altersstruktur der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und anderen sonstigen Forderungen, die überfällig, aber nicht wertgemindert sind, zeigt folgendes Bild:

31. DEZEMBER 2015

Mio EUR	Buchwert	Davon nicht einzelwert- berichtigt	Davon:			
			nicht überfällig	1–90 Tage überfällig	91–180 Tage überfällig	mehr als 180 Tage überfällig
Buchwert Brutto						
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	216,1	212,3	170,4	39,1	1,1	1,7
Forderungen gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	2,0	2,0	1,8	0,1	0,0	0,0
Andere sonstige Forderungen	24,2	15,6	14,7	0,6	0,1	0,2
	242,2					
Wertminderung	-12,9					
Buchwert Netto	229,3					

31. DEZEMBER 2016

Mio EUR	Buchwert	Davon nicht einzelwert- berichtigt	Davon:			
			nicht überfällig	1–90 Tage überfällig	91–180 Tage überfällig	mehr als 180 Tage überfällig
Buchwert Brutto						
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	205,5	196,3	178,5	16,5	0,7	0,5
Forderungen gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	2,8	2,8	2,7	0,0	0,0	0,0
Andere sonstige Forderungen	22,2	12,8	11,9	0,5	0,1	0,3
	230,4					
Wertminderung	-13,8					
Buchwert Netto	216,7					

Das Management geht davon aus, dass die ausgewiesenen Forderungen mit einer Überfälligkeit von mehr als 90 Tagen werthaltig sind. Die Einschätzung erfolgt auf Basis des historischen Zahlungsverhaltens und einer eingehenden Analyse des individuellen Kreditrisikos der betroffenen Kunden.

Die folgenden Tabellen zeigen die Entwicklung der Wertminderungen zu Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und anderen sonstigen Forderungen:

31. DEZEMBER 2015

Mio EUR	01.01.2015	Dotierung	Verbrauch	Auflösung	Umgliederung als zur Veräußerung gehalten	31.12.2015
Wertminderungen						
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5,8	3,2	-2,5	-0,6	-1,5	4,3
Forderungen gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	19,9	0,0	-19,9	0,0	0,0	0,0
Andere sonstige Forderungen	13,8	8,2	-1,5	-0,3	-12,0	8,2
	39,5	11,4	-23,9	-0,9	-13,6	12,5

31. DEZEMBER 2016

Mio EUR	01.01.2016	Dotierung	Verbrauch	Auflösung	Umgliederung als zur Veräußerung gehalten	31.12.2016
Wertminderungen						
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4,3	2,0	-0,8	-0,3	-0,1	5,1
Andere sonstige Forderungen	8,2	0,8	-0,1	-0,3	0,0	8,7
	12,5	2,8	-0,9	-0,6	-0,1	13,8

LIQUIDITÄTSRISIKEN Die Aufgabe der Liquiditätssicherung ist es, die Zahlungsfähigkeit des Österreichischen Post-Konzerns jederzeit zu gewährleisten. Basis des Liquiditätsmanagements ist ein Liquiditätsplan, der laufend Soll-Ist-Analysen unterzogen und bei Bedarf angepasst wird. Durch die aktive Steuerung von Zahlungsströmen wird der Zinssaldo optimiert.

Die folgenden Tabellen zeigen die Fälligkeitsanalyse der finanziellen Verbindlichkeiten auf Basis der verbleibenden Restlaufzeiten:

31. DEZEMBER 2015

Mio EUR	Buchwert	Brutto-Cashflow	Restlaufzeiten		
			< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre
Finanzielle Verbindlichkeiten					
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	12,6	13,1	8,5	1,9	2,7
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	177,4	177,4	177,3	0,1	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	1,3	1,3	1,3	0,0	0,0
Andere sonstige Verbindlichkeiten	44,5	44,5	36,0	8,5	0,0
	235,9	236,4	223,2	10,5	2,7

31. DEZEMBER 2016

Mio EUR	Buchwert	Brutto-Cashflow	Restlaufzeiten		
			< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre
Finanzielle Verbindlichkeiten					
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	5,6	5,6	1,9	1,4	2,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	187,6	187,6	187,6	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	3,1	3,1	3,1	0,0	0,0
Andere sonstige Verbindlichkeiten	54,3	54,3	54,3	0,0	0,0
	250,6	250,6	246,9	1,4	2,3

MARKTRISIKEN Marktrisiken umfassen die bestehenden Risiken aus der Änderung von Marktpreisen. Im Österreichischen Post-Konzern bestehen im Wesentlichen Risiken aus der Veränderung von Zinsen und Währungskursen, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können:

ZINSÄNDERUNGSRISIKO Das Zinsänderungsrisiko stellt das Risiko dar, das sich aus der Wertänderung von Finanzinstrumenten oder zinsbedingten Zahlungsströmen infolge von Schwankungen von Marktzinssätzen ergibt. Das Zinsänderungsrisiko beinhaltet das Barwertrisiko bei fest

verzinsten Bilanzposten und das Zahlungsstromrisiko bei variabel verzinsten Bilanzposten. Ein Zinsänderungsrisiko liegt vor allem bei Forderungen und Verbindlichkeiten mit Laufzeiten von über einem Jahr vor. Solche längeren Laufzeiten sind im operativen Bereich nicht von materieller Bedeutung, spielen jedoch bei Finanzinvestitionen in Wertpapiere sowie bei Finanzverbindlichkeiten eine Rolle.

Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos im Finanzbereich orientiert sich am Portfolio-Ansatz. Gesteuert werden grundsätzlich nicht Einzelpositionen, sondern das gesamte Finanzportfolio unter Bedachtnahme auf die jeweilige Grundtransaktion. Zu diesem Zweck werden selektiv auch derivative Instrumente wie Zins-Swaps und Zins-Caps eingesetzt. Zum Berichtszeitpunkt bestehen keine derivativen Finanzpositionen. Das Finanzportfolio wird täglich der vorgegebenen Benchmark gegenübergestellt.

Eine Änderung des Marktzinssatzes um +/-1 Prozentpunkt hätte auf Basis der Portfolio-Zusammensetzung bei Gleichbleiben aller übrigen Parameter folgende Auswirkung auf die Höhe der in folgender Tabelle angeführten Posten:

GESCHÄFTSJAHR 2015

Mio EUR	Marktzinssatz	
	+1 %-Punkt	-1 %-Punkt
Sonstiges Finanzergebnis	1,8	-1,4

GESCHÄFTSJAHR 2016

Mio EUR	Marktzinssatz	
	+1 %-Punkt	-1 %-Punkt
Sonstiges Finanzergebnis	1,4	-1,4

WÄHRUNGSÄNDERUNGSRISIKO Als Währungsänderungsrisiko wird der mögliche Verlust aus Marktveränderungen durch schwankende Wechselkurse angesehen.

Auf der Aktivseite ergeben sich nur eingeschränkt Risiken aus Währungsänderungen, nachdem Lieferungen nahezu zur Gänze auf Euro-Währungsbasis abgewickelt werden und auch die Veranlagung in Wertpapiere und Termingelder überwiegend in Euro erfolgt. Ein Währungsrisiko ergibt sich aus dem Anteil an der Aras Kargo a. s., Türkei, wo Änderungen der Währungskurse Auswirkungen auf die Höhe des beizulegenden Zeitwertes haben können.

10.2.2 RISIKOMANAGEMENT

Ziel des Finanz- und Risikomanagements des Österreichischen Post-Konzerns ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Grundsätzlich wird beim Management der Finanzpositionen ein strategischer Portfolio-Ansatz unter Bedachtnahme auf eine konservative Risikopolitik verfolgt.

Im Österreichischen Post-Konzern erfolgt eine laufende Überwachung eventuell auftretender Risikokonzentrationen. Diese können bei Finanzinstrumenten mit ähnlichen Merkmalen und ähnlichen Bedingungen auftreten, z.B. in Bezug auf Fristigkeiten und Kontrahenten-Struktur oder hinsichtlich der Umsetzung der Veranlagungsstrategie. Konzentrationsrisiken werden unter anderem durch die Veranlagung von Termingeldern bei verschiedenen Banken, Diversifikation der Emittenten im Wertpapierportfolio oder Streuung der Fälligkeitsprofile vermieden.

Die aktuelle Risikosituation im Finanzbereich wird laufend in einem standardisierten Berichtswesen dargelegt. Weiters bestehen im Österreichischen Post-Konzern klare, schriftlich festgelegte Strategien und operative Richtlinien für die Behandlung aller finanziellen Risiken.

Das Risikomanagement unterliegt einem vom Vorstand beschlossenen Regelwerk, das Ziele, Grundsätze, Aufgaben und Kompetenzen festlegt. Darüber hinaus formuliert dieses Regelwerk standardisierte Abläufe, um Revisionssicherheit zu gewährleisten.

Zudem werden durch die Organisation der Tätigkeitsabläufe (wie z.B. Trennung von Handel und Buchführung von Finanztransaktionen, Sicherung von elektronischen Daten) organisatorische Risiken im Finanzbereich so weit wie möglich ausgeschaltet.

11 — SONSTIGE ANGABEN

11.1 — ERLÄUTERUNGEN ZUM CASHFLOW-STATEMENT

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen gemäß IAS 7 Barmittel, Sichteinlagen und kurzfristige, liquide Finanzinvestitionen, die jederzeit in bestimmte Zahlungsmittelbeträge umgewandelt werden können und nur unwesentlichen Wertschwankungen unterliegen. Finanzinvestitionen mit einer Restlaufzeit von nicht mehr als drei Monaten – gerechnet vom Erwerbszeitpunkt – sind in der Regel als Zahlungsmitteläquivalente einzustufen.

Die in der Kapitalflussrechnung in den Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten enthaltenen Termingeldveranlagungen sind jederzeit kündbar und können ohne wesentliche Wertverluste in Zahlungsmittelbeträge umgewandelt werden, auch wenn deren Laufzeit länger als drei Monate beträgt. Sie dienen dazu, kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können, und werden nicht zu Investitionszwecken gehalten. Primäres Ziel ist dabei das laufende Cash-Management bzw. die Sicherstellung der Liquidität des Unternehmens und nicht die Erzielung einer möglichst hohen Rendite. Bei vorzeitiger Auflösung von Termingeldveranlagungen kommen laufzeitadäquate Zinssätze zur Anwendung.

Bei Veranlagungen wird auf die erstklassige Bonität der Kreditinstitute großer Wert gelegt. Wertschwankungsrisiken bestehen bei Termingeldveranlagungen derzeit nicht.

AUSZAHLUNGEN AUS DEM ERWERB VON TOCHTERUNTERNEHMEN Der Cashflow aus dem Erwerb von Tochterunternehmen setzt sich wie folgt zusammen:

Mio EUR	2015	2016
Unternehmenserwerbe		
Auszahlungen für Unternehmenserwerbe		
Erwerbszeitpunkt aktuelles Geschäftsjahr (Kaufpreise)	-5,2	0,0
Offene Kaufpreisverbindlichkeiten	2,1	0,0
Erwerbszeitpunkt Vorjahre (Restkaufpreisverbindlichkeiten)	-0,1	-0,5
	-3,2	-0,5
Übernommene Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	0,1	0,0
Summe	-3,0	-0,5

SONSTIGE ZAHLUNGSUNWIRKSAME VORGÄNGE Die im Cashflow aus dem Ergebnis neutralisierten sonstigen zahlungsunwirksamen Vorgänge setzen sich wie folgt zusammen:

Mio EUR	2015	2016
Ergebnis aus Anlagenverkäufen	-2,2	-2,6
Ergebnis aus dem Abgang von Finanzinstrumenten	0,3	1,8
Zinsergebnis	-2,3	-3,4
Währungsumrechnung	0,0	0,1
Bewertung gewährte Darlehen	7,5	1,4
Forderungsbewertungen	3,0	2,7
Erfolgsneutrale Veränderungen (IAS 19)	6,1	-9,5
Rückforderung von Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung	-23,0	0,0
Neueinschätzung des beizulegenden Zeitwertes Veräußerungsgruppe trans-o-flex	0,0	-6,8
Wertaufholung Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	0,0	-3,7
Andere	-2,3	-2,8
Summe	-12,9	-22,7

Zu der im Geschäftsjahr 2015 ausgewiesenen Rückforderung von Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung wird auf den Punkt 7.4 Rückforderung von Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung verwiesen.

Die Zeile gewährte Darlehen im Konzern-Cashflow-Statement enthält Auszahlungen in Höhe von 2,5 Mio EUR (2015: 3,8 Mio EUR) und Einzahlungen in Höhe von 0,0 Mio EUR (2015: 3,5 Mio EUR).

Der Posten Veränderung von anderen finanziellen Verbindlichkeiten enthält Auszahlungen in Höhe von 6,9 Mio EUR (2015: 4,6 Mio EUR) aus Kreditverbindlichkeiten und Auszahlungen in Höhe von 0,8 Mio EUR (2015: 2,5 Mio EUR) für Verpflichtungen aus Finanzierungsleasingverträgen.

Ein- und Auszahlungen aus kurzfristigen revolving Posten sind in den genannten Beträgen gemäß IAS 7.22 (b) saldiert ausgewiesen.

ÜBRIGE NICHT ZAHLUNGSWIRKSAME GESCHÄFTSVORFÄLLE Die aus dem erstmaligen Ansatz von im laufenden Geschäftsjahr abgeschlossenen Finanzierungsleasingverträgen resultierenden Vermögenswerte und Finanzverbindlichkeiten (2016: 0,0 Mio EUR; 2015: 0,5 Mio EUR) führen zu keiner Veränderung der Cashflows aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit, da es sich hierbei um nicht zahlungswirksame Transaktionen handelt. Die geleisteten Leasingzahlungen werden im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit dargestellt.

11.2 — SONSTIGE VERPFLICHTUNGEN

Sonstige finanzielle Verpflichtungen resultieren im Wesentlichen aus Operating-Miet- und Leasingverträgen für Betriebs- und Geschäftsgebäude sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die sich aus vor Ende der Laufzeit unkündbaren Operating-Miet- und Leasingverträgen ergebenden künftigen Mindestleasingzahlungen betragen zum Berichtsstichtag wie folgt:

Mio EUR	31.12.2015	31.12.2016
Bis zu einem Jahr	15,7	14,1
Länger als ein und bis zu fünf Jahre	37,8	34,8
Länger als fünf Jahre	29,2	19,9
	82,7	68,7

Die wesentlichen Miet- und Leasingverträge für Betriebs- und Geschäftsgebäude beinhalten Verlängerungsoptionen sowie Ausstiegsklauseln, die den Marktkonditionen für Geschäftsliegenschaften entsprechen. Ebenso sind in diesen Verträgen Anpassungen der Leasingzahlungen an Preisindizes vorgesehen.

Im Geschäftsjahr wurde ein Betrag von 58,1 Mio EUR (2015: 80,0 Mio EUR) an Zahlungen für Operating-Miet- und Leasingverträge erfolgswirksam erfasst. Der gesamte Betrag entfällt auf Mindestleasingzahlungen.

Für immaterielle Vermögenswerte bestanden zum Stichtag 31. Dezember 2016 Erwerbsverpflichtungen in Höhe von rund 0,1 Mio EUR (31.12.2015: 0,0 Mio EUR). Die Erwerbsverpflichtungen für Sachanlagen betrugen zum 31. Dezember 2016 21,7 Mio EUR (31.12.2015: 45,3 Mio EUR). Von den Erwerbsverpflichtungen betreffen 14,7 Mio EUR (31.12.2015: 39,5 Mio EUR) die neue Unternehmenszentrale in Wien Landstraße.

11.3 — GESCHÄFTSBEZIEHUNGEN ZU NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Die Republik Österreich hält über die Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH (ÖBIB) 52,85 % der Aktien der Österreichischen Post AG. Damit zählen die Republik Österreich und die unter ihrem beherrschenden oder maßgeblichen Einfluss stehenden Unternehmen zu den nahestehenden Unternehmen und Personen des Österreichischen Post-Konzerns. Weiters gehören alle Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen zu den nahestehenden Unternehmen der Österreichischen Post AG. Die nahestehenden Personen umfassen Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen der Österreichischen Post (Vorstände, Aufsichtsräte und leitende Angestellte der Österreichischen Post AG sowie Geschäftsführer von Konzernunternehmen) sowie deren nahe Familienangehörige.

Salden und Geschäftsvorfälle zwischen der Österreichischen Post AG und ihren Tochterunternehmen wurden im Zuge der Konsolidierung eliminiert und werden nicht erläutert. Die zum Bilanzstichtag mit den konzernfremden nahestehenden Unternehmen und Personen bestehenden offenen Posten werden in den Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

Geschäftsvorfälle mit nahestehenden Unternehmen und Personen bestehen nur innerhalb des Leistungsspektrums des Österreichischen Post-Konzerns und werden zu fremdüblichen Konditionen erbracht bzw. bezogen.

Die folgende Tabelle zeigt den Umfang der Geschäftsvorfälle mit Gemeinschaftsunternehmen, assoziierten Unternehmen und anderen nahestehenden Unternehmen und Personen:

GESCHÄFTSJAHR 2015

Mio EUR	Assoziierte Unternehmen	Gemeinschaftsunternehmen	Andere nahestehende Unternehmen	Nahestehende Personen	Gesamt
Gesamte betriebliche Erträge	2,2	1,3	156,4	0,0	159,9
Gesamte betriebliche Aufwendungen	12,1	2,8	56,7	0,3	72,0
Ausstehende Forderungen	1,7	0,3	18,7	0,0	20,7
Ausstehende Verbindlichkeiten	1,7	0,2	3,2	0,0	5,1

GESCHÄFTSJAHR 2016

Mio EUR	Assoziierte Unternehmen	Gemeinschaftsunternehmen	Andere nahestehende Unternehmen	Nahestehende Personen	Gesamt
Gesamte betriebliche Erträge	1,9	1,2	192,3	0,0	195,4
Gesamte betriebliche Aufwendungen	8,4	1,3	50,5	0,0	60,2
Ausstehende Forderungen	2,7	0,1	22,4	0,0	25,2
Ausstehende Verbindlichkeiten	3,0	0,1	2,5	0,0	5,6

Die betrieblichen Erträge betreffen in den Jahren 2015 und 2016 im Wesentlichen Leistungen der BBG Bundesbeschaffung GmbH. Hier besteht eine Vereinbarung im Namen und auf Rechnung des Bundes zur Auslieferung von Postsendungen von Bundeseinrichtungen. Im Geschäftsjahr 2016 wurden Dienstleistungen in Höhe von 135,5 Mio EUR (2015: 106,3 Mio EUR) für die vertraglich festgelegten Bundeseinrichtungen erbracht.

Bei den betrieblichen Aufwendungen handelt es sich überwiegend um IT- und Telefonie-Dienstleistungen der A1 Telekom Austria AG in Höhe von 10,7 Mio EUR (2015: 14,9 Mio EUR), Handelswareneinkäufe bei der A1 Telekom Austria AG in Höhe von 13,6 Mio EUR (2015: 10,8 Mio EUR) sowie um bezogene Energie vom OMV-Konzern in Höhe von 9,4 Mio EUR (2015: 12,9 Mio EUR).

Im Zusammenhang mit der Errichtung der neuen Unternehmenszentrale der Österreichischen Post AG bestehen zum 31. Dezember 2016 Erwerbsverpflichtungen für Sachanlagen gegenüber der A1 Telekom Austria AG in Höhe von 1,2 Mio EUR (2015: 1,2 Mio EUR).

Die folgende Tabelle zeigt die Vergütungen einschließlich der Veränderung von Rückstellungen für Vergütungen, die an Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen gewährt wurden:

GESCHÄFTSJAHR 2015

Mio EUR	Aufsichtsräte	Vorstände	Leitende Angestellte	Gesamt
Kurzfristig fällige Leistungen	0,2	3,9	8,7	12,8
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0,0	0,6	0,1	0,7
Andere langfristig fällige Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0,0	0,0	0,1	0,1
Dotierung für aktienbasiertes Vergütungsprogramm	0,0	2,4	6,7	9,1
	0,2	6,9	15,6	22,6

GESCHÄFTSJAHR 2016

Mio EUR	Aufsichtsräte	Vorstände	Leitende Angestellte	Gesamt
Kurzfristig fällige Leistungen	0,4	4,0	7,1	11,5
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0,0	0,3	0,1	0,4
Andere langfristig fällige Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0,0	0,0	0,0	0,0
Dotierung für aktienbasiertes Vergütungsprogramm	0,0	1,8	4,0	5,8
	0,4	6,1	11,2	17,7

11.4 — AUFWENDUNGEN FÜR ABSCHLUSSPRÜFER

In den Geschäftsjahren 2015 und 2016 stellte sich das Honorar für den Abschlussprüfer KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft wie folgt dar:

LEISTUNGEN WIRTSCHAFTSPRÜFER

in TEUR	2015	2016
Abschlussprüfungen		
Einzel- und Konzernabschlussprüfung zum 31.12. der Österreichischen Post AG	80,0	98,0
Abschlussprüfungen zum 31.12. bei Tochtergesellschaften der Österreichischen Post AG	142,8	132,7
Andere Bestätigungsleistungen	40,6	10,5
Sonstige Beratungsleistungen	0,0	50,7
	263,4	291,9

11.5 — EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die für die Bewertung am Bilanzstichtag von Bedeutung sind, wie offene Rechtsfälle oder Schadenersatzforderungen sowie andere Verpflichtungen oder Drohverluste, die gemäß IAS 10 zu erfassen sind, sind im vorliegenden Konzernabschluss berücksichtigt.

11.6 — KONZERNUNTERNEHMEN

Name und Sitz des Unternehmens	31.12.2015		31.12.2016	
	Anteil %	Einbezug ¹	Anteil %	Einbezug ¹
Neutorgasse 7 Projektentwicklungs AG & Co OG, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post 001 Finanzierungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post 002 Finanzierungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post & Co Vermietungs OG, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post.Wertlogistik GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Systemlogistik Distribution GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Medien.Zustell GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post Immobilien GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post E-Commerce GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post 201 Beteiligungs GmbH, Wien (verschmolzen)	100,00	VK	0,00	n.a.
Post 202 Beteiligungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post 105 Beteiligungs GmbH, Wien (verschmolzen)	100,00	VK	0,00	n.a.
Post 106 Beteiligungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Weber Escal d.o.o., Hrvatski Leskovac	100,00	VK	100,00	VK
Scanpoint GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Austrian Post International Deutschland GmbH, Bonn	100,00	VK	100,00	VK
Scanpoint Slovakia s.r.o., Nitra	100,00	VK	100,00	VK
Aktionsfinder GmbH, Salzburg	80,00	VK	100,00	VK
EMD – Elektronische- u. Mikrofilm-Dokumentationssysteme Ges.m.b.H., Haid bei Ansfelden	100,00	VK	100,00	VK
feibra GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
PROWERB Gesellschaft für produktive Werbung GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Overseas Trade Co Ltd d.o.o., Hrvatski Leskovac	100,00	VK	100,00	VK
Slovak Parcel Service s.r.o., Ivanka pri Dunaji	100,00	VK	100,00	VK
IN TIME s.r.o., Ivanka pri Dunaji	100,00	VK	100,00	VK
PostMaster Sp. z o.o., Kraków	100,00	VK	100,00	VK
M&BM Express OOD, Sofia	76,00	VK	76,00	VK
PostMaster s.r.l., București	100,00	VK	100,00	VK
trans-o-flex Hungary Kft, Budapest	100,00	VK	100,00	VK
City Express d.o.o., Beograd	100,00	VK	100,00	VK
Express One d.o.o., Sarajevo (vormals 24-VIP d.o.o., Sarajevo)	100,00	VK	100,00	VK
City Express Montenegro d.o.o., Podgorica	100,00	VK	100,00	VK
Post 101 Beteiligungs GmbH, Wien (verschmolzen)	100,00	VK	0,00	n.a.
Post 102 Beteiligungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post 103 Beteiligungs GmbH, Wien (verschmolzen)	100,00	VK	0,00	n.a.
Post 104 Beteiligungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post 107 Beteiligungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post 203 Beteiligungs GmbH, Wien (verschmolzen)	100,00	VK	0,00	n.a.
Post 204 Beteiligungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post 205 Beteiligungs GmbH, Wien (verschmolzen)	100,00	VK	0,00	n.a.
Post 206 Beteiligungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post 207 Beteiligungs GmbH, Wien (gegründet)	0,00	n.a.	100,00	VK
Post 108 Beteiligungs GmbH, Wien (gegründet)	0,00	n.a.	100,00	VK
Post 301 Beteiligungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK

Name und Sitz des Unternehmens	31.12.2015		31.12.2016	
	Anteil %	Einbezug ¹	Anteil %	Einbezug ¹
trans-o-flex Gruppe				
trans-o-flex Logistics Group GmbH, Weinheim (entkonsolidiert)	100,00	VK	100,00	NK
trans-o-flex Schnell-Lieferdienst GmbH, Weinheim (verkauft)	100,00	VK	0,00	n. a.
trans-o-flex Logistik Service GmbH, Weinheim (verkauft)	100,00	VK	0,00	n. a.
trans-o-flex IT-Service GmbH, Weinheim (verkauft)	100,00	VK	0,00	n. a.
ThermoMed Verwaltungs GmbH, Weinheim (verkauft)	100,00	VK	0,00	n. a.
trans-o-flex ThermoMed GmbH & Co KG, Weinheim (verkauft)	100,00	VK	0,00	n. a.
trans-o-flex ThermoMed Austria GmbH, Wiener Neudorf (verkauft)	100,00	VK	0,00	n. a.
LogIn Service d.o.o., Ilidza (entkonsolidiert)	100,00	VK	100,00	NK
Distributions GmbH – 31, Köln (entkonsolidiert)	100,00	VK	100,00	NK
Distributions GmbH Dortmund, Dortmund (entkonsolidiert)	100,00	VK	100,00	NK
trans-o-flex Netzwerk drei GmbH, Weinheim (verkauft)	100,00	VK	0,00	n. a.
Distributions GmbH Duisburg, Duisburg (entkonsolidiert)	100,00	VK	100,00	NK
trans-o-flex Netzwerk GmbH, Bergkirchen (verkauft)	100,00	VK	0,00	n. a.
trans-o-flex Netzwerk zwei GmbH, Weinheim (verkauft)	100,00	VK	0,00	n. a.
trans-o-flex Netzwerk Group GmbH, Weinheim (verkauft)	100,00	VK	0,00	n. a.
trans-o-flex Fuhrpark GmbH, Weinheim (verkauft)	100,00	VK	0,00	n. a.
D2D – direct to document GmbH, Wien	30,00	EQ	30,00	EQ
media.at				
media.at GmbH, Wien ²	20,45	EQ	20,45	EQ
OmniMedia GmbH, Wien ²	20,45		20,45	
MediaSelect GmbH, Wien ²	20,45		20,45	
mediastrategen GmbH, Wien ²	20,45		20,45	
EURODIS GmbH, Weinheim	39,80	EQ	20,08 ³	IAS 39
ADELHEID/AEP				
ADELHEID GmbH, Berlin ²	45,35	EQ	50,12 ⁴	EQ
AEP GmbH, Alzenau ²	45,35		50,12 ⁴	
Aras Kargo Yurtici Yurtdisi Tasimacilik a. s., Istanbul	25,00	EQ	25,00 ⁵	IAS 39
OMNITEC Informationstechnologie-Systemservice GmbH, Wien	50,00	EQ	50,00	EQ
ACL advanced commerce labs GmbH, Graz (erworben)	0,00	n. a.	30,00	EQ
sendhybrid ÖPBD GmbH, Graz (erworben)	0,00	n. a.	26,00	EQ

¹ VK – Vollkonsolidierung, NK – Tochterunternehmen aus Wesentlichkeitsgründen nicht konsolidiert, EQ – Equity-Bilanzierung, n. a. – kein Einbezug

² Das Ergebnis der nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen entspricht dem anteiligen Jahresergebnis der jeweiligen Unternehmensgruppe

³ Kein maßgeblicher Einfluss aufgrund vertraglicher Gestaltung bzw. rechtlicher Umstände

⁴ Kein beherrschender Einfluss aufgrund vertraglicher Gestaltung bzw. rechtlicher Umstände

⁵ Beendigung der Equity-Methode per 31. Dezember 2016, siehe Punkt 4.2 Änderungen im Konsolidierungskreis

Sonstige Beteiligungen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil %	Eigenkapital Mio EUR	Periodenergebnis Mio EUR
Aras Kargo Yurtici Yurtdisi Tasimacilik a. s., Istanbul	25,00	23,0	16,6
EURODIS GmbH, Weinheim	20,08	0,3	0,0

Der Vorstand der Österreichischen Post AG hat den geprüften Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 am 24. Februar 2017 zur Weitergabe an den Aufsichtsrat freigegeben. Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Konzernabschluss zu prüfen und zu erklären, ob er den Konzernabschluss billigt.

Wien, am 24. Februar 2017

Der Vorstand



Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl
Vorstandsvorsitzender
Generaldirektor



Dipl.-Ing. Walter Oblin
Vorstandsmitglied
Finanzen



Dipl.-Ing. Walter Hitziger
Vorstandsmitglied
Brief, Werbepost & Filialen



Dipl.-Ing. Peter Umundum
Vorstandsmitglied
Paket & Logistik

BESTÄTIGUNGS- VERMERK

Bestätigungs- vermerk

— **BERICHT ZUM KONZERNABSCHLUSS**

PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben den Konzernabschluss der **Österreichische Post Aktiengesellschaft, Wien,** und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2016, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der Gesamtergebnisrechnung, dem Konzern-Cashflow-Statement und der Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Konzernanhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2016 sowie der Ertragslage und der Zahlungsströme des Konzerns für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards, wie sie in der EU anzuwenden sind (IFRS), und den zusätzlichen Anforderungen des § 245a UGB.

GRUNDLAGE FÜR DAS PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Konzern unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSSACHVERHALTE

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

BEWERTUNG DER RÜCKSTELLUNG FÜR UNTERAUSLASTUNG

Siehe Anhang Kapitel 6.17 Rückstellung für Unterauslastung, Kapitel 7.2 Rückstellung für Unterauslastung und Kapitel 9.12.2 Andere Rückstellungen für Mitarbeiter

Das Risiko für den Abschluss

Die zum Bilanzstichtag bilanzierte Rückstellung für Unterauslastung beläuft sich auf 167,6 Mio EUR. Die Bewertung dieser Rückstellung erfordert wesentliche zukunftsbezogene Schätzungen und Annahmen über künftige Gehaltssteigerungen, Fluktuationsabschläge, den Unterauslastungsgrad der jeweiligen Mitarbeiter und die zur Abzinsung verwendeten Rechnungszinssätze. Änderungen der genannten Parameter haben wesentliche Auswirkungen auf die Höhe der Rückstellung und das Periodenergebnis.

Für den Abschluss besteht das Risiko, dass diese Rückstellung zu hoch oder zu gering bewertet und das Periodenergebnis damit nicht zutreffend ermittelt ist.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Berechnung der Gehaltssteigerungen und der Fluktuationsabschläge auf Basis der unternehmensspezifischen Erfahrungswerte aus der Vergangenheit auf ihre Angemessenheit überprüft.

Für eine statistisch ausgewählte Anzahl von Mitarbeitern haben wir geprüft, ob der für die Bewertung herangezogene Unterauslastungsgrad den tatsächlichen Verhältnissen entspricht.

Die bei der Bestimmung der Rechnungszinssätze herangezogenen Annahmen haben wir durch Abgleich mit öffentlich verfügbaren Informationen auf ihre Angemessenheit überprüft.

BILANZIERUNG UND BEWERTUNG

DER ANTEILE AN ARAS KARGO A. S.

Siehe Anhang Kapitel 4.2 Änderungen im Konsolidierungskreis und Kapitel 9.6 Andere finanzielle Vermögenswerte

Das Risiko für den Abschluss

Die Österreichische Post AG hält 25 % der Anteile an der Aras Kargo a.s., Istanbul. Bis zum 31. Dezember 2016 erfolgte die Klassifizierung der Anteile als Gemeinschaftsunternehmen gemäß IFRS 11 und folglich die Bilanzierung der Anteile nach der Equity-Methode.

Aufgrund der im Anhang näher beschriebenen Umstände kamen die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft zum Schluss, dass die Voraussetzungen für die Einstufung der Aras Kargo a.s. als Gemeinschaftsunternehmen bzw. als assoziiertes Unternehmen zum Bilanzstichtag nicht mehr vorlagen. Aus diesem Grund erfolgte zum 31. Dezember 2016 eine Änderung der Bilanzierungsmethode von der Equity-Methode auf die Bilanzierung der Anteile als finanzieller Vermögenswert gemäß IAS 39.

Diese Änderung der Bilanzierungsmethode erfordert die Bewertung der Anteile mit dem beizulegenden Zeitwert und die Erfassung der daraus resultierenden Bewertungseffekte sowie der bisher im sonstigen Ergebnis ausgewiesenen kumulierten Währungsumrechnungsdifferenzen in der Gewinn- und Verlustrechnung. Aus der Änderung der Bilanzierungsmethode resultierte ein Verlust von insgesamt 16,7 Mio EUR.

Die Bewertung der Anteile mit dem beizulegenden Zeitwert erfordert die Schätzung künftiger Zahlungsmittelüberschüsse (unter Berücksichtigung von erwarteten Umsatzentwicklungen und Ergebnismargen) und Annahmen zur Festlegung des verwendeten Diskontierungszinssatzes sowie die Validierung der Ergebnisse mittels eines marktbasierten Ansatzes. Die Bewertung ist daher mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet.

Für den Abschluss besteht das Risiko, dass die Klassifizierung der Anteile als finanzieller Vermögenswert gemäß IAS 39 und damit die angewendete Bilanzierungsmethode nicht zutreffend sind. Darüber hinaus besteht das Risiko, dass die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts fehlerhaft erfolgt, was zu einer Über- oder Unterbewertung der Anteile führen und das Periodenergebnis entsprechend beeinflussen würde.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Einstufung der Anteile an Aras Kargo a.s. als finanzieller Vermögenswert gemäß IAS 39 anhand der relevanten Fakten und Umstände beurteilt und diese durch Einsichtnahme in Dokumente, öffentlich verfügbare Informationen und die Befragung involvierter Personen überprüft.

Zur Prüfung der Bewertung der Anteile haben wir die zugrunde gelegten erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse Österreichische Post AG | Jahresfinanzbericht 2016

mit der aktuellen Unternehmensplanung abgeglichen. Die Planungstreue haben wir durch Vergleich der in den Vorperioden erfolgten Planungen mit den tatsächlich eingetretenen Werten und durch Befragung zuständiger leitender Personen im Unternehmen beurteilt.

Die bei der Bestimmung der Diskontierungszinssätze herangezogenen Annahmen haben wir durch Abgleich mit markt- und branchenspezifischen Richtwerten auf Angemessenheit geprüft und das zur Ermittlung der Diskontierungssätze verwendete Berechnungsschema nachvollzogen.

Darüber hinaus haben wir den bilanzierten beizulegenden Zeitwert mit aus marktbasierten Vergleichswerten abgeleiteten Multiplikatoren validiert.

Die Angemessenheit der angewendeten Berechnungsmethoden haben wir unter Einbeziehung unserer Bewertungsspezialisten beurteilt.

WERTHALTIGKEIT DER GESCHÄFTS- ODER FIRMENWERTE

Siehe Anhang Kapitel 6.9 Wertminderung IAS 36, Kapitel 7.6 Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten, Geschäfts- oder Firmenwerten und Sachanlagen und Kapitel 9.1 Geschäfts- oder Firmenwerte

Das Risiko für den Abschluss

Die Geschäfts- oder Firmenwerte der Österreichische Post AG betragen zum Bilanzstichtag 56,3 Mio EUR. Mindestens einmal jährlich und gegebenenfalls anlassbezogen werden Geschäfts- oder Firmenwerte von der Gesellschaft auf Wertminderung geprüft.

Die Überprüfung auf Wertminderung der Geschäfts- oder Firmenwerte erfordert Schätzungen über künftige Zahlungsmittelüberschüsse (unter Berücksichtigung von erwarteten Umsatzentwicklungen und Ergebnismargen) sowie Annahmen zur Festlegung der verwendeten Diskontierungszinssätze und ist daher mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet.

Für den Abschluss besteht das Risiko einer Überbewertung dieser Vermögenswerte und folglich das Periodenergebnis nicht zutreffend ermittelt ist.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Angemessenheit der angewendeten Berechnungsmethoden unter Einbeziehung unserer Bewertungsspezialisten beurteilt.

Die den Berechnungen zugrunde gelegten erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse haben wir mit den aktuellen und von den zuständigen Organen genehmigten Unternehmensplanungen abgeglichen. Die Planungstreue haben wir durch Vergleich der in den Vorperioden erfolgten Planungen mit den tatsächlich eingetretenen Werten und durch Befragung zuständiger leitender Personen im Unternehmen beurteilt.

Die zur Festlegung der Diskontierungszinssätze herangezogenen Annahmen haben wir durch Abgleich mit markt- und branchenspezifischen Richtwerten auf Angemessenheit geprüft. Darüber hinaus haben wir das zur Ermittlung der Diskontierungssätze verwendete Berechnungsschema nachvollzogen.

VERANTWORTLICHKEITEN DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES PRÜFUNGSAUSSCHUSSES FÜR DEN KONZERNABSCHLUSS

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den zusätzlichen Anforderungen des § 245a UGB ein möglichst getreues Bild der Vermögens, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder den Konzern zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns.

VERANTWORTLICHKEITEN DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf

der Grundlage dieses Konzernabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr des Konzerns von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.

- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir erlangen ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu den Finanzinformationen der Einheiten oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns, um ein Prüfungsurteil zum Konzernabschluss abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die Alleinverantwortung für unser Prüfungsurteil.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.
- Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben und tauschen uns mit ihnen über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte aus, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.
- Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

— SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

BERICHT ZUM KONZERNLAGEBERICHT

Der Konzernlagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde und ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung Österreichische Post AG | Jahresfinanzbericht 2016

mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Konzernlageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Konzernlagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält zutreffende Angaben nach § 243a UGB und steht in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Konzernabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über den Konzern und sein Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Konzernlagebericht festgestellt.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen beinhalten alle Informationen im Geschäftsbericht, ausgenommen den Konzernabschluss, den Konzernlagebericht und den diesbezüglichen Bestätigungsvermerk. Der Geschäftsbericht wird uns voraussichtlich nach dem Datum des Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt.

Unser Prüfungsurteil zum Konzernabschluss deckt diese sonstigen Informationen nicht ab und wir werden keine Art der Zusicherung darauf geben.

In Verbindung mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses ist es unsere Verantwortung, diese sonstigen Informationen zu lesen, sobald diese vorhanden sind und abzuwägen, ob sie angesichts des bei der Prüfung gewonnenen Verständnisses wesentlich in Widerspruch zum Konzernabschluss stehen, oder sonst wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

AUFTRAGSVERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Helmut Kerschbaumer.

Wien, am 24. Februar 2017

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Mag. Helmut Kerschbaumer e. h.
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Konzernabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Konzernabschluss samt Konzernlagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Bericht des Aufsichtsrats

DER ÖSTERREICHISCHEN POST AG ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2016

Das Geschäft der Österreichischen Post entwickelte sich im Berichtsjahr 2016 trotz schwieriger Rahmenbedingungen erfolgreich und die wesentlichen Finanzzahlen lagen innerhalb der Erwartungen. Zwei grundlegende Trends der Branche Logistik- und Postdienstleistungen setzten sich 2016 fort und beeinflussten auch das Geschäft der Österreichischen Post: Im Briefgeschäft ersetzen elektronische Kommunikationsformen zunehmend adressierte Briefe. Entsprechend verringerte sich der Umsatz in der Division Brief, Werbepost & Filialen um 1,6 %. Dagegen verzeichnete die Division Paket & Logistik sowohl bei den Paketmengen als auch bei den Paketumsätzen – bereinigt um die Anfang April 2016 abgegebene deutsche Tochtergesellschaft trans-o-flex – ein Wachstum. Das steigende Interesse am Online-Shopping wirkte sich hier trotz des verstärkten Wettbewerbs positiv aus.

Die Österreichische Post hat die Herausforderungen des vergangenen Geschäftsjahres erfolgreich gemeistert. Am unternehmerischen Anspruch des nachhaltigen Werterhalts orientiert sie sich auch weiterhin und ist für die Zukunft optimal aufgestellt.

— THEMEN DES AUFSICHTSRATS

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben mit großer Sorgfalt wahrgenommen. Wir haben den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig beraten und dessen Tätigkeit überwacht. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat in allen Sitzungen anhand ausführlicher Berichte über die Geschäfts- und Finanzlage des Konzerns und seiner Beteiligungen, die Mittelfristplanung sowie die Investitions- und Akquisitionsvorhaben schriftlich und mündlich umfassend unterrichtet.

Im Jahr 2016 fanden sieben Aufsichtsratssitzungen statt. In den vier ordentlichen Aufsichtsratssitzungen wurde die Umsatz- und Ergebnisentwicklung des Unternehmens präsentiert. Ebenso wurden die Quartalergebnisse der Konzernbeteiligungsunternehmen sowie wichtige strategische Projekte behandelt.

In der Sitzung am 9. März hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss, den Konzernlagebericht sowie den Gewinnverwendungsvorschlag für das Geschäftsjahr 2015 geprüft und den Jahresabschluss festgestellt. Die Sitzung diente außerdem der Vorbereitung der Hauptversammlung.

Walter Hitziger wurde als Mitglied des Vorstands bestätigt und bis zum 31. Dezember 2019 mit einer Verlängerungsoption auf zwei weitere Jahre wiederbestellt.

Aufsichtsrat und Vorstand berieten sich ausführlich zu ausgewählten Immobilienprojekten. Der Vorstand informierte im abgelaufenen Geschäftsjahr umfassend über die Investitionen in den Neubau des Sortierzentrums nördlich von Wien sowie den Bau der neuen Unternehmenszentrale am Rochusmarkt im dritten Wiener Gemeindebezirk.

Weiters informierte der Vorstand den Aufsichtsrat in verschiedenen Sitzungen über neue Leistungen und Services der Österreichischen Post wie den Energiekosten-Rechner, die duale Zustellung sowie den Online Marktplatz shöpping.at. Gemeinsam erörtert wurde auch die Zusammenarbeit der Österreichischen Post mit der BAWAG P.S.K.

Der Aufsichtsrat hat sich in der Sitzung am 12. Mai der weiteren Verbesserung seiner Aufsichtsrats Tätigkeit gewidmet und im Zuge einer Selbstevaluierung seine Arbeitsprozesse und Strukturen analysiert. Die Ergebnisse der Selbstevaluierung bestätigen eine hochprofessionelle und offene Zusammenarbeit. Im vorangegangenen Geschäftsjahr beschlossene Maßnahmen wie beispielsweise die Intensivierung der Ausschussarbeit wurden umgesetzt und entsprechend nachgehalten, um die Effizienz weiter zu verbessern.

In der Sitzung am 11. November wurden das Budget für das Geschäftsjahr 2017 sowie ein Bericht über die Mittelfristplanung 2018–2020 vorgelegt und genehmigt.

Zusätzlich zu den vier ordentlichen Sitzungen wurden drei außerordentliche Aufsichtsratssitzungen abgehalten.

In der außerordentlichen Sitzung am 18. Februar wurde der Verkauf der Anteile an den operativ tätigen trans-o-flex Gesellschaften beschlossen. Die beiden weiteren außerordentlichen Sitzungen am 14. April und am 14. Dezember befassten sich mit der türkischen Beteiligung Aras Kargo und den Verhandlungen über den Erwerb von weiteren Anteilen.

Das 2015 gestartete Fortbildungsprogramm für den Aufsichtsrat wurde auch im Jahr 2016 weitergeführt. In drei Veranstaltungen wurden mit internen und externen Experten die Themen „Türkei – Umfeld und Erfahrungswerte westlicher Unternehmen“, „Kapitalmarkt“ und „Informationstechnologie – Trends und Sicherheit“ ausgiebig erörtert und diskutiert.

— AUSSCHUSSTÄTIGKEIT 2016

Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats hat in vier Sitzungen seine Aufgaben wahrgenommen. Er überwachte die Rechnungslegungsprozesse, die Abschlussprüfung und die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems sowie des Revisionssystems. Wirtschaftsprüfer und Prüfungsausschuss konnten sich auch ohne Beisein des Vorstands austauschen. Die Quartalergebnisse wurden eingehend im Prüfungsausschuss erörtert. Über die Ergebnisse der Prüfungsausschusssitzungen wurde dem Aufsichtsrat laufend berichtet. Die KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft hat im Rahmen der Berichterstattung nach § 270 Abs. 1a UGB ihre Unbefangenheit gegenüber dem Prüfungsausschuss schlüssig dargelegt.

Der Nominierungsausschuss war im Geschäftsjahr 2016 mit der Erstellung eines Besetzungsvorschlags für die Funktion des Vorstandsmitglieds für die Division Brief, Werbepost & Filialen und mit der Vorbereitung der Beschlussfassung des Aufsichtsrats über dessen Bestellung befasst. Der Vergütungsausschuss befasste sich mit dem Anstellungsvertrag von Walter Hitziger sowie der variablen Vergütung des Gesamtvorstands.

Der Paket & Logistik Ausschuss trat in sechs Sitzungen zusammen und behandelte komplexe strategische Fragestellungen zur Division Paket & Logistik. Der Ausschuss berichtete regelmäßig über die Ergebnisse und erteilte Empfehlungen an den Gesamtaufichtsrat.

— KONZERN- UND JAHRESABSCHLUSS 2016

Die KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft wurde von der Hauptversammlung am 14. April 2016 zum Abschlussprüfer des Jahres- und Konzernabschlusses der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2016 bestellt.

Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss der Österreichischen Post zum 31. Dezember 2016 wurden durch die KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Lagebericht und der Konzernlagebericht stehen im Einklang mit dem Jahres- und Konzernabschluss. Sämtliche Abschlussunterlagen, der Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands, der Corporate-Governance-Bericht und die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers wurden im Prüfungsausschuss eingehend mit den Prüfern behandelt und dem Aufsichtsrat vorgelegt.

Der Aufsichtsrat hat die Unterlagen gemäß § 96 AktG geprüft, keine Beanstandungen festgestellt und stimmt dem Ergebnis der Abschlussprüfung zu. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss 2016, der damit gemäß § 96 Abs. 4 AktG festgestellt ist, und erklärt sich mit dem gemäß § 245a UGB nach IFRS aufgestellten Konzernabschluss, dem Lagebericht, dem Konzernlagebericht und dem Corporate-Governance-Bericht einverstanden.

Der Aufsichtsrat schließt sich dem Vorschlag des Vorstands an, vom Bilanzgewinn von 236.835.189,48 EUR eine Ausschüttung von 135.105.276,00 EUR am 4. Mai 2017 vorzunehmen und den Rest in der Höhe von 101.729.913,48 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Abschließend möchte ich im Namen des Aufsichtsrats dem gesamten Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung für ihre erfolgreiche Arbeit im vergangenen Geschäftsjahr aussprechen. Unser besonderer Dank gilt den Kunden und vor allem den Aktionären der Österreichischen Post AG für das uns entgegengebrachte Vertrauen.

8. März 2017

Edith Hlawati e.h.

Vorsitzende des Aufsichtsrats

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT

Corporate Governance Bericht 2016

NACH § 243b UND § 267a UGB

Die Österreichische Post ist eine Aktiengesellschaft nach österreichischem Recht und notiert an der Wiener Börse. Der Gestaltungsrahmen für die Corporate Governance ergibt sich aus dem österreichischen Aktien- und Kapitalmarktrecht, dem Unternehmensgesetzbuch und den Regelungen zur betrieblichen Mitbestimmung, der Satzung und den Geschäftsordnungen für die Organe der Gesellschaft sowie dem Österreichischen Corporate Governance Kodex (ÖCGK).

Aufgrund der Änderung des Unternehmensgesetzbuches (UGB) im Berichtsjahr hat ein börsennotiertes Mutterunternehmen wie die Österreichische Post AG einen Corporate Governance Bericht auf konsolidierter Basis aufzustellen (§ 267a UGB). Die notwendigen Angaben wurden an den passenden Stellen des vorliegenden Corporate Governance Berichts eingearbeitet.

1 — CORPORATE GOVERNANCE KODEX

Der Österreichische Corporate Governance Kodex ist ein Regelwerk, welches das österreichische Aktien- und Kapitalmarktrecht durch Empfehlungen und Anregungen hinsichtlich einer guten Unternehmensführung ergänzt. Die aktive Umsetzung der Anforderungen des Kodex soll eine verantwortungsvolle, auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtete Leitung und Kontrolle eines Unternehmens sicherstellen. Die Anwendung des Kodex garantiert zudem auch ein hohes Maß an Transparenz für alle Stakeholder, unter anderem für Investoren, Kunden oder Mitarbeiter. Wesentliche Grundsätze wie die Gleichbehandlung aller Aktionäre, Transparenz, die Unabhängigkeit des Aufsichtsrats, offene Kommunikation zwischen Aufsichtsrat und Vorstand, die Vermeidung

von Interessenkonflikten von Organen sowie eine effiziente Kontrolle durch Aufsichtsrat und Abschlussprüfer sollen das Vertrauen der Investoren in das Unternehmen und den Finanzplatz Österreich stärken. Die Österreichische Post AG bekennt sich vorbehaltlos zum ÖCGK in der aktuellen Fassung und betrachtet es als vorrangige Aufgabe die hohen unternehmensinternen Standards zu halten und weiterzuentwickeln. Im Geschäftsjahr 2016 hat die Österreichische Post AG alle Regeln und Empfehlungen des Kodex erfüllt.

Der Österreichische Corporate Governance Kodex ist sowohl über die Website der Österreichischen Post unter www.post.at/ir als auch auf der Website des Österreichischen Arbeitskreises für Corporate Governance unter www.corporate-governance.at öffentlich zugänglich.

In Entsprechung der Regel 62 des ÖCGK lässt die Österreichische Post AG regelmäßig die Einhaltung der Kodexbestimmungen und die Richtigkeit der damit verbundenen öffentlichen Berichterstattung extern evaluieren. Die zuletzt für das Geschäftsjahr 2015 vom Abschlussprüfer KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft durchgeführte Evaluierung ergab keine Beanstandungen hinsichtlich der öffentlichen Erklärungen über die Beachtung des Kodex. Die Einhaltung der Bestimmungen des Kodex betreffend den Abschlussprüfer wurde durch die Rechtsanwaltskanzlei CMS Reich-Rohrwig Hainz untersucht und bestätigt. Die nächste externe Evaluierung wird für das Geschäftsjahr 2017 durchgeführt.

— KONZERNREVISION, RISIKOMANAGEMENT & COMPLIANCE

Die Konzernrevision der Österreichischen Post übernimmt wesentliche Kontroll- und Überwachungsaufgaben in Form eines integrierten Gesamtsystems im Konzern. Der Bereich fördert Transparenz, liefert Fakten zur Entscheidungsfindung, präsentiert Lösungen und forciert deren nachhaltige Umsetzung.

Das Risikomanagement der Österreichischen Post ermöglicht eine konzernweite Identifizierung und Analyse von Risiken auf Basis der strategischen und operativen Zielsetzungen. Die Funktionsfähigkeit und Eignung wird durch den Wirtschaftsprüfer gemäß C-Regel 83 des Österreichischen Corporate Governance Kodex beurteilt.

Das Interne Kontrollsystem (IKS) der Österreichischen Post ist im gesamten Unternehmen über prozessintegrierte Maßnahmen, Mechanismen und Kontrollen in organisatorische und technische Abläufe eingebunden. Es baut auf bestehenden Risikomanagement- und Prozessstrukturen im Unternehmen auf, bildet die Kontrollaktivitäten zu den wesentlichen Risiken ab und überwacht den Kontrolldurchführungsprozess. Die Interne Revision prüft die Einhaltung der relevanten Regelungen ex post. Die Erkenntnisse der Revision dienen der Beurteilung der Wirksamkeit der integrierten Kontrollen und Maßnahmen.

Neben dem Risikomanagement und der Konzernrevision bildet die Compliance die dritte Säule der Corporate Governance. Werte wie Ehrlichkeit, Berechenbarkeit und Transparenz stellen wesentliche Maßstäbe im geschäftlichen Handeln der Österreichischen Post dar. Deshalb wurde bereits im Jahr 2010 ein Compliance-Management-System, kurz „CMS“, implementiert und seither kontinuierlich ausgebaut. Ziel ist es, die etablierte konzernweite Compliance-Kultur nachhaltig zu festigen und damit Haftungsrisiken und sonstige Rechtsnachteile für das Unternehmen und seine Mitarbeiter zu vermeiden. Hinter dieser Initiative steht die Überzeugung, dass Compliance einen wertschöpfenden Beitrag zur Entwicklung des Unternehmens leistet. Die Basis für das CMS liefert der Verhaltens- und Ethikkodex der Österreichischen Post. Er gibt den Rahmen und die Leitlinien für den Umgang mit Stakeholdern und der Mitarbeiter untereinander vor.

Den Schwerpunkt der Compliance-Aktivitäten bildeten auch im Jahr 2016 die Bereiche „Business-Compliance“ und „Kapitalmarkt-Compliance“. Wie bereits 2015 beschlossen, ist mit der „Kartellrechts-Compliance“ ein weiterer Schwerpunkt in der Compliance-Arbeit hinzugekommen. Ihr Ziel ist es, das Compliance-Bewusstsein vor allem im Umgang mit Wettbewerbern zu stärken. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde ein Schulungshandbuch für zuständige Mitarbeiter erarbeitet und mit den entsprechenden Schulungsmaßnahmen gestartet. Im Bereich der Kapitalmarkt-Compliance beschäftigten das Compliance-Team vor allem die durch das Inkrafttreten der Marktmissbrauchs-Verordnung der Europäischen Kommission erforderlichen Änderungen im Compliance-Management-System der

Post. Konkret musste die Konzernrichtlinie „Kapitalmarkt-Compliance“ überarbeitet und neu beschlossen werden, eine Präsenzschriftungsreihe zur Information der Mitglieder aus Vertraulichkeitsbereichen wurde gestartet, das E-Learning-Tool sowie die Infomail-Reihe zu diesem Thema wurden an die neuen Regelungen angepasst und ein Hinweisgebersystem für Kapitalmarktverstöße wurde initiiert. Im Bereich der „Business-Compliance“ wurde nach einem Jahr Erfahrung mit der neuen Sponsoring- und Spendenrichtlinie eine Evaluierung durch das Compliance-Team vorgenommen und die Erkenntnisse daraus wurden in die Richtlinie eingearbeitet. Ebenfalls evaluiert wurde 2016 der Vendor-Integrity-Check und in der Folge wurde ein neues Konzept dafür erarbeitet. Das Compliance-Risk-Assessment wurde im Jahr 2016 in neuer Form erfolgreich durchgeführt.

Die Österreichische Post hat auch im Jahr 2016 die kontinuierliche Integration der Compliance-Organisation in ihren Tochterunternehmen, insbesondere jenen in Südost- und Osteuropa, weiter vorangetrieben, wobei auch hier die inhaltlichen Schwerpunkte „Business-Compliance“ und „Kapitalmarkt-Compliance“ um die „Kartellrechts-Compliance“ erweitert wurden. Um das Ziel der verstärkten Integration zu erreichen, fand im abgelaufenen Jahr bereits zum 4. Mal der „International Compliance Day“ in der Unternehmenszentrale der Österreichischen Post statt. Der Teilnehmerkreis bestand aus den nationalen Compliance-Beauftragten und den Compliance-Beauftragten der internationalen Tochterunternehmen der Österreichischen Post sowie aus Vertretern des Top-Managements. Die verstärkte Zusammenarbeit und verbesserte Anbindung der Konzern-Töchter an die Konzern-Mutter war Thema des ersten Tages der Veranstaltung. Der Fokus des zweiten Tages lag auf den Fachvorträgen zu den Themen Kartellrechts-Compliance und Datenschutzrecht sowie dem Gastvortrag eines Compliance-Verantwortlichen eines börsennotierten Unternehmens. Zur Verbesserung der Integration wurden im Jahr 2016 Vor-Ort-Risikogespräche bei den Tochtergesellschaften in CEE/SEE aufgenommen.

— ABSCHLUSSPRÜFUNG

Die KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft wurde auf Vorschlag des Aufsichtsrats von der Hauptversammlung am 14. April 2016 zum Abschlussprüfer des Jahres- und Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2016 bestellt. Im Geschäftsjahr 2016 betrugen die Aufwendungen für die Prüfung des Einzel- und Konzernabschlusses 98.000 EUR (exkl. USt.) sowie für Abschlussprüfungen bei Tochtergesellschaften der Österreichischen Post 132.700 EUR (exkl. USt.). Für andere Bestätigungs- und sonstige Leistungen erhielt die KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft ein Honorar von 61.175 EUR (exkl. USt.).

— AKTIONÄRE

Das Grundkapital der Österreichischen Post ist geteilt in 67.552.638 auf Inhaber lautende Stückaktien. Es liegen keine Stimmrechtsbeschränkungen oder Syndikatsvereinbarungen vor, die der Gesellschaft bekannt sind. Das Prinzip „One Share – One Vote“ kommt voll zum Tragen. Die Republik Österreich hält über die Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH (ÖBIB) 52,85 % der Anteile an der Österreichischen Post.

Die Gleichbehandlung und die umfassende Information aller Aktionäre haben für die Österreichische Post einen besonders hohen Stellenwert. Dazu gehört auch, dass über die gesetzlich verpflichtenden Auskunfts- und Offenlegungspflichten hinaus (Geschäfts- und Quartalsberichte, Ad-hoc-Meldungen, Offenlegung der Directors' Dealings) regelmäßig und unter Beachtung der gebotenen Gleichbehandlung aller Aktionäre in Pressemeldungen sowie in Analysten-, Presse- und Aktionärskonferenzen über die Entwicklung des Unternehmens berichtet wird. Alle Berichte und Meldungen sowie die wesentlichen Präsentationen zu diesen Konferenzen werden unter www.post.at/ir veröffentlicht. Im Jahr 2016 wurden sechs Ad-hoc-Meldungen publiziert. Diese sowie die Aktionärsstruktur sind unter www.post.at/ir abrufbar.

— MASSNAHMEN ZUR FRAUENFÖRDERUNG

Der Post-Konzern hat sich zum Ziel gesetzt, den Frauenanteil in Führungspositionen kontinuierlich zu steigern, um eine gleichberechtigte Beteiligung an der Verantwortung und Entscheidungsfindung im Unternehmen zu erreichen. Im Aufsichtsrat der Österreichischen Post sind insgesamt vier Frauen vertreten, das entspricht einem Anteil von 50 % an der von der Hauptversammlung gewählten Mitgliederzahl. Edith Hlawati und Edeltraud Stiftinger haben seit 15. April 2015 den Vorsitz bzw. den stellvertretenden Vorsitz im Aufsichtsrat inne.

Chancengleichheit am Arbeitsplatz und Gleichbehandlung von Mitarbeitern ohne Ansehung des Geschlechts sind für die Österreichische Post wie auch für ihre Tochtergesellschaften selbstverständlich. Im Rekrutierungsprozess wird auf strenge Gleichbehandlung von Frauen und Männern ein hohes Augenmerk gelegt. In zahlreichen Bereichen konnten sich Frauen für die Übernahme von Führungsfunktionen qualifizieren. Im Berichtsjahr 2016 lag der Anteil an weiblichen Führungskräften bei rund 23 %. Der Frauenanteil insgesamt betrug rund 29 %.

Um die Österreichische Post als Arbeitgeber für Frauen attraktiv zu positionieren, werden vor allem Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie ergriffen und entsprechende Karriereöglichkeiten geschaffen. Im Jahr 2016 erhielt die Österreichische Post erneut das Zertifikat „berufundfamilie“ des österreichischen Familienministeriums, welches bis 2019 gültig ist. Angebote wie flexible Arbeitszeitmodelle, ein Kindergarten am Standort der Unternehmenszentrale, Einbindung von karenzierten Mitarbeitern in das interne Informationsnetz sowie eine umfangreiche Informationsplattform zu Themen wie Karenz oder Kinderbetreuung im Post-Intranet vervollständigen das Maßnahmenpaket rund um das Thema Beruf und Familie.

Die Maßnahmen setzen aber auch einen Schritt früher an, nämlich bei den Schülerinnen: Das Brief- und Paketzentrum sowie die Güterbeförderung in Wien-Inzersdorf luden 2016 bereits zum neunten Mal zum Wiener Töchtertag ein. Ziel dieser Veranstaltung ist es, jungen Mädchen im Alter von 11 bis 16 Jahren noch vor ihrer Berufs- und Ausbildungswahl Einblicke in techniknahe Arbeitsfelder zu gewähren und so den Frauenanteil in diesen Bereichen zu erhöhen.

2 — ZUSAMMENSETZUNG DES VORSTANDS

Der Vorstand der Österreichischen Post besteht aus vier Personen. Nachstehend folgen nähere Informationen zu den Mitgliedern des Vorstands einschließlich ihres beruflichen Werdeganges und ihres aktuellen Verantwortungsbereichs. Die Aufgabenverteilung des Vorstands ist in der vom Aufsichtsrat verabschiedeten und zuletzt im Jahr 2015 geänderten Geschäftsordnung des Vorstands festgelegt. Die Vorstandsmitglieder nehmen keine Leitungs- und Überwachungsaufgaben bei wesentlichen operativ tätigen Tochterunternehmen wahr.

Name (Geburtsjahr)	Funktion	Erstbestellung	Ende der laufenden Funktionsperiode	Zusätzliche Mandate (per 31.12.2016)
 Georg Pölzl (1957)	Vorstandsvorsitzender, Generaldirektor	01.10.2009	30.09.2019	
 Walter Oblin (1969)	Vorstandsmitglied	01.07.2012	30.06.2020 ¹	Aufsichtsrat der BAWAG Holding GmbH, Aufsichtsrat der BAWAG P.S.K.
 Walter Hitziger (1960)	Vorstandsmitglied	01.05.2004	31.12.2021 ¹	Aufsichtsrat der BAWAG P.S.K. Versicherung AG
 Peter Umundum (1964)	Vorstandsmitglied	01.04.2011	31.03.2021 ¹	

¹ Unter Berücksichtigung der Verlängerungsoption

— BERUFLICHER WERDEGANG UND VERANTWORTUNGSBEREICHE

GEORG PÖLZL

Georg Pölzl studierte und promovierte an der Montanuniversität Leoben. Seine berufliche Laufbahn startete er als Unternehmensberater bei McKinsey & Company. Danach wechselte er in den Vorstand des Maschinen- und Anlagenbauers Binder & Co. AG. Insgesamt neun Jahre leitete Georg Pölzl anschließend T-Mobile Austria in Wien. Es folgte ein Wechsel nach Deutschland, wo Georg Pölzl als Sonderbeauftragter des Vorstands der Deutschen Telekom für die Umsetzung des erfolgreichen Restrukturierungsprogramms verantwortlich war. Vor seiner erstmaligen Bestellung zum Vorstandsvorsitzenden der Österreichischen Post im Jahr 2009 war Georg Pölzl als Sprecher der Geschäftsführung von T-Mobile Deutschland tätig. Sein Mandat läuft bis 30. September 2019.

Georg Pölzl verantwortet als Generaldirektor die Bereiche Strategie- und Konzernentwicklung, Unternehmenskommunikation und Investor Relations sowie Konzernrevision & Compliance. Darüber hinaus fallen das E-Commerce und Online-Innovationsmanagement, das Personalmanagement sowie die Endkundeninitiativen und das Kundenservice in seinen Zuständigkeitsbereich. Mit Oktober 2014 wurde Georg Pölzl als Professor für „Strategische Unternehmensführung“ an die Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Karl-Franzens-Universität Graz berufen.

WALTER OBLIN

Walter Oblin absolvierte das Studium Wirtschaftsingenieurwesen und Maschinenbau an der Technischen Universität Graz und hält einen Master of Science in Industrial Administration der Purdue University in Indiana (USA). Von 1994 bis 2008 war er bei McKinsey & Company in Wien tätig, ab 2000 als Partner und Mitglied der Geschäftsleitung. In dieser Zeit hat Walter Oblin vor allem führende internationale Transport-, Infrastruktur- und Logistikunternehmen bei strategischen und operativen Veränderungen beraten. Nach einer Vorstandstätigkeit beim deutschen Technologieunternehmen SorTech AG folgte im Oktober 2009 der Wechsel zur Österreichischen Post, wo er bis zum Antritt der Vorstandsfunktion den Bereich Strategie und Konzernentwicklung leitete. Sein Mandat läuft unter Berücksichtigung der Verlängerungsoption bis 30. Juni 2020.

Walter Oblin ist für Konzern-Rechnungswesen, Finanzen Brief, Werbepost & Filialen, Finanzen Paket & Logistik, Konzern-Controlling und Treasury verantwortlich. Darüber hinaus verantwortet er die Bereiche Konzern-IT, Konzern-Einkauf & Fuhrpark, Recht und Konzern-Immobilien.

WALTER HITZIGER

Walter Hitziger startete seine Karriere nach Abschluss des Studiums des Wirtschaftsingenieurwesens für Maschinenbau an der Technischen Universität in Graz in der Steirerbrau AG – Steirische Brauindustrie AG (Gösser/Puntigamer) und verantwortete dort die Distributionslogistik. Jeweils als Bereichsleiter im Consulting war er in den Jahren 1990 bis 1997 bei der Agiplan Planungsgesellschaft sowie der Econsult Betriebsberatungsgesellschaft in Wien beschäftigt. Von 1997 bis zu seiner erstmaligen Bestellung zum Vorstandsmitglied der Österreichischen Post mit Mai 2004 war er als Vorstand der bauMax Handels AG für Einkauf und Logistik verantwortlich. Der Aufsichtsrat hat Walter Hitziger in der Sitzung vom 9. März 2016 als Mitglied des Vorstands wiederbestellt. Sein Mandat läuft unter Berücksichtigung der Verlängerungsoption bis zum 31. Dezember 2021.

Walter Hitziger verantwortet die Division Brief, Werbepost & Filialen und somit sechs Geschäftsfelder des Konzerns. Sein Ressort umfasst die Annahme, Sortierung und Zustellung von Brief- und Werbesendungen, das Filialnetz sowie Zusatzleistungen rund um den Brief und Online-Services. International ist Walter Hitziger für die Briefaktivitäten in den Ländern Südost- und Osteuropas sowie für die Austrian Post International Deutschland GmbH mit Sitz in Bonn zuständig.

PETER UMUNDUM

Peter Umundum startete nach seinem Studium der Informatik an der Technischen Universität Graz seine berufliche Karriere im Jahr 1988 bei der Steirerbrau AG, wo er die Leitung der Organisations- und Informatikabteilung übernahm. 1994 wechselte er als IT-Leiter zur Styria Medien AG und stieg zwei Jahre später zum Geschäftsführer der Tochtergesellschaft Media Consult Austria GmbH auf. 1999 war er Mitbegründer und Geschäftsführer von redmail. Im Jahr 2001 wurde Peter Umundum mit der

Geschäftsführung der Tageszeitung „Die Presse“ betraut und drei Jahre später in die Geschäftsführung der Tageszeitung „Kleine Zeitung“ berufen. 2005 folgte der Wechsel zur Österreichischen Post, wo er bis zum Antritt seiner Vorstandsfunktion im Jahr 2011 als Mitglied der Divisionsleitung Brief für die Bereiche Produktion und Logistik sowie für nationale und internationale Beteiligungen verantwortlich war. Sein Mandat läuft unter Berücksichtigung der Verlängerungsoption bis zum 31. März 2021.

Peter Umundum trägt die Verantwortung für die Division Paket & Logistik, die mit eigenen Gesellschaften in acht europäischen Ländern präsent ist. Darüber hinaus ist Peter Umundum Vorsitzender des Beirats des europäischen Transportnetzwerks EURODIS.

3 — ZUSAMMENSETZUNG DES AUFSICHTSRATS

Der Aufsichtsrat besteht am 31. Dezember 2016 aus insgesamt zwölf Mitgliedern – acht von der Hauptversammlung gewählten Kapitalvertretern und vier vom Zentralausschuss entsendeten Arbeitnehmervertretern. Im Jahr 2016 kam es zu keinen Veränderungen im Aufsichtsrat.

Name (Geburtsjahr)	Nationalität	Haupttätigkeit	Erstbestellung	Ende der laufenden Funktionsperiode	Mandate in börsennotierten Unternehmen (Stand 31.12.2016)
KAPITALVERTRETER					
 Edith Hlawati (1957) Vorsitzende	Österreich	Rechtsanwältin	26.04.2007	Ordentliche Hauptversammlung 2018	
 Edeltraud Stiftinger (1966) Stellvertreterin der Vorsitzenden	Österreich	Geschäftsführerin Austria Wirtschaftsservice GmbH	15.04.2015	Ordentliche Hauptversammlung 2020	
 Erich Hampel (1951)	Österreich	Unternehmens- berater	22.04.2010	Ordentliche Hauptversammlung 2018	Zagrebačka banka d.d. (Kroatien)
 Peter E. Kruse (1950)	Schweiz	Unternehmens- berater	24.04.2014	Ordentliche Hauptversammlung 2018	
 Chris E. Muntwyler (1952)	Schweiz	CEO der Conlogica AG (Schweiz)	22.04.2010	Ordentliche Hauptversammlung 2018	Panalpina World Transport AG (Schweiz), National Express Group PLC (UK)
 Markus Pichler (1968)	Österreich	Head of Non Energy Drink Beverages bei Red Bull GmbH	28.04.2011	Ordentliche Hauptversammlung 2018	
 Elisabeth Stadler (1961)	Österreich	Generaldirektorin Vienna Insurance Group AG	28.04.2011	Ordentliche Hauptversammlung 2018	
 Herta Stockbauer (1960) Finanzexpertin	Österreich	Vorstands- vorsitzende der BKS Bank AG	15.04.2015	Ordentliche Hauptversammlung 2020	SW Umwelttechnik Stoiser & Wolschner AG, Oberbank AG, Bank für Tirol und Vorarlberg Aktiengesellschaft

Name (Geburtsjahr)	Nationalität	Haupttätigkeit	Erstbestellung	Ende der laufenden Funktionsperiode	Mandate in börsennotierten Unternehmen (Stand 31.12.2016)
-----------------------	--------------	----------------	----------------	--	--

ARBEITNEHMERVERTRETER

	Helmut Köstinger (1957)	Österreich	Zentralausschuss (Vorsitzender)	14.04.2005	
	Martin Palensky (1963)	Österreich	Zentralausschuss (Vorsitzender-Stv.)	22.02.2002	
	Andreas Schieder (1976)	Österreich	Zentralausschuss	19.10.2010	
	Manfred Wiedner (1963)	Österreich	Zentralausschuss	03.03.1999	

— DIVERSITÄT

Für die Vergabe der Sitze im Aufsichtsrat bilden fachliche Qualifikation und persönliche Kompetenz die zentralen Kriterien. Der Aufsichtsrat wird diese Voraussetzungen bei Vorschlägen für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern stets in den Vordergrund stellen.

Zusätzlich wird bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats auf Diversität geachtet. Das Alter der Aufsichtsratsmitglieder reicht von 40 bis 66 Jahre. Zwei Mitglieder sind nicht österreichischer Nationalität. 50% der von der Hauptversammlung gewählten Mitglieder sind Frauen, was einen überdurchschnittlich hohen Wert im österreichweiten Vergleich bedeutet.

— UNABHÄNGIGKEIT

Der Aufsichtsrat der Österreichischen Post AG hat gemäß C-Regel 53 des Österreichischen Corporate Governance Kodex folgende Kriterien zur Feststellung der Unabhängigkeit von Aufsichtsratsmitgliedern, die dem Anhang 1 des Österreichischen Corporate Governance Kodex in der Fassung Jänner 2015 entsprechen, festgelegt:

1. Das Aufsichtsratsmitglied soll in den vergangenen fünf Jahren nicht Mitglied des Vorstands oder leitender Angestellter der Gesellschaft oder eines ihrer Tochterunternehmen gewesen sein.
2. Das Aufsichtsratsmitglied soll zur Gesellschaft oder einem ihrer Tochterunternehmen kein Geschäftsverhältnis in einem für das Aufsichtsratsmitglied bedeutenden Umfang unterhalten oder im letzten Jahr unterhalten haben. Dies gilt auch für Geschäftsverhältnisse mit Unternehmen, an denen das Aufsichtsratsmitglied ein erhebliches wirtschaftliches Interesse hat, jedoch nicht für die Wahrnehmung von Organfunktionen im Konzern. Die Genehmigung einzelner Geschäfte durch den Aufsichtsrat gemäß L-Regel 48 führt nicht automatisch zur Qualifikation als nicht unabhängig.
3. Das Aufsichtsratsmitglied soll in den letzten drei Jahren nicht Abschlussprüfer der Gesellschaft oder Beteiligter oder Angestellter der prüfenden Prüfungsgesellschaft gewesen sein.
4. Das Aufsichtsratsmitglied soll nicht Vorstandsmitglied in einer anderen Gesellschaft sein, in der ein Vorstandsmitglied der Gesellschaft Aufsichtsratsmitglied ist.
5. Das Aufsichtsratsmitglied soll nicht länger als 15 Jahre dem Aufsichtsrat angehören. Dies gilt nicht für Aufsichtsratsmitglieder, die Anteilseigner mit einer unternehmerischen Beteiligung sind oder die Interessen eines solchen Anteilseigners vertreten.
6. Das Aufsichtsratsmitglied soll kein enger Familienangehöriger (direkte Nachkommen, Ehegatten, Lebensgefährten, Eltern, Onkel, Tanten, Geschwister, Nichten, Neffen) eines Vorstandsmitglieds

oder von Personen sein, die sich in einer in den vorstehenden Punkten beschriebenen Position befinden.

Alle Kapitalvertreter der Österreichischen Post sind unabhängig, es liegen schriftliche Erklärungen über ihre Unabhängigkeit gemäß oben genannter Kriterien vor. Kein Kapitalvertreter ist Anteilseigner einer Beteiligung von mehr als 10 % oder vertritt die Interessen eines solchen Anteilseigners.

Zwischen den Aufsichtsräten und der Österreichischen Post gibt es keine Verträge, die gemäß Regel 48 und 49 des ÖCGK zustimmungspflichtig oder offenzulegen sind.

4 — ARBEITSWEISE DES VORSTANDS UND DES AUFSICHTSRATS

Der Vorstand ist als Leitungsorgan des Konzerns an das Unternehmensinteresse gebunden und leitet die Geschäfte auf Basis der Gesetze, der Satzung sowie der Geschäftsordnung. In der Geschäftsordnung für den Vorstand sind die Geschäftsverteilung und die Zusammenarbeit im Vorstand geregelt. Weiters enthält sie die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands sowie einen Katalog jener Maßnahmen, die der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen.

In zumindest vierzehntägig stattfindenden Sitzungen berät der Vorstand den aktuellen Geschäftsverlauf sowie strategische und operative Sachverhalte. Im Rahmen dieser Sitzungen werden jene Entscheidungen getroffen, die der Genehmigung des Gesamtvorstands bedürfen. Darüber hinaus gibt es einen ständigen gegenseitigen Informationsaustausch über relevante Aktivitäten und Geschehnisse untereinander sowie mit den jeweils zuständigen Führungskräften.

Unterstützung bei der Geschäftsführung erhält der Vorstand durch den so genannten Führungskreis. Dieser besteht aus rund 50 Top-Level-Mitarbeitern und übt eine beratende und unterstützende Funktion in sämtlichen operativen und strategischen Belangen der Österreichischen Post aus.

Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung, einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements in der Gesellschaft und in den wesentlichen Konzernunternehmen. Darüber hinaus findet im Sinne guter Corporate Governance eine laufende Abstimmung zwischen der Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstandsvorsitzenden hinsichtlich jener Angelegenheiten statt, die in die Zuständigkeit des Aufsichtsrats fallen. Dazu gehört insbesondere die Diskussion von Strategie, Geschäftsentwicklung und Risikomanagement des Unternehmens.

Der Aufsichtsrat überwacht die Geschäftsführung und entscheidet in Fragen grundsätzlicher Bedeutung sowie über die strategische Ausrichtung des Unternehmens. Die Arbeit des Aufsichtsrats ist geprägt von einem hohen Maß an Offenheit. Die intensive Ausschussarbeit unterstützt den Aufsichtsrat in Hinblick auf eine fokussierte Diskussion und eine effiziente Entscheidungsfindung.

Das im Geschäftsjahr 2015 ins Leben gerufene Fortbildungsprogramm ist mittlerweile ein fixer Bestandteil der Aufsichtsratsarbeit und wurde im Jahr 2016 fortgesetzt. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Themenschwerpunkte „Türkei“, „Kapitalmarkt“ und „Informationstechnologie – Trends und Sicherheit“. Die Diskussion mit internen und externen Experten zielt insbesondere auf die Vertiefung der Marktkenntnisse sowie den Erfahrungsaustausch außerhalb der Sitzungen ab.

Gemäß der Anforderung des ÖCGK (Regel C-36) hat der Aufsichtsrat im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Selbstevaluierung seiner Tätigkeit anhand eines Fragebogens durchgeführt. In der Aufsichtsratssitzung am 10. August 2016 befasste er sich mit den Ergebnissen der Evaluierung und der Effizienz seiner Tätigkeit, insbesondere mit seiner Organisation und der Arbeitsweise. Die Auswertung der Ergebnisse zeigt, dass der Aufsichtsrat auf hohem professionellen Niveau und im Einklang mit den wesentlichen Prinzipien guter Corporate Governance arbeitet.

Dem **PRÄSIDIUM** obliegt gemäß Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat die Regelung der Beziehung zwischen der Gesellschaft und den Mitgliedern des Vorstands einschließlich der Erteilung der Zustimmung zu Nebenbeschäftigungen, soweit nicht der Gesamtaufichtsrat, der Vergütungs- oder

der Nominierungsausschuss zuständig ist. Darüber hinaus hält das Präsidium regelmäßig Kontakt zum Vorstandsvorsitzenden und diskutiert mit ihm die Strategie und die Geschäftsentwicklung.

Der **NOMINIERUNGS-AUSSCHUSS** unterbreitet dem Aufsichtsrat Vorschläge zur Besetzung frei werdender Mandate im Vorstand und befasst sich mit Fragen der Nachfolgeplanung. Der Nominierungsausschuss oder der gesamte Aufsichtsrat unterbreitet der Hauptversammlung Vorschläge zur Besetzung frei werdender Mandate im Aufsichtsrat.

Der **VERGÜTUNGS-AUSSCHUSS** befasst sich mit dem Inhalt von Anstellungsverträgen mit Vorstandsmitgliedern, sorgt für die Umsetzung der Vergütungsregeln des Österreichischen Corporate Governance Kodex und überprüft die Vergütungspolitik für Vorstandsmitglieder in regelmäßigen Abständen.

Dem **PRÜFUNGS-AUSSCHUSS** obliegen vor allem die Prüfung und Vorbereitung der Feststellung des Jahresabschlusses, die Prüfung des Konzernabschlusses, des Vorschlags für die Gewinnverteilung, des Lageberichts und Konzernlageberichts und des Corporate-Governance-Berichts. Einen hohen Stellenwert nimmt die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems ein. Eine wichtige Aufgabe des Prüfungsausschusses ist weiters die Vorbereitung des Vorschlags des Aufsichtsrats für die Auswahl des Abschlussprüfers und die Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers.

Der **PAKET & LOGISTIK AUSSCHUSS** begleitet den Vorstand bei der Vorbereitung komplexer Entscheidungen über grundlegende strategische Fragen, die den Bereich Paket & Logistik betreffen. Der Ausschuss trat im Berichtsjahr in sechs Sitzungen zusammen und berichtete über die Ergebnisse und allfällige Empfehlungen an den Aufsichtsrat.

	Präsidium	Nominierungs- ausschuss	Vergütungs- ausschuss	Prüfungs- ausschuss	Paket & Logistik Ausschuss
Edith Hlawati	✓	✓ (Vorsitz)	✓ (Vorsitz)		
Erich Hampel					
Peter E. Kruse					✓ (Vorsitz)
Chris E. Muntwyler					✓
Markus Pichler				✓	
Elisabeth Stadler				✓	
Edeltraud Stiftinger	✓	✓	✓	✓ (Vorsitz)	
Herta Stockbauer				✓	
Helmut Köstinger		✓		✓	✓
Martin Palensky					
Andreas Schieder					
Manfred Wiedner				✓	

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2016 sieben Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der ordentlichen Sitzungen waren die Überwachung der laufenden Geschäftsentwicklung der Österreichischen Post und ihrer Beteiligungen sowie diverse genehmigungspflichtige Geschäfte. Die laufenden Strategieprojekte wurden in allen Sitzungen intensiv erörtert. Die Arbeitsschwerpunkte 2016 des Aufsichtsrats sind im Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zusammengefasst.

Der Prüfungsausschuss hielt vier Sitzungen ab. Im Rahmen der Sitzung zum Jahres- und Konzernabschluss, an der auch der Wirtschaftsprüfer teilgenommen hat, wurden alle Aufgaben gemäß § 92 Abs. 4a AktG wahrgenommen. Außerdem hat sich der Prüfungsausschuss intensiv mit den im Jahr 2016 erstellten Quartalsabschlüssen (Zwischenabschlüssen) auseinandergesetzt. Dem Aufsichtsrat wurde empfohlen, der Hauptversammlung die KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft als Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer der Österreichischen Post für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen. Der Nominierungsausschuss war im Geschäftsjahr 2016 mit der Erstellung eines Besetzungsvorschlags für die Vorstandsfunktion „Vorstandsmitglied für den Bereich Brief, Werbepost & Filialen“ befasst. Der Vergütungsausschuss befasste sich mit der

variablen Vergütung des Vorstands und dem Inhalt des Anstellungsvertrages von Walter Hitziger, dessen Funktion als Vorstandsmitglied für den Bereich Brief, Werbepost & Filialen verlängert wurde.

Bei den Sitzungen des Aufsichtsrats betrug die Anwesenheitsquote aller Aufsichtsratsmitglieder rund 93 %. Kein Mitglied nahm an weniger als der Hälfte der Sitzungen persönlich teil.

5 — VERGÜTUNGSBERICHT

Der Vergütungsbericht erläutert Höhe und Struktur der Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge der Österreichischen Post.

— VORSTAND

Das Vergütungssystem basiert auf dem Grundgedanken eines Drei-Säulen-Modells (fixe und variable Gehaltsbestandteile sowie ein Long-Term-Incentive-Programm). Das fixe Basisgehalt orientiert sich an der Gehaltsstruktur börsennotierter österreichischer Unternehmen und richtet sich nach dem Umfang des Aufgabenbereichs und der Verantwortung des jeweiligen Vorstandsmitglieds.

Die variable Vergütung knüpft zu einem hohen Anteil an messbare, kurzfristige Leistungsindikatoren an und enthält weiters qualitative Zielerreichungskomponenten. Für den variablen Gehaltsbestandteil wurde eine Obergrenze von 120 % des Jahresfixbezugs festgelegt.

Die fixen und variablen Bezüge der aktiven Vorstandsmitglieder betrugen im Jahr 2016 insgesamt 4.032 TEUR.

in TEUR	Fixe Bezüge (inkl. Sachbezüge)		Variable Bezüge		Gesamtbezüge (inkl. Sachbezüge)	
	2015	2016	2015	2016	2015	2016
Georg Pölzl	611	615	675	720	1.286	1.335
Walter Oblin	392	414	406	458	798	872
Walter Hitziger	451	454	528	528	979	982
Peter Umundum	373	406	406	436	779	842
Summe	1.827	1.891	2.015	2.141	3.842	4.032

Die Auszahlung der variablen Bezüge erfolgt im Folgejahr, da die Zielerreichung erst zum Jahresende ermittelt werden kann. Dargestellt sind daher die an die Vorstandsmitglieder in den Jahren 2015 bzw. 2016 gewährten variablen Bezüge für die Jahre 2014 bzw. 2015.

Im Fall einer Beendigung des Dienstverhältnisses eines Vorstandsmitglieds sehen die Vorstandsverträge Abfertigungsansprüche in Höhe von bis zu einem Jahresbezug oder eine Einbindung in den Geltungsbereich des BMSVG (Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigen-Vorsorgegesetz) vor. Alle Vorstandsmitglieder verfügen über eine Pensionskassenregelung entsprechend den Bestimmungen der Vertragsschablone (BGBl), in deren Rahmen sich die Österreichische Post zu einer jährlichen Einzahlung in Höhe von 10 % des fixen JahresbruttoBezugs verpflichtet hat. Die Vorstandsverträge enthalten keine „Change of Control“-Klauseln.

Die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Österreichischen Post sind im Rahmen einer D&O-Versicherung mit einer Haftungssumme von 70 Mio EUR versichert. Die Versicherung umfasst die gerichtliche und außergerichtliche Abwehr unbegründeter sowie die Befriedigung begründeter Schadenersatzansprüche.

Die Aufnahme von Nebentätigkeiten durch die Vorstandsmitglieder setzt die Zustimmung des Präsidiums des Aufsichtsrats voraus. Dadurch ist sichergestellt, dass weder der zeitliche Aufwand noch die dafür gewährte Vergütung zu einem Konflikt mit den Aufgaben als Vorstandsmitglied führt.

Das im Geschäftsjahr 2010 eingeführte Long-Term-Incentive-Programm (LTIP) für den Vorstand berücksichtigt die Vorgaben der EU-Vergütungsempfehlung vom April 2009 und basiert auf der erfolgsabhängigen Zuteilung von Aktien. Ziel ist es, die Interessen des Managements mit denen der Aktionäre auf eine mittel- bis langfristige Steigerung des Unternehmenswerts in Einklang zu bringen. Das LTIP sieht ein einmaliges Eigeninvestment jedes teilnehmenden Vorstandsmitglieds mit einer Laufzeit von drei Jahren und einer daran anschließenden einjährigen Behaltefrist vor. Die Anzahl der für das Eigeninvestment benötigten Aktien der Österreichischen Post AG ergibt sich aus einem definierten Prozentsatz des Bruttofixgehaltes, dividiert durch den Referenzkurs des vierten Quartals des jeweiligen Vorjahres. Zu Beginn des Programms wurden Zielwerte für Schlüsselindikatoren (Total Shareholder Return, Free Cashflow und Earnings per Share) festgelegt, wobei die Ziele gleich gewichtet sind. Die Zielerreichung wird über einen dreijährigen Beobachtungszeitraum ermittelt. Im Geschäftsjahr 2016 erfolgte die Auszahlung des LTIP 2013–2015.

	LTIP 2013–2015 Eigeninvestment		gehaltene Aktien zum 31.12.2016 in Stk.	entsprechender Gegenwert in TEUR ³	LTIP 2013–2015
	notwendige Aktien in Stk.	entsprechender Gegenwert in TEUR ²			Auszahlung in TEUR
Georg Pözl	15.548	440	27.054	848	1.114
Walter Oblin	6.997	198	9.899	310	520
Walter Hitziger	9.329	264	12.100	379	693
Peter Umundum	6.997	198	10.827	339	520

² Auf Basis Durchschnittskurs H2 2012

³ Auf Basis Durchschnittskurs Q4 2016

— GRUNDSÄTZE DER VERGÜTUNG DER FÜHRUNGSKRÄFTE

Die für den Vorstand geltenden Grundsätze werden in angepasster Form auch auf die Führungskräfte und Geschäftsführer wesentlicher Tochtergesellschaften angewendet. Die Gehälter der Führungskräfte enthalten fixe und variable Bestandteile, die auf dem Erreichen von finanziellen und nicht finanziellen Unternehmenszielen sowie individuell vereinbarten Zielen basieren.

Darüber hinaus besteht ein Long-Term-Incentive-Programm für Führungskräfte, an dem definierte Mitglieder der Führungsebenen des Konzerns teilnehmen. Das LTIP knüpft an im Vorfeld festgelegte, messbare, langfristige und nachhaltige Kriterien (Total Shareholder Return, Free Cashflow und Earnings per Share) an und sieht ein entsprechendes Eigeninvestment als Voraussetzung für die Teilnahme vor. Die Ermittlung der Zielerreichung erstreckt sich jeweils über eine Laufzeit von drei Jahren.

— AUFSICHTSRAT

Die Vergütung für den Aufsichtsrat wird jährlich in der ordentlichen Hauptversammlung für das jeweils abgelaufene Geschäftsjahr beschlossen. Darüber hinaus werden anfallende Reisekosten erstattet. Für das Geschäftsjahr 2015 hat die Hauptversammlung am 14. April 2016 die Bezüge für die Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt festgelegt:

- für die Vorsitzende: 30.000 EUR
- für die stellvertretende Vorsitzende: 25.000 EUR
- für jedes weitere Mitglied des Aufsichtsrats: 20.000 EUR

- für die/den Vorsitzende/n eines Ausschusses: 14.000 EUR
- für die stellvertretende Vorsitzende des Prüfungsausschusses: 12.000 EUR
- für jedes weitere Mitglied eines Ausschusses: 10.000 EUR

Die Ausschussvergütung ist mit einem Ausschussmandat limitiert und steht sohin auch bei Tätigkeit in mehreren Ausschüssen nur einmal zu.

Zusätzlich erhält jedes im Inland ansässige Aufsichtsrats- und Ausschussmitglied ein Sitzungsgeld von 600 EUR pro Mitglied und besuchter Sitzung. Für jeden internationalen Experten ist ein Sitzungsgeld von 1.600 EUR pro Mitglied und besuchter Sitzung festgelegt. Für die Teilnahme an Sitzungen des Aufsichtsrats durch eine andere Form als der physischen Anwesenheit (§ 12 Abs. 5 und 6 der Satzung) beträgt das Sitzungsgeld in jedem Fall 600 EUR pro Mitglied und Sitzung.

Soweit Mitglieder des Aufsichtsrats bzw. eines Ausschusses dem Organ nicht während des ganzen Geschäftsjahres angehört haben, erfolgt die Auszahlung der Vergütung aliquot (berechnet auf Tagesbasis).

Daraus ergeben sich für die Mitglieder des Aufsichtsrats nachfolgend einzeln angeführte Vergütungen, die im Geschäftsjahr 2016 ausbezahlt wurden.

Name	Für 2015 gewährte und 2016 ausbezahlte Vergütung	Sitzungsgeld 2016
KAPITALVERTRETER		
Edith Hlawati, Vorsitzende seit 15.4.2015 (Stellvertreterin des Vorsitzenden bis 15.4.2015)	41.532	6.000
Edeltraud Stiftinger (Stellvertreterin der Vorsitzenden seit 15.4.2015)	27.888	8.400
Rudolf Kemler ⁴ (ausgeschieden, Vorsitzender bis 15.4.2015)	12.657	
Erich Hampel	20.000	3.600
Peter E. Kruse	29.205	19.800
Günter Leonhartsberger ⁴ (ausgeschieden mit 15.4.2015)	8.630	
Chris E. Muntwyler	26.575	14.600
Markus Pichler	30.000	5.400
Elisabeth Stadler	30.000	5.400
Herta Stockbauer (seit 15.4.2015)	22.882	6.600
ARBEITNEHMERVERTRETER		
Helmut Köstinger		10.200
Martin Palensky		4.200
Andreas Schieder		4.200
Manfred Wiedner		6.000

⁴ Aufsichtsratsvergütung und Sitzungsgelder wurden an die ÖBIB abgeführt

Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat üben ihre Funktion ehrenamtlich aus und werden für ihre Tätigkeit im Zentralausschuss gemäß ihrem jeweiligen Dienstvertrag entlohnt. Sie erhalten nur Sitzungsgeld. Sie können nur vom Zentralausschuss, dies aber jederzeit, abberufen werden.

Aktienkäufe und -verkäufe von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats werden gemäß Artikel 19 Marktmissbrauchsverordnung (VERORDNUNG (EU) Nr. 596/2014) innerhalb von drei Arbeitstagen nach dem Tag des Abschlusses des Geschäfts veröffentlicht und sind unter www.post.at/ir abrufbar. Ende 2016 waren insgesamt 62.130 Post-Aktien im Besitz von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats.

Aktienbesitz in Stück	31.12.2015	Kauf	Verkauf	31.12.2016
VORSTAND				
Georg Pölzl	26.054	1.000		27.054
Walter Oblin	9.099	800		9.899
Walter Hitziger	12.100			12.100
Peter Umundum	9.827	1.000		10.827
AUFSICHTSRAT				
Markus Pichler	2.000	250		2.250

Wien, am 24. Februar 2017

Der Vorstand



Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl
Vorstandsvorsitzender
Generaldirektor



Dipl.-Ing. Walter Oblin
Vorstandsmitglied
Finanzen



Dipl.-Ing. Walter Hitziger
Vorstandsmitglied
Brief, Werbepost & Filialen



Dipl.-Ing. Peter Umundum
Vorstandsmitglied
Paket & Logistik

JAHRES- ABSCHLUSS DER ÖSTERREICHISCHEN POST AG

138
JAHRES-
ABSCHLUSS

163
LAGEBERICHT

190
BESTÄTIGUNGS-
VERMERK

JAHRES- ABSCHLUSS

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2016

Aktiva	31.12.2015 TEUR	31.12.2016 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	13.309	10.057.908
2. geleistete Anzahlungen	0	880.966
	13.309	10.938.874
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	210.326	207.042.586
2. technische Anlagen und Maschinen	56.521	53.481.104
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	114.302	113.286.264
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	50.442	96.565.049
	431.591	470.375.003
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	388.661	384.649.284
2. Beteiligungen	13.334	9.707.361
3. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	69.461	72.632.798
	471.456	466.989.443
	916.356	948.303.320
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Hilfs- und Betriebsstoffe	4.956	4.816.526
2. Waren	9.710	8.133.129
	14.666	12.949.656
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0	182.286	171.665.595
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0	35.583	26.755.090
3. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0	485	274.434
4. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 9.275.687; Vorjahr TEUR 8.411	46.646	45.515.976
	265.000	244.211.096
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	279.760	261.527.875
	559.427	518.688.627
C. Rechnungsabgrenzungsposten	32.497	35.220.114
D. Aktive latente Steuern	0	79.741.188
	1.508.279	1.581.953.249

	31.12.2015	31.12.2016
Passiva	TEUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Grundkapital	337.763	337.763.190
II. Kapitalrücklagen		
1. gebundene	12.237	12.236.810
2. nicht gebundene	78.763	78.763.190
	91.000	91.000.000
III. Gewinnrücklagen		
1. gesetzliche Rücklage	35.000	35.000.000
2. andere Rücklagen (freie Rücklagen)	10.917	10.916.985
	45.917	45.916.985
IV. Bilanzgewinn	132.968	236.835.189
davon Gewinnvortrag: EUR 1.240.238,09; Vorjahr: TEUR 36.892		
	607.648	711.515.364
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	93.721	100.595.253
2. Steuerrückstellungen		
a) Rückstellungen für laufende Steuern	13.446	4.698.119
b) Rückstellungen für latente Steuern	3.639	0
3. sonstige Rückstellungen	479.243	450.092.864
	590.048	555.386.236
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.750	0
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 6.750		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0		
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	51	53.091
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 53.091; Vorjahr: TEUR 51		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0		
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	130.730	145.411.784
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 145.411.784; Vorjahr: TEUR 130.730		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0		
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	42.913	47.993.075
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 47.993.075; Vorjahr: TEUR 42.913		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0		
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.321	557.253
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 557.253; Vorjahr: TEUR 1.321		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0		
6. sonstige Verbindlichkeiten	108.425	102.244.382
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 81.612.028; Vorjahr: TEUR 93.377		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 20.632.355; Vorjahr: TEUR 15.049		
davon aus Steuern: EUR 31.189.104; Vorjahr: TEUR 40.448		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 22.560.717; Vorjahr: TEUR 21.302		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 275.627.231; Vorjahr: TEUR 275.142	290.191	296.259.586
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 20.632.355; Vorjahr: TEUR 15.049		
D. Rechnungsabgrenzungsposten	20.392	18.792.062
	1.508.279	1.581.953.249
Haftungsverhältnisse	6.338	3.718.036

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2016

	2015 TEUR	2016 EUR
1. Umsatzerlöse	1.756.804	1.746.112.276
2. aktivierte Eigenleistungen	567	1.170.008
3. sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	3.435	8.272.967
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3.403	4.595.539
c) übrige	35.508	11.286.707
4. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen		
a) Materialaufwand	-53.476	-45.045.037
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-275.511	-294.784.923
5. Personalaufwand		
a) Gehälter	-714.351	-702.637.048
b) soziale Aufwendungen	-244.388	-250.398.447
ba) Aufwendungen für Altersversorgung	-194	-208.918
bb) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-37.571	-53.316.634
bc) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-198.828	-189.057.153
bd) Sonstige Sozialaufwendungen	-7.796	-7.815.742
6. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen davon außerplanmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen gemäß § 204 Abs. 2 UGB: EUR 0; Vorjahr: TEUR 0	-59.875	-56.000.680
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Steuern, soweit nicht vom Einkommen und Ertrag	-6.809	-6.656.517
b) übrige	-232.192	-227.067.704
8. Zwischensumme aus Z 1 bis 7 (Betriebsergebnis)	213.115	188.847.140
9. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 18.992.000; Vorjahr: TEUR 26.769	27.347	19.735.966
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 0; Vorjahr: TEUR 99	1.067	2.503.942
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 138.432; Vorjahr: TEUR 442	5.946	1.362.058
12. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 0; Vorjahr: TEUR 677	684	0
13. Aufwendungen aus Finanzanlagen davon Abschreibungen: EUR 29.966.496; Vorjahr: TEUR 156.465 davon Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen: EUR 24.205.747; Vorjahr: TEUR 156.465	-156.728	-30.081.587
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 3.807; Vorjahr: TEUR 16	-4.039	-4.149.555
15. Zwischensumme aus Z 9 bis 14 (Finanzergebnis)	-125.724	-10.629.176
16. Ergebnis vor Steuern	87.391	178.217.964
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag		
a) laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	-46.342	-26.003.196
b) latente Steuern vom Einkommen und Ertrag	123	83.380.183
18. Ergebnis nach Steuern	41.171	235.594.951
19. Jahresüberschuss	41.171	235.594.951
20. Auflösung von Kapitalrücklagen	39.537	0
21. Auflösung von Gewinnrücklagen	15.368	0
22. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	36.892	1.240.238
23. Bilanzgewinn	132.968	236.835.189

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2016

Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeine Angaben	143
2.	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	144
2.1	Allgemeine Angaben	144
2.2	Anlagevermögen	149
2.3	Umlaufvermögen	149
2.4	Aktive latente Steuern	146
2.5	Rückstellungen	146
2.6	Verbindlichkeiten	148
2.7	Umsatzsteuer	148
3.	Erläuterungen zur Bilanz	149
3.1	Anlagevermögen	149
3.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	151
3.3	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	152
3.4	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	152
3.5	Aktive latente Steuern	152
3.6	Eigenkapital	152
3.7	Rückstellungen	153
3.8	Verbindlichkeiten	154
3.9	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	154
3.10	Haftungsverhältnisse	154
3.11	Sonstige finanzielle Verpflichtungen	154
3.12	Aktienbasierte Vergütungsprogramme	154
4.	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	157
4.1	Umsatzerlöse	157
4.2	Sonstige betriebliche Erträge	157
4.3	Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen	157
4.4	Personalaufwand	157
4.5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	158
4.6	Erträge aus Beteiligungen	159
4.7	Aufwendungen aus Finanzanlagen	159
4.8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	159
4.9	Steuern vom Einkommen und Ertrag	159
5.	Sonstige Angaben	160
5.1	Angaben zu nahestehenden Personen	160
5.2	Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	160
5.3	Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats	160

1. Allgemeine Angaben

Die Österreichische Post AG ist der landesweit führende Logistik- und Postdienstleister. Zu den Hauptgeschäftsbereichen zählen die Beförderung von Briefen, Werbesendungen, Printmedien und Paketen. Das Filialnetz der Österreichischen Post AG zählt zu den größten Privatkundennetzen des Landes und bietet seinen Kunden in ganz Österreich hochwertige Produkte und Services in den Bereichen Post, Bank und Telekommunikation. Durch die flächendeckende und zuverlässige Versorgung der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft mit Postdienstleistungen liefert das Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung und Absicherung der Kommunikations- und Logistikinfrastruktur des Landes.

Der Sitz der Österreichischen Post AG befindet sich in Wien, Österreich. Die Anschrift lautet Haidingergasse 1, 1030 Wien. Die Gesellschaft ist in das Firmenbuch beim Handelsgericht Wien zu FN 180219d eingetragen. Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 221 UGB.

Die Österreichische Post AG ist ein konsolidierungspflichtiges Mutterunternehmen im Sinne des § 244 UGB und stellt gemäß § 245a Abs.1 UGB ihren Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) auf.

Auf Grund des Rechnungslegungs-Änderungsgesetzes 2014 (RÄG 2014) wurde die Form der Darstellung des Jahresabschlusses im Vergleich zum Vorjahr in mehreren Punkten angepasst. Dies betrifft folgende Punkte:

- Die un versteuerten Rücklagen werden nach Abzug der Rückstellungen für latente Steuern in das Eigenkapital umgegliedert.
- Aufgrund der Neudefinition der Umsatzerlöse werden Erlöse von den sonstigen Erlösen in die Umsatzerlöse umgegliedert. Die diesbezüglichen Forderungen werden von den sonstigen Forderungen in die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie die korrespondierenden Aufwendungen von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu den Aufwendungen für bezogene Leistungen umgegliedert.
- Die Darstellung des Anlagenspiegels wurde geändert.

Die Vorjahresbeträge wurden an die neue Gliederung angepasst.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1 Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches (UGB) in der geltenden Fassung, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, erstellt.

Für die Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten. Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde Rechnung getragen, indem nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden berücksichtigt.

Die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem Gesamtkostenverfahren. Der Jahresabschluss wurde in Euro aufgestellt. Alle Beträge, sofern nicht anders angeführt, sind in tausend Euro (TEUR) angegeben. Bei Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatisierter Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Die bisherigen angewandten Bewertungsmethoden wurden mit Ausnahme der Änderungen auf Grund der erstmaligen Anwendung des RÄG 2014 beibehalten.

Die Änderungen auf Grund der erstmaligen Anwendung des RÄG 2014 betreffen insbesondere:

- Zuschreibungen werden nunmehr generell bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung bzw. bei einer Wertaufholung vorgenommen, wobei auf maximal jenen Wert zugeschrieben wird, der sich unter Berücksichtigung einer durchgängigen Normalabschreibung als Restbuchwert ergibt.
- Die latenten Steuern werden gemäß den geänderten gesetzlichen Bestimmungen aktiviert.
- Rückstellungen werden nunmehr mit dem Erfüllungsbetrag erfasst. Die sonstigen langfristigen Rückstellungen wurden mit einem Zinssatz von 1,59% - 3,04% abgezinst.

Diese Änderungen resultierten aufgrund von Umwertungen zu Beginn des Geschäftsjahres zu folgenden Auswirkungen auf den Jahresabschluss für das laufende Geschäftsjahr (vor latenten Steuern):

TEUR	Umwertung	Auswirkung
Auswirkungen Gewinn- und Verlustrechnung	gesamt	Periodenergebnis
Abschreibungen		
Nachholung Zuschreibungen	4.092	4.092
davon abgegrenzt 0 TEUR		
Sonstige betriebliche Erträge		
Rückgang langfristige Rückstellungen aufgrund der Abzinsung	375	375
davon abgegrenzt 0 TEUR		
Steuern vom Einkommen und Ertrag		
Aktivierung latente Steuern	100.412	100.412
davon abgegrenzt 0 TEUR		
	104.879	104.879



TEUR	Umwertung gesamt	Auswirkung Eigenkapital
Auswirkungen Bilanz		
Sachanlagen		
Nachholung Zuschreibungen	4.092	4.092
davon abgegrenzt 0 TEUR		
Sonstige Rückstellungen		
Rückgang langfristige Rückstellungen aufgrund der Abzinsung	375	375
davon abgegrenzt 0 TEUR		
Aktive latente Steuern		
Aktivierung latente Steuern	100.412	100.412
Passive latente Steuern aus un versteuerten Rücklagen	-3.639	-3.639
Summe	96.773	96.773
davon abgegrenzt 0 TEUR		
	101.240	101.240

2.2 Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände und **Sachanlagen** werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung durchgeführt. Zuschreibungen werden bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung bzw. bei einer Wertaufholung vorgenommen, wobei auf maximal jenen Wert zugeschrieben wird, der sich unter Berücksichtigung einer durchgängigen Normalabschreibung als Restbuchwert ergibt.

Die planmäßigen Abschreibungen werden linear unter Zugrundelegung folgender Nutzungsdauern und Abschreibungssätze berechnet:

	Nutzungsdauer in Jahren	Abschreibungssatz in %
Immaterielle Vermögensgegenstände	3-10	10-33
Gebäude	10-50	2-10
Technische Anlagen und Maschinen	8-10	10-12,5
Fuhrpark	4-8	12,5-25
EDV- und technische Ausstattung	3-5	20-33,3
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5-20	5-20

Für Zugänge des 1. Halbjahres wird die volle Jahresabschreibung, für Zugänge des 2. Halbjahres die halbe Jahresabschreibung angesetzt.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten kleiner als EUR 400 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. In der Entwicklung des Anlagevermögens werden sie als Zu- und Abgang sowie Abschreibung des Geschäftsjahres ausgewiesen.

Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn der beizulegende Zeitwert zum Abschlussstichtag niedriger ist und die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind. Bei Beteiligungen wird der beizulegende Wert auf Basis einer Unternehmensbewertung ermittelt. Es werden hierfür die erwarteten künftigen Cashflows mithilfe der Discounted-Cashflow-Methode unter Verwendung eines durchschnittlichen Kapitalkostensatzes (Weighted Average Cost of Capital) auf ihren Barwert abgezinst.

2.3 Umlaufvermögen

Die Bewertung der **Vorräte** erfolgt zu Anschaffungs- und Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips. Die Bestandswertermittlung wird in einem ersten Schritt nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren durchgeführt. Der zweite Schritt der Bewertung umfasst eine gegebenenfalls erforderliche Abwertung auf einen zum Bilanzstichtag unter dem Durchschnittspreis liegenden niedrigeren Einkaufspreis. Der letzte Bewertungsschritt berücksichtigt die Gängigkeit der Vorräte. Nach Maßgabe der Umschlaghäufigkeit werden, wenn nötig, vom Bestandswert entsprechende Abschläge (bis zu 100%) vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert bewertet, soweit nicht im Fall erkennbarer Einzelrisiken, der niedrigere beizulegende Wert angesetzt wird. Zur Berücksichtigung allgemeiner Ausfallrisiken bestehen pauschal ermittelte Wertberichtigungen. Soweit erforderlich, wird eine spätere Fälligkeit von Forderungen durch Abzinsung berücksichtigt.

Die **liquiden Mittel** sind zum Nennwert angesetzt.

Fremdwährungsforderungen werden mit dem Entstehungskurs oder mit dem niedrigeren Devisengeldkurs des Bilanzstichtages angesetzt. Die Forderungen aus dem internationalen Postgeschäft werden großteils in Euro bzw. Sonderziehungsrechten abgerechnet. Die Bewertung der Sonderziehungsrechte erfolgt zum Referenzkurs des International Monetary Fund zum Bilanzstichtag.

2.4 Aktive latente Steuern

Für Unterschiede zwischen unternehmensrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen bei Vermögensgegenständen, Rückstellungen sowie Verbindlichkeiten, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich ausgleichen, werden latente Steuern angesetzt. Führen diese Unterschiede in Zukunft zu einer Steuerentlastung werden aktive latente Steuern in der Bilanz ausgewiesen. Ergibt sich aus den Unterschieden insgesamt eine Steuerbelastung wird eine Rückstellung für passive latente Steuern gebildet.

2.5 Rückstellungen

Rückstellungen für Abfertigungen werden für gesetzliche und vertragliche Ansprüche von Angestellten gebildet. Die Rückstellung wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung der Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IAS 19) berechnet. Die Bewertung erfolgt nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) unter Zugrundelegung eines gesetzlichen Pensionsantrittsalters von 60 bis 65 Jahren für weibliche und von 65 Jahren für männliche Angestellte unter Berücksichtigung der Übergangsbestimmungen gemäß Pensionsharmonisierungsgesetz 2003 und der schrittweisen Anhebung des Regelpensionsalters für Frauen. Für Beamte wurde mangels Anspruch keine Abfertigungsrückstellung gebildet.

Folgende Parameter wurden der Berechnung zu Grunde gelegt:

	2015	2016
Rechnungszinssatz	2,50%	1,75%
Gehaltssteigerung	3,00%	3,00%
Fluktuationsabschlag (gestaffelt)	0,33% - 1,72%	0,26% - 1,89%

Für Dienstnehmer, deren Dienstverhältnis nach dem 31. Dezember 2002 begonnen hat, werden die Abfertigungsverpflichtungen durch die laufende Entrichtung entsprechender Beiträge an eine Mitarbeitervorsorgekasse abgegolten.

Für Verpflichtungen zur Zahlung von **Jubiläumsgeldern** wird eine Rückstellung gebildet. Die Berechnung erfolgt analog dem Verfahren für die Abfertigungsrückstellung nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method).

Folgende Parameter wurden der Berechnung zu Grunde gelegt:

	2015	2016
Rechnungszinssatz	2,25%	1,50%
Gehaltssteigerung	3,00%	3,00%
Fluktuationsabschlag (gestaffelt)	6,86% - 27,10%	6,86% - 30,34%

Die **übrigen Rückstellungen** werden in Höhe des bestmöglich geschätzten Erfüllungsbetrages gebildet und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit einem marktüblichen Zinssatz (0,75% - 3,04%) abgezinst. Sie umfassen im Wesentlichen Vorsorgen für Personal, für noch nicht konsumierte Urlaube, Unterauslastungen, Verpflichtungen für Personalanpassungsmaßnahmen und sonstige ungewisse Verbindlichkeiten.

Rückstellungen für Unterauslastung werden für künftige Personalaufwendungen von unkündbaren Mitarbeitern (vor allem beamtete Mitarbeiter) gebildet, die im Rahmen des laufenden postinternen Organisationsprozesses zur Anpassung an die sich ändernden Marktbedingungen ihren Arbeitsplatz verlieren und im Unternehmen nicht mehr oder nur mehr in einem untergeordneten Ausmaß zur Leistungserbringung eingesetzt werden können. Diese Dienstverhältnisse führen zu drohenden Verlusten aus schwebenden Geschäften, da bei diesen keine Ausgewogenheit der Leistungsbeziehung besteht. Die Berechnung des Rückstellungsbetrags erfolgt als Barwert der bis zur Pensionierung der jeweiligen Mitarbeiter anfallenden Aufwendungen unter Ansatz eines einheitlichen durchschnittlichen Unterauslastungsgrades sowie eines Fluktuationsabschlags. Sofern unkündbare Mitarbeiter mangels Einsatzmöglichkeit im Unternehmen zu nicht kostendeckenden Konditionen an externe Unternehmen verleast werden, erfolgt die Ermittlung der Rückstellung unter Ansatz der prozentuellen Kostenunterdeckung. Sämtliche Parameter werden laufend evaluiert und an sich ändernde Verhältnisse angepasst.

Für beamtete Mitarbeiter, die sich in einem Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit befinden, werden für noch zu erbringende Leistungen Vorsorgen gebildet. Die Ermittlung der Rückstellung erfolgt als Barwert der noch zu erbringenden Leistungen für den Zeitraum der erwarteten durchschnittlichen Verfahrensdauern.

Die Rückstellung für Unterauslastung enthält weiters Vorsorgen für Mitarbeiter, die sich im Programm zum möglichen Ressortwechsel in verschiedene Bundesministerien befinden. Im Oktober 2013 wurde eine entsprechende Rahmenvereinbarung mit dem Bund zum möglichen Ressortwechsel von Post-Mitarbeitern in verschiedene Bundesministerien abgeschlossen. Dabei werden Ansprüche für Mitarbeiter, die einem Wechsel bereits zugestimmt haben, für einen bestimmten festgelegten Zeitraum übernommen und entsprechend rückgestellt.

Der Barwert der einzelnen Rückstellungen wird unter Ansatz eines Abzinsungssatzes und der erwarteten Gehaltssteigerung ermittelt.

Folgende Parameter wurden bei der Berechnung der Rückstellungen zu Grunde gelegt:

	2015	2016
Rechnungszinssatz	1,25% - 2,00%	0,75% - 1,25%
Gehaltssteigerung	2,75% - 3,50%	2,75% - 3,25%
Fluktuationsabschlag	31,70%	31,40%
Unterauslastungsgrad	85,60%	85,70%

Die Änderung der Parameter führte zu einem negativen Bewertungseffekt von TEUR 9.010, der in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Personalaufwendungen erfasst wurde.

Anrechnung von Vordienstzeiten für beamtete Mitarbeiter

Mit Entscheid vom 11. November 2014 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) nach Vorlage durch den österreichischen Verwaltungsgerichtshof (VwGH) festgestellt, dass die im Jahr 2010 gesetzlich festgelegte Methodik zur Beseitigung der Altersdiskriminierungen im Gehaltssystem der Bundesbediensteten dem Unionsrecht widerspricht. Nachdem die Thematik der Anrechnung von Vordienstzeiten nicht nur die der Österreichischen Post AG zugeteilten Beamten sondern alle Beamten des Bundes betraf, hat der österreichische Nationalrat reagiert und bereits mit 21. Jänner 2015 eine umfassende Reform des Besoldungssystems des Bundes vorgenommen. Mit dieser Reform wurde der Hauptkritikpunkt des EuGH aufgegriffen und umfassend beseitigt. Diese Besoldungsreform wurde selbstverständlich auch für die bei der Österreichischen Post AG beschäftigten Beamten umgesetzt.

Ende 2016 hat der Gesetzgeber – aufgrund einer Erledigung des Bundesverwaltungsgerichtes im Jahr 2016 – im Besoldungsrechtsanpassungsgesetz (BGBl. I Nr. 104/2016) noch einmal eindeutig und unmissverständlich klargestellt, dass das neue Besoldungsschema auch rückwirkend anzuwenden ist. Für den Fall, dass es zu einer Neueinstufung eines Beamten in Zeiträume vor der Überleitung in das neue Besoldungsschema kommt, wurde eine eindeutige Neuregelung der Anrechnungszeiten auf das Besoldungsdienstalter festgeschrieben, sodass kein Spielraum mehr für weitere Verfahren betreffend „Vorrückungsstichtag“ gegeben ist.

Demnach ist eine Notwendigkeit für eine bilanzielle Vorsorge aus dem Thema „Vorrückungsstichtag“ nicht mehr gegeben, sodass die seit 2014 bestehende Rückstellung zum 31. Dezember 2016 aufgelöst wurde.

2.6 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht angesetzt.

Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit ihrem Entstehungskurs oder mit dem höheren Devisenbriefkurs zum Bilanzstichtag bewertet. Verbindlichkeiten aus dem internationalen Postverkehr werden großteils in Euro bzw. in Sonderziehungsrechten abgerechnet. Die Bewertung der Sonderziehungsrechte erfolgt zum Bilanzstichtag mit dem Referenzkurs des International Monetary Fund.

2.7 Umsatzsteuer

Umfang der Umsatzsteuerbefreiung

In der Europäischen Union stellen die Postdienste ein wesentliches Instrument für Kommunikation und Informationsaustausch dar und spielen eine grundlegende Rolle im Rahmen der Zielsetzungen des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts in der Union. Um diese Zielsetzung zu erreichen, werden die Mitgliedsstaaten verpflichtet, einen Universaldienst sicherzustellen, der ständig flächendeckend postalische Dienstleistungen einer bestimmten Qualität zu tragbaren Preisen für alle Nutzer bietet.

Aus diesem Grund sind gemäß Artikel 132 der EU-Richtlinie über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (2006/112/EG) dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten (und somit auch von öffentlichen Posteinrichtungen ausgeführten Dienstleistungen) steuerfrei. Das Urteil des EuGH (C-357/07) konkretisiert den Begriff „öffentliche Posteinrichtungen“ und schränkt die Umsatzsteuerbefreiung auf Leistungen ein, die ein Betreiber von Universaldienstleistungen als solcher ausführt.

Durch die Verpflichtung diese Regelungen in die nationale Rechtslage zu übernehmen, wurde im österreichischen Umsatzsteuergesetz mit Wirkung 1. Jänner 2011 festgeschrieben, dass nur mehr Universaldienstleistungen (v.a. Briefe bis 2 kg und Pakete bis 10 kg) eines Universaldienstbetreibers umsatzsteuerfrei sind (§ 6 Abs 1 Z 10 lit b UStG). Vom Universaldienst ausdrücklich ausgenommen und daher auch von der oben genannten Umsatzsteuerbefreiung sind jedoch Postsendungen, die bei Verteilzentren aufgeliefert werden. Dies gilt auch für Leistungen, deren Bedingungen individuell ausgehandelt worden sind.

Pro-rata-Satz

Der Leistungsumfang der Österreichischen Post AG umfasst Produkte und Dienstleistungen, die gemäß Umsatzsteuergesetz (UStG) sowohl steuerfrei (v.a. Universaldienstleistungen sowie die Vermittlung von Bankdienstleistungen) als auch steuerpflichtig (restliche Produkte) behandelt werden. Können Aufwendungen nicht exakt einem Umsatz zugeordnet werden, so kommt beim Vorsteuerabzug der sogenannte Pro-rata-Satz zur Anwendung. Dieser stellt die Relation der steuerpflichtigen Umsätze zu den gesamten Umsätzen dar und betrug im Geschäftsjahr 2016 52,23% (2015: 49,83%).

3. Erläuterungen zur Bilanz

3.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Abschreibung des Geschäftsjahres sind im Anlagenspiegel (Anlage 1) dargestellt.

In den Sachanlagen ist bei den Grundstücken der Österreichischen Post AG ein Grundwert von TEUR 76.612 (31.12.2015: TEUR 76.711) enthalten.

Das Finanzanlagevermögen wurde in Höhe von TEUR 29.967 (2015: TEUR 156.465) außerplanmäßig abgeschrieben:

Im Geschäftsjahr 2016 wurde die Beteiligung an der Post 104 Beteiligungs GmbH in Höhe von TEUR 11.692 (2015: TEUR 0) sowie die Beteiligung an der Post 206 Beteiligungs GmbH in Höhe von TEUR 8.330 (2015: TEUR 0) außerplanmäßig abgeschrieben. Außerdem wurde die Beteiligung an der Post 202 Beteiligungs GmbH in Höhe von TEUR 1.215 (2015: TEUR 0) und die Beteiligung an der Systemlogistik Distribution GmbH in Höhe von TEUR 2.970 (2015: TEUR 1.449) außerplanmäßig abgeschrieben. Des Weiteren wurde bei der ADELHEID GmbH eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von TEUR 5.761 (2015: TEUR 0) erfasst.

Der Buchwert der in den Wertpapieren des Anlagevermögens ausgewiesenen Schuldinstrumente beträgt TEUR 60.421 (31.12.2015: TEUR 57.249); der beizulegende Zeitwert beläuft sich auf TEUR 60.603 (31.12.2015: TEUR 56.742).

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Österreichischen Post AG

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil zum 31.12.2016 %	Eigenkapital zum 31.12.2016 TEUR	Jahres- ergebnis 2016 TEUR
Anteile an verbundenen Unternehmen			
feibra GmbH, Wien**)	100	11.226	10.603
Medien.Zustell GmbH, Wien**)	100	1.791	708
Neutorgasse 7 Projektentwicklungs AG & CO OG, Wien***)	100	20.748	-79
Aktionsfinder GmbH, Salzburg	100	-896	-619
Post & Co Vermietungs OG, Wien***)	100	131.092	4.633
Post 001 Finanzierungs GmbH, Wien	100	27.812	28
Post 102 Beteiligungs GmbH, Wien	100	5.009	34
Post 104 Beteiligungs GmbH, Wien	100	23.662	-4.879
Post 106 Beteiligungs GmbH, Wien**)	100	-8.896	-96
Post 107 Beteiligungs GmbH, Wien**)	100	3.520	2.190
Post 108 Beteiligungs GmbH, Wien**)	100	29	-6
Post 202 Beteiligungs GmbH, Wien	100	-1.553	-824
Post 206 Beteiligungs GmbH, Wien	100	45.137	-8.602
Post 207 Beteiligungs GmbH, Wien**)	100	53.240	3.587
Post 301 Beteiligungs GmbH, Wien**)	100	9.384	-8
Post Immobilien GmbH, Wien**)	100	947	43
Post.Wertlogistik GmbH, Wien	100	3.828	99
EMD - Elektronische- u. Mikrofilm- Dokumentationssysteme Ges.m.b.H., Haid	100	1.471	287
Systemlogistik Distribution GmbH, Wien**)	100	700	-821
Beteiligungen			
ADELHEID GmbH, Berlin	33,67	29.640	-24
media.at GmbH, Wien *)	20,45	4.192	3.637
OMNITEC Informationstechnologie-Systemservice GmbH, Wien	50	390	1
ACL advanced commerce labs GmbH	30	1.274	887
sendhybrid ÖPBD GmbH	26	-220	-403

*) Jahresabschluss zum 30.06.2016

**) Unternehmensgruppe i.S.d. § 9 KStG

***) Österreichische Post AG als unbeschränkt haftende Gesellschafterin beteiligt

Im Geschäftsjahr 2016 wurden weitere 20% der Anteile an der Aktionsfinder GmbH um TEUR 155 erworben, somit wurde der Anteil auf 100% erhöht. Außerdem wurden in 2016 eine 26%-Beteiligung um TEUR 52 an der sendhybrid ÖPBD GmbH und eine 30%-Beteiligung an der ACL advanced commercial labs GmbH um TEUR 1.932 erworben. Der ACL advanced commercial labs GmbH wurde ein Zuschuss in Höhe von TEUR 150 gewährt.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde die Gesellschaft Post 108 Beteiligungs GmbH mit einer Stammeinlage in Höhe von TEUR 35 gegründet. Weiters erfolgte die Gründung der Gesellschaft Post 207 Beteiligungs GmbH mit einem Stammkapital von TEUR 35.

Der Gesellschaft Neutorgasse 7 Projektentwicklungs AG & CO OG wurden im Geschäftsjahr 2016 Zuschüsse in Höhe von TEUR 6.000 gewährt. Weiters wurden Zuschüsse an die Post 206 Beteiligungs GmbH in Höhe von TEUR 3.210, die Post 301 Beteiligungs GmbH in Höhe von TEUR 6.827, die Post 001 Beteiligungs GmbH in Höhe von TEUR 8.019 sowie die Post 202 Beteiligungs GmbH in Höhe von TEUR 1.183 gewährt.

Die Gesellschaften Post 101 Beteiligungs GmbH, Post 103 Beteiligungs GmbH, Post 105 Beteiligungs GmbH, Post 201 Beteiligungs GmbH, Post 203 Beteiligungs GmbH und Post 205 Beteiligungs GmbH wurden im Geschäftsjahr 2016 auf die Österreichische Post AG verschmolzen. Aufgrund der Verschmelzungen erlangte die

Österreichische Post AG Anteile an der Post 102 Beteiligungs GmbH, der Post 104 Beteiligungs GmbH, der Post 106 Beteiligungs GmbH, der Post 202 Beteiligungs GmbH sowie der Post 206 Beteiligungs GmbH.

Weiters wurde die Post 207 Beteiligungs GmbH als Tochtergesellschaft der Österreichische Post AG gegründet. Im Anschluss wurden die Beteiligungen an der Post 204 Beteiligungs GmbH mittels Abspaltung an die Post 207 Beteiligungs GmbH übertragen. In weiterer Folge wurde die Gesellschaft Post 204 Beteiligungs GmbH auf die Post 206 Beteiligungs GmbH verschmolzen.

Der Buchwert der mittelbar gehaltenen Anteile an der BAWAG P.S.K beträgt unverändert zum Vorjahr TEUR 8.000.

3.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

TEUR	31.12.2015	31.12.2016
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	182.286	171.666
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	35.583	26.755
Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	485	274
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	46.646	45.516
	265.000	244.211

Zum Jahresende wurden pauschal ermittelte Wertberichtigungen zu Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 850 (31.12.2015: TEUR 938) vorgenommen. Die Ermittlung der pauschalen Wertberichtigungen wird im mehrjährigen Rhythmus an den tatsächlichen Schadensverlauf angepasst.

In den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 4.673 (31.12.2015: TEUR 4.102) und sonstige Forderungen in Höhe von TEUR 22.082 (31.12.2015: TEUR 31.481) enthalten. Die sonstigen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen entfallen mit TEUR 1.233 (31.12.2015: TEUR 2.271) auf Steuerumlagen, mit TEUR 18.992 (31.12.2015: TEUR 26.839) auf Gewinnausschüttungen und Ergebnisüberrechnungen sowie mit TEUR 1.856 (31.12.2015: TEUR 2.371) auf sonstige Verrechnungen und Finanzierungen.

In den sonstigen Forderungen in Höhe von TEUR 45.516 (31.12.2015: TEUR 46.646) sind gutgeschriebene Rückforderungsansprüche aus in Vorperioden bezahlten Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung der Beamten in Höhe von TEUR 28.174 enthalten. Die Österreichische Post AG bzw. ihre Rechtsvorgängerin haben im Zeitraum 1. Mai 1996 bis 31. Mai 2008 für die ihnen zugewiesenen Beamten Beiträge aus der Gehaltsabrechnung abgeführt. Aufgrund eines VwGH-Erkenntnisses des Jahres 2015 bestand dafür jedoch keine gesetzliche Verpflichtung. Daraus resultierend wurden der Österreichischen Post AG im Geschäftsjahr 2015 Beiträge für die Jahre 1997 bis 2001 in Höhe von TEUR 28.174 vom Bundesfinanzgericht gutgeschrieben, die in den sonstigen Forderungen ausgewiesen werden. Im Gegenzug bestehen für die Österreichischen Post AG Verpflichtungen für etwaige Ersatzleistungen, die sich auf Basis einer bestmöglichen Schätzung auf TEUR 5.174 belaufen werden und in den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen werden.

Die sonstigen Forderungen beinhalten Erträge in Höhe von TEUR 15.879 (31.12.2015: TEUR 28.989), die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

3.3 Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

TEUR	31.12.2015	31.12.2016
Guthaben bei Kreditinstituten	17.584	83.475
Termingelder	260.000	175.000
Kassenbestände	2.176	3.053
	279.760	261.528

3.4 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

TEUR	31.12.2015	31.12.2016
Aktive Rechnungsabgrenzung Personal	15.526	15.561
Mietzinsvorauszahlungen	1.711	1.596
Sonstige Vorauszahlungen	15.259	18.064
	32.497	35.220

Die aktiven Rechnungsabgrenzungen für Personal betreffen vorausbezahlte Bezüge an beamtete Mitarbeiter. In den sonstigen Vorauszahlungen sind TEUR 6.849 (31.12.2015: TEUR 6.604) auf vorausbezahlte Versicherungsprämien enthalten.

3.5 Aktive latente Steuern

Latente Steuern werden gemäß § 198 Abs 9 und 10 UGB nach dem bilanzorientierten Konzept und ohne Abzinsung auf Basis des aktuellen Körperschaftsteuersatzes von 25% gebildet. Die latenten Steuern stammen aus Bewertungsunterschieden in der Österreichischen Post AG sowie in den Personengesellschaften Neutorgasse 7 Projektentwicklungs AG & Co OG und in der Post & Co Vermietungs OG.

TEUR	01.01.2016	31.12.2016	Veränderung
Aktive latente Steuern insgesamt	96.773	79.741	-17.032
davon aus steuerlichen Teilwertabschreibungen	66.337	51.422	-14.915
davon aus Rückstellungen	27.157	26.684	-473
davon aus sonstigen temporären Differenzen	3.279	1.635	-1.644

3.6 Eigenkapital

Das Grundkapital der Österreichischen Post AG beträgt TEUR 337.763. Es ist in 67,6 Mio auf Inhaber lautende stimm- und gewinnberechtigte Aktien geteilt. Hauptaktionärin der Österreichischen Post AG ist mit einem Anteil von 52,85% die Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH, Wien.

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 15. April 2015 wurde der Vorstand der Österreichischen Post AG zur Schaffung eines neuen Genehmigten Kapitals ermächtigt und die Satzung der Österreichischen Post AG wurde entsprechend angepasst. Mit Zustimmung des Aufsichtsrates kann das Grundkapital somit während einer Geltungsdauer von fünf Jahren bis 14. April 2020 im Ausmaß von bis zu EUR 33.776.320 durch Ausgabe von bis zu 6.755.264 Stück neuen auf Inhaber lautenden Stückaktien erhöht werden. Weiters wurde in der Hauptversammlung die bedingte Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft um bis zu EUR 16.888.160 zur Ausgabe von bis zu 3.377.632 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien an Gläubiger von Finanzinstrumenten sowie zum Zweck der Einräumung von Aktienoptionen an Arbeitnehmer und leitende Angestellte der Österreichischen Post AG oder eines verbundenen Unternehmens beschlossen.

Der Vorstand wurde weiters ermächtigt, ab 15. April 2015 während einer Geltungsdauer von 30 Monaten eigene Aktien im Ausmaß von bis zu 10% des Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben.

Für das Geschäftsjahr 2016 ist gemäß Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands eine Ausschüttung von insgesamt 135,1 Mio EUR (Basisdividende von 2,00 EUR je Aktie) (2015: 131,7 Mio EUR, Basisdividende von 1,95 EUR je Aktie) vorgesehen.

3.7 Rückstellungen

TEUR	1.1.	Um- gründung	Um- gliederung	Verbrauch	Auflösung	Zuweisung	31.12.
Abfertigungen	93.721	0	0	9.414	39	16.328	100.595
Laufende Steuern	13.446	9	0	3.760	9.860	4.864	4.698
Latente Steuern	3.639	0	-3.281	358	0	0	0
Steuern	17.085	9	-3.281	4.118	9.860	4.864	4.698
Jubiläumsgelder	89.009	0	0	4.474	4.844	11.753	91.444
Noch nicht konsumierte Urlaube	32.272	0	0	32.272	0	31.065	31.065
Unterauslastung	183.160	0	-6.169	22.741	13.792	27.129	167.588
Sonstige Personalrückstellungen	97.295	0	0	63.722	11.725	67.574	89.422
Ausstehende Eingangsrechnungen	28.515	0	0	24.906	3.071	20.984	21.522
Übrige sonstige	48.991	0	0	8.374	2.185	10.619	49.051
Sonstige Rückstellungen	479.243	0	-6.169	156.489	35.617	169.124	450.093
Rückstellungen gesamt	590.048	9	-9.450	170.021	45.516	190.316	555.386

In den Vorjahren wurde in der Entwicklung der Rückstellung für Unterauslastung Neubildung und Auflösung gesondert dargestellt. Diese Werte ergaben sich aus einer Betrachtung auf Mitarbeitererebene. Nunmehr erfolgt für jene Teile der Rückstellung, die unter Verwendung eines durchschnittlichen Unterauslastungsgrades bzw. durchschnittlichen Fluktuationsabschlages ermittelt werden, eine saldierte Betrachtung von Neubildung und Auflösung. Diese Darstellung der Entwicklung entspricht der Systematik der Berechnung der Rückstellung.

Ab dem Geschäftsjahr 2016 werden sämtliche Körperschaftsteuervorauszahlungen sowie Körperschaftsteuer-rückstellungen in der Position Rückstellungen für laufende Steuern ausgewiesen. Die Vorjahresbeträge wurden entsprechend angepasst.

Die Umgliederung in Höhe von TEUR 6.169 (2015: TEUR 7.822) betrifft die Rückstellung für Ressortwechsel (vgl. 2.5). Nach der endgültigen Übernahme von Mitarbeitern durch ein Bundesministerium werden die gebildeten Vorsorgen in die Verbindlichkeiten umgegliedert.

Die sonstigen Personalrückstellungen enthalten im Wesentlichen Vorsorgen für Erfolgsbeteiligungen und Leistungsprämien in Höhe von TEUR 51.811 (2015: TEUR 55.151), Vorsorgen für Leistungen an Mitarbeiter, die das Unternehmen verlassen (Überbrückungsmodell gemäß Sozialplan sowie Programme mit freiwilligen Abfertigungsangeboten) in Höhe von TEUR 26.238 (2015: TEUR 25.694) sowie Rückstellungen für Restrukturierungen in Höhe von TEUR 9.602 (2015: TEUR 8.131).

Die übrigen sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen eine Vorsorge für Verpflichtungen aus Abgaben und Beiträge in Höhe von TEUR 22.727 (2015: TEUR 27.897), Vorsorgen für Prozess- und Prüfungskosten sowie für Schadensfälle. Weiters sind in den übrigen sonstigen Rückstellungen Aufwendungen für etwaige Ersatzleistungen in Höhe von TEUR 5.174 enthalten. Weiterführende Informationen sind im Kapitel 3.2 enthalten.

Von den Auflösungen der Rückstellungen wurden TEUR 30.880 (2015: TEUR 41.117) im Personalaufwand verrechnet.

3.8 Verbindlichkeiten

TEUR	31.12.2015		31.12.2016	
	über		über	
mit einer Restlaufzeit von	5 Jahre	Gesamt	5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	6.750	0	0
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	51	0	53
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	130.730	0	145.412
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	42.913	0	47.993
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	1.321	0	557
Sonstige Verbindlichkeiten	1.074	108.425	300	102.244
	1.074	290.191	300	296.260

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 4.880 (31.12.2015: TEUR 4.728) und mit TEUR 43.113 (31.12.2015: TEUR 38.185) aus sonstigen Verrechnungen und Finanzierungen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten umfassen Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von TEUR 31.189 (31.12.2015: TEUR 40.448), Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit in Höhe von TEUR 22.561 (31.12.2015: TEUR 21.302) sowie übrige Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 48.494 (31.12.2015: TEUR 47.334). Die übrigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten für Altersteilzeitmodelle in Höhe von TEUR 16.094 (31.12.2015: TEUR 9.181) sowie Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern in Höhe von TEUR 13.559 (31.12.2015: TEUR 18.574).

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 54.224 (31.12.2015: TEUR 63.058) und sonstige Aufwendungen in Höhe von TEUR 1.219 (31.12.2015: TEUR 13.181) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

3.9 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

TEUR	31.12.2015	31.12.2016
Erhaltene Vorauszahlungen für noch nicht erbrachte Zustelleistungen	15.752	16.155
Mietzinsvorauszahlungen	4.130	2.065
Sonstige erhaltene Vorauszahlungen	510	572
	20.392	18.792

3.10 Haftungsverhältnisse

Die Österreichische Post AG hat Haftungen aus Patronatserklärungen in Höhe von TEUR 3.457 (aushaftender Betrag am 31.12.2016: TEUR 3.457) für City Express d.o.o., Belgrad übernommen.

3.11 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

TEUR	31.12.2015	31.12.2016
Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen		
im folgenden Geschäftsjahr	46.123	46.079
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	9.800	9.788
in den folgenden fünf Jahren	219.303	219.213
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	49.001	48.940

3.12 Aktienbasierte Vergütungsprogramme

Im Jahr 2009 hat der Aufsichtsrat der Österreichischen Post AG die Einführung eines aktienbasierten Vergütungsprogrammes genehmigt. In den Geschäftsjahren 2010 bis 2016 wurden jeweils entsprechende Vergütungsprogramme für Vorstandsmitglieder und Führungskräfte realisiert (sogenannte Long-Term-Incentive-Programme). Bei diesen Programmen handelt es sich um ein aktienbasiertes und performanceorientiertes

Entlohnungsmodell, dessen Tranchen sich über eine dreijährige Laufzeit (Performancezeitraum) erstrecken und ein einmaliges Eigeninvestment als grundsätzliche Teilnahmebedingung vorsehen. Der Performancezeitraum erstreckt sich jeweils vom 1. Jänner des Jahres der Auflage der jeweiligen Tranche bis zum 31. Dezember des drittfolgenden Jahres.

Von den Vorstandsmitgliedern nehmen zum 31. Dezember 2016 die Herren Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl, Dipl.-Ing. Walter Hitziger, Dipl.-Ing. Peter Umundum und Dipl.-Ing. Walter Oblin an den Vergütungsprogrammen fünf bis sieben teil.

Die für das Eigeninvestment nötige Anzahl an Aktien der Österreichischen Post AG bei Programmbeginn ergibt sich für die Mitglieder des Vorstands als definierter Prozentsatz des Bruttofixgehaltes dividiert durch den Referenzkurs des vierten Quartals des jeweiligen Vorjahres. Das Eigeninvestment der Führungskräfte orientiert sich an der gewählten Investmentkategorie gemäß Teilnahmebedingungen.

Zum 31. Dezember 2016 sind für die Teilnahme am aktienbasierten Vergütungsprogramm von den Mitgliedern des Vorstands und den leitenden Angestellten folgende Eigeninvestments zu halten. Die für die bestehenden aktienbasierten Vergütungsprogramme nötigen Eigeninvestments sind in Höhe des Maximalwerts der für die einzelnen Tranchen notwendigen Eigeninvestments zu halten.

	Eigeninvestment Tranche 5 (LTIP 2014 - 2016)	Eigeninvestment Tranche 6 (LTIP 2015 - 2017)	Eigeninvestment Tranche 7 (LTIP 2016 - 2018)
in Stück Aktien			
Georg Pölzl	13.286	13.140	13.672
Walter Oblin	5.979	5.963	6.836
Walter Hitziger	7.972	7.227	7.520
Peter Umundum	5.979	5.963	6.678
leitende Angestellte	139.065	150.078	157.306

Daher betragen die für die bestehenden aktienbasierten Vergütungsprogramme nötigen Eigeninvestments zum 31. Dezember 2016 für die Mitglieder des Vorstands insgesamt 35.158 Aktien (31.12.2015: 38.871). Für die teilnehmenden Führungskräfte betragen diese 181.631 Aktien (31.12.2015: 185.389). Das Eigeninvestment ist jeweils bis zum Ende des nächstfolgenden Jahres nach Ablauf des Performancezeitraums ununterbrochen zu halten.

Die Entlohnung erfolgt auf Basis von sogenannten Bonusaktien als rechnerische Größe und hängt vom Ausmaß der Zielerreichung der definierten Performance Indikatoren (Earnings per Share, Free Cashflow und Total Shareholder Return) ab. Die Zielgrößen für die Performance Indikatoren werden jeweils zu Beginn der einzelnen Tranchen festgelegt, wobei die einzelnen Teilziele gleich gewichtet sind. Die Zielerreichung wird über einen dreijährigen Performancezeitraum ermittelt. Die Gesamtbonifikation richtet sich nach der Gesamtzielerreichung aus obigen Parametern sowie der Kursentwicklung der Aktie der Österreichischen Post AG. Die Gesamtbonifikation der Mitglieder des Vorstands sowie der teilnehmenden Führungskräfte ist begrenzt. Vorstände haben eine Obergrenze von 225% jener Bonifikation, die bei 100% Gesamtzielerreichung vorgesehen ist. Führungskräfte haben je nach Tranche eine Obergrenze zwischen 100% und 130% bei maximaler Zielerreichung, jedoch maximal in Höhe des individuellen Jahresbruttofixgehalts.

Die aktuell erwartete Anzahl der Bonusaktien (rechnerische Größe) verteilt sich auf die einzelnen Tranchen wie folgt:

	31.12.2015	31.12.2016
Anzahl Bonusaktien je Tranche		
Tranche 4	371.419	0
Tranche 5	229.001	207.620
Tranche 6	113.674	106.817
Tranche 7	0	143.751
	714.094	458.188

Die Auszahlung der Bonusaktien kann entweder in Form von Aktien der Österreichischen Post AG oder in bar erfolgen. Nachdem der Vorstand für sich einheitlich die Ausschüttung der Bonifikation in bar gewählt hat und für die Führungskräfte die Auszahlung der Bonifikation in bar beschlossen wurde, besteht gegenwärtig keine Verpflichtung zum Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten.

Die erwarteten Aufwendungen aus dem aktienbasierten Vergütungsprogramm sind über den Performancezeitraum in Form einer Rückstellung zu verteilen. Die Höhe der Rückstellung wird zu jedem Bilanzstichtag mittels eines Modells ermittelt, in welchem die Performance Indikatoren und der bisherige Anteil des Performancezeitraums berücksichtigt werden. Sämtliche Änderungen der Rückstellung werden ergebniswirksam unter den Personalaufwendungen erfasst.

Der Stand der Rückstellung verteilt sich auf die einzelnen Tranchen wie folgt:

TEUR	31.12.2015	31.12.2016
Stand der Rückstellung		
Tranche 4	12.004	0
Tranche 5	6.832	9.588
Tranche 6	1.337	2.579
Tranche 7	0	1.651
	20.173	13.818

Der in der jeweiligen Berichtsperiode erfasste Gesamtaufwand für anteilsbasierte Vergütungen verteilt sich auf die einzelnen Tranchen wie folgt:

TEUR	2015	2016
Gesamtaufwand		
Tranche 3	399	0
Tranche 4	4.238	-59
Tranche 5	3.510	2.756
Tranche 6	1.337	1.242
Tranche 7	0	1.651
	9.484	5.590

Im Geschäftsjahr 2016 erfolgte eine Auszahlung für die Tranche 4 in Höhe von TEUR 11.945 zur Gänze in bar.

Die für die Auszahlung notwendigen Eigeninvestments betragen:

in Stück Aktien	Eigeninvestment Tranche 4 (LTIP 2013 - 2015)
Georg Pölzl	15.548
Walter Oblin	6.997
Walter Hitziger	9.329
Peter Umundum	6.997
leitende Angestellte	135.422

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

4.1 Umsatzerlöse

Die divisionale Organisationsstruktur der Österreichischen Post AG unterscheidet zwischen den Divisionen „Brief, Werbepost & Filialen“, „Paket & Logistik“ sowie „Corporate“.

TEUR	2015	2016
Brief, Werbepost & Filialen	1.407.883	1.387.254
Paket & Logistik	309.956	320.118
Corporate	38.966	38.740
	1.756.804	1.746.112

4.2 Sonstige betriebliche Erträge

TEUR	2015	2016
Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	3.435	8.273
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3.403	4.596
Abgeltungen von Schadensfällen	1.702	2.452
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen	452	2.410
Weiterverrechnete Aufwendungen	2.417	1.796
Übrige	30.936	4.629
	42.345	24.155

In den übrigen sonstigen betrieblichen Erträgen waren im Vorjahr gutgeschriebene Rückforderungsansprüche aus in Vorperioden bezahlten Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung von Beamten in Höhe von TEUR 28.174 enthalten. Weiterführende Informationen sind im Kapitel 3.2 enthalten.

4.3 Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen

TEUR	2015	2016
Materialaufwand	53.476	45.045
Aufwendungen für bezogene Leistungen	275.511	294.785
	328.987	339.830

4.4 Personalaufwand

TEUR	2015	2016
a) Gehälter	714.351	702.637
b) soziale Aufwendungen		
ba) Aufwendungen für Altersversorgung	194	209
bb) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	37.571	53.317
bc) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	198.828	189.057
bd) Sonstige Sozialaufwendungen	7.796	7.816
	958.739	953.035

Im Geschäftsjahr 2016 sind im Posten Gehälter Aufwendungen für Rückstellungen für Jubiläumsgelder in Höhe von TEUR 577 enthalten. Im Vorjahr ergaben sich Erträge in Höhe von TEUR 2.035.

In den Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen sind im Geschäftsjahr 2016 Beiträge an Mitarbeitervorsorgekassen in Höhe von TEUR 2.902 (2015: TEUR 2.683) enthalten.

Um eine bessere Darstellung der Ertragslage zu gewährleisten wird der Zinsaufwand aus der Aufzinsung der Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellung in Höhe von TEUR 4.016 (2015: TEUR 3.667) im Finanzergebnis ausgewiesen. Der Vorjahresbetrag wurde an die neue Darstellung angepasst.

Die Aufwendungen für Abfertigungen und Altersversorgung setzen sich wie folgt zusammen:

TEUR	2015	2016
Vorstände	562	267
Leitende Angestellte	80	136
Andere Arbeitnehmer	37.122	53.122
	37.764	53.526

An die Vorstandsmitglieder wurden folgende Bezüge im Geschäftsjahr 2016 gewährt:

TEUR	2015	2016
Bezüge aktive Vorstandsmitglieder	6.688	6.878
Bezüge ehemalige Vorstandsmitglieder	360	0
	7.048	6.878

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten Vergütungen in Höhe von TEUR 397 (2015: TEUR 164).

Die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer betrug im Geschäftsjahr:

	2015	2016
Beamte	8.140	7.733
Angestellte	11.327	11.173
Summe	19.467	18.906
Entsprechende Vollzeitäquivalente	17.983	17.448

4.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen

TEUR	2015	2016
Steuern, soweit nicht vom Einkommen und Ertrag	6.809	6.657
Übrige	232.192	227.068
	239.001	233.724

Die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

TEUR	2015	2016
Miet- und Pacht aufwendungen	51.512	51.136
Instandhaltung und Immobilienverwaltung	35.871	41.514
EDV-Dienstleistungsaufwand	34.988	33.743
Reiseaufwand	23.249	23.024
Kommunikation und Werbung	18.265	15.069
Personalbereitstellung	8.201	10.971
Beratungsaufwand	13.220	9.579
Entsorgung und Reinigung	9.913	8.784
Versicherungsaufwand	5.014	5.083
Aus- und Fortbildung	2.877	2.909
Telefonaufwand	2.156	2.127
Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen	863	1.320
Sonstige	26.063	21.808
	232.192	227.068

In der Position Sonstige sind im Vorjahr Aufwendungen für etwaige Ersatzleistungen in Höhe von TEUR 5.174 enthalten. Weiterführende Informationen sind im Kapitel 3.2 enthalten.

Die Erläuterungen zu den Aufwendungen für Leistungen an den Abschlussprüfer sind im Konzernabschluss dargestellt.

4.6 Erträge aus Beteiligungen

TEUR	2015	2016
Gewinnausschüttungen	24.777	15.331
Ergebnisüberrechnung Personengesellschaften	2.569	4.405
	27.347	19.736

4.7 Aufwendungen aus Finanzanlagen

TEUR	2015	2016
Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen	263	115
Abschreibungen auf Beteiligungen	156.465	29.966
	156.728	30.082

Die Abschreibungen auf Beteiligungen im Vorjahr betreffen im Wesentlichen die außerplanmäßige Abschreibung der trans-o-flex Gruppe. Die wesentlichen Inhalte der Abschreibungen auf Beteiligungen des Geschäftsjahres 2016 werden in Kapitel 3.1 erläutert.

4.8 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

In der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen ist der Zinsaufwand aus der Aufzinsung der Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellung in Höhe von TEUR 4.016 (2015: TEUR 3.667) enthalten.

4.9 Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Österreichische Post AG als Gruppenträgerin bildet mit mehreren Tochtergesellschaften eine Unternehmensgruppe i.S.d. § 9 KStG. Das Vorliegen einer Unternehmensgruppe bewirkt, dass die steuerlichen Ergebnisse der Gruppenmitglieder der Österreichischen Post AG zugerechnet werden. Eine unternehmensrechtliche Zuweisung der Ergebnisse erfolgt nicht.

Innerhalb der Unternehmensgruppe erfolgt ein Ausgleich der steuerlichen Mehr- oder Minderbelastung der Gruppenträgerin durch die Verrechnung positiver und negativer Steuerumlagen in Höhe von 25% des steuerlichen Ergebnisses (Stand-alone-Methode).

TEUR	2015	2016
Körperschaftsteueraufwand Unternehmensgruppe gesamt	49.708	38.172
davon Österreichische Post AG als Gruppenträger	45.575	35.789
davon Gruppenmitglieder (Saldo der Steuerumlagen)	4.133	2.383

Der Posten Steuern vom Einkommen und Ertrag beinhaltet Ertragsteuern aus Vorperioden in Höhe von TEUR 9.789.

5. Sonstige Angaben

5.1 Angaben zu nahestehenden Personen

Wesentliche Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen fanden im Geschäftsjahr nur zu fremdüblichen Bedingungen statt.

5.2 Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es gab keine wesentlichen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.

5.3 Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

Vorstand

GD Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl Vorsitzender des Vorstands

Dipl.-Ing. Walter Oblin

Dipl.-Ing. Walter Hitziger

Dipl.-Ing. Peter Umundum

Aufsichtsrat

Dr. Edith Hlawati Vorsitzende des Aufsichtsrats

Mag. Edeltraud Stiftinger Stellvertreterin der Vorsitzenden des Aufsichtsrats

Dr. Erich Hampel

Dr.-Ing. Peter Kruse

Chris E. Muntwyler

Mag. Markus Pichler

Prof. Elisabeth Stadler

Dr. Herta Stockbauer

Vom Betriebsrat entsandt:

Helmut Köstinger

Martin Palensky

Andreas Schieder

Manfred Wiedner

Wien, am 24. Februar 2017

Der Vorstand

Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl e.h.
Vorstandsvorsitzender
Generaldirektor

Dipl.-Ing. Walter Oblin e.h.
Vorstandsmitglied
Finanzen

Dipl.-Ing. Walter Hitziger e.h.
Vorstandsmitglied
Brief, Werbepost & Filialen

Dipl.-Ing. Peter Umundum e.h.
Vorstandsmitglied
Paket & Logistik

Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2016

TEUR	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Kumulierte Abschreibungen							Nettobuchwerte		
			Zugänge		Abgänge				Zugänge		Abgänge					
	Stand		Umgrün-	Umbu-		Umgrün-	Stand	Stand	Umgrün-	Zuschrei-		Umgrün-	Stand	Buchwert	Buchwert	
	1.1.	Zugänge	dungen	chungen	Abgänge	dungen	31.12.	1.1.	Zugänge	dungen	bungen	Abgänge	dungen	31.12.	1.1.	31.12.
I. Immaterielle Vermögensgegenstände																
Konzessionen, gew. Schutzrechte und ähnliche Rechte	57.834	1.460	0	-116	-712	0	58.467	-44.526	-4.258	0	0	375	0	-48.409	13.309	10.058
geleistete Anzahlungen	0	765	0	116	0	0	881	0	0	0	0	0	0	0	0	881
	57.834	2.225	0	0	-712	0	59.348	-44.526	-4.258	0	0	375	0	-48.409	13.309	10.939
II. Sachanlagen																
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	645.570	5.913	0	541	-3.724	0	648.300	-435.243	-13.175	0	4.092	3.070	0	-441.257	210.326	207.043
technische Anlagen und Maschinen	129.584	4.777	0	1.788	-1.264	0	134.884	-73.063	-9.604	0	0	1.264	0	-81.403	56.521	53.481
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	269.122	24.520	0	4.802	-25.244	0	273.200	-154.819	-28.964	0	0	23.869	0	-159.914	114.302	113.286
geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	50.442	53.254	0	-7.131	0	0	96.565	0	0	0	0	0	0	0	50.442	96.565
	1.094.717	88.465	0	0	-30.233	0	1.152.948	-663.126	-51.742	0	4.092	28.203	0	-682.573	431.591	470.375
III. Finanzanlagen																
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.407.128	25.364	677.351	0	-5.000	-650.319	1.454.524	-1.018.467	-24.206	-460.688	0	0	433.485	-1.069.875	388.661	384.649
Beteiligungen	13.334	2.134	0	0	0	0	15.468	0	-5.761	0	0	0	0	-5.761	13.334	9.707
Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	69.461	6.000	0	0	-2.828	0	72.633	0	0	0	0	0	0	0	69.461	72.633
	1.489.923	33.498	677.351	0	-7.828	-650.319	1.542.625	-1.018.467	-29.966	-460.688	0	0	433.485	-1.075.636	471.456	466.989
Gesamt	2.642.473	124.188	677.351	0	-38.773	-650.319	2.754.921	-1.726.118	-85.967	-460.688	4.092	28.578	433.485	-1.806.618	916.356	948.303

LAGEBERICHT

LAGEBERICHT 2016

DER ÖSTERREICHISCHEN POST AG

NACH § 243 UGB

Inhaltsverzeichnis

1.	Umfeld und Rahmenbedingungen	165
1.1	Wirtschaftliches Umfeld	165
1.2	Branchenumfeld	165
1.3	Rechtliche Rahmenbedingungen	166
1.4	Struktur des Unternehmens	166
2.	Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage	167
2.1	Umsatzentwicklung	167
2.2	Ergebnisentwicklung	168
2.3	Vermögens- und Finanzlage	169
2.4	Ergebnis- und wertorientierte Kennzahlen	172
3.	Mitarbeiter	172
3.1	Arbeitnehmerschutz und Gesundheitsförderung	172
3.2	Aus- und Weiterbildung	172
3.3	Vielfalt und Chancengleichheit	173
4.	Umwelt	173
5.	Forschung und Entwicklung/Innovationsmanagement	174
6.	Kunden	175
6.1	Zustellqualität	175
6.2	Kundenzufriedenheit	175
6.3	Versorgungssicherheit	176
7.	Chancen und Risiken	177
7.1	Risikomanagementsystem bei allgemeinen Risiken	177
7.2	Risikomanagementsystem bei finanziellen Risiken	178
7.3	Top Risiken	178
7.4	Finanzielle Risiken	179
7.5	Allgemeine und sonstige Risiken	180
7.6	Gesamtaussage zur Risikosituation	183
7.7	Wesentliche Chancen	183
8.	Weitere rechtliche Angaben	184
8.1	Internes Kontrollsystem und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess	184
8.2	Informationen gemäß § 243a UGB	186
9.	Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens / Ausblick	188

1. Umfeld und Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftliches Umfeld

Der Internationale Währungsfonds (IWF) errechnet für das Jahr 2016 ein Wachstum der Weltwirtschaft von 3,1%, im Vergleich zu 3,2% im Vorjahr. Für 2017 und 2018 wird mit einem Anstieg des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,4% und 3,6% gerechnet (IWF, Jänner 2017).

In Europa wird angesichts der sich verlangsamenden Wirtschaftsleistung der wichtigsten Handelspartner und der nachlassenden Wirkung bisheriger Wachstumsimpulse ein weiter verhaltenes Wirtschaftswachstum erwartet. Nach einem Zuwachs von 2,0% im Jahr 2015 errechnet der IWF für den Euroraum ein Wachstum von 1,7% im Jahr 2016. Für die Jahre 2017 und 2018 geht der IWF von jeweils 1,6% aus. (IWF, Jänner 2017).

Die Wirtschaft in Österreich wuchs laut dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) im Jahr 2016 um 1,5%, nach 1,0% im Vorjahr. Die starke Konsumnachfrage sowie die Ausweitung der Investitionen stützten das Wachstum, während der Außenbeitrag das Ergebnis minderte. Die Industriekonjunktur beschleunigte sich zuletzt deutlich. Gemäß WIFO wird erwartet, dass sich der bereits 2016 einsetzende konjunkturelle Aufwind auch 2017 fortsetzen wird. Für das Bruttoinlandsprodukt 2017 wird daher ebenfalls mit einem Wachstum von 1,5% gerechnet (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung WIFO, Dezember 2016).

1.2 Branchenumfeld

Neben dem konjunkturellen Umfeld wird die Geschäftsentwicklung der Österreichischen Post AG vor allem von folgenden internationalen Trends beeinflusst, die Risiken, aber auch Chancen mit sich bringen.

Im Briefbereich hält die elektronische Substitution des klassischen Briefs weiterhin an. Dieser globale Trend betrifft alle Postgesellschaften und ist im Kern wenig beeinflussbar. Insbesondere Kunden aus dem öffentlichen Sektor, aber auch jene aus dem Banken- und Versicherungsbereich, versuchen ihr Sendungsvolumen zu reduzieren, sodass die Österreichische Post AG weiterhin mit kontinuierlichen Rückgängen von ca. 5% pro Jahr rechnet. Das Geschäft mit Werbesendungen hingegen hängt stark von der Intensität der Werbeaktivitäten von Unternehmen ab. Der Markt für adressierte und unadressierte Werbesendungen zeigt dabei eine differenzierte Volumenentwicklung. Während einige Kundensegmente etwa durch zunehmende Aktivitäten von Online-Händlern unter Druck stehen, verzeichnen andere Segmente Zuwächse. Aktuelle Studien zeigen, dass neben Online-Werbung in Zukunft auch Multi-Channel-Kommunikation und Dialogmarketing tendenziell an Bedeutung gewinnen dürften.

Die Paketmengen im privaten Bereich steigen dank der ständig zunehmenden Bedeutung des Online-Shopping weiter stark an. Gleichzeitig jedoch nimmt hier auch die Wettbewerbsintensität zu. Im B2B-Bereich ist die Anzahl der Pakete leicht gestiegen (Quelle: Kreutzer, Fischer & Partner, Branchenradar 2017). Die Entwicklung des internationalen Paket- und Frachtgeschäfts ist wiederum wesentlich von der Konjunkturentwicklung, den internationalen Handelsströmen und der damit verbundenen Preisentwicklung abhängig. Wettbewerbsintensität und Preisdruck sind in diesem Bereich weiterhin hoch. Die Handelsströme werden immer internationaler – und mit ihnen die nachgefragten Logistikdienstleistungen. Internationale Sendungen sind daher ein weiterer wichtiger Faktor für das Wachstum des europäischen Kurier-, Express- und Paketmarkts (KEP).

Ein weiterer wichtiger Markttrend besteht in der steigenden Bedeutung des Klimaschutzes und der dadurch steigenden Nachfrage nach ressourcenschonenden Gütertransporten. Die Österreichische Post AG entspricht diesen Anforderungen durch das Angebot der CO₂-neutralen Zustellung im Heimatmarkt Österreich, mit dem sie für sich und ihre Kunden eine Belastung der globalen Klimabilanz durch ihre Unternehmenstätigkeit vermeidet.

1.3 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der Österreichischen Post AG basieren primär auf dem Österreichischen Postmarktgesetz, das seit 1. Jänner 2011 in Kraft ist.

- Die Österreichische Post AG ist seit der vollständigen Marktöffnung Österreichs Universaldienstleister und garantiert damit die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Postdienstleistungen in ganz Österreich. Die Regulierungsbehörde hat – wie gesetzlich vorgesehen – im Jahr 2016 untersucht, ob auch andere Postdienstanbieter in der Lage sind, die in der gesetzlichen Universaldienstverpflichtung definierten Leistungen zu erbringen. Dies ist nicht der Fall.
- Der Universaldienst beschränkt sich primär auf Postsendungen, die auf Basis der allgemeinen (nicht individuell ausverhandelten) Geschäftsbedingungen an den gesetzlich definierten Zugangspunkten abgegeben werden, also z. B. Post-Geschäftsstellen oder Briefkästen. Damit soll die Grundversorgung der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft mit Postdienstleistungen gesichert werden. Postdienste für Sendungen, die von Großkunden in Verteilzentren eingeliefert werden, zählen – mit Ausnahme von Zeitungen – nicht zum Universaldienst.
- Mit dem 27. November 2015 trat eine Änderung des Postmarktgesetzes in Kraft, die es der Österreichischen Post AG ermöglicht, neben den Briefsendungen (mit strengen Laufzeitvorgaben) auch so genannte Non-Priority-Briefsendungen im Universaldienst anzubieten, deren Laufzeiten regelmäßig bis zu vier Tage betragen dürfen. Die Österreichische Post AG hat diesbezüglich jedoch noch kein Universaldienstprodukt im Angebot.
- Die Regulierungsbehörde (Post-Control-Kommission) hat mit dem 25. Juli 2016 eine Neuerung der Produktstruktur genehmigt, die mit dem 1. Jänner 2017 umgesetzt wird. Diese beinhaltet Adaptierungen bei Brief- und Paketprodukten, insbesondere die Einführung eines neuen Produkts „Päckchen“ für leichtgewichtige Sendungen.

1.4 Struktur des Unternehmens

Die Österreichische Post AG bündelt ihre Geschäftsaktivitäten in den beiden Divisionen Brief, Werbepost & Filialen sowie Paket & Logistik. Zusätzlich obliegen der Division Corporate vor allem Dienstleistungen im Bereich der Verwaltung, das Innovationsmanagement und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle.

1.4.1 Division Brief, Werbepost & Filialen

Das Leistungsspektrum der Division Brief, Werbepost & Filialen umfasst die Annahme, Sortierung und Zustellung von Briefen, Postkarten, adressierten, teil- und unadressierten Werbesendungen und Zeitungen sowie Paketen im Zuge der Verbundzustellung. Darüber hinaus werden Post- und Telekomprodukte sowie Finanzdienstleistungen in Kooperation mit den Partnern BAWAG P.S.K. und A1 Telekom Austria AG angeboten. Die Österreichische Post AG bietet ihren Kunden auch diverse Online-Services an. Ergänzt wird das Angebot durch neue Dienstleistungen für Geschäfts- und Werbepost, darunter Adress- und Datenmanagement, Poststellen-Management, intelligentes Scanning und Response-Management. Pro Jahr stellt die Österreichische Post AG in Österreich 790 Mio Briefe, 580 Mio adressierte Werbesendungen, 2,6 Mrd unadressierte Werbesendungen, 370 Mio Printmedien und 290 Mio Regionalmedien zu.

1.4.2 Division Paket & Logistik

Kerngeschäft der Division Paket & Logistik ist die Beförderung von Paketen sowie von „Express Mail Service“(EMS) Sendungen für Privat- und Geschäftskunden. Die Österreichische Post AG stellte im Jahr 2016 rund 81 Mio Pakete und EMS-Sendungen zu. Damit ist sie führender Dienstleister für die Auslieferung von Versandhandels- und Privatkundenpaketen sowie von B2B-Sendungen mit einer flächendeckenden Zustellung in höchster Qualität.

1.4.3 Division Corporate

In der Division Corporate werden Dienstleistungen erbracht, wie sie typischerweise für Zwecke der Verwaltung notwendig sind. Diese Dienstleistungen umfassen die Verwaltung von Immobilien, die Erbringung von IT-Support, Finanzierungs- und Verwaltungstätigkeiten sowie die Administration des Post-Arbeitsmarktes. Die Division Corporate beinhaltet darüber hinaus die Bereiche Innovationsmanagement und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle.

2. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

2.1 Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse der Österreichischen Post AG sind im Geschäftsjahr 2016 um 10,7 Mio EUR von 1.756,8 Mio EUR im Vorjahr auf 1.746,1 Mio EUR 2016 gesunken. Der Umsatzrückgang in der Division Brief, Werbepost und Filialen wurde dabei teilweise durch das Umsatzplus in der Division Paket & Logistik von 3,3% ausgeglichen.

Der Umsatz der Österreichischen Post AG entfällt zu 79,5% auf die Division Brief, Werbepost & Filialen und zu 18,3% auf die Division Paket & Logistik. Der Umsatzanteil der Division Corporate lag bei 2,2%.

Umsatz nach Divisionen

Mio EUR	2015	2016	Veränderung 2015/2016
Umsatz gesamt	1.756,8	1.746,1	-0,6%
Brief, Werbepost & Filialen	1.407,9	1.387,3	-1,5%
Paket & Logistik	310,0	320,1	3,3%
Corporate	39,0	38,7	-0,6%

Umsatz Division Brief, Werbepost & Filialen

Mio EUR	2015	2016	Veränderung 2015/2016
Briefpost & Mail Solutions	769,1	756,4	-1,6%
Werbepost	374,7	371,8	-0,8%
Medienpost	139,3	140,1	0,5%
Filialdienstleistungen	124,8	119,0	-4,6%

Der Divisionsumsatz in Höhe von 1.387,3 Mio EUR stammt zu 54,5% aus dem Bereich Briefpost & Mail Solutions, zu 26,8% aus Werbepost und zu 10,1% aus Medienpost, also der Zustellung von Zeitungen und Magazinen. Zudem wurden 8,6% des Umsatzes mit Filialdienstleistungen erwirtschaftet. Der Divisionsumsatz konnte – vor dem Hintergrund einer negativen Volumenentwicklung insbesondere bei den adressierten Briefmengen – gut gehalten werden. Der Rückgang von 1,5% ist auf die anhaltende elektronische Substitution von Briefen sowie einer Veränderung des Verrechnungsmodells bei Mobilfunkprodukten zurückzuführen. Als gegenläufigen positiven Effekt sind die Impulse aus Wahlen zu nennen.

Im Bereich Briefpost & Mail Solutions lag der Umsatz im Geschäftsjahr 2016 mit 756,4 Mio EUR um 1,6% unter dem Niveau des Vorjahres. Der Basistrend der Substitution von Briefen durch elektronische Kommunikationsformen hält weiter an, wurde aber teilweise durch die gestiegene Anzahl an internationalen E-Commerce Sendungen kompensiert. Positiv wirkten sich auch die Wahlen 2016 aus.

Der Bereich Werbepost verzeichnete in der Berichtsperiode einen Umsatzrückgang um 0,8% auf 371,8 Mio EUR. Diese Entwicklung ist vor allem auf die differenzierten Werbeaktivitäten einzelner Kundengruppen zurückzuführen. Generell ist dieses Geschäftsfeld vom konjunkturellen Umfeld beeinflusst und daher größeren Schwankungen unterworfen. Hingegen führten die gestiegenen internationalen Volumina im adressierten und unadressierten Bereich sowie die Wahlen zu einem positiven Umsatzeffekt.

Der Umsatz mit Medienpost zeigte im Geschäftsjahr 2016 einen Anstieg von 0,5% auf 140,1 Mio EUR. Dieser Anstieg ist insbesondere auf diverse Einmalaussendungen zurückzuführen.

Der Umsatz im Bereich Filialdienstleistungen verringerte sich im Geschäftsjahr 2016 um 5,8 Mio EUR. Diese Entwicklung ist weitgehend auf die Änderung des Verrechnungsmodells von Mobilfunkprodukten im Ausmaß von

8,6 Mio EUR zurückzuführen, dem auch ein Rückgang in der entsprechenden Aufwandsposition gegenübersteht. Bereinigt um diesen Effekt erhöhte sich der Umsatz in diesem Bereich vor allem aufgrund einer Absatzsteigerung bei Mobilfunkprodukten.

Umsatz Division Paket & Logistik

Mio EUR	2015	2016	Veränderung 2015/2016
Paket Premium	107,8	127,6	18,3%
Paket Standard	196,4	186,0	-5,3%
Paket Sonstige Leistungen	5,7	6,5	13,3%

Der Umsatz der Division Paket & Logistik steigerte sich im Geschäftsjahr 2016 um 10,1 Mio EUR auf 320,1 Mio EUR.

Der Bereich Paket Premium – es handelt sich hierbei um eine Paketzustellung innerhalb 24 Stunden – verzeichnete einen Umsatzanstieg in Höhe von 18,3%. Neben höheren Umsatzbeiträgen mit Business-Kunden in Österreich waren vor allem bei Umsätzen höherwertiger Pakete für Privatkunden überdurchschnittliche Steigerungen zu verbuchen.

Die Umsätze des Bereichs Paket Standard – es umfasst vorrangig Sendungen an Privatkunden in Österreich – gaben aufgrund verstärkten Wettbewerbs sowie des Trends in Richtung Premium-Produkte um 5,3% auf 186,0 Mio EUR nach.

Im Bereich Paket Sonstige Leistungen, der diverse Logistik-Zusatzdienstleistungen beinhaltet, wurden in der Berichtsperiode Umsätze in Höhe von 6,5 Mio EUR generiert.

2.2 Ergebnisentwicklung

Die Ertragslage der Österreichischen Post AG zeigt für das Geschäftsjahr 2016 folgendes Bild:

Mio EUR	2015	2016	Veränderung 2015/2016	Struktur in %
Umsatzerlöse	1.756,8	1.746,1	-0,6%	100,0%
Sonstige betriebliche Erträge und aktivierte Eigenleistungen	42,9	25,3	-41,0%	1,5%
Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen	-329,0	-339,8	3,3%	-19,5%
Personalaufwand	-958,7	-953,0	-0,6%	-54,6%
Abschreibungen	-59,9	-56,0	-6,5%	-3,2%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-239,0	-233,7	-2,2%	-13,4%
Beteiligungsergebnis	-128,4	-10,2	-92,0%	-0,6%
EBIT (Ergebnis vor Zinsen und Steuern)	84,7	178,6	>100%	10,2%
Sonstiges Finanzergebnis	2,7	-0,4	<-100%	0,0%
EBT (Ergebnis vor Steuern)	87,4	178,2	>100%	10,2%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-46,2	57,4	>100%	3,3%
Jahresüberschuss	41,2	235,6	>100%	13,5%

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 41,0% auf 25,3 Mio EUR gesunken. In den sonstigen betrieblichen Erträgen des Jahres 2015 sind gutgeschriebene Rückforderungsansprüche aus in Vorperioden bezahlten Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung der Beamten in Höhe von 28,2 Mio EUR enthalten. Im Gegenzug sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen des Vorjahres Verpflichtungen für etwaige Ersatzleistungen in Höhe von 5,2 Mio EUR erfasst.

Der Aufwand für Material und bezogene Leistungen ist gegenüber dem Vorjahr um 3,3% auf 339,8 Mio EUR gestiegen. Der Anstieg resultiert insbesondere bedingt durch das gestiegene Paketvolumen aus dem Kerngeschäft.

Der Personalaufwand ist mit einem Anteil von 54,6% an den Umsatzerlösen der größte Aufwandsposten der Österreichischen Post AG und ist im Berichtszeitraum aufgrund der konsequenten Fortführung der Maßnahmen zur Effizienzsteigerung um 0,6% auf 953,0 Mio EUR gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich um 2,2% auf 233,7 Mio EUR.

Das Beteiligungsergebnis trägt mit 10,2 Mio EUR negativ aufgrund von im Geschäftsjahr durchgeführten außerplanmäßigen Abschreibungen zum Ergebnis bei. Das Beteiligungsergebnis des Vorjahres steht im Zusammenhang mit außerplanmäßigen Abschreibungen der trans-o-flex Gruppe Deutschland.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen der Österreichischen Post AG sind im Geschäftsjahr 2016 infolge eines fortgeschrittenen Abschreibungsgrades bei Gebäuden und Teilen der Betriebs- und Geschäftsausstattung um 3,2% auf 56,0 Mio EUR gesunken.

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) der Österreichischen Post AG ist von 84,7 Mio EUR auf 178,6 Mio EUR gestiegen. Das Ergebnis vor Steuern (EBT) hat sich von 87,4 Mio EUR im Geschäftsjahr 2015 auf 178,2 Mio EUR im Geschäftsjahr 2016 gesteigert.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag weisen im Geschäftsjahr 2016 einen Ertragssaldo in Höhe von 57,4 Mio EUR aufgrund der erstmaligen Erfassung von aktiven latenten Steuern als Folge des Rechnungslegungs-Änderungsgesetzes 2014 auf.

In Summe ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 235,6 Mio EUR für das Geschäftsjahr 2016 im Vergleich zu 41,2 Mio EUR für das Geschäftsjahr 2015.

2.3 Vermögens- und Finanzlage

Die Österreichische Post AG setzt auf eine konservative Bilanz- und Finanzierungsstruktur. Dies zeigt sich allem voran an der hohen Eigenkapitalquote, den geringen Finanzverbindlichkeiten und der soliden Veranlagung von Zahlungsmitteln mit möglichst geringem Risiko.

2.3.1 Bilanzstruktur

Mio EUR	31.12.2015	31.12.2016	Struktur 31.12.2016 in %	Veränderung
Aktiva				
Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	444,9	481,3	30,4%	36,4
Finanzanlagen	471,5	467,0	29,5%	-4,5
Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	279,7	257,2	16,3%	-22,5
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	279,8	261,5	16,5%	-18,2
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	32,5	35,2	2,2%	2,7
Aktive latente Steuern	0,0	79,7	5,0%	79,7
	1.508,3	1.582,0	100,0%	73,7
Passiva				
Eigenkapital	607,6	711,5	45,0%	103,9
Rückstellungen	590,0	555,4	35,1%	-34,7
Verbindlichkeiten	290,2	296,3	18,7%	6,1
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	20,4	18,8	1,2%	-1,6
	1.508,3	1.582,0	100,0%	73,7

Die Bilanzsumme der Österreichischen Post AG lag mit 31. Dezember 2016 bei 1.582,0 Mio EUR. Die Position Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände erhöhte sich gegenüber 2015 um 36,4 Mio EUR auf 481,3 Mio EUR. Die größten Posten des Sachanlagevermögens sind Grundstücke und Bauten mit einem Buchwert von 207,0 Mio EUR (31.12.2015: 210,3 Mio EUR), Betriebs- und Geschäftsausstattung mit einem Buchwert von 113,3 Mio EUR (31.12.2015: 114,3 Mio EUR) sowie geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau mit einem Buchwert von 96,6 Mio EUR (31.12.2015: 50,4 Mio EUR). Die geleisteten Anzahlungen und Anlagen in Bau sind aufgrund der Errichtung der neuen Unternehmenszentrale, der Beschaffung von Zustellfahrzeugen sowie dem Erwerb eines Grundstückes für die Errichtung eines neuen Sortierzentrums im Norden von Wien im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.

Die Finanzanlagen in Höhe von 467,0 Mio EUR (31.12.2015: 471,5 Mio EUR) beinhalten Anteile an verbundenen Unternehmen mit einem Buchwert von 384,7 Mio EUR (31.12.2015: 388,7 Mio EUR), Beteiligungen mit einem Buchwert von 9,7 Mio EUR (31.12.2015: 13,3 Mio EUR), sowie Wertpapiere des Anlagevermögens mit einem Buchwert von 72,6 Mio EUR (31.12.2015: 69,5 Mio EUR).

Die Position Vorräte, Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände enthält insbesondere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 171,7 Mio EUR (31.12.2015: 182,3 Mio EUR), Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 26,8 Mio EUR (31.12.2015: 35,6 Mio EUR), sonstige Forderungen in Höhe von 45,5 Mio EUR (31.12.2015: 46,6 Mio EUR), sowie Vorräte in Höhe von 12,9 Mio EUR (31.12.2015: 14,7 Mio EUR).

Die Bilanzposition Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten ist im Geschäftsjahr 2016 von 279,8 Mio EUR auf 261,5 Mio EUR gesunken.

Zum Stichtag 1. Jänner 2016 waren aktive latente Steuern in Höhe von 96,8 Mio EUR als Folge der erstmaligen Anwendung des Rechnungslegungs-Änderungsgesetzes 2014 erfasst. Dieser Saldo wurde bis zum 31. Dezember 2016 fortgeführt und beträgt nunmehr 79,7 Mio EUR.

Auf Basis des Eigenkapitals von 711,5 Mio EUR ergibt sich zum 31. Dezember 2016 eine Eigenkapitalquote von 45,0% (31.12.2015: 40,3%).

Die Rückstellungen in Höhe von 555,4 Mio EUR sind größtenteils langfristig und beinhalten unter anderem Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder. Für Personalaufwendungen im Zusammenhang mit unkündbaren Mitarbeitern (vor allem beamtete Mitarbeiter), die im Rahmen des laufenden postinternen Organisationsprozesses zur Anpassung an die sich ändernden Marktbedingungen ihren Arbeitsplatz verlieren und im Unternehmen nicht mehr oder nur mehr in einem untergeordneten Ausmaß zur Leistungserbringung eingesetzt werden können, wurde mit einer Rückstellung für Unterauslastung in Höhe von 167,6 Mio EUR (31.12.2015: 183,2 Mio EUR) vorgesorgt.

Die Verbindlichkeiten der Österreichischen Post AG betragen zum 31. Dezember 2016 296,3 Mio EUR (31.12.2015: 290,2 Mio EUR).

2.3.2 Cashflow

Mio EUR	2015	2016
Cashflow aus dem Ergebnis	177,4	214,8
+/- Veränderungen im Nettoumlaufvermögen	-2,8	-16,6
= Cashflow aus Geschäftstätigkeit	174,6	198,2
+/- Cashflow aus Investitionstätigkeit	-31,0	-93,8
= Free Cashflow	143,6	104,4
+/- Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-107,4	-122,6
= Nettoveränderung liquider Mittel	36,2	-18,2

Der Cashflow aus dem Ergebnis erreicht im Geschäftsjahr 2016 214,8 Mio EUR nach 177,4 Mio EUR im Geschäftsjahr 2015. Der Cashflow aus der Geschäftstätigkeit liegt mit 198,2 Mio EUR um 23,6 Mio EUR über dem Vergleichswert des Vorjahres. Dieser Unterschied geht unter anderem auf geringere Steuerzahlungen zurück.

Der negative Cashflow aus der Investitionstätigkeit erreicht im Jahr 2016 einen Wert von 93,8 Mio EUR im Vergleich zu minus 31,0 Mio EUR im Vorjahr. Diese Abweichung resultiert vor allem aus dem positiven Effekt im Jahr 2015 durch den Verkauf der ehemaligen Unternehmenszentrale im ersten Wiener Gemeindebezirk.

Der Free Cashflow erreicht 104,4 Mio EUR nach 143,6 Mio EUR im Vorjahr.

Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 122,6 Mio EUR hat sich unter anderem aufgrund der Rückzahlung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in 2016 erhöht.

2.3.3 Wesentliche Investitionen

Die Investitionen der Österreichischen Post AG beliefen sich im Geschäftsjahr 2016 in Summe auf 90,7 Mio EUR und lagen damit um 0,7 Mio EUR knapp unter dem Wert des Vorjahres. Davon entfielen 88,5 Mio EUR auf Investitionen in Sachanlagen und 2,2 Mio EUR auf Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände.

Schwerpunkte des Investitionsprogramms der Österreichischen Post AG bildeten in der Berichtsperiode geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau (58,7%). Darin enthalten sind Anlagen im Bau für die Errichtung der neuen Unternehmenszentrale, die im Herbst 2017 fertiggestellt wird, sowie geleistete Anzahlungen für den Erwerb eines Grundstücks für den Bau eines neuen Sortierzentrums im Norden von Wien und die Beschaffung von Zustellfahrzeugen.

2.4 Ergebnis- und wertorientierte Kennzahlen

	2015 ⁵⁾	2016
EBIT-Marge ¹⁾	4,7%	10,2%
ROE ²⁾	7,2%	49,5%
ROCE ³⁾	10,8%	24,2%
Ø Capital Employed ⁴⁾	784,0 Mio. EUR	737,6 Mio EUR

¹⁾ EBIT-Marge = EBIT/Umsatz

²⁾ Return on Equity = Jahresüberschuss/Eigenkapital abzüglich im Geschäftsjahr geflossener Dividende

³⁾ Return on Capital Employed = EBIT/durchschnittliches Capital Employed

⁴⁾ Capital Employed = Immaterielle Vermögensgegenstände + Sachanlagen + Anteile an verbundenen Unternehmen + Beteiligungen + Vorräte + Forderungen (abzüglich verzinsliche Forderungen) + Aktive Rechnungsabgrenzungsposten – unverzinsliches Fremdkapital

⁵⁾ Die Werte für 2015 wurden um Änderungen, die sich aus dem Rechnungslegungs-Änderungsgesetz 2014 ergeben, angepasst

Die EBIT-Marge beträgt 10,2% und ist aufgrund des in 2016 besseren EBITs angestiegen. Der Return on Equity beläuft sich auf 49,5% und ist ebenfalls im Wesentlichen aufgrund des besseren Ergebnisses angestiegen. Das Gleiche gilt für den Return on Capital Employed mit 24,2%. Der Rückgang des durchschnittlichen Capital Employed resultiert im Wesentlichen aus der Wertminderung der Anteile an verbundenen Unternehmen zum 31.12.2015.

3. Mitarbeiter

Der durchschnittliche Personalstand der Österreichischen Post AG reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 535 auf 17.448 Mitarbeiter (Vollzeitkräfte). Der überwiegende Teil der Mitarbeiter ist in der Division Brief, Werbepost & Filialen beschäftigt.

Mitarbeiter nach Divisionen	2015	2016	Anteil in %
Brief, Werbepost & Filialen	14.576	14.004	80,3%
Paket & Logistik	1.573	1.528	8,8%
Corporate	1.834	1.916	11,0%
Gesamt	17.983	17.448	100,0%

3.1 Arbeitnehmerschutz und Gesundheitsförderung

Als Dienstleistungsunternehmen stellen motivierte und gesunde Mitarbeiter für die Österreichische Post AG einen entscheidenden Erfolgsfaktor dar. Um die Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiter – auch bis in ein höheres Alter – zu erhalten, muss der Arbeitgeber ein sicheres und motivierendes Arbeitsumfeld schaffen. Für den Erhalt der Gesundheit sind beide Seiten – das Unternehmen und die Mitarbeiter – verantwortlich. Demnach arbeitet die Österreichische Post AG an der Gestaltung der Arbeitsplätze und -prozesse nach den hohen Anforderungen des Arbeitnehmerschutzes und bietet ihren Mitarbeitern zusätzlich diverse Aktivitäten an, die diese in ihrer Gesundheitsvorsorge unterstützen.

Im Jahr 2016 lag der Schwerpunkt in der Weiterführung des Projekts „Gesundes Herz und Du“. Im Rahmen von Gesundheitsberatungen und Gesundheitstagen konnten die Mitarbeiter Interessantes über die eigene Gesundheit und den eigenen Körper sowie über Ernährung, Raucherentwöhnung und ähnlichen Themen erfahren. Mit dem Programm „Fit im Büro“ hat die Österreichische Post AG ein Programm zusammengestellt, mit dessen Übungen die Mitarbeiter mit geringem Zeitaufwand im Büro und zu Hause ihre Muskeln kräftigen und Haltungsschäden vorbeugen können.

3.2 Aus- und Weiterbildung

Die zielgruppen- und kompetenzorientierte Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter bildet einen wichtigen Schwerpunkt im Personalmanagement der Österreichischen Post AG. Die hier umgesetzten Maßnahmen beinhalten Fachschulungen, Weiterbildungskurse, Coachings und Trainings in allen Fachbereichen des Unternehmens.

Wenn es darum geht, Mitarbeiterpotenziale zu erkennen und ihre Fähigkeiten durch individuelle Förderung auszubauen, sind im ersten Schritt die Führungskräfte gefordert. Daher setzt die Österreichische Post AG bereits seit dem Jahr 2012 einen Schwerpunkt auf die Ausbildung von Führungskräften im Rahmen der Führungsakademie des

Unternehmens. Ihr Ziel besteht darin, leitende Mitarbeiter und Schlüsselkräfte mit einem maßgeschneiderten Programm bei der Umsetzung der Führungsleitlinien zu unterstützen. Die vier zielgruppengerechten Programme zur Weiterentwicklung der Führungskräfte wurden 2016 fortgesetzt.

3.3 Vielfalt und Chancengleichheit

Im Rahmen ihres Diversity-Managements sieht die Österreichische Post AG die Vielfalt unter ihren Mitarbeitern explizit als förderwürdig und nutzt diese konstruktiv. Das bezieht sich einerseits auf äußerlich wahrnehmbare Unterschiede wie Geschlecht, Ethnie, Alter oder Behinderung, andererseits aber auch auf subjektive Unterschiede wie Religion oder Lebensstil. Die Österreichische Post AG möchte die individuelle Verschiedenheit der Mitarbeiter nicht nur respektieren, sondern diese im Sinne einer positiven Wertschätzung besonders hervorheben. Die Ziele sind eine produktive Gesamtatmosphäre im Unternehmen zu schaffen, soziale Diskriminierungen von Minderheiten zu verhindern und die Bedingungen für Chancengleichheit zu verbessern. Denn die Österreichische Post AG legt in allen Unternehmensbereichen großen Wert auf Chancengleichheit am Arbeitsplatz und tritt daher jeder Form von Diskriminierung, Mobbing und sexueller Belästigung entschieden entgegen. Bereits 2013 hat die Österreichische Post AG die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet und trägt seither im Sinn dieser freiwilligen Selbstverpflichtung im Rahmen ihres Diversity Managements zu mehr Toleranz, Fairness und Wertschätzung bei. Die Österreichische Post AG nimmt ihre Rolle als familienfreundlicher Arbeitgeber ernst und fördert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch eine Reihe von Maßnahmen und Angeboten. Dafür erhielt die Österreichische Post AG im November 2013 das bis 2016 gültige Grundzertifikat „berufundfamilie“ des österreichischen Familienministeriums. Auch 2016 erhielt die Österreichische Post AG das Zertifikat – mit Gültigkeit bis zum Jahr 2019 – erneut.

4. Umwelt

Die Österreichische Post AG ist sich auch ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt bewusst und sucht daher laufend nach Optimierungspotenzialen, um ihren ökologischen Fußabdruck zu minimieren. Auch im Jahr 2016 hat die Österreichische Post AG im Rahmen ihrer Initiative CO₂ NEUTRAL ZUGESTELLT alle Briefe, Pakete und Werbesendungen in Österreich ausnahmslos CO₂-neutral zugestellt. Diese Initiative wird in einem Drei-Stufen-Programm umgesetzt: Oberste Priorität hat immer die Vermeidung von Emissionen in den eigenen Kernprozessen. Dies betrifft vor allem die Bereiche Fuhrpark und Gebäude und wird etwa durch optimierte Routenplanung, eine moderne Fahrzeugflotte sowie Schulungen der Fahrer bzw. durch Monitoring des Energieverbrauchs in Gebäuden und die Optimierung der Gebäudenutzflächen verwirklicht. In einem zweiten Schritt setzt die Österreichische Post AG auf alternative Energieformen. Auch 2016 wurde etwa der E-Fuhrpark bedeutend ausgebaut und umfasst bereits mehr als 1.300 E-Fahrzeuge. Das Projekt „Grünes Wien“ sieht vor, dass alle Brief- und Werbesendungen an Privatkunden in Wien nur mehr mit E-Fahrzeugen oder zu Fuß zugestellt werden. Mittlerweile wurde dieses Projekt fast vollständig umgesetzt. Auch auf die anderen Bundeshauptstädte wurde dieses Projekt ausgerollt.

Darüber hinaus bezieht die Österreichische Post AG seit 2012 nur noch Strom aus erneuerbaren Energiequellen und betreibt auf dem Dach des Briefzentrums Wien und des Logistikzentrums Allhaming jeweils eine Photovoltaikanlage. Die Anlagen produzieren gemeinsam rund 1,4 Millionen Kilowattstunden Strom jährlich. Auf der dritten Ebene werden schließlich alle Emissionen, die derzeit noch nicht vermieden werden können, durch die Unterstützung anerkannter und zertifizierter nationaler und internationaler Klimaschutzprojekte mit hoher ökologischer und sozioökonomischer Wirkung kompensiert. Die gesamte Initiative wird regelmäßig von Sachverständigen des TÜV AUSTRIA geprüft.

5. Forschung und Entwicklung/Innovationsmanagement

Ein wesentlicher Schlüssel zum nachhaltigen Erfolg in sich verändernden Märkten liegt in der Entwicklung und Markteinführung innovativer Produkte sowie der Erweiterung der bestehenden Produktpalette aus dem Kerngeschäft heraus. Die Österreichische Post AG ist ein Dienstleistungsunternehmen und ergänzt bzw. verbessert ihre Services daher ständig mit innerbetrieblichen F&E-Maßnahmen. Zusätzlich arbeitet die Österreichische Post AG laufend an der Optimierung ihrer Prozesse und Abläufe, wobei hierbei unternehmensintern oder gemeinsam mit Kooperationspartnern auch neue innovative Lösungen erforscht und entwickelt werden, die in vielen Fällen zu neuen Marktstandards für die gesamte Logistikbranche führen.

Im Bereich Produkte und Dienstleistungen wurden im Geschäftsjahr 2016 wieder eine Vielzahl innovativer und selbstentwickelter Lösungen umgesetzt. Während eine Reihe an Projekten im Produktmanagement der Divisionen Brief, Werbepost & Filialen und Paket & Logistik abgewickelt werden, bestehen für den stark wachsenden Online-Bereich eigene Kompetenzzentren, die sich prioritär mit der Entwicklung neuer Produkte und Lösungen beschäftigen. In den beiden Abteilungen Online- und E-Commerce-Innovationsmanagement sind rund 50 Mitarbeiter tätig, die sich primär auf den Bereich Forschung und Entwicklung konzentrieren.

So entwickelte die Österreichische Post AG ihre Lösungen in den Bereichen elektronische Post und mobile Services („Post-App“) auch 2016 konsequent weiter. Die Online-Services der Österreichischen Post AG zeichnen sich dabei durch ein hohes Maß an Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit aus. Im Bereich Logistik-Services entwickelt die Österreichische Post AG zudem laufend maßgeschneiderte Kundenlösungen für Warehousing und Fulfillment sowie diverse „Value Added Services“. Diese Lösungen sorgen in Verbindung mit innovativen Online-Services für mehr Effizienz, höhere Flexibilität und generell für eine kundenorientierte Optimierung von Kommunikation und Distribution. Darüber hinaus übernahm die Österreichische Post AG im Jahr 2016 den steirischen IT-Dienstleisters ACL advanced commerce labs GmbH (ACL). ACL ist führend im Bereich E-Commerce Lösungen für große Markenhersteller in Österreich, Deutschland und der Schweiz. Mit der Beteiligung an ACL können E-Commerce Angebote weiter ausgebaut und den Kunden künftig noch serviceorientiertere und einfachere One-Stop-Shop-Lösungen angeboten werden.

Eine Sonderstellung im Bereich F&E nimmt auch das Geschäftsfeld Mail-Solutions in der Division Brief, Werbepost und Filialen mit 300 Mitarbeitern ein, die vor allem an innovativen Lösungen im Bereich Geschäftsprozessoutsourcing, elektronischer Zustellung, im Datenmanagement und in der digitalen Werbung arbeitet. Der Fokus liegt hier unter anderem auf dem dualen Versand und Empfang (digital/physisch), einem intelligenten Inputmanagement, einem effizienten Poststellenmanagement, dem digitalen Dokumentenmanagement, der dualen Zustellung und dem Outputmanagement sowie auf wirkungsvollen CRM-Anwendungen (Geomarketing, Adressmanagement etc.). Im Jahr 2016 erwarb die Österreichische Post AG zudem 26% der Anteile am Unternehmen sendhybrid. Als Spezialist für den sicheren, elektronischen Dokumentenversand ermöglicht sendhybrid Empfängern orts- und zeitunabhängig nachweisliche Erreichbarkeit und einen Zugriff auf das digitale Postfach über Smartphone, Tablet und PC.

Neben ihren eigenen Entwicklungsaktivitäten kooperiert das Unternehmen seit langem mit namhaften österreichischen Universitäten, Fachhochschulen und anderen Forschungseinrichtungen. Ein wichtiger Partner ist dabei die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG). Ziel dieser Zusammenarbeit ist es, den Fokus auf Innovationen weiter zu verstärken und in der Entwicklung von Produkten und Services auf wissenschaftlich fundierte Ergebnisse zurückgreifen zu können.

Neben dem Produktbereich forscht und entwickelt die Österreichische Post AG – wie erwähnt – auch laufend im Bereich Prozesse und Abläufe. Auch aufgrund der hohen gesellschaftlichen Verantwortung der Österreichischen Post AG als österreichischer Leitbetrieb, liegt einer der Schwerpunkte der gesetzten Initiativen auf den Bereichen Ressourcenschonung und Energieeffizienz. Die Abteilung CSR & Umweltmanagement berät und unterstützt dabei die operativen Bereiche bei Bedarf bei deren Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Eines der Leuchtturmprojekte im Bereich angewandte Forschung stellt die Modellregion E-Mobility Post dar. In Zusammenarbeit mit dem Klima- und Energiefonds der Bundesregierung und dem Ministerium für ein lebenswertes Österreich werden

die Einsatzfähigkeit von E-Fahrzeugen in der Praxis und die optimale Nutzung der lokalen Ressourcen an erneuerbarer Energie erforscht. Die Österreichische Post AG hat bis Ende 2016 rund 14 Mio EUR in die CO₂-neutrale und schadstofffreie Zustellung investiert.

Des Weiteren wurden folgende Projekte im Geschäftsjahr 2016 begonnen bzw. weitergeführt: Gemeinsam mit dem AIT Austrian Institut of Technology startete die Österreichische Post AG ein Projekt mit dem Namen PEAR zur Evaluierung der energieeffizienten Automation und Regelung von Gebäuden mit dem Hauptziel einer signifikant verkürzten Inbetriebnahme-Phase und einem durchgängig energieoptimierten Betrieb bei gleichbleibender Behaglichkeit. Ein weiteres Forschungsprojekt mit dem AIT hat E-Mobilität zum Thema (Projekt SEAMLESS). Die Österreichische Post AG, als Projekt- und Demopartner, leistet durch ihre Praxiserfahrungen einen Beitrag zur Erforschung unterschiedlicher Mobilitätswege und -möglichkeiten. Im Bereich der Logistik zielt das Projekt EAGLE auf die methodische Entwicklung eines Prototyps zur automatischen Güterentladung in Logistiknetzwerken ab. Unter realen Einsatzbedingungen sollen in Folge die Anforderungen an die Integration in bestehende Abläufe und die Nachhaltigkeit im Sinne der Bewältigung zukünftiger Warenströme berücksichtigt werden. Es handelt sich hierbei um eine exemplarische nicht vollständige Darstellung ausgewählter Forschungsprojekte.

6. Kunden

6.1 Zustellqualität

Die Österreichische Post AG hat sich zum Ziel gesetzt, Anbieter hochqualitativer Dienstleistungen zu sein. In Österreich bestehen im Rahmen des Universaldienstes folgende strenge Auflagen für die Zustellgeschwindigkeit von Briefen und Paketen: Zustellung von 95% aller Briefe am nächsten Werktag bzw. von 90% aller Pakete innerhalb von zwei Werktagen. Mit einer Rate von 95,7% für die am ersten Werktag nach Einlieferung zugestellten Briefe hat die Österreichische Post AG die gesetzliche Vorgabe auch 2016 wieder übererfüllt.

Bei der Paketzustellung an Privatkunden konnten mit rund 98% Beförderung innerhalb von zwei Werktagen erfreulich hohe Werte erreicht werden. Auch bei den internationalen Sendungen (Inbound) bietet die Österreichische Post AG eine im europäischen Vergleich überdurchschnittliche Zustellqualität.

Im Bereich der Erstzustellquote von bescheinigten Briefen und Paketen konnten die guten Werte des Vorjahres im Briefbereich sowie im Paketbereich übertroffen werden. Die Erstzustellquote ist ein für die Kundenzufriedenheit sehr wichtiger Faktor. So konnten im Jahr 2016 91,7% der Pakete beim ersten Versuch erfolgreich zugestellt werden, bei den bescheinigten Briefen lag der Wert bei 79,1%.

6.2 Kundenzufriedenheit

Im Berichtsjahr wurde die Kundenzufriedenheit quartalsweise erhoben. Partner der Österreichischen Post AG in der Marktforschung ist hier das renommierte *Institut für Empirische Sozialforschung* IFES. Mittels repräsentativer Befragungen mit einer Sample-Größe von n = 1.000 pro Welle wird der „Customer Satisfaction Index“ (CSI) ermittelt, der sich aus Kundenzufriedenheit und Kundenbindung zusammensetzt. Der durchschnittliche CSI im Jahr 2016 lag mit einem Wert von 68 stabil im guten Bereich; über die vier Quartale gesehen schwankt er nur geringfügig zwischen 68 und 69. Sehr gute Bewertungen (d.h. Werte über 70) erhielten die Post-Geschäftsstellen, der Versand sowie die Zustellung. Jüngere Personen waren hierbei am zufriedensten; diese Personengruppe nimmt auch die Innovationen (wie z. B. SB-Zonen oder die Post-App) am stärksten in Anspruch.

Im Detail erhielten sowohl Brief- als auch Paketzustellung weiterhin sehr gute Werte, die Zusteller selbst lagen im ausgezeichneten Beurteilungsspektrum. Die SB-Zonen erfreuten sich generell wachsender Beliebtheit; bereits 30% der Bevölkerung gaben an, sie schon genutzt zu haben. Verbessert hat sich im Vergleich zum Vorjahr auch das Image der Österreichischen Post AG, im Besonderen die Wahrnehmung der sozialen Verantwortung für die Mitarbeiter und die Beurteilung der medialen Darstellung des Unternehmens.

Die Kundenzufriedenheitsmessung mittels CSI beurteilt Werte bis 50 Punkte als kritisch, Werte zwischen 51 und 60 Punkten als mäßig, ab 61 Punkten wird von einem guten Wert gesprochen. 71 Punkte und mehr sind sehr gut; ausgezeichnet bedeuten 81 Punkte bis zum Höchstwert von 100 Punkten.

6.3 Versorgungssicherheit

Neben der Verpflichtung, täglich Post-Dienstleistungen für jeden Haushalt in ganz Österreich in höchster Qualität und zu einem einheitlichen Preis zu liefern, umfassen die Verpflichtungen des Universaldienstes auch ein flächendeckendes Standortnetz mit mindestens 1.650 Geschäftsstellen. Auch hier übertrifft die Österreichische Post AG – im Sinn der optimalen Versorgung ihrer Kunden – die Vorgaben: Insgesamt 1.792 Standorte umfasste das Geschäftsstellennetz mit Ende 2016 und zählt damit zu den größten Privatkundennetzen des Landes. Damit ist die Österreichische Post AG also wortwörtlich in der Nähe ihrer Kunden.

Da das Postgeschäft großen Veränderungen unterworfen ist, erfordern sich wandelnde neue Rahmenbedingungen laufend kundenorientierte Anpassungen von Seiten der Post, um die Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Postdienstleistungen auch langfristig gewährleisten zu können. Eine wesentliche Maßnahme stellt dabei der Umbau des Standortnetzes der Post dar, der auch im vergangenen Jahr konsequent vorangetrieben wurde. Zentrales Element dabei ist das sehr erfolgreiche Post Partner-Konzept. Insgesamt 1.338 Post Partner – Lebensmittelgeschäfte, Tankstellen, Trafiken, Gemeindeämter und viele andere mehr – sorgen hier für Stabilität und eine optimale regionale Erreichbarkeit der Post.

7. Chancen und Risiken

7.1 Risikomanagementsystem bei allgemeinen Risiken

Die Österreichische Post AG betreibt ein umfangreiches Risikomanagement, in das alle Unternehmenseinheiten einbezogen sind. Das Ziel des Risikomanagements ist es, die Risiken frühzeitig zu erkennen und durch geeignete Maßnahmen so zu steuern, dass die Abweichung von den Unternehmenszielen möglichst gering gehalten wird. Risiken werden nach einheitlichen Grundsätzen in ihrem Gesamtzusammenhang identifiziert, bewertet, überwacht und in einem unternehmensweiten Risikomanagementsystem dokumentiert. Der Vorstand definiert die Risikostrategie und -politik des Unternehmens und legt die Rahmenbedingungen des Risikomanagementsystems fest.



Die wichtigsten Schritte des Risikomanagementprozesses:

1. Identifizierung und Bewertung: Risiken sind definiert als potenzielle Abweichung vom mittelfristig geplanten Unternehmensergebnis. Quartalsweise analysieren die Risikomanager der jeweiligen Unternehmensbereiche ihre Risikosituation. Für jedes identifizierte Risiko wird ein Verantwortlicher festgelegt, der die Bewertung, die Steuerung und die Überwachung durchführt. Bei der Bewertung werden die Risiken so weit wie möglich gemäß den Dimensionen Auswirkung und Eintrittswahrscheinlichkeit quantifiziert. Nicht quantifizierbare Risiken werden anhand definierter qualitativer Klassen bewertet. Zusätzlich prüft das zentrale Risikomanagement zyklisch die einzelnen Unternehmensbereiche in Form proaktiver Risiko-Assessments und Workshops hinsichtlich ihrer Risiken. Die Ergebnisse der Identifizierung und Bewertung werden in der IT-Anwendung des Risikomanagementsystems dokumentiert.

2. Aggregation und Reporting: Das zentrale Risikomanagement sammelt und überprüft die identifizierten und bewerteten Risiken. Die finanziellen Effekte möglicher Überschneidungen werden in der Aggregation berücksichtigt. Im Anschluss werden die Risiken in einem Risiko-Gremium analysiert und plausibilisiert. Das Risiko-Gremium setzt sich aus Vertretern des Controllings, der Rechtsabteilung, der Strategieabteilung und des Rechnungswesens sowie aus Vertretern der operativen Bereiche zusammen. Die Ergebnisse des Risiko-Gremiums fließen in den quartalsweisen Bericht des zentralen Risikomanagements über die Risiken und deren Entwicklung an den Vorstand

ein. Unerwartet auftretende Risiken werden dem Vorstand unmittelbar (ad hoc) berichtet. Zum Status des Risikomanagements werden der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss ebenfalls regelmäßig informiert.

3. Maßnahmengestaltung: Die Risikosteuerung erfolgt durch die Festlegung geeigneter Maßnahmen mit dem Ziel, die Risiken zu vermeiden, zu reduzieren oder auf Dritte zu übertragen. Die Unternehmensbereiche prüfen hierzu die in Frage kommenden Maßnahmen mittels Kosten-Nutzen-Analysen und implementieren diese anschließend. Die Maßnahmen werden im Zuge der quartalsweisen Analyse durch die Risikomanager überwacht und angepasst.

4. Überwachung und Kontrolle: In Anlehnung an den Österreichischen Corporate Governance Kodex wird die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems jährlich durch den Wirtschaftsprüfer bewertet. Des Weiteren wurde die Konzeption, Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems durch einen externen Auditor evaluiert.

7.2 Risikomanagementsystem bei finanziellen Risiken

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Österreichischen Post AG ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Grundsätzlich wird beim Management der Finanzpositionen ein strategischer Portfolio-Ansatz unter Bedachtnahme auf eine konservative Risikopolitik verfolgt.

In der Österreichischen Post AG erfolgt eine laufende Überwachung eventuell auftretender Risikokonzentrationen. Diese können bei Finanzinstrumenten mit ähnlichen Merkmalen und ähnlichen Bedingungen auftreten, z. B. in Bezug auf Fristigkeiten und Kontrahenten-Struktur oder hinsichtlich der Umsetzung der Veranlagungsstrategie. Konzentrationsrisiken werden unter anderem durch die Veranlagung von Termingeldern bei verschiedenen Banken, Diversifikation der Emittenten im Wertpapierportfolio oder Streuung der Fälligkeitsprofile vermieden.

Die aktuelle Risikosituation im Finanzbereich wird laufend in einem standardisierten Berichtswesen dargelegt. Weiters bestehen in der Österreichischen Post AG klare, schriftlich festgelegte Strategien und operative Richtlinien für die Behandlung aller finanziellen Risiken.

Das Risikomanagement unterliegt einem vom Vorstand beschlossenen Regelwerk, das Ziele, Grundsätze, Aufgaben und Kompetenzen festlegt. Darüber hinaus formuliert dieses Regelwerk standardisierte Abläufe, um Revisionssicherheit zu gewährleisten.

Zudem werden durch die Organisation der Tätigkeitsabläufe (wie z. B. Trennung von Handel und Buchführung von Finanztransaktionen, Sicherung von elektronischen Daten) organisatorische Risiken im Finanzbereich so weit wie möglich ausgeschaltet.

7.3 Top Risiken

7.3.1 E-Substitution klassischer Briefsendungen

Klassische Briefsendungen werden zunehmend durch elektronische Medien ersetzt. Der Trend zur elektronischen Substitution von Briefen, insbesondere zur elektronischen Zustellung, wird auch weiterhin fortbestehen. Diese Entwicklung, die vom Gesetzgeber gefördert wird, kann zu nicht unerheblichen Volumenrückgängen und damit Ergebnisbeeinträchtigungen führen. Ein Rückgang des Umsatzes der Österreichischen Post AG im Bereich Briefpost von einem Prozentpunkt führt zu einem negativen Umsatzeffekt von rund 7 Mio EUR pro Jahr, der aufgrund der Fixkostenstruktur des Unternehmens kurz- bis mittelfristig großteils ergebnismindernd wirken würde. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass infolge von Änderungen der gesetzlichen Zustellvorschriften für behördliche Sendungen in Österreich ein Teil dieser Sendungen nicht mehr über die Österreichischen Post AG zugestellt wird.

Dem Mengenrückgang infolge der Substitution von Briefsendungen durch elektronische Medien wird mit neuen Produkten und Dienstleistungen entgegengewirkt. Die Diversifikation auf mehrere Märkte trägt dazu bei, Risiken einzelner Branchen weit zu streuen bzw. gering zu halten.

7.3.2 Strukturveränderung bei Werbemengen

Bedingt durch die in den vergangenen Jahren anhaltende schwache Wirtschaftsentwicklung war ein zunehmender Trend der Marktkonzentration (Firmenzusammenschlüsse, Konkurse) im Bereich Handel festzustellen. In Folge dessen kann es auch zu einer Strukturveränderung bei Werbemitteln und -mengen, z.B. zu einer Reduktion der Flugblattwerbung, kommen. Dies kann zu einem spürbaren Rückgang im Geschäft mit Werbesendungen und damit auch zu einer Beeinträchtigung des Ergebnisses führen.

7.3.3 Beteiligungen

Ein Bestandteil der Strategie der Österreichischen Post AG ist das Wachstum durch selektive Akquisitionen und Kooperationen. Dabei ist es wichtig, passende Akquisitionsziele zu finden und erworbene Unternehmen erfolgreich zu integrieren. Die Chancen und Risiken von Beteiligungen sind in hohem Maß von politischen, wirtschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen abhängig. Darüber hinaus können Marktpreisrisiken wie fluktuierende Fremdwährungskurse, Auswirkungen auf die Werthaltigkeit von Beteiligungen haben. Die Entwicklung der Beteiligungen bzw. allenfalls erforderliche Wertminderungen können das Ergebnis der Österreichischen Post AG beeinflussen.

7.3.4 Personalkosten und Struktur der Dienstverhältnisse

Das Geschäftsmodell der Österreichischen Post AG ist von einer hohen Personalkostentangente geprägt. Ein großer Teil der Mitarbeiter der Österreichischen Post AG steht in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis und unterliegt den Bestimmungen des Beamtendienstrechts. Daraus ergeben sich Besonderheiten im Zusammenhang mit der dienstrechtlichen Verwendung. Bei einem Großteil der Belegschaft kann es durch die bestehenden rechtlichen Bedingungen im Fall von Mengenverlusten zu keiner Kapazitätsanpassung kommen, ebenso ist keine Anpassung des Gehaltsniveaus an eventuell ungünstigere Marktkonditionen möglich. Das Beamtendienstrecht führt damit insgesamt zu geringer Kostenflexibilität.

Die Österreichische Post AG ist im Hinblick auf den liberalisierten Markt zunehmend mit den Grenzen der dienstrechtlichen Verwendungsmöglichkeiten für die ihr zugewiesenen Beamten konfrontiert. Die Lösung dieser Problematik nimmt im Dialog mit dem verantwortlichen Gesetzgeber eine bedeutende Rolle ein.

Aus den laufenden Änderungen des Beamtendienstrechts können sich für die Österreichische Post AG, soweit diese Regelungen nicht auf die spezielle Wettbewerbssituation der Österreichischen Post AG Rücksicht nehmen, zusätzliche Belastungen und unerwartete Mehrkosten ergeben, auf deren Entstehen die Österreichische Post AG keinen Einfluss hat.

7.4 Finanzielle Risiken

Für die Österreichischen Post AG ergeben sich folgenden finanzielle Risiken:

- Ausfallrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Marktrisiken

7.4.1 Ausfallrisiken

Das Risiko bei Forderungen kann insgesamt als gering eingeschätzt werden, da die Mehrzahl der Kunden einem Bankeinzugsverfahren zugestimmt hat bzw. in risikobehafteten Fällen Bankgarantien hinterlegt oder Vorauszahlungen geleistet werden. Ferner besteht ein Großteil der offenen Forderungen gegenüber Vertragspartnern bester Bonität. Soweit bei den Forderungen Ausfallrisiken erkennbar sind, werden diese Risiken durch Wertberichtigungen erfasst.

Zur Begrenzung des Ausfallrisikos bei Wertpapieren werden nur Papiere von Emittenten mit einem Investment-Grade-Rating oder vergleichbarer Bonität angekauft bzw. gehalten. Anteile an Investmentfonds werden nur bei international anerkannten Kapitalanlagegesellschaften gehalten. Besonderes Augenmerk gilt auch der Liquidität und der Abwicklungssicherheit der abgeschlossenen Finanzprodukte. Für Geldmarkttransaktionen bestehen festgelegte Handelslimits.

7.4.2 Liquiditätsrisiken

Aufgabe der Liquiditätssicherung ist die jederzeitige Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit des Österreichischen Post AG. Basis des Liquiditätsmanagements ist ein Liquiditätsplan, der laufend Soll-Ist-Analysen unterzogen und bei Bedarf angepasst wird. Durch die aktive Steuerung von Zahlungsströmen wird der Zinssaldo optimiert.

7.4.3 Marktrisiken

Marktrisiken umfassen die bestehenden Risiken aus der Änderung von Marktpreisen. In der Österreichischen Post AG bestehen im Wesentlichen Risiken aus der Veränderung von Zinsen und Währungskursen, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können:

- **Zinsänderungsrisiko**

Das Zinsänderungsrisiko stellt das Risiko dar, das sich aus der Wertänderung von Finanzinstrumenten oder zinsbedingten Zahlungsströmen infolge von Schwankungen von Marktzinssätzen ergibt. Das Zinsänderungsrisiko beinhaltet das Barwertrisiko bei fest verzinsten Bilanzposten und das Zahlungsstromrisiko bei variabel verzinsten Bilanzposten. Ein Zinsänderungsrisiko liegt vor allem bei Forderungen und Verbindlichkeiten mit Laufzeiten von über einem Jahr vor. Solche längeren Laufzeiten sind im operativen Bereich nicht von materieller Bedeutung, spielen jedoch bei Finanzinvestitionen in Wertpapiere sowie bei Finanzverbindlichkeiten eine Rolle.

Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos im Finanzbereich orientiert sich am Portfolio-Ansatz. Gesteuert werden grundsätzlich nicht Einzelpositionen, sondern das gesamte Finanzportfolio unter Bedachtnahme auf die jeweilige Grundtransaktion. Zu diesem Zweck werden selektiv auch derivative Instrumente wie Zins-Swaps und Zins-Caps eingesetzt. Zum Berichtszeitpunkt bestehen keine derivativen Finanzpositionen. Das Finanzportfolio wird täglich der vorgegebenen Benchmark gegenübergestellt.

- **Währungsänderungsrisiko**

Als Währungsänderungsrisiko wird der mögliche Verlust aus Marktveränderungen durch schwankende Wechselkurse angesehen. Auf der Aktivseite ergeben sich keine Risiken aus Währungsänderungen, da Lieferungen nahezu zur Gänze auf Euro-Währungsbasis abgewickelt werden. Gleiches gilt grundsätzlich für die übrigen originären Finanzinstrumente.

7.5 Allgemeine und sonstige Risiken

Die Österreichische Post AG unterliegt wie jedes Unternehmen einer Reihe von Risiken, die sich aus der Branche bzw. dem Marktumfeld ergeben. Diese Risiken werden mit Maßnahmen, die dem Stand der Technik entsprechen, auf wirtschaftliche Art und Weise minimiert, können aber nicht vollkommen ausgeschlossen werden.

7.5.1 Operative Risiken

Markt- und Wettbewerbsrisiken

Die Österreichische Post AG erwirtschaftet ihren Umsatz fast ausschließlich in Österreich. Sollten sich die aktuellen Prognosen zum Wirtschaftswachstum verschlechtern, könnten Planungsprämissen verworfen werden müssen und damit die Planungssicherheit eingeschränkt werden.

Ferner erwirtschaftet das Unternehmen einen nicht unbedeutenden Anteil seines Umsatzes mit einer geringen Anzahl von Großkunden. Das wirtschaftlich erfolgreiche Weiterbestehen dieser Großkunden ist somit wesentlich für die stabile Entwicklung der Österreichischen Post AG. Großkunden sind zudem vertraglich nicht verpflichtet, ihre Postsendungen von der Österreichischen Post AG befördern zu lassen, und könnten sich entscheiden, mittelfristig zumindest einen Teil ihrer Postsendungen Wettbewerbern der Österreichischen Post AG zur Zustellung zu übergeben.

Das Paketgeschäft – hier nimmt die Österreichische Post AG eine führende Stellung im österreichischen Markt ein – ist zum einen von der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Kunden und zum anderen von Wettbewerbsverschärfungen

durch das Auftreten weiterer Anbieter abhängig, sodass Umsatzeinbußen nicht ausgeschlossen werden können. Das Unternehmen ist deshalb bestrebt, Kunden durch attraktive Leistungsangebote an sich zu binden.

Im Filialnetz ist die Österreichische Post AG zum Teil von strategischen Partnern im Telekom- und Finanzbereich abhängig. Ein Kooperationsvertrag mit A1 Telekom Austria läuft bis Ende 2017, jener mit der BAWAG P.S.K. wurde im Jahr 2015 verlängert und ist bis 2020 gültig. Der Vertrag mit der BAWAG P.S.K. besteht aus folgenden drei Komponenten: Transaktionsvergütung, Kostenübernahme der zur Verfügung gestellten Finanzberater und Systemvergütung für gemeinsam geführte Standorte. Sowohl im Telekom- als auch im Finanzbereich bestehen Risiken, die auf die Partnerschaften einwirken können und nicht im ausschließlichen Einflussbereich der Österreichischen Post AG liegen. Diese Risiken können auch zu Ergebnisbeeinträchtigungen auf Seiten der Österreichischen Post AG führen. Die Österreichische Post AG ist bestrebt, operative Risiken laufend mit ihren Partnern abzustimmen und diese gemeinsam – soweit möglich – entgegenzuwirken. Auch das Auslaufen von Kooperationsvereinbarungen bringt Risiken mit sich, da neue Kooperationsoptionen evaluiert und eventuell Strukturanpassungen mit damit verbundenen Restrukturierungsmaßnahmen vorgenommen werden müssen.

Der internationale Brief- und Paketmarkt ist durch zunehmende Wettbewerbsintensität gekennzeichnet. Vor allem im Briefmarkt kann dies zu Preisrückgängen führen, die durch Mengenwachstum nicht ausgeglichen werden können. Um hier mögliche Umsatzeinbußen zu kompensieren, werden in diesem Bereich verstärkt Effizienzsteigerungsprojekte durchgeführt.

Alle erwähnten Markt- und Wettbewerbsrisiken können zu nicht unerheblichen Volumenrückgängen und damit Ergebnisbeeinträchtigungen führen.

Beschaffungsrisiken

Die Beschaffungsrisiken der Österreichischen Post AG beschränken sich im Wesentlichen auf Schwankungen des Treibstoffpreises. Eine Erhöhung der Treibstoffpreise kann geringe negative Auswirkungen auf das Ergebnis haben.

Technische Risiken

Die Österreichische Post AG ist in hohem Maß auf die Verwendung von komplexen technischen Systemen angewiesen und setzt bei der Erbringung ihrer Dienstleistungen maßgeblich auf den Einsatz von Datenverarbeitungssystemen, modernen Kommunikationsmedien und anderen technischen Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund hat die Österreichische Post AG in den vergangenen Jahren umfangreiche Investitionen vorgenommen, um ihr Verteil- und Zustellnetz zu modernisieren. Die Leistungserbringung des Unternehmens hängt dabei von der Funktionsfähigkeit weniger wichtiger Standorte ab. Sollten technische Systeme vorübergehend oder dauerhaft ausfallen oder sollte es zu unberechtigten Datenzugriffen und Datenmanipulationen kommen oder sollten längerfristige kollektive Arbeitsniederlegungen stattfinden, könnte dies zu Störungen des Geschäftsablaufs und zu Verlust von Reputation und Kunden führen sowie zusätzliche Kosten verursachen.

Zur systematischen Bewältigung versicherbarer Risiken betreibt die Österreichische Post AG ein internes Versicherungsmanagement. Dessen Hauptaufgaben bestehen in der laufenden Bewertung der am Markt erhältlichen Versicherungslösungen, dem Portfoliomanagement hinsichtlich der abgeschlossenen Versicherungsverträge sowie der Optimierung der Prozesse in der Schadenabwicklung. Zur Reduzierung von technischen und operativen Risiken wurden Sicherheitsmaßnahmen und Regeln festgelegt, die verschiedene Eventualitäten abdecken und einen reibungslosen Ablauf sicherstellen sollen.

Im Betrieb von Rechenzentren verfolgt die Österreichische Post AG eine Outsourcing-Strategie. Durch entsprechende Vertragsgestaltung und gezieltes Servicelevel-Management wird die Verfügbarkeit aller ausgegliederten Tätigkeiten abgesichert. Die Vertragspartner sind verpflichtet, einschlägige gültige Zertifizierungen vorzuweisen.

7.5.2 Externe Risiken

Regulatorische und rechtliche Risiken

Mit Inkrafttreten des Postmarktgesetzes am 1. Jänner 2011 erfolgte die vollständige Öffnung des österreichischen Postmarktes. Daraus ergeben sich Risiken einer Marktanteilsveränderung. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Zeit nach der vollständigen Liberalisierung wurden mit dem Postmarktgesetz ebenfalls neu geregelt. Das Postmarktgesetz sieht in vielen Bereichen keine Gleichbehandlung zwischen der Österreichischen Post AG und ihren Mitbewerbern vor, sondern eine Mehrbelastung der Österreichischen Post AG:

Die Österreichische Post AG ist im Rahmen des Universaldienstes verpflichtet, in ganz Österreich ein Mindestangebot von Postdienstleistungen in vergleichbarer Qualität anzubieten und ein flächendeckendes Netz von mindestens 1.650 Post-Geschäftsstellen sicherzustellen. Mit eigenem Personal betriebene Post-Geschäftsstellen dürfen nur nach Durchführung eines behördlichen Verfahrens geschlossen werden, sodass nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Österreichische Post AG – zumindest vorübergehend – zur Führung unrentabler Standorte verpflichtet ist.

Die Österreichische Post AG geht derzeit nicht davon aus, dass sie verpflichtet wird, ihren Mitbewerbern Zugang zu Teilleistungen einzuräumen. In einem solchen Fall könnten diese jedoch in besonders lukrativen Marktsegmenten Postdienstleistungen selbst erbringen und in weniger lukrativen Marktsegmenten zu regulierten Preisen auf Teilleistungen der Österreichischen Post AG zurückgreifen. Dies könnte zu erheblichen Ergebnisbeeinträchtigungen führen.

In der Öffentlichkeitsarbeit der Österreichischen Post AG sowie im Dialog mit allen Stakeholdern nimmt die Thematik der Gleichbehandlung der Österreichischen Post AG mit anderen Marktteilnehmern einen hohen Stellenwert ein. Das Unternehmen sieht es als seine Aufgabe, auf die ungenügende Abgeltung des Universaldienstes und die Problematik der asymmetrischen Marktöffnung hinzuweisen.

Die Österreichische Post AG unterliegt in der Gestaltung ihrer Geschäftsbedingungen (einschließlich ihrer Entgelte) im Universaldienst der Kontrolle durch die Regulierungsbehörde. Die Gesellschaft kann deshalb im Bereich des Universaldienstes nur eingeschränkt durch Preisanpassungen auf Marktveränderungen reagieren. Unterschiedliche Definitionen der Grenzen des Universaldienstes seitens der Regulierungsbehörde und des Unternehmens können sich in der Gestaltung des Produktportfolios und der Preisfestsetzung niederschlagen.

Die kartellrechtliche Zulässigkeit von Vereinbarungen und Geschäftspraktiken der Österreichischen Post AG war in der Vergangenheit bereits Gegenstand kartellrechtlicher Untersuchungen und Verfahren. Sonstige rechtliche Risiken ergeben sich auch aus nicht vorhersehbaren Gerichtsverfahren mit Mitbewerbern, Kunden und Lieferanten.

Zur bestmöglichen Vermeidung von Ergebnisbeeinträchtigungen durch regulatorische und rechtliche Risiken ist die Österreichische Post AG bestrebt, in seinen Kernprozessen eine Erweiterung der Wertschöpfung und des Produktportfolios zu erzielen, um seinen Kunden noch bessere Leistungen anzubieten und eine Qualitätsoptimierung zu erreichen. Darüber hinaus beabsichtigt die Österreichische Post AG vermehrt Umsätze im nicht regulierten Bereich zu erwirtschaften.

Nach dem Poststrukturgesetz 1996 sind Änderungen des Beamtendienstrechts, die für Bundesbeamte eingeführt werden, grundsätzlich auch auf die der Gesellschaft zugewiesenen Beamten anwendbar. Im Ergebnis können Änderungen des Beamtendienstrechts daher unmittelbar die Kostenstruktur der Gesellschaft verändern. Weiters können Risiken aufgrund unterschiedlicher Interpretationen des Poststrukturgesetzes grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden. Betreffend die Thematik der Festlegung des korrekten Vorrückungstichtags bei Beamten wurde die vorgesehene Besoldungsreform im Jahr 2015 umgesetzt. Damit ergibt sich für die Österreichische Post AG, dass zum Abschlussstichtag 31. Dezember 2016 auch weiterhin kein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen aus dieser Thematik wahrscheinlich ist.

Zur Bereinigung der unterschiedlichen Rechtsauffassungen zwischen Bund und Österreichischer Post AG betreffend die Berechnung der vom Unternehmen laufend an den Bund zu bezahlenden Pensionsbeiträge für aktive Beamte, den

Pflegegeldbeitrag sowie die Pensionsverrechnung wurde im Jahr 2015 ein Vergleich abgeschlossen. Nachforderungen gegenüber der Österreichischen Post AG, die über die bestehende Vorsorge hinausgehen sind aus diesen Themen daher nicht mehr zu erwarten. Die Aufgabe der Pensionsverrechnung samt den damit beschäftigten Beamten wurde mit Stichtag 1. Jänner 2017 per gesetzlicher Anordnung an die BVA (Bundespensionsamt) übertragen.

Umweltrisiken

Mit dem Fortschreiten der klimatischen Veränderungen könnte es zu einer Zunahme von Naturkatastrophen kommen. Wetterbedingte Phänomene wie starker Regen, Hagel, Erdbeben, Hochwasser u. ä. könnten häufiger auftreten. Konsequenzen und Folgeerscheinungen sind vor allem Sach- und Personenschäden. Es könnte zusätzlicher Instandsetzungs- und Instandhaltungsbedarf entstehen. Zudem ist die Österreichische Post AG gesetzlich verpflichtet, die flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen sicherzustellen. Falls diese durch Naturkatastrophen über einen Zeitraum nicht gewährleistet werden kann, könnten zusätzliche finanzielle Verpflichtungen entstehen.

7.6 Gesamtaussage zur Risikosituation

Die vorstehend beschriebenen Risiken des Unternehmens werden stetig beobachtet und bei Bedarf adaptiert. Aus heutiger Sicht ist der Bestand des Unternehmens dadurch jedoch nicht gefährdet.

7.7 Wesentliche Chancen

Da die Veränderungen, denen das Unternehmen ausgesetzt ist, auch zu positiven Zielabweichungen führen können, wird im Risikomanagementsystem ein weiterer Fokus auf die Erfassung und Steuerung der Chancen gelegt. Das Ziel ist es hier, Chancen aufzuzeigen und durch geeignete Maßnahmensetzung das entsprechende Potenzial zu verwirklichen. Die Identifizierung, Bewertung, Steuerung und das Reporting erfolgen gemäß dem oben dargestellten Prozess.

Im Detail erfolgt die Erfassung einerseits im Rahmen der Mittelfristplanung durch den Bereichsplaner (Bottom-up), zusätzlich werden die Chancen (Top-down) durch den Bereich Strategie & Konzernentwicklung verifiziert und ergänzt. Die Österreichische Post AG führt daher eine kontinuierliche Chancenevaluierung durch, um alle Potenziale wahrnehmen zu können. Im Jahr 2016 wurde zur Chancenerkennung ein neues strategisches Programm „Post2020“ gestartet. Dieses beinhaltet mehrere Teilprojekte mit dem Ziel, Potenziale im Detail zu eruieren. Diese Projekte sollen unter Beachtung der vier strategischen Eckpfeiler nochmals wichtige Chancen für die Österreichische Post AG aufzeigen.

In der ersten strategischen Stoßrichtung – **Verteidigung der Marktführerschaft im Kerngeschäft** – wird die Erweiterung und Adaptierung des Produktportfolios im Segment Brief, Werbepost & Filialen sowie Paket & Logistik gemäß den Anforderungen der Kunden als Chance betrachtet. So wird das Leistungsangebot laufend durch diverse Zusatzleistungen im physischen und elektronischen Bereich erweitert. Chancen ergeben sich vor allem durch den wachsenden Online-Handel. Hier punktet die Österreichische Post AG durch neue schnelle und schlanke Lösungen für Online-Bestellungen und deckt alle Geschwindigkeitsanforderungen inkl. Same-Day ab. Eine kontinuierliche E-Substitution wird in der Planung der Österreichischen Post AG bereits berücksichtigt, womit ein im Vergleich zu den ursprünglichen Annahmen langsames Voranschreiten des Rückgangs als Chance zu bewerten ist.

Im zweiten strategischen Feld – **Wachstum in definierten Märkten** – ergeben sich einerseits Chancen in den internationalen Beteiligungen in Wachstumsmärkten in Zentral- und Osteuropa, aber auch die Erhöhung der Wertschöpfungstiefe am Heimatmarkt in Österreich. Wettbewerbsvorteile ergeben sich hierbei durch die vorhandene Infrastruktur und das umfangreiche Logistik-Know-how. Chancen für zukünftiges Wachstum liegen beispielsweise im Online-Bereich oder der Forcierung internationaler Sendungsvolumen.

In der dritten Stoßrichtung – **Effizienzsteigerung und Flexibilisierung der Kostenstruktur** – können durch Projekte wie „Operational Excellence“ und weitere Einkaufsinitiativen Impulse gesetzt und als Chance erkannt werden. Neue Teamstrukturen in der Verteilung können ebenso zu einer weiteren Effizienzsteigerung führen, wie der Einsatz modernster Sortiertechnologien in der Brief- und Paketlogistik.

Für den vierten strategischen Eckpfeiler – **Kundenorientierung und Innovation** – ergeben sich beispielsweise Potenziale durch den Ausbau des Online- und Selbstbedienungsangebots sowie durch neue Geschäftsmodelle im Bereich E-Commerce.

8. Weitere rechtliche Angaben

8.1 Internes Kontrollsystem und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontrollsystem (IKS) der Österreichischen Post AG im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess umfasst Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung, sowie der Einhaltung rechtlicher Vorschriften. Die klare Definition von Verantwortungsbereichen sowie systematische Kontrollen ermöglichen eine frühzeitige Risikoerkennung und gewährleisten eine ordnungsmäßige Rechnungslegung.

8.1.1 Kontrollumfeld

Die Funktionen der Bereiche Treasury, Rechnungswesen und Controlling sind klar getrennt und die Aufgaben und Verantwortungen geteilt. Im Bereich Rechnungswesen setzt sich die Aufbauorganisation aus dem Rechnungswesen am Sitz der Gesellschaft sowie prozessorientierter dezentraler Teams zusammen.

Die Aufgabe des Rechnungswesens besteht in der zeitgerechten, vollständigen und ordnungsgemäßen Erfassung von Geschäftsfällen und deren Darstellung in Monats-, Quartals- und Jahresabschlüssen der Österreichischen Post AG.

Sämtliche Belege werden elektronisch erfasst und dokumentiert weiterverarbeitet. Eingangsrechnungen werden in einer zentralen Scanstelle elektronisch erfasst, die Belege in der Buchhaltung gebucht und zur Freigabe elektronisch weitergeleitet. Die Freigabe der Belege durch die jeweiligen Sachbearbeiter erfolgt im System. Dadurch ist eine elektronische Dokumentation der Freigabe der Belege gewährleistet.

Die Ablauforganisation der monatlichen Bilanzierung folgt einem strikten Terminplan. Die Termine werden für ein Geschäftsjahr erstellt und unternehmensintern kommuniziert. Zur vollständigen und richtigen Abbildung aller bilanzierungsrelevanten Sachverhalte erfolgt eine enge Abstimmung zwischen dem Rechnungswesen und den Fachbereichen der Österreichischen Post AG. Diese Abstimmung erfolgt im Rahmen von strukturierten Bilanzierungsgesprächen und dem laufenden Informationsaustausch zu neuen Geschäftsentwicklungen, strukturellen und strategischen Veränderungen sowie zu Rechtsstreitigkeiten und Unsicherheiten.

8.1.2 Risikobeurteilung

Die Risiken im Bereich Rechnungslegung umfassen die nicht vollständige Erfassung von bilanzierungsrelevanten Sachverhalten, Fehler in der Belegerfassung, Bewertungsfehler durch falsche Einschätzung von mit Unsicherheit behafteten Ereignissen bzw. fehlerhafte Berechnungen, unrichtiger Ausweis sowie verspätete Bilanzerstellung und Datenzugriff von unberechtigten Personen bzw. Datenmanipulation, Ausfall von IT-Systemen und Datenverlust.

8.1.3 Kontrollmaßnahmen

Zur Gewährleistung einer vollständigen, zeitgerechten und richtigen Bilanzerstellung wurden in allen am Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereichen Qualitätssicherungsmaßnahmen implementiert. Die Anwendung unternehmensinterner Richtlinien (wie z. B. Bilanzierungshandbuch, Bilanzierungsrichtlinien) führt zu einer einheitlichen Behandlung der Geschäftsfälle und einer einheitlichen Bilanzierung, Bewertung und Berichterstattung. Diese Richtlinien und Anweisungen werden laufend aktualisiert.

Zusätzlich bestehen Richtlinien und Fachkonzepte zu ausgewählten Kernprozessen, insbesondere zu Beteiligungserwerben und -veräußerungen. Im Bereich der Stammdaten (z. B. SAP-Kontenplan, Kundendaten) sind zentrale Anlage-/Änderungsprozesse definiert worden.

Die Abschlüsse werden in SAP R3 als führendem System erstellt. Alle für die Rechnungslegung und Berichterstattung relevanten SAP Module kommen zum Einsatz. Die Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen im EDV-Bereich gegen unbefugte Zugriffe geschützt.

Durch die eingesetzte Software finden automatisierte Prüfungen statt. Neben den automatisierten Kontrollen (wie Funktionstrennung, Rechnungsfreigabe, Rechnungsprüfung) existieren manuelle Kontrollen (z.B. durch Stichproben). Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird das Vier-Augen-Prinzip angewendet. Die Schlüsselprozesse wurden dokumentiert, standardisiert und mit Kontrollpunkten versehen. Diese klar definierten Überprüfungsmechanismen ermöglichen eine frühzeitige Risikoerkennung. Zusätzlich wird sichergestellt, dass die Rechnungslegung im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften, den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und internationalen Rechnungslegungsvorschriften steht.

8.1.4 Information und Kommunikation

Zur Wahrnehmung der Überwachungs- und Kontrollfunktionen werden die Abschlüsse wesentlichen Führungsebenen der Österreichischen Post AG zur Verfügung gestellt.

Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Abschlüssen werden interne Berichte, die weiterführende Erläuterungen zu ausgewählten Positionen und Kennzahlen enthalten, erstellt. Wesentlicher Bestandteil der internen Berichterstattung der Österreichischen Post AG ist die Datenanalyse und deren Auswertung. Diese beinhaltet unter anderem die Berechnung von Cashflows sowie dazugehörige detaillierte Erläuterungen.

Vom Controlling wird monatlich ein Beteiligungsbericht erstellt, der Informationen über die Entwicklung der Tochterunternehmen enthält.

Die Berichterstattung an die Aktionäre der Österreichischen Post AG erfolgt durch Investor-Relations in Übereinstimmung mit dem Österreichischen Corporate Governance Kodex sowohl über die Investor-Relations-Website (www.post.at/ir) als auch über direkte Gespräche mit den Investoren. Die veröffentlichten Informationen werden allen Investoren zeitgleich zur Verfügung gestellt. Zusätzlich zu den Pflichtpublikationen stehen den Investoren auf der Investor-Relations-Website zahlreiche weitere Informationen zur Verfügung.

8.1.5 Überwachung

Kernpunkt des operativen Risikomanagements ist die Identifizierung, Evaluierung und Beherrschung von wesentlichen Risiken aus dem Kerngeschäft. Dieser Prozess wird von Schlüsselpersonen in den Divisionen getragen. Die Österreichische Post AG gliedert sich in die auf dem Markt tätigen Divisionen Brief, Werbepost & Filialen sowie Paket & Logistik und in die Division Corporate, die zusätzlich vor allem Dienstleistungen im Bereich der Verwaltung erbringt.

Für die gesamte Österreichische Post AG besteht ein einheitliches Risikomanagement, das alle Organisationseinheiten und wesentliche Tochterunternehmen sowie ein internes Kontrollsystem für alle wesentlichen Prozesse einschließt. Dieses richtet sich grundsätzlich nach dem COSO Standard „Enterprise Risk Management – Integrated Framework“.

Weitere zentrale Instrumente der Risikoüberwachung und -kontrolle sind die unternehmensweiten Richtlinien über den Umgang mit wesentlichen Risiken, der Planungs- und der Controlling-Prozess sowie die laufende Berichterstattung. Die Richtlinien umfassen beispielsweise die Festsetzung und Kontrolle von Limit-Kategorien und Handlungsabläufen zur Begrenzung finanzieller Risiken sowie die strikte Vorgabe des Vier-Augen-Prinzips.

Diese Richtlinien sind Teil des internen Kontrollsystems und stellen unter anderem die ordnungsgemäße interne und externe Finanzberichterstattung sicher. Der Planungs- und Berichtsprozess dient als Frühwarnsystem und als Basis für die Beurteilung der Wirksamkeit der eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen. Dabei folgen auf den Bericht an den Gesamtvorstand zu Spitzenkennzahlen monatliche Performance Reviews in den auf dem Markt tätigen Einheiten, die gemäß dem integrierten Planungs- und Berichtswesen stufenweise fortgesetzt werden. Wesentliches Merkmal des Planungs- und Berichtswesens ist neben der vertikalen Integration die Konvergenz zwischen internem und externem

Berichtswesen. Zudem werden Chancen und Risiken bereits in der Planungsphase berücksichtigt, um Planungsziele zu plausibilisieren.

Das interne Kontrollsystem als Teil des Risikomanagementsystems ist risikoorientiert aufgebaut und in die Betriebsabläufe integriert. Das bedeutet, dass Maßnahmen arbeitsbegleitend erfolgen oder dem Arbeitsvollzug unmittelbar vor- oder nachgelagert sind. Das interne Kontrollsystem basiert auf genauen Informationen über die Prozesse für die Rechnungslegung und Finanzberichterstattung und schließt auch deren vorgelagerte Unternehmensprozesse mit ein. Die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems wird regelmäßig von der Revision überprüft.

8.2 Informationen gemäß § 243a UGB

Das Grundkapital der Österreichischen Post AG beträgt 337.763.190 EUR und ist geteilt in 67.552.638 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien mit einem Nominalwert von jeweils 5 EUR. Es liegen keine Stimmrechtsbeschränkungen oder Syndikatsvereinbarungen vor, die der Gesellschaft bekannt sind.

Die Republik Österreich hält über die Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH (kurz ÖBIB, früher: Österreichische Industrieholding AG, ÖIAG) 52,85% der Anteile an der Österreichischen Post AG (auf Basis der in Umlauf befindlichen 67.552.638 Stück Aktien). Der Gesellschaft sind keine anderen Aktionäre bekannt, die mehr als 10% der Anteile halten.

Soweit der Gesellschaft bekannt ist, gibt es keine Inhaber von Aktien mit besonderen Kontrollrechten. Mitarbeiter, die auch Aktionäre der Österreichischen Post AG sind, üben ihre Stimmrechte individuell aus. Es existieren keine sich nicht unmittelbar aus dem Aktiengesetz – bzw. – hinsichtlich der ÖBIB auch aus dem Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft und der Post und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft (ÖIAG-Gesetz 2000) – und das Bundesgesetz über Maßnahmen zur Sicherung der Stabilität des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilitätsgesetz-FinStaG) geändert wurden (ÖBIB-Gesetz 2015) – ergebenden Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.

Genehmigtes Kapital

Gemäß § 5 a der Satzung der Österreichischen Post AG wurde der Vorstand gemäß § 169 AktG ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis 14. April 2020 um bis zu weitere 33.776.320 EUR durch Ausgabe von bis zu 6.755.264 Stück neue, auf Inhaber lautende Stammaktien (Stückaktien) gegen Bar- und/oder Sacheinlagen, in bestimmten Fällen auch unter Ausschluss des Bezugsrechtes der Aktionäre, zu erhöhen. Die Satzungsänderung wurde am 11. Juni 2015 in das Firmenbuch eingetragen.

Bedingtes Kapital

Gemäß § 5 b der Satzung der Österreichischen Post AG wurde das Grundkapital gemäß § 159 AktG um bis zu 16.888.160 EUR durch Ausgabe von bis zu 3.377.632 Stückaktien erhöht. Die Kapitalerhöhung darf nur zum Zweck der Gewährung von Umtausch- und Bezugsrechten an Gläubiger von Finanzinstrumenten im Sinne von § 174 AktG sowie zum Zweck der Einräumung von Aktienoptionen an Arbeitnehmer und leitende Angestellte der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens durchgeführt werden. Der Vorstand ist ermächtigt mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Die Satzungsänderung wurde am 11. Juni 2015 in das Firmenbuch eingetragen.

Aktienrückwerb

Die 9. ordentliche Hauptversammlung vom 15. April 2015 hat den Vorstand gemäß § 65 Abs 1 Z 4 und 8 sowie Abs 1a und 1b AktG ermächtigt, auf den Inhaber oder auf Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft im Ausmaß von bis zu 10% des Grundkapitals der Gesellschaft während einer Geltungsdauer von 30 Monaten ab dem 15. April 2015 sowohl über die Börse als auch außerbörslich und zwar auch nur von einzelnen Aktionären oder einem einzigen Aktionär, insbesondere der ÖBIB, zu einem niedrigsten Gegenwert von EUR 20 (Euro zwanzig) je Aktie und einem höchsten Gegenwert von EUR 60 (Euro sechzig) je Aktie zu erwerben.

Der Handel mit eigenen Aktien ist als Zweck des Erwerbs ausgeschlossen. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 228 Abs 3 UGB) oder für Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden. Der Erwerb durch den Vorstand kann insbesondere vorgenommen werden, wenn die Aktien Arbeitnehmern, leitenden Angestellten und Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft oder eines mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmens im Rahmen eines Mitarbeiterbeteiligungsprogramms oder eines Aktienoptionsprogramms und/oder zur Ausgabe an eine Mitarbeiterbeteiligung-Privatstiftung angeboten werden sollen.

Den Erwerb über die Börse kann der Vorstand der Österreichischen Post AG beschließen, doch muss der Aufsichtsrat im Nachhinein von diesem Beschluss in Kenntnis gesetzt werden. Der außerbörsliche Erwerb unterliegt der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats. Im Falle des außerbörslichen Erwerbs kann dieser auch unter Ausschluss des quotenmäßigen Veräußerungsrechts durchgeführt werden (umgekehrter Bezugsrechtsausschluss).

Der Vorstand wurde für die Dauer von fünf Jahren ab Beschlussfassung gemäß § 65 Abs 1b AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats und ohne neuerliche Beschlussfassung der Hauptversammlung für die Veräußerung beziehungsweise Verwendung eigener Aktien eine andere Art der Veräußerung als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot, unter sinngemäßer Anwendung der Regelungen über den Bezugsrechtsausschluss der Aktionäre, insbesondere wenn die Aktien Arbeitnehmern, leitenden Angestellten und Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft oder eines mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmens im Rahmen eines Mitarbeiterbeteiligungsprogramms oder eines Aktienoptionsprogramms und/oder zur Ausgabe an eine Mitarbeiterbeteiligung-Privatstiftung angeboten werden sollen, zu beschließen und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 228 Abs 3 UGB) oder für Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden.

Der Vorstand wurde ferner ermächtigt mit Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlichenfalls das Grundkapital durch Einziehung dieser eigenen Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss gem § 65 Abs 1 Z 8 letzter Satz iVm § 122 AktG herabzusetzen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt Änderungen der Satzung, die sich durch die Einziehung von Aktien ergeben, zu beschließen.

Gewinnschuldverschreibungen

Weiters wurde der Vorstand ermächtigt mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis 14. April 2020 Finanzinstrumente im Sinne des § 174 AktG – insbesondere Wandelschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und Genussrechte, mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu 250.000.000 EUR, die auch das Umtausch- und/oder Bezugsrecht auf den Erwerb von insgesamt bis zu 3.377.632 Aktien der Gesellschaft einräumen können und/oder auch so ausgestaltet sind, dass ihr Ausweis als Eigenkapital erfolgen kann – auch in mehreren Tranchen und in unterschiedlicher Kombination, auszugeben, und zwar auch mittelbar im Wege der Garantie für die Emission von Finanzinstrumenten durch ein verbundenes Unternehmen der Gesellschaft mit Umtausch- und/oder Bezugsrechten auf Aktien der Gesellschaft.

Für die Bedienung der Umtausch- und/oder Bezugsrechte kann der Vorstand das bedingte Kapital oder eigene Aktien oder eine Kombination aus bedingtem Kapital und eigenen Aktien verwenden.

Ausgabebetrag und Ausgabebedingungen der Finanzinstrumente sind vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats festzusetzen, wobei der Ausgabebetrag nach Maßgabe anerkannter finanzmathematischer Methoden sowie des Kurses der Aktien der Gesellschaft in einem anerkannten Preisfindungsverfahren zu ermitteln ist.

Der Vorstand ist berechtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Finanzinstrumente im Sinne des § 174 AktG mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen.

Es gibt keine bedeutsamen Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft infolge eines Übernahmeangebots wirksam werden, sich wesentlich ändern oder enden.

Es gibt keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

9. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens / Ausblick

Der Brief- und Paketmarkt war in den letzten Jahren von zwei stetigen Trends geprägt, die auch weiterhin anhalten. Die Volumina adressierter Briefsendungen stehen national und international unter Druck, während Paketmengen, vor allem an Privatkunden – gestützt durch steigende Online-Bestellungen – zunehmen.

Die Volumenprognosen der Österreichischen Post AG gehen davon aus, dass die Basistrends der Mengenentwicklung anhalten. Im klassischen adressierten Briefgeschäft rechnet das Unternehmen mit Volumenrückgängen in der Größenordnung von etwa 5% p.a. Das Werbegeschäft dürfte auch weiterhin von einer differenzierten Entwicklung bei einzelnen Kunden- und Produktgruppen gekennzeichnet sein. Demgegenüber ist zu erwarten, dass Bestellungen via Internet das Sendungsvolumen der Österreichischen Post AG im Paketbereich weiter steigen lassen, wobei am Paketmarkt intensiver Wettbewerb herrscht. Mit einem verbesserten Leistungsangebot wird es 2017 möglich sein, auf spezifische Zustellwünsche der Kunden noch individueller einzugehen. Denn die Österreichische Post AG bietet ein breites Spektrum an Brief- und Werbeprodukten mit diversen Zusatzleistungen im physischen und elektronischen Bereich an. Im Paketbereich deckt sie unterschiedliche Geschwindigkeitserfordernisse inklusive Same-Day ab, wobei die Services zusätzlich laufend verbessert werden, um den Paketempfang und -versand für den Kunden noch einfacher und komfortabler zu gestalten. Mit der Einführung eines völlig neuen Produkts, dem „Päckchen“, geht die Österreichische Post AG speziell auf die Kundenbedürfnisse des stark wachsenden E-Commerce-Marktes ein und schafft eine schlanke und schnelle Lösung für kleine Verpackungsgrößen im Onlinehandel.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Mengentrends strebt die Österreichische Post AG durch die konsequente Umsetzung der eingeschlagenen Maßnahmen im Bereich Kundenorientierung und Innovation eine stabile Entwicklung im Geschäftsjahr 2017 an. Um das Unternehmen weiterhin langfristig erfolgreich zu positionieren, liegt der Schwerpunkt auf der Stärkung der Qualitätsführerschaft in den Kernmärkten, wobei gleichzeitig Chancen in wachsenden Märkten – wie Online-Lösungen – ergriffen werden. Wichtige Themen sind dabei auch die Weiterentwicklung der Infrastruktur im Bereich Logistik und Geschäftsstellen. Dabei gilt es die den Kundenbedürfnissen entsprechenden Post- und Finanzdienstleistungen der Zukunft zu definieren, um so ein nachhaltig zukunftsfähiges Filialnetz zu gestalten.

Auch hinsichtlich Effizienz und Kostenstruktur wird die Österreichische Post AG den eingeschlagenen Weg fortsetzen. Investitionen sind vorgesehen, um sowohl den operativen Betrieb noch effizienter zu gestalten als auch die Prozess- und Personalkosten zu optimieren. Gleichzeitig werden Serviceverbesserungen und Kapazitätserweiterungen in den wachsenden Geschäftsbereichen vorangetrieben. Darüber hinaus verläuft der Bau der neuen Unternehmenszentrale im 3. Wiener Gemeindebezirk gemäß Zeitplan und wird im Herbst 2017 fertiggestellt.

Für das Geschäftsjahr 2016 wird der Vorstand der Österreichischen Post AG der Hauptversammlung am 20. April 2017 die Ausschüttung einer Dividende von 2,00 EUR je Aktie vorschlagen. Damit setzt das Unternehmen auf der Grundlage seiner soliden Bilanzstruktur und der erwirtschafteten Cashflows seine attraktive und berechenbare Dividendenpolitik weiter fort: Die Österreichische Post AG verfolgt weiterhin das Ziel, zumindest 75% des Nettoergebnisses an die Aktionäre auszuschütten.

Wien, am 24. Februar 2017

Der Vorstand

Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl e.h.
Vorstandsvorsitzender
Generaldirektor

Dipl.-Ing. Walter Oblin e.h.
Vorstandsmitglied
Finanzen

Dipl.-Ing. Walter Hitziger e.h.
Vorstandsmitglied
Brief, Werbepost & Filialen

Dipl.-Ing. Peter Umundum e.h.
Vorstandsmitglied
Paket & Logistik

BESTÄTIGUNGS- VERMERK

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der

**Österreichische Post Aktiengesellschaft,
Wien,**

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2016, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2016 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt "Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Bewertung der Rückstellung für Unterauslastung

Siehe Anhang Kapitel 2.5 Rückstellungen und Kapitel 3.7 Rückstellungen

Das Risiko für den Abschluss

Die zum Bilanzstichtag bilanzierte Rückstellung für Unterauslastung beläuft sich auf 167.588 TEUR. Die Bewertung dieser Rückstellung erfordert wesentliche zukunftsbezogene Schätzungen und Annahmen über künftige Gehaltssteigerungen, Fluktuationsabschläge, den Unterauslastungsgrad der jeweiligen Mitarbeiter und die zur Abzinsung verwendeten Rechnungszinssätze. Änderungen der genannten Parameter haben wesentliche Auswirkungen auf die Höhe der Rückstellung und den Jahresüberschuss.

Für den Abschluss besteht das Risiko, dass diese Rückstellung zu hoch oder zu gering bewertet und der Jahresüberschuss damit nicht zutreffend ermittelt ist.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Berechnung der Gehaltssteigerungen und der Fluktuationsabschläge auf Basis der unternehmensspezifischen Erfahrungswerte aus der Vergangenheit auf ihre Angemessenheit überprüft.

Für eine statistisch ausgewählte Anzahl von Mitarbeitern haben wir geprüft, ob der für die Bewertung herangezogene Unterauslastungsgrad den tatsächlichen Verhältnissen entspricht.

Die bei der Bestimmung der Rechnungszinssätze herangezogenen Annahmen haben wir durch Abgleich mit öffentlich verfügbaren Informationen auf ihre Angemessenheit überprüft.

Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen

Siehe Anhang Kapitel 2.2 Anlagevermögen und Kapitel 3.1 Anlagevermögen

Das Risiko für den Abschluss

Der Buchwert der Anteile an verbundenen Unternehmen der Österreichische Post AG beträgt zum Bilanzstichtag 384.649 TEUR. Zu jedem Bilanzstichtag werden die Anteile an verbundenen Unternehmen einer Unternehmensbewertung unterzogen.

Das Ergebnis dieser Unternehmensbewertungen ist in hohem Maße von der Einschätzung der künftigen Zahlungsmittelüberschüsse (unter Berücksichtigung von erwarteten Umsatzentwicklungen und Ergebnismargen) sowie Annahmen zur Festlegung der verwendeten Diskontierungszinssätze abhängig und daher mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet.

Für den Abschluss besteht das Risiko einer Überbewertung dieses Bilanzpostens und folglich der Jahresüberschuss nicht zutreffend ermittelt ist.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Bei aktuellen Unternehmensbewertungen haben wir die Angemessenheit der angewendeten Bewertungsmethoden unter Einbeziehung unserer Bewertungsspezialisten beurteilt.

Die den Berechnungen zugrunde gelegten erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse haben wir mit der aktuellen und von den zuständigen Organen genehmigten Unternehmensplanung abgeglichen. Die Planungstreue haben wir durch Vergleich der in den Vorperioden erfolgten Planungen mit den tatsächlich eingetretenen Werten und durch Befragung zuständiger leitender Personen im Unternehmen beurteilt.

Die zur Festlegung der Diskontierungszinssätze herangezogenen Annahmen haben wir durch Abgleich mit markt- und branchenspezifischen Richtwerten auf Angemessenheit geprüft. Darüber hinaus haben wir das zur Ermittlung der Diskontierungszinssätze verwendete Berechnungsschema nachvollzogen.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.
- Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben und uns mit ihnen über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte austauschen, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.
- Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Bericht zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde und ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält die nach § 243a UGB zutreffenden Angaben und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Lagebericht festgestellt.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Helmut Kerschbaumer.

Wien, am 24. Februar 2017

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Mag. Helmut Kerschbaumer e.h.
Wirtschaftsprüfer

ERKLÄRUNG GEMÄSS § 82 ABS. 4 Z 3 BÖRSEG

Erklärung aller gesetzlichen Vertreter gemäß § 82 Abs. 4 Z 3 BörseG

Als gesetzlicher Vertreter der Österreichischen Post AG bestätigen wir nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzernlagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzern entsteht, und dass der Konzernlagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 des Mutterunternehmens ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

Wien, am 24. Februar 2017

Der Vorstand



Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl
Vorstandsvorsitzender
Generaldirektor



Dipl.-Ing. Walter Oblin
Vorstandsmitglied
Finanzen



Dipl.-Ing. Walter Hitziger
Vorstandsmitglied
Brief, Werbepost & Filialen



Dipl.-Ing. Peter Umundum
Vorstandsmitglied
Paket & Logistik